

Stand: 03.07.2025 22:38:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/11599

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/11599 vom 04.12.2020
2. Plenarprotokoll Nr. 65 vom 09.12.2020
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14622 des HA vom 18.03.2021
4. Beschluss des Plenums 18/14860 vom 25.03.2021
5. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 25.03.2021
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 16.04.2021



Gesetzentwurf

der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021)

A) Problem

- Im Jahr 2020 erhalten die Gemeinden Finanzausgleichleistungen zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen infolge der COVID-19-Pandemie. Die Gewerbesteuerereinnahmen einer Gemeinde sind Teil ihrer Steuerkraft (Art. 4 BayFAG) und der Umlagegrundlagen (Art. 18 und 21 BayFAG). Damit beeinflussen die Gewerbesteuerereinnahmen die steuerkraftabhängigen Finanzausgleichleistungen, wie z. B. die Schlüsselzuweisungen sowie die Kreis- oder Bezirksumlage der Gemeinde. Die Finanzausgleichleistungen erhöhen die Steuerkraft und die Umlagegrundlagen einer Gemeinde nach geltendem Recht nicht. Ohne Rechtsänderung würden Gemeinden, die eine Finanzausgleichleistung erhalten, bessergestellt.
- Bei der Sanierung von Abwasserentsorgungsanlagen in Härtefällen zeichnet sich ein höherer Mittelbedarf ab. Bis zu 20 Mio. € der für die Förderung von Abwasserentsorgungsanlagen vorgesehenen Mittel aus dem Kommunalanteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund dürfen nach Art. 13e Satz 2 BayFAG für die Förderung von Wasserversorgungsanlagen verwendet werden. Diese Entnahmemöglichkeit ist aktuell auf die Jahre 2019 bis 2021 begrenzt. In diesem Bereich zeichnet sich ebenfalls ein höherer Mittelbedarf ab.

B) Lösung

I. Finanzielle Ausgangslage von Staat und Kommunen

Der Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs 2021 wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden erörtert (Art. 23 Abs. 1 BayFAG). Grundlagen waren die Finanzentwicklung von Staat und Kommunen, die Entwicklung des für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamtbetrags und der Ausblick auf bedarfsprägende Umstände im Jahr 2021.

Freistaat und Kommunen stehen vor großen finanziellen Herausforderungen, da die COVID-19-Pandemie zu Steuermindereinnahmen und höheren Ausgaben führt. Aufgrund der positiven Finanzentwicklung in den letzten Jahren sind die Haushalte von Freistaat und Kommunen jedoch grundsätzlich robust aufgestellt. Im Zehnjahresvergleich ist die Finanzentwicklung des Freistaates und der bayerischen Kommunen ausgewogen. So sind von 2010 bis 2019 sowohl beim Staat als auch bei den Kommunen die Einnahmen stärker angestiegen als die Ausgaben. Beide konnten in diesem Zeitraum einen hohen Finanzierungsüberschuss erzielen (Kommunen 12,1 Mrd. €, Staat 16,6 Mrd. €). Staat und Kommunen konnten ihre Verschuldung zurückfahren (Kommunen: -13,1 %, Freistaat: -17,3 %). Der Anteil der Gesamteinnahmen der Kommunen, der für die Erfüllung freiwilliger Aufgaben eingesetzt werden konnte, lag 2018 mit 8,5 Mrd. € bzw. 21,3 % der Gesamteinnahmen weiter auf sehr hohem Niveau.

II. Finanzielle Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs 2021

Die finanzielle Ausgangslage von Staat und Kommunen gibt keinen Anlass für strukturelle finanzielle Verschiebungen zugunsten der Kommunen. Gleichwohl kann der kommunale Finanzausgleich 2021 trotz massiv sinkender Steuereinnahmen im Staatshaushalt in der bisherigen Größenordnung stabil gehalten werden (2020: 10,3 Mrd. €, 2021: 10,4 Mrd. €). Durch den Verzicht auf eine sachlich an sich gerechtfertigte Ausklammerung bestimmter Umsatzsteuerbeträge in Höhe von fast 60 Mio. € aus dem allgemeinen Steuerverbund werden die Schlüsselzuweisungen und damit die Verwaltungshaushalte der Kommunen gestützt. Daher verzeichnen die Schlüsselzuweisungen nur einen moderaten Rückgang von 3 % und liegen mit einem Volumen von 3,9 Mrd. € noch über dem Niveau des Jahres 2019. Daneben wird innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs vor allem vorhandenes Umschichtungspotential genutzt, um zum einen die Zuweisungen an die Bezirke um 15 Mio. € auf 706 Mio. € zu erhöhen. Davon profitieren mittelbar die Gemeinden und Landkreise als Umlagezahler. Zum anderen werden die Zuweisungen für den kommunalen Hochbau um 50 Mio. € auf 650 Mio. € und die Mittel für die Förderung des Baus von Abwasserentsorgungsanlagen in Härtefällen um 20 Mio. € auf 90,25 Mio. € erhöht, um auch in der Krise die kommunale Investitionskraft und damit mittelbar auch die Wirtschaft zu stärken.

III. Änderungen des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes

- Die Finanzzuweisungen, die die Gemeinden 2020 zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen infolge der COVID-19-Pandemie erhalten, werden bei der Berechnung der Steuerkraft 2022 (Art. 4 BayFAG) und der Umlagegrundlagen 2022 (Art. 18 und 21 BayFAG) berücksichtigt.
- Der Betrag aus dem Kommunalanteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund, der für den Bau von Abwasserentsorgungsanlagen verwendet werden kann, wird um 20 Mio. € erhöht. Die Möglichkeit, aus den nach Art. 13e BayFAG für die Förderung von Abwasserentsorgungsanlagen vorgesehenen Mitteln auch Zuweisungen für die Förderung von Wasserversorgungsanlagen zu gewähren, wird bis 2024 verlängert und auf 40 % (entspricht 36,1 Mio. €) erhöht.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

1. Staat und Kommunen

Die Finanzausgleichsleistungen steigen im Jahr 2021 gegenüber 2020 um 71 Mio. € (0,7 %) auf 10 361 Mio. €. Darin enthalten sind einmalige Mittel in Höhe von 50 Mio. € aus dem Haushalt des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, die in 2021 zusätzlich für die Straßenausbaupauschalen (Ansatz im kommunalen Finanzausgleich hierfür: 85 Mio. €) zur Verfügung gestellt werden, da dort für die Erstattungsleistungen nach Art. 19 Abs. 9 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) (Ansatz: 65 Mio. €) noch ausreichend Mittel aus den Vorjahren zur Verfügung stehen. Nach Abzug der Bundesleistungen nach § 6 Abs. 1 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes sowie der von den Landkreisen und kreisfreien Städten finanzierten Krankenhausumlage nach Art. 10b BayFAG steigen die erhaltenen reinen Landesleistungen 2021 gegenüber 2020 um 52 Mio. € (0,5 %) auf 9 986 Mio. €.

2. Bürger und Wirtschaft

Bürger und Wirtschaft sind durch dieses Gesetz nicht unmittelbar betroffen. Es entstehen für sie keine neuen Be- und Entlastungen. Informationspflichten für Unternehmen werden nicht begründet.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021)

§ 1

Das Bayerische Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl. S. 210, BayRS 605-1-F), das zuletzt durch die §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 19. März 2020 (GVBl. S. 150) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem Art. 4 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) ¹Bei der Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer für das Jahr 2022 werden die Zuweisungen im Jahr 2020 zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder wie folgt berücksichtigt:

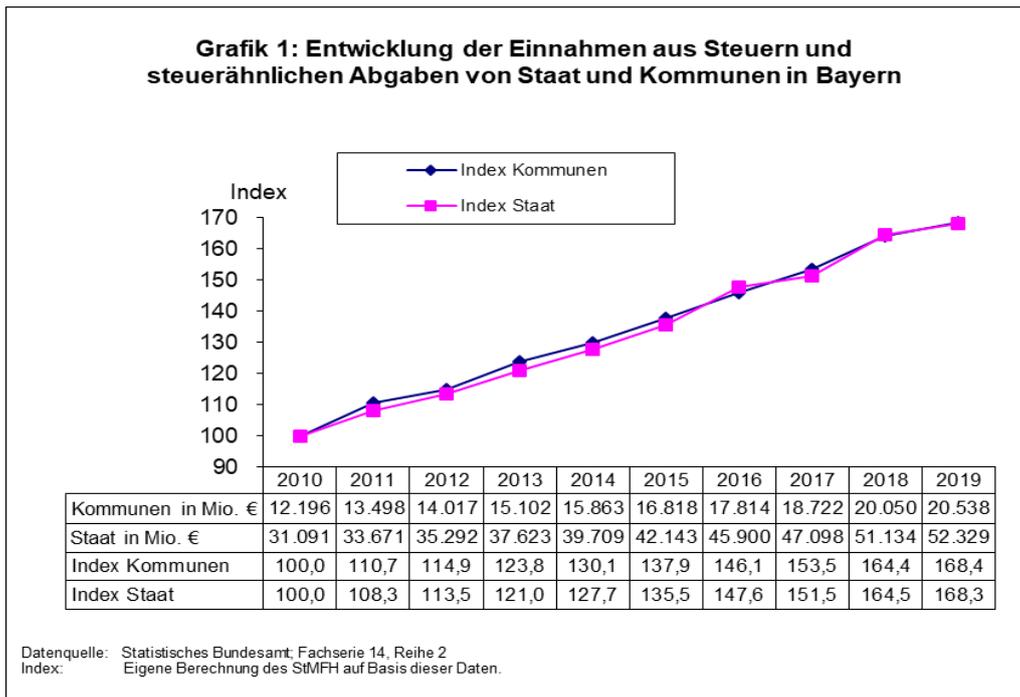
1. Soweit die Zuweisungen auf den zuweisungsfähigen Betrag für die Gewerbesteuermindereinnahmen entfallen, werden sie entsprechend Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Abs. 2 Satz 2 angesetzt; für die Ermittlung der Grundbeträge nach Abs. 3 und des Zuschlags nach Abs. 2 Satz 2 ist der für das Erhebungsjahr 2019 festgesetzte Hebesatz maßgeblich; Abs. 4 gilt entsprechend.
2. Soweit die Zuweisungen auf den zuweisungsfähigen Betrag für die Mindereinnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Spielbankabgabe entfallen, gelten sie als Einnahmen aus der Spielbankabgabe.

²§ 4 Abs. 4 der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz in der am 5. November 2020 geltenden Fassung gilt entsprechend.“

2. In Art. 13 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „138 000 000 €“ durch die Angabe „118 000 000 €“ ersetzt.
3. Art. 13e wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe „70 250 000 €“ durch die Angabe „90 250 000 €“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird die Angabe „2019 bis 2021“ durch die Angabe „2021 bis 2024“ und die Angabe „20 000 000 €“ durch die Angabe „40 Prozent“ ersetzt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft.

Begründung:**A) Allgemein****I. Finanzielle Ausgangslage von Staat und Kommunen****1. Ist-Entwicklung der Steuereinnahmen
(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 BayFAG, § 19 Abs. 2 Nr. 1 FAGDV)**

Im Zeitraum von 2010 bis 2019 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Steuereinnahmen bei Staat und Kommunen zu verzeichnen. Im Jahr 2019 sind die Steuereinnahmen des Staates um 2,3 %, die der Kommunen um 2,4 % angestiegen. Auch im Zehnjahresvergleich liegt die Zuwachsrate bei den Kommunen (+68,4 %) in einer ähnlichen Größenordnung wie die des Staates (+68,3 % bzw. nach Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs (LFA) +65,7 %).

Tabelle 1: Zuwachs der Steuereinnahmen von Staat und Kommunen in Bayern

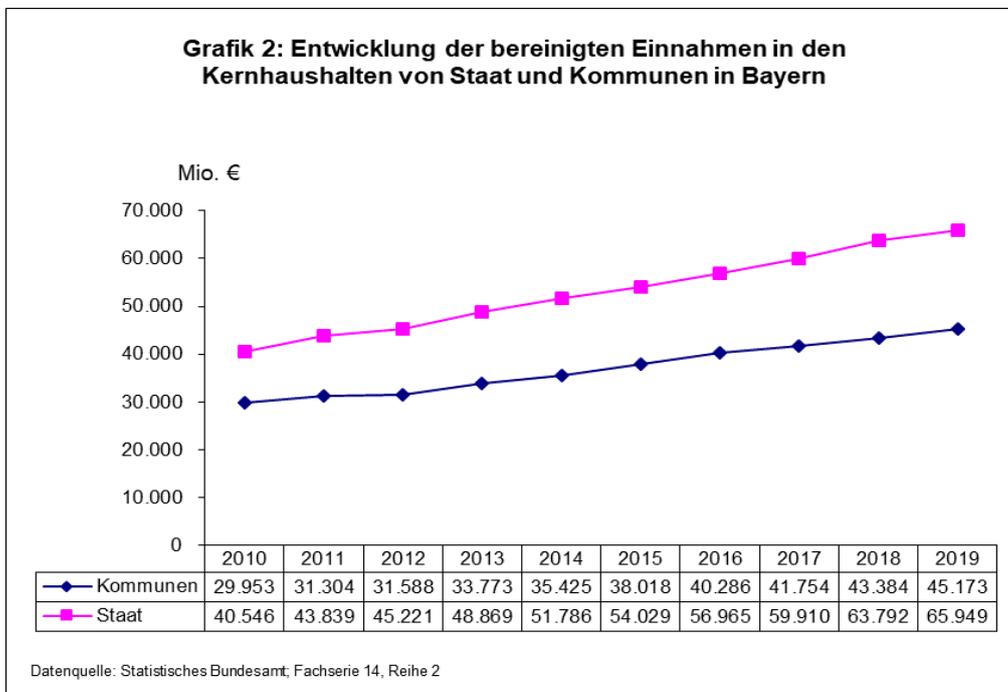
	Kommunen	Staat	
		vor LFA	nach LFA
Steuereinnahmewachstum von 2010 bis 2019	+8.342 Mio. €	+21.238 Mio. €	+18.067 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2010 bis 2019	+68,4 %	+68,3 %	+65,7 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

2. Einnahmen- und Ausgabenentwicklung

2.1 Einnahmen

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 BayFAG, § 19 Abs. 2 Nr. 2 FAGDV)



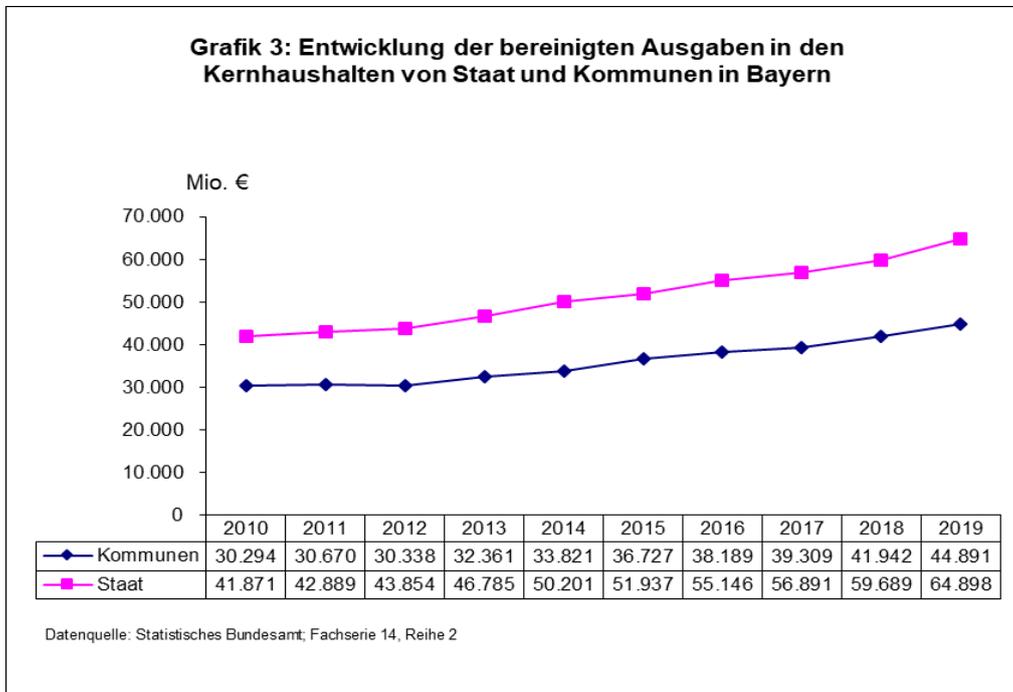
Im Jahr 2019 sind die Einnahmen der Kommunen mit +4,1 % stärker angestiegen als die Einnahmen des Staates mit +3,4 %. Im Zehnjahreszeitraum von 2010 bis 2019 erzielte der Staat hingegen mit +62,7 % einen deutlich höheren Anstieg als die Kommunen mit +50,8 %.

Tabelle 2: Einnahmewachstum von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Einnahmewachstum von 2010 bis 2019	+15.220 Mio. €	+25.403 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2010 bis 2019	+50,8 %	+62,7 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

2.2 Ausgaben (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 BayFAG, § 19 Abs. 2 Nr. 3 FAGDV)



Im Jahr 2019 sind die Ausgaben der Kommunen mit +7,0 % weniger stark angestiegen als die des Staates mit +8,7 %. Auch im Zehnjahreszeitraum von 2010 bis 2019 fällt der Anstieg der Ausgaben beim Staat mit +55,0 % höher aus als bei den Kommunen mit +48,2 %.

Tabelle 3: Ausgabenzuwachs von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Ausgabenzuwachs von 2010 bis 2019	+14.597 Mio. €	+23.027 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2010 bis 2019	+48,2 %	+55,0 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

2.3 Vergleich des Einnahmen- und Ausgabenwachstums

Im Zehnjahreszeitraum von 2010 bis 2019 sind sowohl beim Staat als auch bei den Kommunen die Einnahmen stärker angestiegen als die Ausgaben. Der Anstieg der Staatseinnahmen liegt um fast 2,4 Mrd. € über dem Anstieg der Staatsausgaben. Bei den Kommunen beträgt der Unterschied 0,6 Mrd. €.

3. Entwicklung der Finanzierungssalden

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 BayFAG, § 19 Abs. 2 Nr. 4 FAGDV)

Staat und Kommunen hatten auch 2019 wieder einen positiven Finanzierungssaldo. Allerdings ist der Finanzierungssaldo 2019 gegenüber dem Vorjahr jeweils deutlich gesunken, bei den Kommunen um 80 % auf 282 Mio. €, beim Staat um 77 % auf 943 Mio. €.

In der Zehnjahresbetrachtung von 2010 bis 2019 ergibt sich für die Kommunen ein Gesamtüberschuss von +12.118 Mio. €. Der Staat erzielte einen positiven Zehnjahressaldo von +16.632 Mio. €.

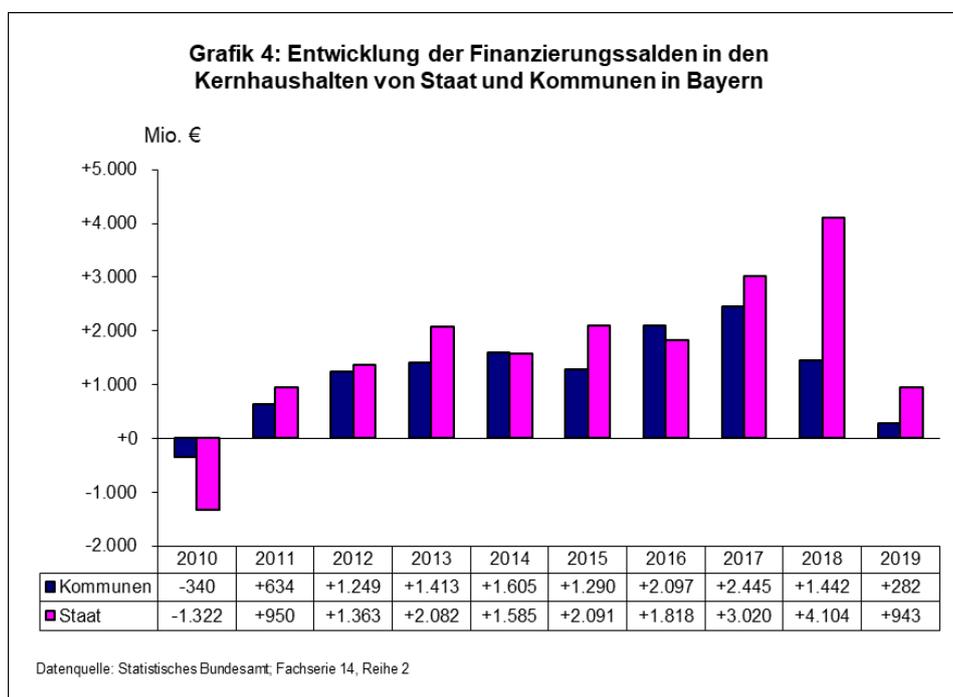


Tabelle 4: Summe der Finanzierungssalden von Staat und Kommunen in Bayern

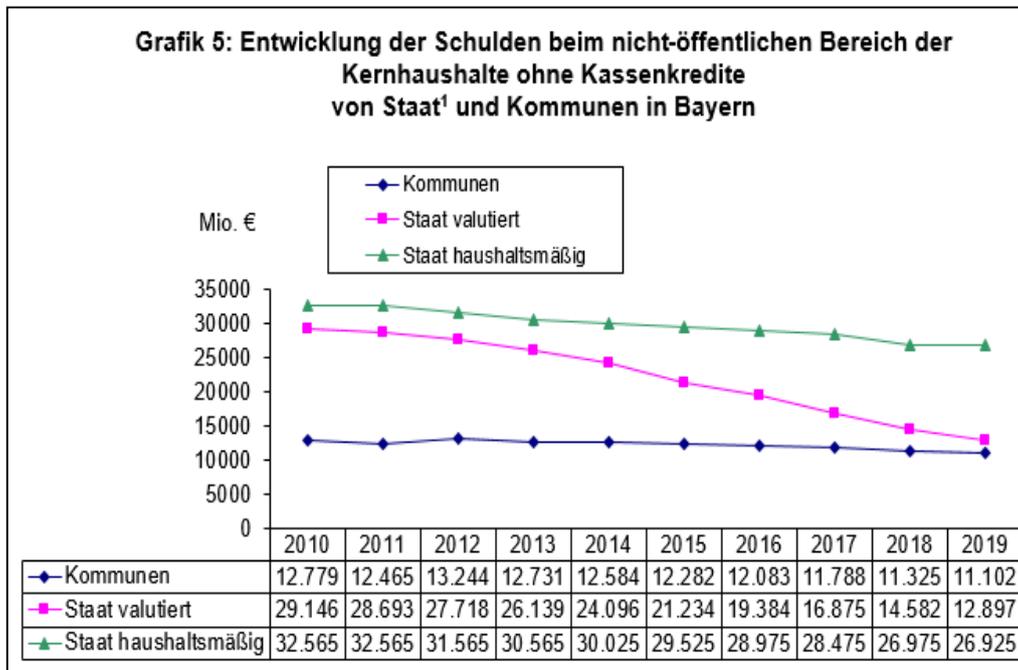
	Kommunen	Staat
Finanzierungssalden von 2010 bis 2019	+12.118 Mio. €	+16.632 Mio. €

Quelle: Eigene Berechnung des StMFH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

4. Entwicklung der Verschuldung

4.1 Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 BayFAG, § 19 Abs. 2 Nr. 5 FAGDV)



¹ Die Grafik gibt für die Kommunen die kassenmäßige Verschuldung wieder, da es für die Kommunalebene nur diese Zahlen gibt.

Maßgeblich für die Beurteilung der Staatsverschuldung ist jedoch die haushaltsmäßige Verschuldung, die im Gegensatz zur kassenmäßigen Verschuldung aufgeschobene Anschlussfinanzierungen für ausgelaufene Altkredite gemäß Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes, bestimmte Kreditmarktschulden, die in der geänderten Abgrenzung der Schuldenstatistik ab 2010 dem öffentlichen Bereich zugerechnet werden, von 2014 bis 2018 nicht belegte Kreditrahmen, die bis dahin in der kassenmäßigen Verschuldung enthalten waren, sowie von 2015 bis 2018 die so genannten „Aussetzungsfloater“ (= variable Darlehen, deren Inanspruchnahme ausgesetzt werden kann), die bis dahin ebenfalls in der kassenmäßigen Verschuldung enthalten waren, beinhaltet. Die Kreditrahmen und Aussetzungsfloater wurden buchungsmäßig im Dezember 2019 getilgt.

Die haushaltmäßige Verschuldung stellt sich für den Freistaat wie folgt dar (Angaben in Mio. €):

Jahr	Kassenmäßig (Fachserie 14, Reihe 5)	nicht belegte Kreditrahmen / Aussetzungsfloater	gem. Art. 8 HG aufgeschobene		ab 2010 dem öffentl. Bereich zugerechnete Kreditmarkt- schulden	Haushalts- mäßige Verschul- dung	haushalts- mäßige Ver- schuldungs- quote
			Anschlussfi- nanzierung	Kredite und (ab 2015) Anschlussfi- nanzierun- gen für den Stabi-Fonds			
2010	29.146	bis 2013 (Ausset- zungsfloater bis 2014) in der kas- senmäßigen Ver- schuldung enthal- ten	3.307	0	113	32.565	77,8 %
2011	28.693		3.489	0	384	32.565	75,9 %
2012	27.718		3.491	0	357	31.565	72,0 %
2013	26.139		4.152	0	275	30.565	65,3 %
2014	24.096	805	4.925	0	200	30.025	59,8 %
2015	21.234	1.320	5.648	1.248	75	29.525	56,8 %
2016	19.384	1.270	6.419	1.828	75	28.975	52,5 %
2017	16.875	1.420	8.567	1.538	75	28.475	50,1 %
2018	14.582	1.270	10.540	508	75	26.975	45,2 %
2019	12.897	0	12.642	1.337	50	26.925	41,5 %

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihen 5 und 2

Quote: Eigene Berechnungen des StMFH auf Basis dieser Daten

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 ist die kassenmäßige Verschuldung der Kommunen gegenüber dem Vorjahr um 2,0 % gesunken, die des Staates um 11,6 %. Während es für die Kommunalebene nur die kassenmäßige Verschuldung gibt, ist für eine Beurteilung der Verschuldung des Staates jedoch auf die haushaltmäßige Verschuldung abzustellen. Diese beinhaltet neben der rein kassenmäßigen Verschuldung unter anderem auch die aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen für ausgelaufene Altkredite gemäß Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes (im Einzelnen siehe hierzu die Erläuterungen in der Fußnote zu Grafik 5). Diese haushaltmäßige Verschuldung des Staates ist zum 31. Dezember 2019 gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2 % gesunken.

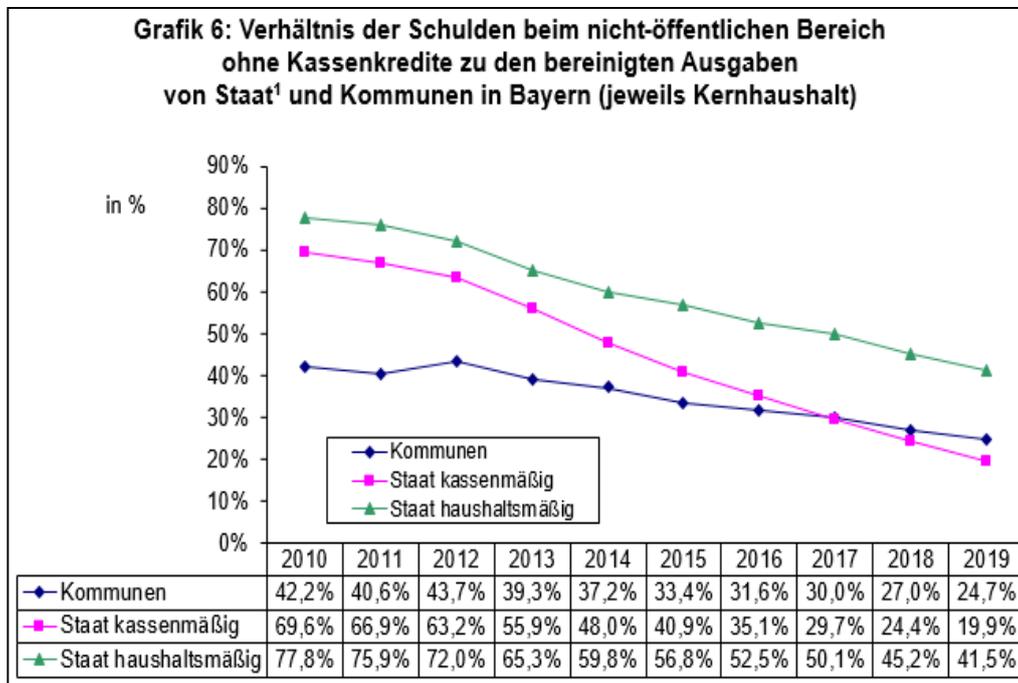
Beim Staat ist die kassenmäßige Verschuldung im Zehnjahreszeitraum von 2010 bis 2019 um 55,8 % gesunken; bei haushaltmäßiger Betrachtung sind die Staatsschulden um 17,3 % gesunken. Bei den Kommunen ergibt sich im gleichen Zeitraum ein Rückgang um 13,1 %.

Tabelle 5: Entwicklung der Schulden von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat	
		Kassenmäßige Schulden	Haushaltsmä- ßige Schulden
Entwicklung der Schulden von 2010 bis 2019	-1.676 Mio. €	-16.249 Mio. €	-5.640 Mio. €
Prozentuale Veränderung von 2010 bis 2019	-13,1 %	-55,8 %	-17,3 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFH nach Daten des Statistischen Bundesamts,
Fachserie 14, Reihe 5 (Tabelle 5.1)

4.2 Schulden der Kernhaushalte in Relation zu den Gesamtausgaben (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 BayFAG, § 19 Abs. 2 Nr. 6 FAGDV)



¹ vgl. Grafik 5, Fußnote 1.

Wie bereits in den Vorjahren setzte sich auch 2019 der Trend zu einer geringeren Verschuldungsquote (Verhältnis der Schulden zu den bereinigten Gesamtausgaben) sowohl bei den Kommunen als auch beim Staat fort. Bei den Kommunen war ein Rückgang von 27,0 % im Jahr 2018 auf 24,7 % im Jahr 2019 zu verzeichnen. Die kassenmäßige Verschuldungsquote des Staates sank von 24,4 % auf 19,9 %, bei haushaltsmäßiger Betrachtung von 45,2 % auf 41,5 %.

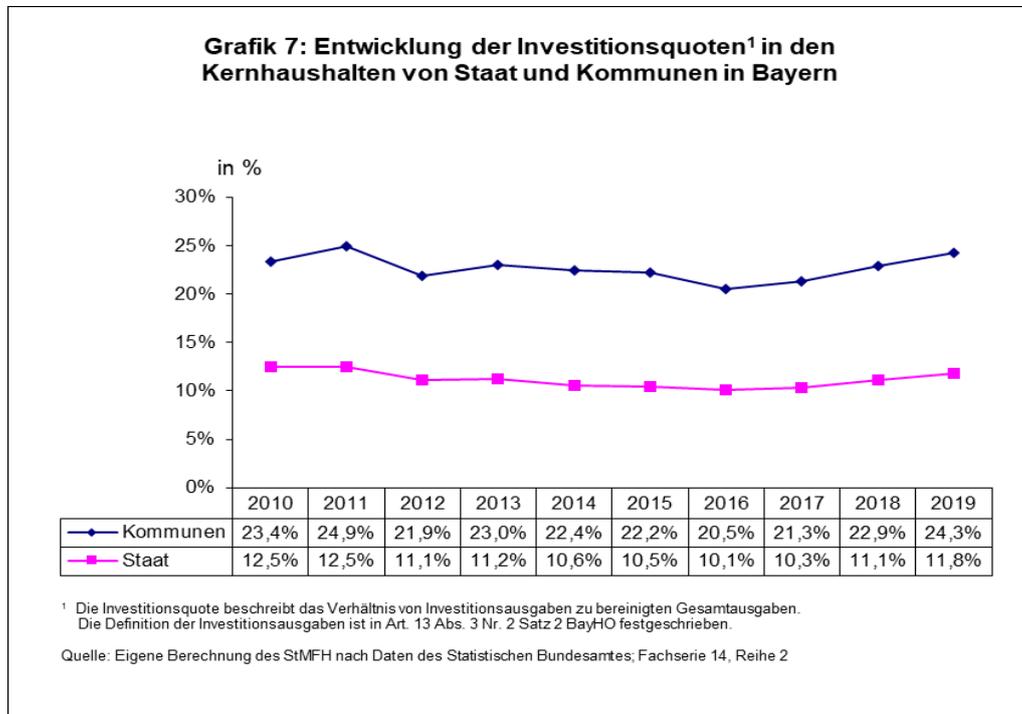
Im Zehnjahresvergleich von 2010 bis 2019 ergibt sich bezüglich der Verschuldungsquote bei den Kommunen ein Rückgang von 42,2 % auf 24,7 %. Beim Staat ist bei der kassenmäßigen Verschuldungsquote ein Rückgang von 69,6 % auf 19,9 %, bei der maßgeblichen haushaltsmäßigen Verschuldungsquote (siehe Nr. 4.1) von 77,8 % auf 41,5 % zu verzeichnen.

Tabelle 6: Verhältnis der Schulden zu den Gesamtausgaben von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat	
		Kassenmäßige Schulden	Haushaltsmäßige Schulden
Quote 2010	42,2 %	69,6 %	77,8 %
Quote 2019	24,7 %	19,9 %	41,5 %
Prozentuale Veränderung	-41,4 %	-71,5 %	-46,7 %

Quelle: Eigene Berechnungen des StMFH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihen 5 und 2

5. Entwicklung der Investitionsquoten (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 BayFAG, § 19 Abs. 2 Nr. 7 FAGDV)



Die Investitionsquoten von Staat und Kommunen sind 2019 gegenüber dem Vorjahr weiter angestiegen und betragen nun bei den Kommunen 24,3 % (2018: 22,9 %) und beim Staat 11,8 % (2018: 11,1 %).

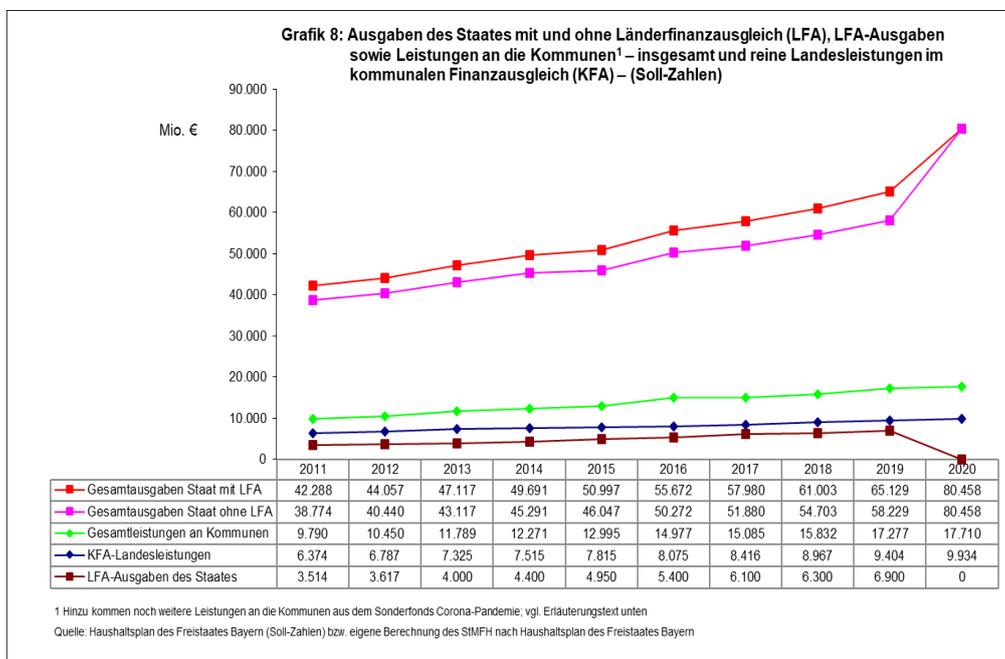
Im Zehnjahresvergleich von 2010 bis 2019 ist die Investitionsquote beim Staat um 5,6 % gesunken (0,7 Prozentpunkte), bei den Kommunen hingegen um 3,8 % gestiegen (0,9 Prozentpunkte).

Tabelle 7: Vergleich der Investitionsquoten von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Investitionsquote 2010	23,4 %	12,5 %
Investitionsquote 2019	24,3 %	11,8 %
Prozentuale Veränderung	+3,8 %	-5,6 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFH nach Daten des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 14, Reihe 2; Verhältnis Investitionsausgaben (Kapitalrechnung ohne Schuldentilgung und ohne sonstige Vermögensübertragungen) zu bereinigten Ausgaben.

6. Entwicklung der Ausgaben des Staates und staatliche Leistungen an die Kommunen (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 BayFAG, § 19 Abs. 2 Nr. 8 FAGDV)



Ein beachtlicher Teil der Gesamtausgaben des Staates entfällt auf die Leistungen an die Kommunen innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs. Im Zehnjahresvergleich von 2011 bis 2020 sind die Gesamtleistungen an die Kommunen – ohne Leistungen aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie – um 80,9 % auf 17,7 Mrd. € angestiegen. Die Landesleistungen im kommunalen Finanzausgleich sind im gleichen Zeitraum um 55,9 % gestiegen. Die Gesamtausgaben des Staates haben sich im Zehnjahreszeitraum um 90,3 % auf rd. 80,46 Mrd. € erhöht.

Der starke Anstieg der Gesamtausgaben im Jahr 2020 ist auf den neu eingerichteten Sonderfonds Corona-Pandemie (Kap. 13 19) zurückzuführen, der ein Gesamtvolumen von 20 Mrd. € hat. Die konkrete Verwendung dieser Mittel wird je nach Bedarf im Laufe des Jahres 2020 sukzessive festgelegt. Aus dem Sonderfonds werden in erheblichem Umfang auch Leistungen an die Kommunen finanziert, die in den o.g. 17,7 Mrd. € noch nicht enthalten sind. Eine wesentliche Leistung aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie an die Kommunen ist die Kompensation von Gewerbesteuermindereinnahmen mit einem Landesanteil von 1,346 Mrd. €. Weitere Leistungen aus dem Sonderfonds sind z. B. die Landesmittel für die Kommunen im Rahmen des ÖPNV-Rettungsschirms in Höhe von voraussichtlich 255 Mio. € sowie die Erstattung nicht erhobener Elternbeiträge bei der Kindertagesbetreuung in Höhe von 200 Mio. €.

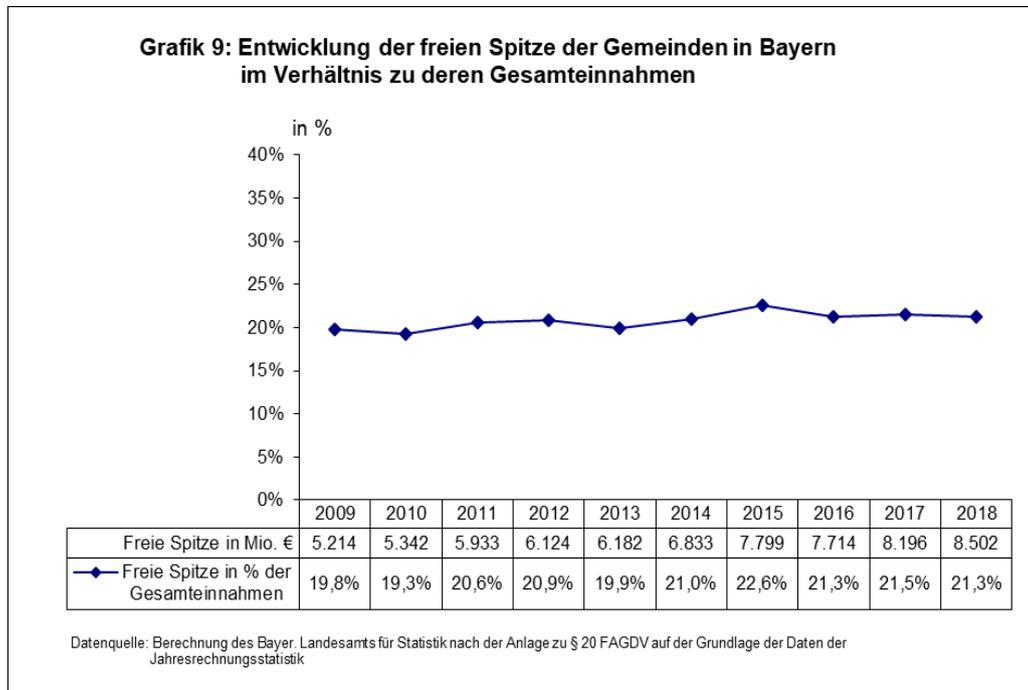
Im Jahr 2019 wurden letztmalig die Leistungen im Länderfinanzausgleich im Staatshaushalt als Ausgaben verbucht (HH-Ansatz 2019: 6,9 Mrd. €). Der ab dem Jahr 2020 geltende neue Finanzkraftausgleich wird über die Einnahmeseite bei der Umsatzsteuer abgerechnet.

Tabelle 8: Ausgabenzuwachs des Staates insgesamt im Vergleich zur Entwicklung der Gesamtleistungen des Staates an die Kommunen (Haushaltssoll)

	Staatsausgaben	Leistungen an die Kommunen
Zuwachs von 2011 bis 2020	+38.170 Mio. €	+7.920 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2011 bis 2020	+90,3 %	+80,9 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFH nach Haushaltsplänen des Freistaates Bayern

7. Entwicklung der verfügbaren Mittel der Gemeinden für freiwillige Aufgaben (Art. 23 Abs. 2 Nr. 2 BayFAG, § 20 FAGDV)



Der Anteil an den Gesamteinnahmen, der den Gemeinden zur Erfüllung freiwilliger Aufgaben verbleibt, lag 2018 mit 21,3 % weiter über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (Vorjahr 21,5 %).

8. Ausblick (Art. 23 Abs. 2 Nr. 3 BayFAG, § 21 FAGDV)

8.1 Entwicklung der Steuereinnahmen

Die Konjunktur in Deutschland hat sich bereits vor der Corona-Krise abgekühlt. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) verzeichnete im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von 0,6 %, nach +1,5 % im Jahr 2018 und +2,5 % im Jahr 2017. In Bayern ist das BIP im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 % angestiegen (2018: +1,4 %, 2017: +2,8 %).

Die COVID-19-Pandemie stürzte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2020 mit einem BIP-Rückgang um 1,9 % im ersten Quartal und einem Minus von 9,8 % im zweiten Quartal in eine historische Rezession. Der Konjunkturunbruch beschränkte sich weitgehend auf die Monate März und April 2020, mit der Lockerung der Kontaktbeschränkungen setzte bereits im Mai 2020 eine rasche Erholung ein. Im dritten Vierteljahr 2020 wuchs das reale BIP nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts mit +8,2 % gegenüber dem Vorquartal (preis-, saison- und kalenderbereinigt) unerwartet kräftig. Getragen wurde der Aufschwung vor allem durch höhere private Konsumausgaben, steigende Investitionen in Ausrüstungen und einen deutlichen Zuwachs bei den Exporten.

Dem starken Anstieg der Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2020 stehen deutlich eingetrübte Wachstumsaussichten für das vierte Quartal 2020 gegenüber. Die Aufwärtsentwicklung, die sich bereits im Spätsommer 2020 mit dem Auslaufen der Nachholeffekte und dem Wiederaufflammen des Infektionsgeschehens abgeflacht hat, dürfte im Zuge des bundesweiten Teil-Lockdown im November 2020 nahezu vollständig zum Erliegen kommen.

Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion vom 30. Oktober 2020 für das Gesamtjahr 2020 einen Einbruch des realen BIP um 5,5 % und für das Jahr 2021 ein Wachstum von 4,4 %. Damit liegt die Bundesregierung im aktuellen Prognosespektrum für das Jahr 2020 in der Mitte und für das Jahr 2021 am oberen Rand. Eine Rückkehr auf das Vorkrisenniveau erwartet die Bundesregierung frühestens zum Jahreswechsel 2021/2022.

Der Wirtschaftsausblick unterliegt vor allem aufgrund der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie hohen Prognoserisiken. Auch verstärkt die globale Rezession protektionistische Tendenzen, die die Gefahr von Handelsstreitigkeiten weiter verschärfen und der exportstarken deutschen Wirtschaft erheblichen Schaden zufügen können. Weitere Unwägbarkeiten ergeben sich aus den noch unklaren Modalitäten des Ausscheidens Großbritanniens am 31. Dezember 2020 aus dem EU-Binnenmarkt und der EU-Zollunion.

Nach den Ergebnissen der Steuerschätzung vom 10. bis 12. November 2020 müssen die Gemeinden im Jahr 2020 bundesweit mit sinkenden Steuereinnahmen in einer Größenordnung von 8,6 % und die Länder von 3,9 % im Vergleich zum Vorjahr rechnen. Im Jahr 2021 sollen die Steuereinnahmen der Gemeinden dann wieder um 7,4 %, die der Länder um 3,9 % gegenüber dem Vorjahr steigen.

Tabelle 9: Ergebnis der Steuerschätzung November 2020

(Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr)	2020	2021
Steuern insgesamt	-8,9 %	6,6 %
Bund	-15,3 %	6,5 %
Länder	-3,9 %	3,9 %
Gemeinden	-8,6 %	7,4 %

Quelle: BMF, Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. November 2020

Im Einbruch der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen im Jahr 2020 schlagen sich neben der negativen konjunkturellen Entwicklung auch die Mindereinnahmen aus den zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie ergriffenen (gesetzlichen und untergesetzlichen) Steuerentlastungsmaßnahmen nieder.

Zur Unterstützung der bayerischen Kommunen verdoppelt der Freistaat das Konjunkturpaket des Bundes auf insgesamt über 4 Mrd. €. Eine wesentliche Maßnahme hierbei ist der pauschale Ausgleich von Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer. Die bayerischen Kommunen erhalten hierfür insgesamt 2,398 Mrd. Davon trägt 1,346 Mrd. € allein der Freistaat. Für die Verteilung der Mittel sind die Länder zuständig. Maßstab für die Verteilung der Mittel in Bayern ist die Differenz zwischen dem Durchschnitt der Gewerbesteuer-Ist-Einnahmen (brutto) 2017 bis 2019 und den für 2020 erwarteten Gewerbesteuerereinnahmen. Die Zuweisungen werden bei der Berechnung der Steuerkraft und der Umlagegrundlagen berücksichtigt. Dadurch wird auch die Einnahmehbasis der Landkreise und Bezirke stabilisiert.

In den bundesweiten Schätzergebnissen nicht erkennbar sind die Auswirkungen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020, soweit diese zu Verschiebungen zwischen den Ländern führen, da in der Steuerschätzung nur die Ländergesamtheit dargestellt ist. Für den Haushalt des Freistaates Bayern entfallen durch die Neuordnung ab 2020 zwar die Ausgaben, die bisher im Rahmen des Länderfinanzausgleichs geleistet werden mussten (Haushaltsansatz 2019: 6,9 Mrd. €). Im Gegenzug reduzieren sich allerdings auch seine Steuereinnahmen deutlich, weil der neue Finanzkraftausgleich künftig über die Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern abgerechnet wird.

8.2 Für die Ausgabenseite wichtige Entwicklungen

Die Corona-Pandemie führt im Jahr 2020 zu außergewöhnlichen Belastungen für den Staatshaushalt. Zur Finanzierung der staatlichen Hilfsmaßnahmen und zur Kompensation der zu erwartenden Steuerausfälle wurde der Sonderfonds Corona-Pandemie (Kap. 13 19), finanziert über Schuldenaufnahme am Kreditmarkt, eingerichtet. Seit dem 2. Nachtragshaushalt 2020 besitzt dieser ein Volumen von 20 Mrd. €. Die konkrete Verwendung der Mittel wird je nach Bedarf im Laufe des Jahres 2020 sukzessive festgelegt. Ob diese bereitgestellten Mittel zur Bewältigung der Pandemie ausreichen, hängt u. a. von der tatsächlichen Inanspruchnahme der Staatshilfen und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab.

Im Frühjahr 2020 nahm die Arbeitslosigkeit in Deutschland aufgrund der Corona-Krise spürbar zu. Aufgrund des weitverbreiteten Einsatzes der Kurzarbeit stieg die Zahl der Arbeitslosen von Ende März bis Ende Mai 2020 jedoch – verglichen mit dem Konjunktüreinbruch – saisonbereinigt nur moderat um 609 000. Die Bundesregierung prognostiziert im Jahresdurchschnitt für Deutschland nach 2,34 Millionen Arbeitslosen im Jahr 2018 (Arbeitslosenquote 5,2 %) und 2,27 Millionen im Jahr 2019 (Quote: 5,0 %) einen Anstieg auf 2,70 Millionen Arbeitslose im Jahr 2020 (Quote: 5,9 %). Dies wirkt sich für Staat und Kommunen nicht nur auf der Einnahmeseite negativ aus, sondern auch auf der Ausgabenseite.

In Bayern hat im Jahr 2019 die Arbeitslosenquote nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) mit 2,8 % im Jahresdurchschnitt ihren historisch niedrigsten Wert erreicht. Im Zuge der COVID-19-Pandemie nahm die Arbeitslosigkeit jedoch ab April 2020 merklich zu. Die Arbeitslosenquote stieg – auch bedingt durch saisonale Effekte – bis August 2020 auf 4,1 %, bevor sie im September und Oktober um jeweils 0,2 Prozentpunkte zurückging auf 3,7 %. Trotz der im Vergleich zum Vorjahr wesentlich höheren Arbeitslosigkeit weist Bayern damit aktuell nach wie vor die niedrigste Arbeitslosenquote aller Länder auf, weit unter dem deutschen Durchschnitt von 6,0 %. Die Einschränkung des öffentlichen Lebens im November 2020 dürfte den Arbeitsmarkt erneut unter Druck setzen und könnte sogar kurzfristig zum Verlust von weiteren Arbeitsplätzen führen.

Die Arbeitskräftenachfrage – gemessen am Bestand offener Stellen – unterschreitet das Vorjahresniveau aufgrund der COVID-19-Pandemie erheblich. Zum Stand Oktober 2020 waren bei der BA 97 073 unbesetzte Arbeitsstellen gemeldet (davon rd. 98 % sozialversicherungspflichtig). Dies entspricht im Vergleich zum Oktober 2019 einer Abnahme um 27 165 Stellen bzw. 21,9 %.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Bayern nahm im Oktober 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat um 7 846 Personen zu (+40,5 %), lag jedoch mit einer Quote von 3,2 % deutlich unter dem gesamtdeutschen Wert (5,5 %). Auch bei der Arbeitslosigkeit der älteren Menschen (über 50 Jahre) (+32,6 %), der schwerbehinderten Menschen (+19,1 %) und der Langzeitarbeitslosen (+36,5 %) war im Vergleich zum Vorjahr ein beträchtlicher Zuwachs zu verzeichnen.

In Deutschland erhielten zum Stand Oktober 2020 57,1 % der Arbeitslosen Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II, Grundsicherung für Arbeitsuchende). In Bayern fiel der Anteil mit 37,5 % wesentlich geringer aus. Innerhalb der Gruppe der SGB-II-Arbeitslosen im Freistaat hatten 14 % einen Fluchthintergrund. Im Oktober 2020 waren in Bayern insgesamt rd. 19 000 „Personen im Kontext von Flucht-migration“ bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern arbeitslos gemeldet.

Zur Entlastung der Kommunen übernimmt der Bund dauerhaft weitere 25 % und insgesamt bis zu 75 % der Kosten für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Dies bedeutet für die bayerischen Kommunen eine Entlastung von jährlich rund 250 Mio. €.

Seit 2018 entlastet der Bund die deutschen Kommunen jedes Jahr in Höhe von 5 Mrd. €. Die Entlastung erfolgt über drei unterschiedliche Transferwege: Für das Jahr 2021 erhalten die Kommunen 3,675 Mrd. € über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (Anteil bayerische Kommunen: rd. 627 Mio. €). Zugleich wird die erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (SGB II) für 2021 auf 1,2 Prozentpunkte festgelegt (Anteil bayerische Kommunen: rd. 12 Mio. €). Der dritte Anteil in Höhe von 1 Mrd. € wird über einen erhöhten Umsatzsteueranteil an die Länder ausgereicht. Seinen Anteil in Höhe von 155 Mio. € leitet der Freistaat Bayern gemäß Art. 1

Abs. 2 Satz 1 BayFAG durch eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen an die Kommunen weiter. Die flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft und Heizung werden bis einschließlich 2021 vollständig vom Bund übernommen (Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021). Darüber hinaus wird sich der Bund in 2021 vorbehaltlich der Spitzabrechnung der Bundesbeteiligung für Asylbewerber (670 €-Pauschale) i. H. v. rd. 213 Mio. € an den flüchtlingsbedingten Kosten beteiligen.

Die Personalausgaben sind mit der größte Ausgabenblock bei Staat und Kommunen. Am 25. Oktober 2020 konnte in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen Einigung über einen neuen Tarifvertrag erzielt werden. Demnach werden die Entgelte zunächst zum 1. April 2021 um 1,4 %, mindestens jedoch um 50 € erhöht. Zum 1. April 2022 ist eine weitere Erhöhung um 1,8 % vorgesehen. Auszubildende, Studierende und Praktikantinnen und Praktikanten werden ab den beiden Terminen jeweils 25 € mehr erhalten. Alle Beschäftigten erhalten zudem mit dem Entgelt für den Monat Dezember 2020 eine nach Entgeltgruppen gestaffelte einmalige Corona-Sonderzahlung. Für Beschäftigte, die in einer Gesundheitsbehörde zur Bewältigung der Corona-Pandemie eingesetzt sind, sind unter bestimmten Voraussetzungen zudem jeweils im Mai 2021 und 2022 weitere Einmalzahlungen (sog. Corona-Sonderprämie ÖGD) vorgesehen. Für Pflegekräfte wurden gesonderte Gehaltssteigerungen vereinbart. Die Vereinbarung läuft bis Ende 2022.

Im Bereich der Länder erfolgte zum 1. Januar 2020 eine lineare Erhöhung der Entgelte im Gesamtvolumen von 3,2 %; darin sind enthalten die Anhebung der Stufe 1 in den Entgeltgruppen 2 bis 15 um 4,3 %, für die übrigen Stufen in allen Entgeltgruppen um 3,12 %, mindestens jedoch um 90 €. Eine weitere Erhöhung um 1,4 % (Anhebung der Stufe 1 in den Entgeltgruppen 2 bis 15 um 1,8 %, für die übrigen Stufen in allen Entgeltgruppen um 1,29 %, mindestens jedoch um 50 €) folgt ab 1. Januar 2021. Die Entgelttabellen im Bereich der Länder haben eine Mindestlaufzeit bis 30. September 2021.

Die Besoldung der staatlichen und kommunalen Beamtinnen und Beamten wurde ab 1. Januar 2020 um 3,2 % erhöht. Zum 1. Januar 2021 ist eine weitere lineare Erhöhung um 1,4 % vorgesehen.

Aufgabenschwerpunkte bei Staat und Kommunen sind nach wie vor die Bereiche Schule und Kinderbetreuung. Im schulischen Bereich stellen der weitere Ausbau der Ganztagesbetreuung, die Digitalisierung und die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums die künftigen Herausforderungen für Staat und Kommunen dar. Am 17. Mai 2019 trat die Verwaltungsvereinbarung „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ zwischen dem Bund und den Ländern in Kraft. Hiernach erhält Bayern rund 778 Mio. € an Bundesmitteln, die zusammen mit den vom Freistaat bereitgestellten 212,5 Mio. € an Landesmitteln eine „digitale Bildungsmilliarde“ für die bayerischen Schulen ergeben. Im Rahmen des Schul-Digitalisierungsgipfels am 23. Juli 2020 hat die Staatsregierung weitere umfangreiche Maßnahmen angekündigt, um die Verbesserung der digitalen Infrastruktur an Schulen noch schneller voranzubringen (insbesondere Verstärkung der Lehrerfortbildung, Schul-Cloud, Unterstützung der Schulaufwandsträger bei Wartung und Pflege zusammen mit dem Bund; Förderung der Beschaffung von Endgeräten für Schüler und Lehrer zusammen mit dem Bund, Schulrechenzentrum im IT-DLZ). Für finanzschwache Kommunen konnten Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Schulinfrastruktur auch zur Förderung aus den Finanzhilfen des Bundes angemeldet werden (Kapitel 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, KInvFG). Der Bund stellt hierfür bis 31. Dezember 2022 bundesweit 3,5 Mrd. € bereit, die bayerischen Kommunen erhalten hieraus einen Anteil von rd. 293 Mio. €.

Im Bereich der Kinderbetreuung erfordern der garantierte Betreuungsplatz für Kinder bis zum Schuleintritt, die Ausweitung des Beitragszuschusses auf alle drei Kindergartenjahre und das Bayerische Krippengeld sowie der nach wie vor große Investitionsbedarf hohe finanzielle Kraftanstrengungen von Staat und Kommunen. Für die Investitionsförderung stellt der Bund mit dem vierten Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020“ (4. SIP) bundesweit 1,126 Mrd. € zur Verfügung. Auf Bayern entfallen davon rd. 178 Mio. €, die der Freistaat Bayern den bayerischen Kommunen in Ergänzung der Förderung nach Art. 10 BayFAG in voller Höhe zur Verfügung stellt. Im Rahmen des 4. Sonderinvestitionsprogramms hat sich der Freistaat – weit über den ursprünglich geplanten Umfang hinaus – verpflichtet, in Ergänzung der Förderung nach Art. 10 BayFAG zusätzlich Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung (bis zu rund

63 500 Plätze) einzusetzen. Die Abfinanzierung wird in künftigen Haushalten darzustellen sein. Gleiches gilt für die vom Ministerrat beschlossene Förderung zur Schaffung von zusätzlichen 10 000 Hortplätzen. Mit dem Gesetz über begleitende Maßnahmen zur Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaketes vom 14. Juli 2020 (BGBl. I S. 1683) stellt der Bund in den Jahren 2020 und 2021 zusätzliche Mittel i. H. v. 1 Mrd. € zur Schaffung von 90 000 zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder bis zum Schuleintritt sowie zur Finanzierung von Hygienemaßnahmen zur Verfügung. Auf Bayern entfallen knapp 160 Mio. €. Der Freistaat beabsichtigt diese Mittel vollständig an seine Kommunen weiterzugeben. Neben einem Landesprogramm im Umfang von bis zu 140 Mio. € für bis zu 10 000 zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen sollen die Mittel für Kostensteigerungen im bisherigen 4. Sonderinvestitionsprogramm sowie für Hygienemaßnahmen in den Kindertageseinrichtungen verwendet werden.

Zur Verbesserung der Qualität in Kitas stellt der Bund den Ländern mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kinderbetreuung („Gute-Kita-Gesetz“) in den Jahren 2019 bis 2022 bundesweit insgesamt rd. 5,5 Mrd. € zur Verfügung. Auf Bayern entfällt davon ein Betrag von rd. 860 Mio. €.

Darüber hinaus beabsichtigt der Bund, Mittel im Rahmen eines Investitionsprogramms zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder bereit zu stellen. Im Entwurf des Bundeshaushalts 2021 ist hierfür ein Sondervermögen „Ausbau ganztätiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ mit einem Programmvolumen von bis zu 3,5 Mrd. € geplant.

Die Corona-Pandemie hat in kurzer Zeit zu einer Beschleunigung der Digitalisierung aller Lebensbereiche geführt. Die Digitalisierung wird auch weiterhin einen Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bei Staat und Kommunen darstellen. Weitere wichtige Bereiche sind Investitionen in die Infrastruktur von Straßen, Schiene und Öffentlichem Personennahverkehr. Viele verkehrspolitische Projekte wie Angebotsausweitungen im Schienenpersonennahverkehr oder die Einführung des 365-Euro-Jugend-Tickets zum 1. August 2020 in mehreren bayerischen Verkehrsverbänden wurden bereits umgesetzt. Als Reaktion auf die besonderen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie wurde ein gemeinsamer ÖPNV-Rettungsschirm von Bund und Ländern eingerichtet, mit dem die Erlösausfälle im bayerischen ÖPNV weitgehend ausgeglichen werden können. Damit wird auch in Zukunft ein leistungsfähiger und attraktiver ÖPNV garantiert.

9. Schlussfolgerung

Die Corona-Pandemie hat seit dem Frühjahr 2020 einen erheblichen Rückgang der Steuereinnahmen auf allen staatlichen Ebenen ausgelöst, d. h. beim Bund, bei den Ländern und den Kommunen. Dank der positiven Finanzentwicklung in den vergangenen zehn Jahren waren und sind die Haushalte des Freistaates und der Kommunen grundsätzlich robust aufgestellt. Die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie wird für Staat und Kommunen aber noch über einen längeren Zeitraum eine große Herausforderung darstellen.

Die Finanzentwicklung von Staat und Kommunen ist im Zehnjahresvergleich ausgewogen. Die Einnahmen sind beim Staat zwar stärker gestiegen (Freistaat: 62,7 %; Kommunen: 50,8 %). Dafür ist der Ausgabenzuwachs bei den Kommunen geringer (Kommunen: +48,2 %; Freistaat: +55,0 %). Die Verschuldung ist beim Staat in den letzten Jahren stärker zurückgegangen (Kommunen: 13,1 %, Freistaat: 17,3 %). Die Kommunen haben dafür eine deutlich geringere Schuldenquote (Kommunen: 24,7 %, Freistaat: 41,5 %). In den nächsten Jahren wird die Verschuldung des Freistaates aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie und des Rückgangs der Steuereinnahmen zudem deutlich ansteigen. Die Investitionsquote ist bei den Kommunen erheblich besser (Kommunen: 24,3 %, Freistaat: 11,8 %). Zudem verbleibt der Anteil an den Gesamteinnahmen, der den Gemeinden zur Erfüllung freiwilliger Aufgaben verbleibt, mit rd. 8,5 Mrd. € bzw. 21,3 % der Gesamteinnahmen weiter auf hohem Niveau und belegt die finanzielle Bewegungsfreiheit der bayerischen Kommunen.

Der Freistaat hat die bayerischen Kommunen in der Corona-Krise zudem nach Kräften unterstützt und das Konjunkturpaket des Bundes durch Landesmittel auf insgesamt rd. 4 Mrd. € erhöht. Eine zentrale Maßnahme ist die Kompensation von Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer, einer der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen.

Vor diesem Hintergrund besteht kein Anlass für strukturelle finanzielle Verschiebungen zwischen Staat und Kommunen.

II. Finanzielle Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs 2021

Der Entwurf des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat zum kommunalen Finanzausgleich 2021 wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen (Art. 23 Abs. 1 BayFAG). Dabei wurden die Belange des Staates und die Forderungen der Kommunen unter Berücksichtigung der besonderen Herausforderungen der Corona-Pandemie eingehend erörtert. Freistaat und Kommunen sind von den Auswirkungen der Pandemie gleichermaßen betroffen. Der Freistaat hat hierauf mit einer massiven Neuverschuldung reagiert und erbringt Unterstützungsleistungen in erheblichem Umfang an die Kommunen.

Im intensiven Austausch der Argumente und unter eingehender Würdigung der Finanzentwicklung von Staat und Kommunen, der Entwicklung des für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamtbetrags und des Ausblicks auf bedarfsprägende Umstände im Jahr 2021 wurde ein tragfähiger Kompromiss erzielt, der beiden Seiten gerecht wird.

Für Finanzausgleichsleistungen stehen 2021 insgesamt 10,36 Mrd. € zur Verfügung. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % bzw. 71 Mio. €. Darin enthalten sind einmalige Mittel in Höhe von 50 Mio. € aus dem Haushalt des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, die in 2021 zusätzlich für die Straßenausbaupauschalen (Ansatz im kommunalen Finanzausgleich hierfür: 85 Mio. €) zur Verfügung gestellt werden, da dort für die Erstattungsleistungen nach Art. 19 Abs. 9 KAG (Ansatz: 65 Mio. €) noch ausreichend Mittel aus den Vorjahren zur Verfügung stehen. Die enthaltenen reinen Landesleistungen steigen gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % bzw. 52 Mio. € auf 9,99 Mrd. €.

Mit der Stützung der Schlüsselzuweisungen, der Stärkung des kommunalen Hochbaus, der Erhöhung der Mittel für die Förderung von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen und der Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke wird zentralen Forderungen der kommunalen Spitzenverbände Rechnung getragen.

Über die Gesamtausstattung des Entwurfs des kommunalen Finanzausgleichs 2021 und die im Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2021 enthaltenen inhaltlichen Änderungen wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden im Gespräch am 31. Oktober 2020 Einvernehmen erzielt.

B) Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Das Bayerische Finanzausgleichsgesetz regelt die im kommunalen Finanzausgleich angesiedelten Finanzbeziehungen zwischen Staat und Kommunen in Bayern sowie im Verhältnis der bayerischen Kommunen untereinander. Die Regelungen sind im Rahmen des Vorbehalts des Gesetzes zur Bestimmung der Höhe und der Verwendung der Mittel der Steuerverbünde erforderlich. Außerdem werden sie benötigt, um die Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich nach einheitlichen Maßstäben und Kriterien auf die einzelnen Kommunen in Bayern aufteilen und auszahlen sowie Umlagen erheben zu können.

C) Einzelbegründung

Zu § 1 Nr. 1 (Art. 4 Abs. 5 BayFAG)

Die Gewerbesteuererinnahmen einer Gemeinde sind Teil ihrer Steuerkraft (Art. 4 BayFAG) und der Umlagegrundlagen (Art. 18 und 21 BayFAG) und beeinflussen damit die steuerkraftabhängigen Finanzausgleichsleistungen, wie z. B. die Schlüsselzuweisungen sowie die Kreis- oder Bezirksumlage. Im Jahr 2020 erhalten die Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie aus Bundes- und Landesmitteln einen pauschalierten Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen als Finanzzuweisung (Gesetz zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder vom 6. Oktober 2020, BGBl. S. 2072). Damit die Gemeinden, die diesen pauschalierten Ausgleich erhalten, nicht bessergestellt sind, werden die Finanzzuweisungen bei der Berechnung der Steuerkraft 2022 (Art. 4 BayFAG) berücksichtigt. Damit sind sie automatisch auch Bestandteil der Umlagegrundlagen für die Kreis- und Bezirksumlagen sowie die Krankenhausumlage 2022

(Art. 10b, 18 und 21 BayFAG). Der Teil der Finanzausgleichsleistung, der für Gewerbesteuermindereinnahmen gewährt wurde, soll bei der Ermittlung der Steuerkraft wie eine Gewerbesteuererinnahme behandelt werden (Art. 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 BayFAG-E); dies gilt auch bei interkommunalen Gewerbegebieten (Art. 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 Satz 3 BayFAG-E). Der Teil, der auf Mindereinnahmen aus dem Gemeindeanteil bei der Spielbankabgabe entfällt (Gewerbesteuerersatz), soll als Einnahme aus der Spielbankabgabe gelten (Art. 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BayFAG-E).

Bei der Berechnung des pauschalierten Ausgleichs wurde das Gewerbesteueraufkommen 2020 in den Hebesatz des Jahres 2019 umgerechnet, um Gestaltungsmöglichkeiten zu verhindern und Gemeinden, die ihren Hebesatz krisenbedingt angehoben haben, nicht zu benachteiligen. Daher muss bei der Berechnung der Grundbeträge (Art. 4 Abs. 3 BayFAG) und des Zuschlags (Art. 4 Abs. 2 Satz 2 BayFAG) für die Finanzausgleichsleistungen auch der Hebesatz 2019 zugrunde gelegt werden (Art. 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 Satz 2 BayFAG-E).

Da eventuelle Korrekturen der Finanzausgleichsleistungen erst in späteren Jahren bei der Steuerkraft zu berücksichtigen wären (Art. 4 Abs. 5 Satz 2 BayFAG-E: Anwendung von § 4 Abs. 4 FAGDV in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Gewerbesteuerausgleichsvollzugsrichtlinie am 5. November 2020 geltenden Fassung), soll das Außerkrafttreten von Art. 4 Abs. 5 BayFAG-E erst geregelt werden, wenn feststeht, dass die Vorschrift nicht mehr erforderlich ist.

Zu § 1 Nr. 2 (Art. 13 Abs. 2 Satz 2 BayFAG)

Der Betrag, der dem Kommunalanteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund für den Bau von Abwasserentsorgungsanlagen in Härtefällen entnommen wird (Art. 13e Satz 1 BayFAG), wird aufgrund des hohen Bedarfs in diesem Bereich um 20 Mio. € erhöht. Da der Kommunalanteil unverändert bei 70 % bleibt, wird der dem Kommunalanteil zu entnehmende Verstärkungsbetrag für die Zuweisungen an die Bezirke nach Art. 15 BayFAG um 20 Mio. € vermindert (Art. 13 Abs. 2 Satz 2 BayFAG). Die Zuweisungen an die Bezirke werden dadurch aber nicht gekürzt, sondern zu einem höheren Anteil aus dem allgemeinen Staatshaushalt finanziert.

Zu § 1 Nr. 3 (Art. 13e BayFAG)

Aus dem Kommunalanteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund werden jährlich bis zu 70,25 Mio. € zur Förderung von Abwasserentsorgungsanlagen in Härtefällen bereitgestellt. Aufgrund des erhöhten Bedarfs in diesem Bereich werden dem Kommunalanteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund ab dem Jahr 2021 jährlich bis zu 90,25 Mio. € (+20 Mio. €) entnommen.

Aus diesen Mitteln dürfen bis zu 20 Mio. € für Zuweisungen zur Förderung von Wasserversorgungsanlagen in Härtefällen eingesetzt werden. Die Laufzeit der aktuellen Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2018) vom 5. Oktober 2018 sollte ursprünglich am 31. Dezember 2021 enden. Zum 1. Januar 2021 sollen die neuen Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2021) in Kraft treten und bis 31. Dezember 2024 gelten. Daher wird auch die Entnahmemöglichkeit für Zuweisungen zur Förderung von Wasserversorgungsanlagen in Härtefällen bis 2024 verlängert. Auch im Bereich der Wasserversorgungsanlagen zeichnet sich ein höherer Mittelbedarf ab. Um diesen decken zu können, wird die Obergrenze von bisher 20 Mio. € (Betragsgrenze) angehoben und dabei in einen Prozentsatz von 40 Prozent (entspricht 36,1 Mio. €) umgewandelt.

Zu § 2

§ 2 regelt das Inkrafttreten des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2021. Der kommunale Finanzausgleich unterliegt wie der Staatshaushalt dem Prinzip der Jährigkeit. Dementsprechend gelten die Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes für das ganze Jahr und werden nach § 2 zum 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Claudia Köhler

Abg. Johann Häusler

Abg. Josef Zellmeier

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Markus Plenk

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Harald Güller

Abg. Hans Herold

Abg. Tim Pargent

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Ernst Weidenbusch

Präsidentin Ilse Aigner: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 13 a und 13 b** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021) (Drs. 18/11599)**

- Erste Lesung -

und

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das
Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021) (Drs. 18/11600)**

- Erste Lesung -

Dazu erteile ich Herrn Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Ich darf heute den Haushalt für das Jahr 2021 einbringen und hier vorstellen. Ich beginne mit einem Wort, das mich in diesem Jahr und auch jetzt bei der Haushaltsdebatte am meisten und intensivsten begleitet hat, mit dem Wort, das jenes bezeichnet, nach dem sich offensichtlich alle zurzeit am meisten sehnen: Das Wort lautet "Planungssicherheit". Ich kann das gut verstehen; denn ich hätte auch gerne Planungssicherheit. Um Planungssicherheit bestmöglich sicherzustellen, haben wir uns in der Staatsregierung sehr angestrengt, wir haben uns im Finanzministerium sehr angestrengt, um Ihnen bestmögliche Planungssicherheit bieten zu können.

Die Planungssicherheit bezieht sich auf den 9. Dezember des Jahres 2020. Der Haushalt dafür sieht 70,2 Milliarden Euro für das Jahr 2021 vor. Wir legen diesen Haushaltsentwurf nach bestem Wissen und Gewissen vor, auch wenn ich schon jetzt weiß, dass es kein Problem ist zu sagen: Finanzminister, da hätte es sicher noch ein paar Milliarden Euro mehr zur Krisenbewältigung gebraucht. Auch ist es kein Problem zu

sagen: Dort hast du bestimmt zu viel eingeplant. – Meine Damen und Herren, das ist wahr, das ist nicht schwierig; denn das, was ich ansprach, Planungssicherheit, hat in diesen Zeiten niemand.

Eines irritiert mich aber bei der Debatte um den Haushalt und um das Geld: Alle sprechen von der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg – egal, wem ich zuhöre. Kaum hat man die Rede und das Gespräch über die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg beendet, höre ich: Folgendes bräuchten wir aber noch. Wir tun dann manchmal so, als wäre alles ganz normal und wir könnten so weitermachen wie zuvor, als müssten wir uns nicht darauf konzentrieren, dass zur Krisenbewältigung viel mehr erforderlich ist, als wir es uns jemals in dieser Dynamik hätten vorstellen können.

Deswegen lautet mein Appell, das, was wir tun, auch im Jahr 2021 als Krisenbewältigungsmaßnahme und nicht als Überlegung, wo man noch mehr tun könnte, zu verstehen. Mehr tun kann man immer. Das ist kein Problem. Aber es gibt eben einen Unterschied zwischen Kaufen bzw. Anschaffen und Bezahlen. Beim Haushalt müssen wir uns jetzt darauf konzentrieren, wie wir das alles bezahlen können, was zur Krisenbewältigung notwendig ist – notwendig im Sinne des Wortes, meine Damen und Herren, nicht wünschenswert, sondern die Not wendend. So haben wir den Haushalt aufgestellt.

Natürlich war das Jahr 2020 von der Pandemie geprägt. Wenn Steuerausfälle und Hilfsmaßnahmen zusammentreffen, wird es sehr kompliziert. Hier brauchen wir uns nichts vorzumachen. Ich möchte nur erwähnen, dass wir alleine für das Jahr 2020 in Bayern im Bereich der steuerlichen Erleichterungen mittlerweile 8 Milliarden Euro an Liquidität in den bayerischen Unternehmen belassen haben, weil wir Steuervorauszahlungen herabsetzen konnten, Umsatzsteuersondervorauszahlungen rückerstattet haben und Stundungsmaßnahmen vorgenommen haben, die inzwischen auch verlängert wurden, sodass unsere Unternehmen davon auch im Jahr 2021 Gebrauch machen können.

Deswegen ist es sehr einfach erklärbar, warum die Steuerausfälle in der Höhe anfallen, wie es der Fall ist. Trotzdem helfen wir. Wir helfen mit 6.800 LfA-Darlehen, Bürgschaften, dem Rettungsschirm der LfA, dem BayernFonds und mit Soforthilfen. Ich danke auch dem Bund für die Mithilfe, unsere Wirtschaft zu stabilisieren. Aber eines, meine Damen und Herren, müssen wir uns in Bayern nicht schlechtreden lassen: Wir haben mit unseren Hilfsmaßnahmen und mit unserer Unterstützung, insbesondere für die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft, Zeichen und Maßstäbe gesetzt. Wenn man jetzt auf Bundesebene sagt, man bräuchte noch mehr Unterstützung durch die Länder, bitte ich darum, zur Kenntnis zu nehmen, was wir schon alles tun; denn wir helfen in einer Dynamik und einer Weise, dass niemand behaupten kann, Bayern müsste noch mehr helfen, als wir es ohnehin schon tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dieses einzigartige Angebot an die Menschen wollen wir auch im Jahr 2021 fortsetzen. Wir wollen möglichst viel Krise von den Menschen fernhalten. Das ist unser Ziel. Warum war das überhaupt möglich? – Dies war möglich, weil wir in den letzten Jahren äußerst solide gewirtschaftet haben. Lieber Ministerpräsident, wir haben auch in deiner Amtszeit im Finanzministerium 5,6 Milliarden Euro alte Schulden abgebaut – das hat sonst niemand getan – und Rücklagen in einer Art und Weise aufgebaut, worum uns alle anderen Länder beneiden. Dies hat die Grundlage dafür geschaffen, dass wir überhaupt helfen können. Im Übrigen: In Krisenzeiten wird unser Haushalt in Bayern mit "AAA" mit stabilem Ausblick bewertet. Von 16 Bundesländern hat diese Bewertung genau ein Land erhalten, nämlich Bayern. Darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen aber dafür sorgen, dass es auch stabil bleibt. Wir haben eines getan: Wir haben im Jahr 2020 wie alle anderen Länder auf der ganzen Welt zur Krisenbewältigung darum gebeten, diese Herausforderung mit neuen Kreditaufnahmen bestreiten

zu können. Mit den 20 Milliarden Euro an Kreditermächtigung, die uns vom Landtag genehmigt wurde, sind wir bis zum heutigen Tag äußerst verantwortungsbewusst umgegangen. Die Staatsregierung hat nach der Genehmigung der Kreditaufnahme nicht überlegt, wie wir uns jetzt sofort 20 Milliarden Euro bei der Bank besorgen und das Geld unter die Menschen bringen können. – Nein, wir haben das getan, was notwendig im Sinne des Wortes war und ist. Deswegen haben wir bis heute nicht 20 Milliarden Euro Kredite aufgenommen, sondern nur rund 7 Milliarden Euro. Natürlich brauchen wir bis zum Ende des Jahres noch mehr davon. Die Kreditermächtigung über 20 Milliarden Euro war klug; denn sie schafft die Grundlage dafür, dass wir auch das Jahr 2021 überstehen. Das ist, glaube ich, eine Botschaft in schwierigen finanzpolitischen Zeiten, die uns eine gewisse Stabilität bestätigt. 20 Milliarden Euro, von denen wir zunächst dachten, wir benötigten sie für 2020, könnten jetzt für zwei Jahre reichen. Wir sollten uns nun alle miteinander entsprechend gut verhalten, damit wir diesen Betrag im Laufe des Jahres möglichst nicht überschreiten.

Wir werden im Jahr 2021 weiterhin Krisenbewältigung betreiben. Dies ist schwierig. Meine Damen und Herren, wir haben uns bei Haushaltsverhandlungen zehn Jahre lang ständig überlegt, wie wir den Zuwachs an Steuereinnahmen und das zusätzliche Geld verteilen, das zur Verfügung steht. Sie erinnern sich: Das war stets gar nicht so einfach. Damals gab es auch schon große Kämpfe um das "Mehr-Geld", das vorhanden war. Wir sind jetzt erstmals in einer Situation, in der es kein "Mehr" zu verteilen gibt, meine Damen und Herren. Deswegen müssen wir einen Vernunfthaushalt beschließen. Es hat doch keinen Sinn, die Augen vor der Krise zu verschließen und so zu tun, als könnten wir einfach so weitermachen. Stattdessen müssen wir uns auf die Dinge konzentrieren, die uns durch die Krise führen und in der Investition helfen, wieder schneller aus der Krise zu kommen. Das ist der Plan, den wir vorlegen.

Im Jahr 2021 werden uns 3,7 Milliarden Euro Steuereinnahmen fehlen. Das hat jedenfalls die November-Steuerschätzung ergeben. Wir haben bewusst die November-Steuerschätzung abgewartet, meine Damen und Herren. Es ist schon verschiedentlich be-

mängelt worden, warum das nicht alles schneller geht. Ich hätte den Haushalt auch schon eine Woche vorher vorlegen können, aber ich bin mir sehr sicher, dass dann viele im Hause gesagt hätten: Herr Minister, seriöser wäre es gewesen, Sie hätten die Steuerschätzung abgewartet. Deswegen haben wir sie eben abgewartet, und deswegen hat es halt auch eine Woche länger gedauert. Aber dadurch habe ich schon wieder etwas mehr Planungssicherheit, als ich sonst gehabt hätte. All das, was wir tun, fußt ja nicht auf irgendwelchen Ideen des Finanzministers, sondern auf der Steuerschätzung unabhängiger Experten. Die haben gesagt, wie es im nächsten Jahr wahrscheinlich aussieht. Auf der Basis legen wir diesen Haushalt vor.

Wir haben diese bestmögliche Planung so veranschlagt, dass uns im Jahr 2021 aus unserem Haushaltstitel 13 19 auch noch Geld zur Verfügung steht, um all den Hilfen gerecht zu werden, die wir schon 2020 beschlossen haben, die aber noch im Jahr 2021 wirken. Das ist klar. Das betrifft unsere Teststrategie, den Öffentlichen Gesundheitsdienst, Schnelltests, Verdienstauffälle. Diese Dinge müssen weiter finanziert werden. Sie sind Bestandteil dieser 20 Milliarden Euro. Wir können auch noch einen Vorsorgeansatz von 1,5 Milliarden Euro in den Haushalt einstellen. Das ist Geld, das noch in keiner Weise verplant ist und uns hoffentlich auch weit über das Jahr 2021 führen kann.

Meine Damen und Herren, das Ganze kann nur dann verändert werden, wenn der Haushaltsausschuss des Landtages, wenn der Landtag das genehmigt. Das war der große Auftrag an uns. Der Haushaltsausschuss, der Landtag, hat uns verschiedentlich gesagt, dass wir das Ganze im Jahr 2021 unter den Vorbehalt des Haushaltsausschusses, unter Zustimmungsverpflichtung stellen sollen. Das haben wir getan. Damit haben wir auch kein Problem, weil wir nichts zu verbergen haben.

Als ich die letzten Male die Debatten zur Regierungserklärung verfolgt habe, kam die Frage: Was hätten Sie denn anders gemacht als die Staatsregierung? – Es war dann nicht so, dass die Auffassungen völlig unterschiedlich, ja diametral waren, sondern ganz im Gegenteil: Hier im Landtag wurde im Regelfall das, was wir im Kabinett be-

geschlossen haben, weitgehend bestätigt. Deswegen wird es auch in Zukunft völlige Transparenz geben. Die Maßnahmen, die beschlossen werden, werden dem Haushaltsausschuss zur Genehmigung vorgelegt.

Meine Damen und Herren, ich bin jedenfalls sehr froh, dass wir mit dieser Kreditermächtigung zwei Jahre zurechtkommen werden. Es ist tatsächlich so, dass wir uns darüber hinaus natürlich nicht nur einfach Krediten bedienen, sondern wir haben uns auch Gedanken gemacht, wie die Gegenfinanzierung der gewünschten Ausgaben erfolgen kann. Tatsächlich ist das auch die Frage, die mir immer wieder gestellt wird: Seid ihr auch selbst bereit, euch zu beschränken? Wo spart ihr denn?

Meine Damen und Herren, was ist Sparen in diesen Zeiten? – Manche verstehen unter Sparen, dass ohnehin nicht vorhandenes Geld nicht ausgegeben wird. Das ist noch kein Sparen. Sparen bedeutet, dass man etwas wegnimmt. Sparen bedeutet, dass man sich auf das Notwendige beschränkt. Die Ressorts haben ein klares Signal gesetzt und 500 Millionen Euro in den Ressorthaushalten zur Verfügung gestellt, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Wenn jemand mehr möchte, soll er es hier sagen. Er kann dann gleichzeitig auch sagen, worauf er in diesem Haushalt verzichten würde. Ich bin für Vorschläge sehr offen. Ich bin der Kreativität zugewandt. Bitte sagen Sie uns direkt und sofort, wo Sie einsparen möchten. Das gilt im Übrigen natürlich auch für jegliche Wünsche nach besonderen zusätzlichen Ausgaben.

Die Kreditermächtigung für zwei Jahre ist letztendlich eine Fortschreibung der bestehenden Kreditermächtigung, keine neue. Wir haben auch die Rücklagen nicht geschont. 25 % der Haushaltsrücklage, die am Ende des Jahres zu erwarten sein wird, nämlich 2,1 Milliarden Euro, stellen wir in diesen Haushalt. So ist es möglich, Krisenbewältigung zu betreiben, kein ausuferndes Schuldenregime aufzubauen und auch noch Einsparungen vorzulegen. Man kann jetzt schon sagen, dass es 500 Millionen Euro sind.

Mir haben gelegentlich Menschen gesagt – Landtagsabgeordnete und sonstige Beobachter –, dass wir doch bei irgendeiner Sozialleistung sparen sollten. Meine Damen und Herren, man kann das schon machen und in größten Krisenzeiten 500 Millionen Euro bei einer Sozialleistung sparen. Aber ich bin mir nicht sicher, ob es wirklich das richtige Krisenbewältigungskonzept ist, den Menschen erst etwas zu geben, um es ihnen dann sofort wieder wegzunehmen. So sparen wir weit mehr ein, als manche Sozialleistung überhaupt darstellt, nämlich diese 500 Millionen Euro. Ich glaube, das ist wirklich eine klare Ansage zur Solidität dieses Haushaltes.

Zur Krisenbewältigung machen wir noch etwas, was ganz entscheidend ist. Wir investieren gegen diese Krise an. Wir sparen nicht gegen diese Krise an, wir investieren gegen sie an, in allen Bereichen unseres Haushaltes: in der Digitalisierung, in der Infrastruktur, bei den Kommunen, in den Bereichen Hightech und Bildung.

Wir setzen Schwerpunkte. Zum Glück hatten wir zum Beispiel die Hightech Agenda schon konzipiert, die wir jetzt beschleunigt umsetzen, auch als Maßnahme zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Diese beschleunigte Umsetzung kostet natürlich mehr Geld. Deswegen ist es auch möglich, diese Investition als Krisenbewältigung abzubilden.

Der Bereich Gesundheit umfasste bisher 1,5 Milliarden Euro im Haushalt. Jetzt sind es 5,7 Milliarden. Das erfordert die Pandemie. Dafür gibt es mehr Stellen. Den Bedarf der Gesundheitsämter – ich habe bei all den Debatten darüber, was notwendig ist, zugehört – bilden wir in diesem Haushalt ab. Trotzdem laufen Programme wie die Landarztprämie und dergleichen weiter.

Zum Familienland Bayern – ich möchte das alles nur in wenigen Worten ansprechen –: Die 770 Millionen Euro Familiengeld sind unverändert vorgesehen. Die Gesamtförderung für Kinder in Kindertagesstätten beträgt mittlerweile 2,85 Milliarden Euro pro Jahr im Haushalt des Freistaates Bayern, meine Damen und Herren.

Ich höre immer, wie wir über Aufgaben diskutieren, und ich darf oft auch mit den Kommunen – dazu komme ich noch – Debatten führen, wer wofür zuständig ist. Der Freistaat Bayern ist nicht für die Kinderbetreuung zuständig. Trotzdem geben wir dafür 2,85 Milliarden Euro aus. Vor sechs oder sieben Jahren – legen Sie mich nicht genau auf das Jahr fest – waren es noch 700 Millionen Euro pro Jahr. Trotzdem fördern wir weiter den Ausbau neuer Plätze.

Wir stärken die Polizei mit 500 Stellen.

Wir stärken die Schulen, Prof. Piazzolo. Um das alles vorzutragen, was an den Schulen zusätzlich gemacht werden kann, bräuchte ich hier eine eigene Rede. Eine ganze Stunde könnte ich vortragen, was es in den Schulen alles an Verbesserungen geben wird: 1.250 neue Lehrer, 100 Stellen für das Programm "Schule öffnet sich", 175 Verwaltungsangestellte, 68 Millionen Euro für digitale Bildung, Förderung für Raumlüfter usw. Provozieren Sie mich bitte nicht, sonst überziehe ich meine Redezeit um eine Stunde, nur um zu erklären, was wir im Bereich Bildung zusätzlich machen. Glückwunsch, Herr Professor! Da haben Sie gut verhandelt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt 1.800 neue Stellen für die Hightech Agenda, nicht zum Spaß, sondern für den Gewinn in der Zukunft des Landes. – All das legen wir im Bereich Bildung, Forschung und Wissenschaft vor. Das ist wirklich eine Konjunkturspritze.

Meine Damen und Herren, wir vernachlässigen deswegen nicht die herkömmlichen Themen, die Schwerpunktthemen der letzten Jahre: Landwirtschaft, Artenschutz und Klima. Gerade der Artenschutz in der Landwirtschaft: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob es jemals einen Finanzminister gab, der aufgrund seiner Herkunft, schon von sich aus angelegt, mehr Verständnis für die Landwirte hätte haben können als der aktuelle, nicht einmal mein Vorgänger.

(Zuruf)

Mein Vorgänger hatte viel Verständnis, aber nicht aufgrund seiner Herkunft. Das ist der kleine Unterschied.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, deswegen glaube ich, dass wir uns hier von niemandem belehren lassen müssen.

Wir haben im Bereich der Digitalisierung selbstverständlich die Mittel für den Breitbandausbau. Gigabit-Strategie, digitales Rathaus – das ist alles weiter dabei. Es gibt nicht nur digitale Investitionen, sondern auch analoge Investitionen, in Staatsstraßen und in den öffentlichen Personennahverkehr, in den wir investieren wie nie zuvor. Die Städtebauförderung hat den höchsten Bewilligungsrahmen mit 379 Millionen Euro. In den Wohnungsbau investieren wir mehr als im vorigen Jahr. In der Wirtschaft verdoppeln wir das RÖFE-Programm. In den Tourismus investieren 83 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, wann gab es das schon einmal? In Krisenzeiten! Wir sind nicht hergegangen und nehmen den Menschen Geld und Investitionen weg, sondern wir unterstützen die Menschen weiter. Ich möchte Ihnen noch sagen, dass das auch für das Ehrenamt gilt: Den Breitensport unterstützen wir mit 78 Millionen Euro. – Das sind alles Dinge, die in diesen Zeiten nicht selbstverständlich sind, die wir aber trotzdem machen.

Ich sage ganz offen, dass das auch für ein Thema gilt, das mir auch in meiner Zuständigkeit besonders am Herzen liegt: Das sind die Kommunen. Für die Kommunen gilt Ähnliches wie bei Prof. Piazzolo. Wenn ich über die Wohltaten und die Unterstützung für die Kommunen frei reden dürfte und alles sagen müsste, was wir für sie tun, bräuchte ich einen ganzen Tag für die Regierungserklärung. Der Haushalt ist die Regierungserklärung des Finanzministers. Deswegen weiß ich, dass ich morgen nicht wieder eine Regierungserklärung zum Wohle der Kommunen in Bayern machen darf. Aber das, was da drinsteht, ist schon so viel, dass die Lobgesänge der Kommunen im Jahr 2021 eigentlich gar nicht mehr abreißen dürften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben trotz der Krise den kommunalen Finanzausgleich stabil gehalten. Wir haben als Freistaat Bayern Schulden gemacht, um den Kommunen in 2020 Geld zu geben. Bei 10 % weniger Steuereinnahmen haben wir trotzdem den Finanzausgleich stabil gehalten: über zehn Milliarden. Wir haben zwei Milliarden Euro Schulden gemacht, um das kofinanzieren, was vom Bund als Konjunkturpaket zur Bewältigung der Krise bei den Kommunen vorgesehen war. Wir zahlen den bayerischen Kommunen nächste Woche 2,4 Milliarden Euro für Gewerbesteuer ausfälle, obwohl es wahrscheinlich – wir sind mit dem Rechnen noch nicht ganz fertig – gar nicht 2,4 Milliarden Gewerbesteuer ausfälle gab. Wir haben den Kommunen zugesagt, dass wir das, was von dem Geld übrig bleibt, das zusätzlich vorgesehen ist – vom Bund werden 1,1 Milliarden Euro getragen, vom Freistaat 1,3 Milliarden –, auch noch ausreichen, als Nachschlag auf die Schlüsselzuweisung 2020.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man weiß, dass wir 2020 drei Milliarden Euro kommunale Finanzausgleichszahlungen vorgezogen haben, dann muss jeder, der ehrlich ist, sagen: Im Jahr 2020 gab es für die bayerischen Kommunen kein finanzielles Problem. Für 2021 sagt die Steuerschätzung – nicht ich – für die Kommunen voraus, dass in etwa das Gewerbesteuerniveau des Jahres 2019 wieder erreicht wird. Deshalb, glaube ich, können wir den Kommunen erhobenen Hauptes gegenüber treten. Daher bin ich ehrlicherweise auch erstaunt, dass aufseiten der Kommunen – egal, ob zu diesem Thema oder zu anderen Themen – mit Worten gefuhrwerkert und uns vorgeworfen wird, was wir den Kommunen alles erklären würden. Ich erkläre den Kommunen die Partnerschaft.

Die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag erklären seit Jahren, dass die Kommunen in dieser Partnerschaft den Freistaat Bayern gut unterstützen. Deshalb geben wir unglaublich viel Geld, und wir geben auch im Jahr 2021 wieder so viel Geld in den kommunalen Finanzausgleich wie niemals zuvor – trotz Krise und

trotz der Tatsache, dass wir Schulden machen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Was sollen wir denn eigentlich noch tun?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich erwähne nur nebenbei, dass der Bund offensichtlich nicht der Meinung ist, man sollte den Kommunen 2021 zur Krisenbewältigung zusätzlich Geld zukommen lassen. Jedenfalls haben wir dies oft angemahnt und eingefordert. Die Nachrichten, die ich bisher dazu bekommen habe, waren jedenfalls nicht so. Aber eines ist auch klar: dass ich das Geld des Bundes, das 2020 kam, 2021 nicht durch bayerische Gelder ersetzen kann. Das erwartet auch niemand. Diese Forderung habe ich nicht einmal aus den Bereichen der kommunalen Spitzenverbände gehört. Wir sind in einem sehr guten Kontakt mit den Kommunen, und ich glaube nicht, dass uns als Staatsregierung heute jemand vorwerfen kann, wir würden die Kommunen in irgendeinem Bereich nicht intensiv genug unterstützen. Bei all den Debatten um Zuständigkeiten frage ich auch einmal: Wo kann man mit 100 % Förderung noch jemanden auffordern, irgendetwas zu tun, wofür er zuständig ist? Man darf zum Beispiel als Sachaufwandsträger von Schulen auch selbst etwas kaufen, sogar wenn es keinen Zuschuss gibt. Das ist nicht verboten. Das Haushaltsrecht schreibt nicht vor, bei Dingen, die in eigener Zuständigkeit erledigt werden müssen, nur dann tätig werden zu können, wenn man 100 % Zuschuss bekommt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb bitte ich bei allem Eifer und allen Forderungen, die es noch geben kann, auch hier Maß zu halten, meine Damen und Herren. Ich erinnere daran: die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, trotzdem höchste Staatsausgaben, höchste Zuweisungen an die Kommunen. In dieser Situation darüber zu diskutieren, wo wir noch draufsatteln müssten, insbesondere in der Regel bei den eigenen Zuständigkeiten der Kommunen, ist nicht angebracht. Ich denke, darin sollten wir uns einig sein.

Worauf kommt es nun an? – Die Krise zu bewältigen und Wachstum zu erzeugen, darauf kommt es an. Schulden sind natürlich keine Daueroption, deshalb müssen wir über alle Optionen sprechen. Ich sprach es an: Können wir in der Krise kürzen? – Ja, schlagen Sie vor! Jeder, der heute hier spricht, soll bitte einen substantziellen Vorschlag machen, wo er denn die Milliarden einsparen würde, wenn er Finanzminister wäre. Wir haben uns dazu entschieden: Wir unterstützen die Menschen in vielerlei Hinsicht und nehmen ihnen nicht auf der anderen Seite im Jahr 2021 Geld weg. Deshalb: ein sensibles Konsolidierungskonzept. Die halbe Milliarde – ich sprach es an – ist jedenfalls ein signifikanter Beitrag der Ressorts zur Einsparung.

Wir haben eine Rücklage. Ich darf Ende 2020 rund acht Milliarden Euro Rücklagen verwalten; das ist bekannt, daraus haben wir nie einen Hehl gemacht. Das kam nicht von ungefähr, sondern daher, dass wir seit Jahren solide wirtschaften und eben nicht immer das Geld, das wir eingenommen haben, sofort ausgegeben haben.

Wir schonen aber auch die Rücklage nicht. Bevor wir Schulden machen, nehmen wir 25 % aus der Rücklage. Meine Damen und Herren, das sind Dinge, die, wie ich glaube, auch in der Öffentlichkeit auf Verständnis stoßen, und all jene, die uns beobachten – als Beobachter in der Bevölkerung oder als professionelle Beobachter, die alles bewerten, was wir tun –, können hieran, glaube ich, wirklich nichts auszusetzen haben.

Eine Alternative gäbe es noch, die ich dauernd in Berlin höre. Ich höre sie vom Kanzlerkandidaten der SPD: Steuererhöhungen. Es gibt jeden Tag irgendeine Idee, wo man Steuern erhöhen könnte. Ich sage Ihnen ganz offen: Jetzt, in der Krise, die Steuern zu erhöhen – egal für wen – ist etwas, was wir strikt ablehnen. Das wäre jedenfalls das Falscheste, was man überhaupt machen kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb lassen wir das Geld bei den Menschen. Die Menschen sollen investieren und konsumieren und die Unternehmen ebenfalls. Ich bitte aber auch, dies zu tun. Der Konsum, die Investitionen – das ist es, was uns im nächsten Jahr hoffentlich bald wie-

der zu den Höhen bringt, die wir vorher bei den Steuereinnahmen hatten. Das wäre für uns ganz entscheidend.

Zur unvermeidlichen Kreditaufnahme, noch einmal in aller Sachlichkeit nebeneinandergestellt: Die Schuldenbremse erlaubt uns, in besonderen Krisenlagen ausnahmsweise Kredite aufzunehmen. Wie ganz Deutschland und alle anderen Bundesländer haben wir dies auch getan. Wir sind dabei in bester Gesellschaft. Es gibt zwei Richtungen: die einen, die mir sagen, am besten nie mehr Schuldenbremse, und die anderen, die sagen, sofort Schuldenbremse wieder einhalten. Ich kann nur sagen: Wir hatten in Bayern vor der Krise 27 Milliarden Euro Schulden und haben jetzt bekanntermaßen 20 Milliarden Kreditermächtigung, die noch nicht ausgeschöpft ist, die wir aber voraussichtlich in diesen zwei Jahren brauchen werden. 27 plus 20 ist 47. Nordrhein-Westfalen – ich habe die Gesamtstatistik noch einmal anschauen lassen – macht 25 Milliarden Euro neue Schulden, und in den Statistiken, die für Länder und Kommunen veröffentlicht werden, stehen am Ende 246 Milliarden Euro Schulden.

Ich muss ehrlicherweise sagen: Es ist nicht mein Ziel, dies möglichst rasch einzuhalten. Aber umgekehrt muss ich der bayerischen Bevölkerung sagen – nicht, weil mich das sehr tröstet, aber weil ich mich selbst auch reflektieren muss, ob ich verantworten kann, was ich hier tue –: Ja, 47 Milliarden Euro Schulden für den Triple-A-gerateten Freistaat Bayern kann ich eher verantworten als 240 Milliarden in einem anderen Bundesland, das zwar ein wenig größer ist, aber auch nicht um so sehr viel größer. Deshalb bin ich bereit, auch wenn es schmerzlich ist, diesen Vorschlag zu machen: Schulden nur für das, was unvermeidbar ist.

Im Jahr 2020, haben wir kalkuliert, werden rund 9 Milliarden Euro notwendig sein, für 2021 stehen dann noch rund 11 Milliarden Euro zur Verfügung – 10,7 rein rechnerisch, wie es kalkuliert ist –, Steuereinnahmen: 3,2 Milliarden, und den Sonderfonds Corona werden wir in die HTA 2021 vorziehen, sodass wir eigentlich mit diesen 20 Milliarden Euro auskommen müssten. Ich sage: eigentlich; denn natürlich ist die Entwicklung dynamisch, und niemand weiß, was im Januar, Februar, März, April, Mai sein wird,

auch nicht der Finanzminister. Ich habe keine Glaskugel. Ich bin nicht schlauer als der Rest der Welt, das habe ich nie für mich in Anspruch genommen. So kann es sein, dass wir uns bei all den Maßnahmen, die noch erforderlich sein werden, im Januar oder Februar darüber unterhalten müssen, dass zusätzlich deutlich höhere Ausgaben gegenfinanziert werden müssen.

Aber wir haben die Grundlagen gelegt, wie dies dann funktioniert. Es funktioniert so, dass das Kabinett darüber berät und der Haushaltsausschuss sagen kann, ob er das will. In Zukunft braucht sich also nicht mehr das Kabinett den Kopf darüber zu zerbrechen, wen wir unterstützen müssen, damit wir gut durch die Krise kommen – wir werden es trotzdem tun –, sondern dann macht das der Haushaltsausschuss. Er wird genau abwägen, welche Hilfen noch erforderlich sind und welche nicht und ob dafür weitere Kreditaufnahmen oder Rücklagenentnahmen – was auch immer – erforderlich sind. Ihr werdet merken: Es ist nicht wesentlich einfacher, es endlich entscheiden zu müssen, als nur darüber zu beraten. Aber ich freue mich darauf und mache auch hier in völliger Transparenz das, was erwartet wird: Wir legen die Zahlen vor, und dann muss entschieden werden. Ich sage dies nur, damit es nicht in einem halben Jahr heißt: Ja, Füracker hat gesagt, mit 20 Milliarden kommen wir durch die Krise.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

Der Meinung bin ich – in aller Freundschaft, Herr Ministerpräsident. Wir können, wenn wir uns als Landtag gut verhalten und die Dinge vernünftig abwägen, mit den 20 Milliarden Euro zurechtkommen. Wenn dies nicht gelingt, dann muss es dieser Landtag eben beschließen – so einfach ist das –, deshalb auch hier die Debatte um die Parlamentsbeteiligung. Mehr Parlamentsbeteiligung geht nicht, mehr Transparenz auch nicht. Daher, meine Damen und Herren, ist dieser Haushalt auch ein Angebot an alle Fraktionen, die guten Willens sind. Die Regierungsfaktionen laden die Opposition zu diesen Beratungen ein, um miteinander einen Weg zu finden, das zu unterstützen, was wir hier vorlegen. Wir halten die Kreditermächtigung und das Zustimmungserfordernis des Landtages ein. Wir kürzen nicht im sozialen Bereich. Wir haben weitere

Mittel für Klima- und Artenschutz sowie Forschung – die höchsten Investitionen, die es jemals gab. Meine Damen und Herren, 70 Milliarden Euro, das ist ein Riesenhaushalt, mit einem Investitionsanteil von über 14 % – 9,9 Milliarden Euro. Ich hätte gern 10 gesagt, aber dann hätte die Opposition gesagt, es sind nur 9,9, also bleibe ich bei 9,9 – die höchsten Investitionen ever.

(Zuruf)

Ich bitte darum, hier Akzeptanz zum Ausdruck zu bringen und mit freudiger Zustimmung zu reagieren. Auch hier muss ich eines sagen: Mehr geht aber nicht mehr. Herr Halbleib, Sie sind so fröhlich heute; Sie lachen mich so nett an.

(Heiterkeit – Zurufe)

– Sie lachen mich so nett an. Ich habe dieser Tage auch an Sie gedacht, weil wir dem Haushaltsausschuss ein großes Werk vorgelegt haben mit Würzburg, wo ich dann gesagt habe: Trotz großartiger Investitionen, wir stehen dazu. – Wir stehen dazu; wir schlagen das dem Haushaltsausschuss vor; der Haushaltsausschuss geht in die Planung. Und alle haben sich gefreut, aber der Herr Halbleib hat die Weltöffentlichkeit wissen lassen:

(Zuruf)

Er sei enttäuscht. Er sei enttäuscht darüber, dass wir in Krisenzeiten nur 230 Millionen Euro für so ein Objekt freigeben, wo es viele Menschen im Land geben könnte, die sagen: In der Krise könnten Sie das auch mal fünf Jahre schieben. – Wir machen es trotzdem, Herr Halbleib.

(Zuruf)

Und deswegen müsste ich einfach sagen:

(Zurufe)

Es ist ja längst versprochen, dass wir es machen; und das halten wir auch. Das halten wir. Alles, was der Ministerpräsident verspricht, wird gehalten; da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.

(Beifall – Zurufe – Lachen)

– Ja, ja. – Deswegen hätte ich auch da freudige Zustimmung erwartet.

(Zuruf)

Aber ich sage das nicht als Angriff, Herr Halbleib, sondern nur als Ermahnung an uns alle: Bescheiden wir uns in dieser Krise, werden wir nicht übermütig im Glauben daran, dass endlos irgendwo Geld herkommt. Wir werden auch gefragt werden: Wo habt ihr mal einen Schritt zurück gemacht? – Und da habe ich halt das Beispiel Würzburg im Kopf gehabt; ich hatte es mir nicht mal aufgeschrieben.

Mehr geht nicht mehr, meine Damen und Herren. Zusätzliche Wünsche gehen nur durch Streichvorschläge. Die bitte ich hier einzubringen. Wir vermeiden Schulden, wir halten Stabilität, wir sichern die Zukunft.

Ich danke allen. Ich danke meinem Haus für die umfangreichen Vorarbeiten. So einen Haushalt aufzustellen, ist nicht ganz einfach – das Gegenteil ist der Fall. Wir haben in unserem Haus eine wirklich gute Mannschaft, die 24 Stunden am Tag und in der Nacht bereit war, an diesem Haushalt zu arbeiten. Ich danke dem gesamten öffentlichen Dienst, auch allen Ressorts, der Staatskanzlei und allen, die mitwirken, und natürlich auch dem Parlament, das bereit war, kurze Fristen zu akzeptieren und entsprechend den Haushalt jetzt, nach der Steuerschätzung, aber trotzdem noch vor dem neuen Jahr, durch die Erste Lesung zu bringen, damit wir rasch die haushaltlose Zeit beenden können. Ich danke allen, die dazu einen Beitrag leisten.

Ich bin dankbar, dass wir im Land Unternehmen, Arbeitnehmer und Ehrenamtliche haben, die sich darum kümmern, dass dieses Land auch in der Krise gut läuft.

Wir tun das Unsere dazu. Danke an die Steuerzahler in Bayern; sie finanzieren letztlich diese 7,2 Milliarden Euro. Wir versuchen, dieses Land stabil zu halten.

Eines möchte ich Ihnen noch sagen: Ich habe mich bei all den Debatten um Corona und die Auswirkungen der Pandemie bei der Frage, wie die Politik darauf reagiert, nicht jeden Tag eingemischt, weil ich da nicht so sachkundig bin. Ich habe damit zu tun zu überlegen: Wie halten wir wirtschaftlich und haushaltspolitisch Stabilität? Wir sehen, wie manche Argumente sich auch verändern. Normalerweise wirft man Finanzministern, Politikern im Allgemeinen, vor: Denen geht es nur um die Wirtschaft! Da geht es nur darum, dass die Wirtschaft floriert; die Menschen sind denen alle egal. – Diesen Vorwurf höre ich so oft, das ganze Jahr. Tatsächlich schaffen wir es dankenswerterweise – Herr Ministerpräsident, ich möchte auch dir ganz persönlich danken für deinen Einsatz –, trotz größter Herausforderungen das Land stabil zu halten und durch die Krise zu kommen. Warum? – Weil wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Und das gilt auch für unseren Haushalt. Da steht der Mensch im Mittelpunkt. Da braucht es keinen Vorwurf an uns, weder von der einen noch von der anderen Seite. "Sehr abgewogen" – unter dieser Überschrift könnte man eigentlich sagen: in gegebener Zeit ein Superhaushalt, verlässlich für unsere Partner, ein klar begrenztes Wachstum, und wir kommen schnell zurück zu alter Stärke. Das ist mein Wunsch; das ist unsere Arbeit, und dann haben wir das wieder, was wir so sehr vermissen: Planungssicherheit, meine Damen und Herren. – Nein, es ist nicht Planungssicherheit, aber dieser Haushalt ist ein momentanes Planungsoptimum; das kann ich Ihnen sagen.

(Zurufe – Widerspruch)

Ich freue mich auf eine konstruktive Beratung heute und im Ausschuss. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen im Rahmen der anschließenden Debatte ist auf 121 Minuten festgelegt. – Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist die Kollegin Köhler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heuer war fast nichts so, wie gewohnt – fast. Denn der schlechte Stil, der ist schon mal geblieben, Herr Söder: hier alles im Alleingang zu entscheiden, den fertigen Haushaltsentwurf über 70 Milliarden Euro an Steuergeldern drei Werkstage vor der Ersten Lesung zu veröffentlichen. Er wurde von der Staatskanzlei zurückgehalten. Der Finanzplan ist sogar erst gestern gekommen.

Ja, ich weiß, Sie haben die Mindestfrist eingehalten. Trotzdem: Ist das Ihre Vorstellung von Zusammenarbeit? In einem Jahr, in dem Milliardenbeträge an zusätzlichen Steuermitteln, an Schulden für kommende Generationen lockergemacht worden sind, in einem Jahr, das von der Politik ein ganz besonderes Maß an Vernunft und Weitblick erfordert, in einem Jahr, in dem die Angreifer und Zweifler des Rechtsstaates immer mehr werden – in so einem Jahr maßen Sie es sich an, Herr der Milliarden zu sein und alle Fraktionen zum letztmöglichen Zeitpunkt zu informieren.

Meine Herren, wenn wir schon dabei sind: Wie kommen Sie dazu, in der eh schon üppig besetzten Staatskanzlei noch mal 39 Stellen neu zu schaffen und weitere aus anderen Ressorts abzuziehen, wo es doch an allen Ecken und Enden brennt? – "L'état c'est moi."

Und Sie, werte Damen und Herren der CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER im Haushaltsausschuss, Sie machen das willfährig mit. Sie freuen sich, dass Sie wenigstens 60 Millionen Euro – ein Promille des Haushalts! – an Fraktionsreserve in Ihren Stimmkreisen verteilen dürfen. Wie lange tragen Sie denn das noch mit? Der parlamentarischen Demokratie tun Sie so keinen guten Dienst.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Aber wir GRÜNEN arbeiten konstruktiv;

(Lachen – Widerspruch – Unruhe)

deswegen haben wir Ihnen heuer rechtzeitig eine Hausaufgabe mitgegeben, damit wir nicht immer hinterher Verbesserungen anmahnen müssen, wie beim letzten Mal, da wurden die Erwachsenenbildung und die Jugendverbände vergessen. Wir haben klar und deutlich die Dringlichkeit betont, endlich die längst überfälligen Infrastrukturmaßnahmen anzugehen, technisch, sozial, digital Vorsorge zu treffen, damit uns in der nächsten Krise nicht das gleiche Malheur passiert wie diesmal, damit uns nicht wieder auf die Füße fällt, was Sie Jahrzehnte verschlafen haben, obwohl die Steuereinnahmen in dieser Zeit dagewesen wären.

Denn wenn die Krise, vorbei ist – da sind wir uns hoffentlich einig –, müssen wir alle und alle Unternehmen wieder mit voller Kraft loslegen können. Und das geht nur mit einer intakten Infrastruktur.

Wir hier im Parlament haben die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder und Kindeskinde von einer hohen Lebensqualität, von sozialer Gerechtigkeit profitieren. Wir haben die Verantwortung, heute so zu entscheiden, dass Bayern weiterhin Innovationsstandort bleibt. Und heute wird sich entscheiden, ob wir die Weichen stellen, ob wir mit ökologischen Modernisierungen die Klimakrise bewältigen. Was glauben Sie denn, wie weit 2030 noch weg ist? Alles andere, was wir nicht angehen, sind Schulden, sind verdeckte Schulden für unsere Kinder und Kindeskinde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stichwort Kinder: Weil der Zugang zur Bildung der entscheidende Schlüssel für gleichwertige Lebenschancen ist, lassen Sie uns sichtbare Investitionen in den Lebensraum Schule, in unsere Hochschulen tätigen. Deswegen braucht man nicht nur Professoren und Professorinnen, die übrigens so schnell, wie Sie sie ankündigen, gar nicht herge-

hen werden, sondern man braucht Instandsetzungen, Sanierungen der Hochschulgebäude. Dort regnet es hinein. Es gibt einen Sanierungsstau von fünf Milliarden Euro.

Gut ist, dass endlich – der Minister ist nicht mehr da – 1.525 Stellen für alle Schularten kommen. Das haben wir seit Jahren gefordert. Sehen Sie jetzt, dass unsere

(Zuruf)

– der Schulminister, ich dachte, Sie wissen, wer für Bildung zuständig ist – langjährigen Forderungen – kleine Klassen, zwei Lehrkräfte pro Klasse – viel besser durch diese Pandemie getragen hätten? Die Lehrkräfteausbildung, die Digitalisierung muss viel zeitgemäßer werden. Das hatten wir alle die Jahre angemahnt.

Bitte, jetzt mal Klartext – der Herr Minister hat es schon angedeutet –. Wie lange wollen Sie die Schulen mit der Digitalisierung noch alleinlassen und immer nur auf die Sachaufwandsträger und auf die Kommunen hinweisen? Die ganze Pandemie sehen wir schon, wie viele Jahre Sie geschlafen und Bayern damit zurückgeworfen haben. Schulen warten immer noch auf funktionierende Plattformen. Seit heute geht auch "mebis" nicht mehr. Für praktikablen Datenschutz ist nicht vorgesorgt. Die digitalen Schulungen unserer Lehrkräfte sind auch noch nicht installiert. Übrigens ist aus dem Programm Lehrkräfte-Laptop noch kein einziger in Bayern angekommen.

Sie reichen die ganze Zeit fast nur Bundesmittel durch, ansonsten halten Sie sich vornehm zurück. Aber Bildung ist doch Länderhoheit, habe ich gemeint. Digitalisierung ist aber in allen Ressorts ein Problem. Die einheitliche Steuerverwaltungssoftware namens KONSENS ist ein einziges Desaster: viel Geld ausgegeben, nichts erledigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Gesundheitsämtern soll es demnächst eine einheitliche Software geben, um die Nachverfolgungen zu händeln, nach elf Monaten Pandemie. Sie hatten bisher auf das klassische Fax gesetzt.

In so einer fatalen Notlage sehen wir den Mini-Etat des Digitalministeriums. Sie geben der Digitalministerin gnädig 9,9 Millionen Euro für Projekte. Alles andere in diesem Haus sind der IT-Beauftragte, das Ministerium selbst und die Games-Förderung. 9,9 Millionen Euro im Digitalministerium für ein ganzes Jahr für ganz Bayern – bitte, was soll die Ministerin damit auf den Weg bringen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Entwurf vernachlässigt trotz der rechnerisch hohen Investitionsquote den Bestand an Infrastruktur. Die Investitionen fließen in die üblichen Lieblingsprojekte, allen voran neue Straßen, Straßenbau: 400 Millionen Euro. Dann kommt natürlich die Weiterfinanzierung der Wahlgeschenke von früher: Pflegegeld, Familiengeld. Das lähmt auch diesen Etat: 390 Millionen Euro Landespflegegeld für ein Jahr, 100 Millionen Euro mehr als eigentlich gedacht. Ja, welche Überraschung, dass in einer alternden Gesellschaft der Bedarf steigt. Aber mehr Pflegeplätze, mehr Pflegestützpunkte, mehr Pflegepersonal, Unterstützung für Betroffene und Angehörige haben wir nicht vom Pflegegeld.

Apropos Wahlgeschenke. Die Beitragsfreiheit in der Kinderbetreuung macht fünfmal so viel aus wie Qualität und Personalgewinnung. Ich meine, da machen Sie es sich zu leicht und missbrauchen auch hier wertvolle Bundesmittel.

Im Frühjahr haben wir alle gesehen, wie sehr es die Familien und damit auch die Wirtschaft lähmt, wenn man sich nicht auf funktionierende Kinderbetreuung verlassen kann. Wie lange schauen wir anderen Großstädten wie Hamburg, wie Wien noch bei erfolgreicher Wohnraumförderung zu? Was lehrt uns Corona denn für eine krisenfeste Gesundheitsvorsorge? Dieser Sommer hat uns doch wieder gezeigt: Wir müssen jetzt Maßnahmen treffen, um unsere Städte klimafest und hitzebeständig zu machen. Wenn wir weiterhin so wenig tun, dann stolpern wir in die nächste Krise, die die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger massiv gefährdet.

Deswegen muss die Energiewende viel schneller vorangetrieben werden. Sie forschen, forschen, machen Versuche, und wenn es konkret wird, dann wird so wenig

gemacht. Ich habe die 74 Millionen Euro gesehen – das ist okay –, aber für eine Energiewende reicht das doch nicht. Da reichen nicht ein paar Förderprogramme, Modell-Prestigeprojekte, es muss sich doch strukturell etwas ändern. Wir brauchen andere Systeme. Nahwärmenetze, Geothermie, intelligente Stromnetze, virtuelle Kraftwerke, Wasserkraftnutzung – das sind die Zukunftsthemen. Da stehen dann fünf Millionen Euro für ganz Bayern für Photovoltaik auf allen Gebäuden im Freistaat; da gibt es dann für die energetische Sanierung weniger als im letzten Jahr – 25 Millionen Euro. Es ist fast peinlich. Wir brauchen eigentlich 500 Millionen Euro, um die staatlichen Gebäude energetisch auf Vordermann zu bringen. Wir bräuchten auch 500 Millionen Euro, um die Mobilitätswende endlich voranzubringen

Heute früh, ein Stäuberl Schnee, und die erste Durchsage in der S-Bahn: Störungen auf allen Linien der Stammstrecke.

(Zuruf)

– Das ist nur München. Man muss doch auch auf dem Land mit dem Nahverkehr überall hinkommen, wo man hinkommen muss.

Wir haben zu wenige Gleise, wir haben vergammelte Bahnhöfe. 2020 ist noch nicht einmal die Hälfte unserer Bahnhöfe barrierefrei. Das ist doch eine Schande, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo sind die Radwegenetze? Wo ist die Ausbauoffensive für das hochgepriesene Fahrradland Bayern? Bitte schalten Sie da mal einen Gang höher.

(Ein Abgeordneter telefoniert)

– Könnten Sie vielleicht draußen telefonieren?

Dann die Prämien. Wenn etwas nicht funktioniert, zückt der Ministerpräsident das Scheckbuch und verteilt Geld, besonders gern vor Wahlen. Jetzt gibt es auch noch

Prämien für Schulleitungen und Ämter. Wissen Sie, wir gönnen es allen, aber gescheiter wäre es, das Geld für sinnvolle Chaosbeseitigungsmaßnahmen einzusetzen, damit wir unser Personal in den Schulen und Ämtern nicht in der Nacht und am Wochenende strapazieren müssen.

(Zuruf)

Im Frühjahr, Herr Minister, haben wir dem ersten Nachtragshaushalt in Höhe von zehn Milliarden Euro zugestimmt. Wir haben gewusst, wie eilig es ist; wir wollten Ihnen Handlungsspielraum geben. Als Sie dann vier Wochen später ohne Nachweis die gleiche Summe noch mal wollten und dabei auch noch die Kommunen ignoriert hatten, wollten wir nicht mehr zustimmen. Sie erinnern sich.

Unser Misstrauen war leider berechtigt. Im frühen Herbst hat der Ministerpräsident gesagt: Ach, von den 20 Corona-Milliarden ist noch so viel übrig, daraus können wir die Hightech Agenda Plus noch zahlen. – Ein Aufschrei von uns. Ihr Dementi: Das wird natürlich nicht davon bezahlt. Und jetzt? – Jetzt steht die Hightech Agenda Plus – 435 Millionen Euro – mit der "Demonstrator-Mission" tatsächlich im Corona-Fonds. Ist es zu fassen? Der Herr Söder bekämpft Corona mit sechs bayerischen Satelliten.

Aber noch kurz zur Finanzierung des Haushalts: Sie haben eine Neuverschuldung angesprochen, 10,6 Milliarden Euro; Rücklagenentnahme 2,1 Milliarden Euro. Erst am Ende des Jahres wissen wir, ob wir so auch hinkommen. Das ist auch verständlich. Die Neuverschuldung ist damit aber noch nicht sicher. In der Rücklage sind dann noch sechs Milliarden Euro; die brauchen wir zum Ausgleich der nächsten Jahre. Im Haushaltsgesetz haben Sie aber das Bürgschaftsvolumen auf fünf Milliarden Euro verdoppelt. Das könnte ein Problem werden; denn zweimal werden wir die Rücklage nicht ausgeben können.

Im Finanzplan zur Landesbank ist eine Schuldentilgung von 50 Millionen Euro bei allein Zinsen in Höhe von 200 Millionen Euro pro Jahr angegeben. 7,5 Milliarden Euro Schulden – das kann 150 Jahre dauern.

Resteeinzug haben wir all die Jahre gefordert –, 300 Millionen Euro; das wurde stets entrüstet abgelehnt. Schau her, jetzt sind Sie unserer Empfehlung gefolgt und haben sogar 500 Millionen Euro globale Minderausgabe zum Einzug im Haushalt gefunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Versorgungsausgaben ignorieren Sie völlig; die steigen rasant. Auch hier haben wir schon seit den Neunzigerjahren gemahnt. Sie haben den Versorgungsfonds faktisch abgeschafft, aber auch die Schuldentilgung. Dieses Thema ist jetzt völlig vor die Wand gefahren, und das können wir auch gar nicht mehr aufholen.

(Zuruf)

Der Konsolidierungsbedarf beim Versorgungsfonds: 5,7 Milliarden Euro 2019, und 2021 6,4 Milliarden Euro, und das allein schon ohne Beihilfe. Sagen Sie mir, wie wir das noch zahlen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Konsolidierungsbedarf haben Sie in Ihrem Finanzplan eigentlich auch nicht gut aufgeführt. Sie sagen: Jetzt kommen wir mal durch 2021. – Aber ab 2022 fehlen 11 Milliarden Euro für die nächsten Jahre. Im Finanzplan steht überhaupt nichts dazu, wie diese Lücke überbrückt werden soll. Das geht also auch wieder auf Kosten der nächsten Generationen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrtes Kabinett, sehr geehrter Herr Minister! Wir dürfen uns nicht länger von Entwicklungen, von Krisen, von Problemen und Pannen treiben lassen. Wir müssen vorausschauend und proaktiv handeln. Wir brauchen mehr Taten und weniger Worte. Wir brauchen einen Vertrag mit der Zukunft, mit unserer Jugend, mit der Wirtschaft und mit den Menschen in Bayern. Sie haben ein Recht auf Gesundheit und Vorsorge. Wir haben die Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir haben Green Bonds ins Spiel gebracht. Wir haben Ihnen gezeigt, wo und wie man eine Infrastruktur schafft, auf die man sich verlassen kann. In dieser Hinsicht werden

wir Ihnen in den ersten Wochen des neuen Jahres unsere Anträge vorlegen, die konkret sind und Vorschläge zur Gegenfinanzierung enthalten. Ich erwarte eine ernsthafte Diskussion. Verschieben Sie bitte nichts mehr auf später, denn jetzt ist die Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, bleiben Sie noch kurz da. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Köhler, mantraartig redet Ihre Partei bei jeder Gelegenheit – jetzt haben Sie es auch getan – über die Gebührenentlastung bei den Kindergärten. Sie sprechen das immer an und kritisieren es aufs Heftigste. Sie stellen das immer den Qualitätsverbesserungen gegenüber. Haben Sie schon mitbekommen, dass frühkindliche Bildung ein ganz wesentliches Element der Bildung insgesamt ist? Wissen Sie auch, dass wir an den Grundschulen und den übrigen Schulen auch keine Gebühren erheben? Haben Sie auch rekapituliert, dass es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist, dass die Teilhabe aller möglich ist? Können Sie mir auch folgen, wenn ich sage, dass wir trotzdem nicht Hunderttausende von Erziehern zur Verfügung stellen könnten, auch wenn das Geld zur Verfügung stünde? – Die sind nicht da. Die müssen erst gewonnen und ausgebildet werden. Haben Sie auch mitbekommen, dass über das vierte Sonderinvestitionsprogramm statt der angedachten 30.000 Plätze 67.000 Plätze in Bayern gefördert werden? Das ist einzigartig in ganz Deutschland. Das ist doch aktive Politik im Sinne unserer Familien und Kinder. Warum distanzieren Sie sich davon?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Claudia Köhler (GRÜNE): Zunächst einmal fällt es mir schwer zu honorieren, dass die Grundschule gratis ist. Ich hoffe nicht, dass Sie dafür Gebühren erheben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe es mir herausgesucht. Sie geben 605 Millionen Euro für die Beitragsfreiheit und 119 Millionen Euro für die Personalgewinnung, die Qualitätssicherung und die Schaffung neuer Plätze aus. Das ist zu wenig. Wir brauchen fünfmal so viel für die Beitragsfreiheit. Die Beitragsfreiheit nützt mir nichts, wenn ich keinen Platz für mein Kind bekomme, weil es zu wenig Personal gibt. Jetzt haben Sie es sich ganz leichtgemacht. Das Sozialministerium hat vorgeschlagen, die Schließtage für Seminare und Fortbildung einfach herabzusetzen. Dann hat man weniger Fortbildung. Auch der Schlüssel soll verschlechtert werden. Dann braucht man auch weniger Personal. Das ist doch nicht Qualität. Wir haben in der Gesellschaft Herausforderungen, denen wir von klein auf begegnen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Josef Zellmeier das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es sind bewegte Zeiten. Lockdown light, Ausgangsbeschränkungen, Kontaktbeschränkungen – das alles scheint erst einmal wichtiger zu sein als Zahlen und Fakten, wichtiger als ein nüchterner Haushalt. Trotzdem ist eine finanzielle Planung heute wichtiger denn je.

Lassen Sie mich zu Beginn Danke sagen. Danke unserem Finanzminister Albert Füracker für die verantwortungsvolle Arbeit, die er im Sinne der Staatsregierung, aber auch im Sinne dieses Hauses leistet. Der Umgang mit Steuergeld war gerade in der Pandemie bisher beispielgebend. Ich werde es hernach noch ausführen. Von den 20 Milliarden Kreditermächtigung haben wir nur knapp die Hälfte verbraucht. Lieber Albert, das heißt, du hast wirklich Großes geleistet. Gleichzeitig ist an der richtigen Stelle und zur rechten Zeit geholfen worden. Das zeigt sich jetzt auch im Haushalt 2021. Wir werden die Kreditermächtigung, die wir heuer nicht verbraucht haben, im nächsten Jahr einsetzen. Damit werden wir in der Summe keinen Euro mehr einsetzen, als für 2020 geplant war.

Danke auch unserem Finanzminister für die klaren Worte. Es ist nicht die Zeit für zusätzliche Wünsche. Nein, die ist jetzt wirklich nicht. Wir müssen gegen die Krise investieren, wir dürfen nicht gegen die Krise ansparen, wir müssen investieren, aber wir dürfen uns keine weiteren teuren Ausgaben leisten, die nicht der Erholung der Wirtschaft und unseres Gemeinwesens dienen.

Insgesamt haben wir von der Agentur Standard & Poor's gerade im Hinblick auf den Umgang mit der Krise ein Spitzenrating bekommen. Es wurde gewürdigt, wie wir die heimische Wirtschaft stützen und gleichzeitig verantwortungsvoll mit der Staatsverschuldung umgehen. Dieses Lob der Finanzmärkte gilt in erster Linie unserem Finanzminister und allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hervorragende Arbeit geleistet haben.

Werte Frau Kollegin Köhler, wir arbeiten im Haushaltsausschuss gut zusammen. Ihre Kritik an der Vorlage des Haushaltes ist aber völlig daneben. Die Frist für die Erste Lesung wurde eingehalten. In schwierigen Zeiten kann man auch von der Opposition verlangen, dass sie flexibel ist und sich auf die Dinge einstellt. Die Detailberatung erfolgt im Ausschuss. Die Detailberatung führt dann zur Zweiten Lesung. Für diese weiteren Debatten haben wir neun Kalenderwochen Zeit. Das ist mehr Zeit als in der Vergangenheit. Die Fraktionen können sich also bestens einarbeiten und Änderungsanträge stellen. Das ist doch der zentrale Punkt. Dafür kann man weder dem Finanzminister noch seinem Hause einen Vorwurf machen, denn in schwierigen Zeiten muss man auch die Steuerschätzungen einarbeiten; und wir hatten heuer mehr Steuerschätzungen als in der Vergangenheit. Dabei gab es immer wieder Änderungen.

Wir werden, wie gesagt, erst am 10. Februar mit den Beratungen im Ausschuss beginnen und wollen Ende März zur Zweiten Lesung kommen, sodass wir genügend Zeit für Diskussionen haben. Der Haushaltsausschuss war bisher kein Gremium für Parteipropaganda. Das sollten wir auch in Zukunft unterlassen, werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

Wenn man nach einem Motto für den Haushalt 2021 sucht, könnte man an vieles denken. Egal ob man mit oder ohne Brille liest, ob man kurzsichtig oder weitsichtig ist – ich bin übrigens beides, auf dem einen Auge so und auf dem anderen Auge anders –, das Motto ist nicht entscheidend. Entscheidend sind die Merkmale. Der Haushalt ist solide finanziert. Wir investieren kraftvoll, um die Krise zu bewältigen. Ganz wichtig ist mir, dass mit der Kreditermächtigung, die wir in ungewohnter Weise und ungewohnter Höhe der Staatsregierung ausgestellt haben und mit der wir der Staatsregierung freie Hand gegeben haben, um gegen die Krise zu arbeiten, verantwortungsvoll umgegangen wurde. Insgesamt sind von den 20 Milliarden, die wir gewährt haben, rund neun Milliarden abgeflossen. Das sind nur 45 %, und das in einem Jahr, in dem wir hoffentlich den Höhepunkt der Krise hatten. Natürlich wird im nächsten Jahr auch noch vieles anfallen, aber ich hoffe, dass wir mit den Impfmöglichkeiten das Allerschlimmste hinter uns bringen.

Ich erinnere mich noch gut an die Zweite Lesung zum zweiten Nachtragshaushalt. Da wurde von einem Blankoscheck gesprochen. Es war wiederum viel Lärm um nichts, denn die Opposition müsste eigentlich heute Respekt dafür bekunden, dass so seriös gearbeitet wurde. Nur wesentliche und wichtige Maßnahmen wurden beschlossen.

Bei der Soforthilfe und bei der Kompensation der Gewerbesteuer wurde von der Opposition immer geunkt, man wolle den Kommunen nicht helfen. Gemeinsam mit dem Bund haben wir das in hervorragender Weise getan. Wir, die Koalitionsfraktionen, waren uns darin einig. Danke auch dem Kollegen Pohl für die gute Kooperation. Natürlich sind wir kommunalfreundliche Fraktionen und Parteien, und wir tun alles, um den Kommunen zu helfen. Die Kommunen müssen in der Krise aber auch einen Teil des Paketes mittragen. Das hat der Finanzminister ausgeführt. Wir können nicht für alles geradestehen, denn auch uns muss noch Spielraum für die Zukunft bleiben.

Dabei wurden neben den großen Maßnahmen viele kleine Maßnahmen ergriffen. Als Beispiel nenne ich die Verpflegung der Krankenhausmitarbeiter. Das war eine hervorragende Leistung. Die Verdoppelung der Vereinspauschale und die Hilfe für Studen-

tenwerke sind weitere Beispiele. Das Vertrauen, das aus dem Umgang mit dem Sonderfonds Corona entstanden ist, sollten wir im Haushaltsausschuss und auch hier im ganzen Haus alle teilen. An der intensiven Berichterstattung, die wir bekommen – die Häuser legen wöchentlich Rechenschaft ab –, zeigt sich, was sie mit dem Geld machen und wie das Geld abfließt. Wir haben auch Rückflüsse aus den Häusern festgestellt, wenn die Mittel nicht in vollem Umfang benötigt wurden, was auch erfreulich ist.

(Harald Güller (SPD): Weil sie unfähig waren, das Geld auszuzahlen!)

– Lieber Kollege Güller, das ist euer Problem. Ihr wollt immer überall mitreden. Euer Mitreden besteht in der Regel aber nur darin, mehr Ausgaben zu fordern. Das ist keine solide Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Im Übrigen kehren wir mit dem Haushalt 2021 hinsichtlich des Budgetrechts zur klassischen Rollenverteilung von Parlament und Staatsregierung zurück. Das war uns von der CSU sehr wichtig, und das wurde auch vom Finanzminister und vom Ministerpräsidenten in keiner Weise in Zweifel gezogen; sie haben das dankbar angenommen und vorgeschlagen, dass ein Zustimmungsvorbehalt eingebaut wird.

Die Staatsregierung hat das gemacht. Das heißt, bei den Mitteln, bei diesen 1,5 Milliarden Euro, die nicht bereits im Einzelnen verplant sind, wird der Haushaltsausschuss künftig mitentscheiden. Zwar ist in Kapitel 13 19 ein Großteil mit konkreten Titeln hinterlegt, aber es gibt darüber hinaus flexible Mittel, die notwendig sind, weil auch im zweiten Jahr der Krise nicht alles planbar ist. Da wird der Haushaltsausschuss künftig zustimmen müssen. Damit ist das Parlament eingebunden. Gleichwohl bleiben wir flexibel, denn einen Nachtragshaushalt aufzustellen, dauert deutlich länger, als den Haushaltsausschuss einzuberufen.

Ich sichere bereits jetzt zu: Wenn es eilt, dann werden wir auch in den Parlamentsferien tagen, keine Frage. Wir werden dazu beitragen, dass es genauso schnell wie bisher unter Einbindung des Parlaments geht. Seit es Parlamente gibt, ist es natürlich ein Grundrecht des Parlaments, den Haushalt mitzubestimmen. Da passt, wie gesagt, kein Blatt zwischen den Finanzminister und uns; da waren wir uns von Anfang einig.

Die Ereignisse des Jahres 2020 haben uns alle überrascht, und keiner wusste, was auf uns zukommt. Dieses Jahr hat das nicht ermöglicht. Jetzt geht das aber, und dann wird das natürlich gemacht. Damit ist auch der immer schon grundlosen Kritik der Opposition der Boden entzogen.

Insgesamt ist der Haushalt 2021 solide finanziert. Einerseits helfen wir, indem wir investieren. Andererseits begrenzen wir den Zuwachs der Ausgaben deutlich, insbesondere auch im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr.

Ich habe es bereits ausgeführt: 10,7 Milliarden Euro Kreditermächtigung – der Betrag, der nicht verbraucht wurde. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Punkt, das muss man an dieser Stelle einmal sagen. Mehr brauchen wir nicht. Mehr wollen wir auch nicht brauchen. Wir wissen, dass es Restrisiken gibt; das kann niemand verneinen. Zum jetzigen Zeitpunkt wollen die Staatsregierung und die CSU-Fraktion mit diesen Mitteln aber auskommen.

Das heißt, eine Verschuldung, die für ein Jahr geplant war, soll für zwei Jahre reichen. Auch das ist eine vorbildliche Politik. Lieber Albert Füracker, herzlichen Dank für diese hervorragende Leistung!

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig gibt es natürlich eine Rücklagenentnahme; denn wir haben Projekte, die wir nicht mit Corona begründen können und auch nicht mit Corona begründen wollen. Dafür werden diese 2,1 Milliarden Euro eingesetzt, was rund ein Viertel der Rücklage von 8,2 Milliarden Euro ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, dass wir deutliche Rücklagen haben. Wir sind daher auch in Zukunft handlungsfähig. Auch nach der Bewältigung der Krise werden Spätfolgen auftreten, die wir dann aber aufgrund des engen Korsetts, das uns die Bayerische Verfassung mit der Schuldenbremse schnürt, nicht über Kreditaufnahmen finanzieren können und auch nicht wollen. Das ist für uns als CSU-Fraktion ein ganz entscheidender Faktor.

Wir haben in Deutschland nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern erreicht, dass es sowohl im Grundgesetz als auch in den Landesverfassungen Schuldenbremsen gibt. In der Bayerischen Verfassung ist die Schuldenbremse am strengsten geregelt, weil es der Kern unserer Politik ist, zukunftsfähig zu handeln. Leider Gottes hat die Opposition dazu nicht immer das beigetragen, was man unter "zukunftsfähig" versteht. Nur mit Forderungen kommen wir nicht weiter. Man muss auch immer sagen, wo man etwas wegnehmen will.

Die Staatsregierung hat einen Haushalt vorgelegt, der im Wesentlichen unseren Vorstellungen entspricht. Da werden wir auch nichts gegenfinanzieren können, Frau Kollegin Köhler. Das sind die Dinge, die uns wichtig sind. Sie wollen hingegen immer nur dort gegenfinanzieren, wo wir Schwerpunkte setzen. Das können Sie von uns natürlich nicht erwarten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsschulden explodieren weltweit. Im Vergleich dazu ist Bayern ein Hort der Solidität. Wir können uns heuer, aber auch nächstes Jahr kurzfristig eine Kreditaufnahme leisten, weil wir über viele Jahre gespart und Schulden zurückgezahlt haben. Darüber hinaus haben wir einen sehr anspruchsvollen Tilgungsplan. Wir wollen ab 2025 jährlich eine Milliarde Euro tilgen. Das sind gewaltige Beträge, aber wir werden dafür sorgen, dass es funktioniert.

Die Ressorts erbringen einen Sparanteil von rund 500 Millionen Euro. Das ist richtig und wichtig. Damit werden die Ausgabereste reduziert.

Das Kernstück sind die Investitionen mit 14,2 %. Die Investitionen sind ein entscheidender Faktor, um die Wirtschaft am Laufen zu halten. Wir investieren in die Wissenschaft und stärken die Bildung. Auch dort gibt es viele Investitionsvorhaben, vor allem im Baubereich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch den Arbeitsmarkt im Blick haben. Das heißt, wenn wir in die Wirtschaft investieren, dann investieren wir ebenso in die Arbeitnehmer. Dieser entscheidende Faktor darf nicht übersehen werden.

Wir akquirieren jetzt Wissenschaftler – 1.835 Stellen – so günstig wie noch nie, weil viele Länder, in denen die Wissenschaft gute Bedingungen hat, jetzt Schwierigkeiten haben. Deshalb gehen wir dort voran.

In der Krise wollen wir verstärkt auf Modulbauten setzen, um das Bauen zu beschleunigen und kostengünstig zu gestalten.

Ich will noch die Stellen bei den Schulen, die Digitalisierung, die wir gezielt vorantreiben, sowie die Investitionen in die frühkindliche Bildung erwähnen; das wurde vorher bereits ausgeführt.

Der Haushalt 2021 muss Unmögliches möglich machen, und das tut er. Gleichwohl haben wir nach wie vor viele Unbekannte, die wir im laufenden Jahr werden berücksichtigen müssen. Dafür bietet dieser Haushalt jedoch beste Voraussetzungen.

Ein Dankeschön allen Beteiligten für die Vorbereitung. Vorweg auch ein Dankeschön den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ausschussbüro und in den Fraktionen, die die künftigen Beratungen im Ausschuss in hervorragender Weise vorbereiten werden. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der fraktionslose Abgeordnete Plenk gemeldet. Herr Plenk, bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Zellmeier, Sie haben ausgeführt, Sie hoffen, dass der Höhepunkt der Krise bereits hinter uns liegt. Ich glaube, dass uns der wirtschaftliche Höhepunkt der Krise noch bevorsteht. Teilen Sie meine Einschätzung in diesem Punkt?

Des Weiteren sagten Sie, dass Sie mit Spätfolgen aus der Corona-Krise rechnen. Welche Spätfolgen meinen Sie konkret?

Josef Zellmeier (CSU): Was die Frage anbelangt, wann der Höhepunkt überschritten ist, hoffe ich – das ist meine persönliche Einschätzung –, dass wir mit den Impfungen schnell zu einer Erholung der Wirtschaft kommen. Werter Kollege Plenk, wir haben gesehen, dass die Wirtschaft im dritten Quartal unglaublich schnell angezogen hat. Das hat auch dazu geführt, dass die beiden Steuerschätzungen im Herbst für den Haushalt eine Verbesserung erbracht haben, wenngleich für die Folgejahre nicht in der Dimension, wie wir uns das vorgestellt hatten.

Die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen ist die Spätfolge, von der ich rede. Das wird eine Zeitlang dauern, und wir werden das hier im Haus spüren, was wir im Haushalt einplanen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion, Frau Ebner-Steiner.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Bayern stand früher einmal für Wohlstand, für finanzielle Sicherheit und für einen soliden Haushalt. Diese Zeiten sind aber leider vorbei.

(Zuruf)

Die Staatsregierung führt auch hier merkelsche Verhältnisse ein. Der Staat schwankt von einer Krise in die nächste. Statt am Anfang der Pandemie effektiv durchzugreifen und die Infektion im Keim zu ersticken, torkeln die Staats- und die Bundesregierung schon seit Monaten wie Betrunkene vollkommen orientierungslos zwischen einer Verschärfung und einer Lockerung umher.

Statt einem Ende mit Schrecken haben wir nun einen Schrecken ohne Ende. Was für ein planloses Katastrophenmanagement.

(Beifall bei der AfD)

Damit richtet die Staatsregierung großen Schaden an. Unsere bayerische Wirtschaft wird mutwillig gegen die Wand gefahren. Millionen Arbeitnehmer und Selbstständige verlieren ihre Existenz. Im vermeintlichen Kampf gegen das Virus scheint jedes Mittel recht: die Entrechtung des Bürgers durch Aushöhlung des Grundgesetzes, die Enteignung der Bürger durch die beispiellose Schuldenmacherei.

Wenn man die Wirtschaft des eigenen Landes zerschlägt, brechen einem die Steuereinnahmen weg. Die Folgen sind immer neue Schulden, die unsere Wirtschaft und den Steuerzahler noch stärker belasten. Mit der Begründung "Corona" realisieren Sie alles, für das bisher kein Geld da war. Ihre Schuldenpolitik übernimmt ganz klar die "Whatever it takes"-Mentalität, bei der die letzten Schranken fallen. Immer neue Runden von Geldschöpfungskrediten und Asset-Käufen durch die Zentralbanken blähen die Geldmenge dramatisch auf. Waren es bisher Rettungspakete für Südeuropa, so ist es nun Corona. Die Staatsquote in Deutschland wird laut Hans-Werner Sinn auf deutlich über 50 % gehoben. Man kann nur hoffen, dass das Dauerfeuer der Gelddruckerpresse nach dem Wiederanspringen der Wirtschaft nach Corona nicht in eine galoppierende Inflation mündet, so wie 1923. Angesichts der Verfünffachung der Geldmenge von circa einer Billion 2008 auf fünf Billionen heute ist das ein ziemlich realistisches Szenario. 2021 kann der Corona-Sonderfonds noch bis zu 10,6 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Dabei ist die Abwärtsspirale bereits jetzt vorpro-

grammiert und eine solide Planung vollkommen unmöglich. Daher reicht es nur noch zu einem Einjahreshaushalt.

Gegen die schier grotesken Vorgaben des Ministerpräsidenten und seines Wirtschaftsministers ist auch die pragmatische Art unseres Finanzministers nicht gefeit. So steigen also auch ungeachtet der Kosten für Corona die Ausgaben des Freistaates gegenüber dem Vorjahr von vorher 60,5 Milliarden auf jetzt 62,8 Milliarden Euro. Die Regierung läuft weiter gegen die Wand und hält sich dabei die Augen zu.

(Beifall bei der AfD)

Auch im Jahr 2021 wird Bayern für seine Landesbank 210 Millionen Euro Zinszahlungen an Gläubiger tätigen. Hinzu kommen 50 Millionen Euro allein für die Tilgung von Schulden. Unnötige, längst als sinnlos erwiesene Corona-Maßnahmen werden jedoch unbeirrt weitergeführt. Hunderte Millionen Euro werden für Testzentren ausgegeben, Hunderte Millionen für Schnelltests, anstatt endlich vor allem die Risikogruppen, alte und kranke Menschen, effektiv zu schützen, wie es Vernunft, Humanität und Nächstenliebe gebieten. Auch wir von der AfD wollen, dass unsere Eltern und Großeltern noch ein langes Leben haben.

Auch das Prestigeprojekt von Markus Söder, die sogenannte Hightech Agenda, wird trotz der Krise nicht gestrichen, sondern um 400 Millionen Euro erhöht. Fast 500 Millionen Euro greift die Staatsregierung für eine Selbstinszenierung aus den Rücklagen des Freistaats ab. Zusätzlich entnimmt sie 400 Millionen Euro dem Sonderfonds Corona-Pandemie, obwohl dieser ausschließlich zur Finanzierung von Corona-bedingten Ausgaben dienen soll.

(Unruhe)

Währenddessen warten viele Unternehmer noch immer auf die zugesagten Hilfen. Sie sollten diese endlich auszahlen und die Menschen wieder arbeiten lassen, damit sie

ihren Lebensunterhalt wieder selbst bestreiten können. Wer sich auf diese Regierung verlässt, der ist verlassen.

(Beifall bei der AfD)

Wichtiger als das Schicksal von Millionen Menschen ist der Staatsregierung die Devise: Nur keinen Fehler zugeben. – Wie lange wollen Sie dem Bürger eigentlich noch erzählen, dass all dies der Bekämpfung einer Pandemie dienen soll? – Letztlich dient Ihnen Corona wohl nur als Vorwand, um an der Errichtung einer neuen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung mitzuwirken. Solide Finanzen, bürgerliche Freiheit, demokratische Souveränität, traditionelle Werte und bayerische Kultur sind in dieser Ordnung natürlich nicht vorgesehen, wohl aber die ungesteuerte Zuwanderung, Ihre heilige Kuh des Globalismus.

Herr Finanzminister, Sie haben vorhin gefragt, wo wir denn sparen wollen. Wir wollen beim Zuwanderungs- und Integrationsfonds sparen. Der bekommt nämlich weiterhin fast zwei Milliarden Euro, wie in den Jahren zuvor. Wie üblich wird dieser Betrag in einem Nachtragshaushalt noch um ein paar Hundert Millionen Euro erhöht. 400 Millionen Euro Rücklagen werden verpulvert, um die Asylindustrie zu mästen, wie sie es von Merkel und ihren Statthaltern in Bayern gewohnt ist. Der Zuwanderungs- und Integrationsfonds ist so prall gefüllt wie schon in den Vorjahren. Auch im Jahr 2021 wird eine fest etablierte Asylindustrie mit fast zwei Milliarden Euro gefördert. Wohin diese Auswüchse führen, hat man in den letzten Tagen in Ebersberg gesehen. Dort haben Scheinasylanten eine wunderschöne Villa bezogen,

(Zuruf: Fake News!)

mit einer Lage im feinsten Millionärsviertel und Mietkosten von mehreren Tausend Euro pro Jahr. Und wer bezahlt das Ganze? – Der Freistaat Bayern und somit unsere fleißigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Unruhe)

Denn: Was der Fleiß gewinnt, manch Scheinasylant wieder nimmt.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Fast alle Bürgerinnen und Bürger müssen Einschränkungen und Einschnitte hinnehmen, nur bei der Alimentierung sogenannter Flüchtlinge wird nicht gespart. Migrationsfinanzierung ist offenbar systemrelevant.

Schließlich behauptet die Staatsregierung in ihrem aktuellen Finanzplan, dass Bayern das Land der soliden Staatsfinanzen sei. Das war auch einmal richtig, heute ist das allerdings nicht mehr der Fall; denn schon vor Corona hatte Bayern bereits einige finanzielle Altlasten zu tragen. Dass das natürlich auch noch jahrzehntelang so bleiben wird, sieht man am Haushalt 2021. Auch hier ist kein Umsteuern bei der Verschuldung zu erkennen. Die Staatsregierung ist vielmehr der Ansicht, dass ein blindes Ansparen gegen die Krise nicht vertretbar wäre. Sie hält es aber für vertretbar, unseren Kindern einen unüberschaubaren Schuldenberg zu hinterlassen. Allein um die Schulden für den Sonderfonds Corona-Pandemie zurückzuzahlen bräuchte es nach jetziger Planung über 20 Jahre. Jetzt rechnen wir die Schulden, die wir bereits vor Corona hatten, noch obendrauf. Da wird allen klar, dass Bayern unter einer CSU-Regierung in diesem Jahrhundert nicht mehr schuldenfrei wird.

Insgesamt ist dieser Einjahreshaushalt ein Armutszeugnis: Alles soll auf Pump und auf Kosten kommender Generationen weiterlaufen. Schuldentilgung wird auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Darum sollen sich wohl irgendwann andere kümmern. Die künftigen Generationen haben aber jetzt schon eine Stimme im Parlament, nämlich uns von der AfD. Wir verfolgen keine globalistische Agenda, sondern wir dienen Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Wir schielen eben nicht nur auf den nächsten Wahltermin, sondern wir denken langfristig. Das Coronavirus wird in zwei Jahren vergessen sein. Was aber bleiben wird,

das ist der ungeheure Scherbenhaufen, den Sie angerichtet haben: der Schaden an unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die bankrotten Unternehmen, die Arbeitslosigkeit, der von Ihnen angehäuften Schuldenberg. – Daher fordere ich Sie erneut auf: Geben Sie zu, dass Ihre Angstpolitik gescheitert ist! Hören Sie auf, Corona für politisch-gesellschaftliche Experimente zu missbrauchen und kehren Sie zurück auf den Pfad der wirtschaftlichen Vernunft!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Fabian Mehring gemeldet. – Herr Mehring, bitte.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Ebner-Steiner, zwei Fragen zu Ihrem, für mein Empfinden, in vielerlei Hinsicht bemerkenswerten Vortrag: Zum einen wirbt Ihre Fraktion seit mehreren Monaten dafür, die Corona-Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung einzustellen. Sie haben jetzt die Corona-Politik mit finanziellen Herausforderungen in Verbindung gebracht. Deshalb frage ich Sie: Konnten Sie zur Kenntnis nehmen, wie sich die Dinge in den Ländern entwickelt haben, die Ihrer Strategie gefolgt sind und jetzt zu unserer Strategie gewechselt sind? Ist es nicht so, dass all die Länder, die auf Ihr Konzept gesetzt haben, jetzt die allergrößten wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen zu meistern haben? – So viel zum einen.

Zum anderen ist mir aufgefallen, dass Ihre Fraktion, wie schon häufig in der Vergangenheit, den Plenarsaal verlässt, wenn Sie ans Rednerpult treten. Das fällt nicht auf in der Kamera von AfD-TV, in die Sie sprechen. Deshalb frage ich an dieser Stelle offiziell nach: Muss ich davon ausgehen, dass das, was Sie heute vorgetragen haben, Ihre Einzelmeinung darstellt, die noch nicht einmal von der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag getragen wird?

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Lieber Herr Mehring, vielen Dank für die Frage. Sie sollten sich hier erst einmal anständig benehmen, dann beantworte ich Ihnen das nächste Mal gerne wieder eine Frage.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie an Ihre Maske, Frau Ebner-Steiner! Frau Ebner-Steiner, Sie haben Ihre Maske vergessen. Ich habe Sie daran erinnert, sie anzuziehen.

(Unruhe bei der AfD)

Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl von der Fraktion FREIE WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stärke zeigt sich in der Krise. Unser Finanzminister Albert Füracker hat in dieser Krise, genauso wie die gesamte Bayerische Staatsregierung, Stärke bewiesen. Dafür sage ich an dieser Stelle herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte mich aber auch bei allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss bedanken. Es war für alle ein durchaus herausforderndes Jahr. Ich denke, wir haben gut zusammengearbeitet und sind den Herausforderungen gerecht geworden. Ich denke, auch das hat Dank verdient, allen voran unser Vorsitzender Josef Zellmeier, der das Ganze souverän gemanagt hat und auch die schwierigen Entscheidungen, die wir zu treffen hatten, gut vorbereitet hat, sodass wir sie auf breiter Grundlage treffen konnten. Auch das ist eine Stärke von Politik. Das ist eine Stärke dieses Parlaments. Herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein dritter Dank gilt wie jedes Jahr denen, die es uns ermöglichen, dass wir hier viel Geld ausgeben können, nämlich den Steuerzahlern, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Unternehmern. Mein Dank gilt denen, die durch ihren Fleiß, ihren Unternehmergeist und durch ihre Kreativität dazu

beitragen, dass Bayern da steht, wo es steht. Ich habe da schon eine etwas andere Sicht als zwei meiner Vorredner.

Ich darf ganz kurz auf das eingehen, was die Frau Kollegin Köhler gesagt hat. Frau Kollegin Ebner-Steiner, Sie werden es mir nicht übel nehmen, aber Ihre Ausführungen sind schlichtweg nicht kommentierungsfähig.

(Zuruf)

Sie sind nicht kommentierungsfähig. Tut mir leid. Darauf kann ich keine sachlichen Antworten geben. Das entbehrt wirklich jeder Grundlage. Tut mir leid. Ich wende mich deswegen der Frau Kollegin Köhler zu, die zwei Punkte genannt hat, auf die ich gerne eingehen möchte.

Sie und die GRÜNEN im Allgemeinen betonen immer die Verantwortung für künftige Generationen. Sie tun so, als ob Sie diejenigen wären, die die Verantwortung für künftige Generationen ernster nähmen als andere. Das kann man als Eigenmarketing durchaus betreiben.

(Zuruf)

In dieser Krise hat sich aber gezeigt, dass Sie und Ihre Parteigänger hier nicht auf dem richtigen Weg sind. Ich kann mich noch gut erinnern: Kurz vor der Corona-Krise liefen die "Fridays for Future"-Anhänger durch die Straßen und haben gebrüllt: "Wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!"

Was haben wir aus dieser Pandemie gelernt? – Wir waren zumindest in zwei Bereichen sehr gut gerüstet. Wir haben eine robuste Wirtschaft, und wir haben stabile Finanzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Generationen vor uns, wenn unsere Eltern und Großeltern nicht aufgebaut hätten, dann wären wir in dieser Pandemie ganz anderen Herausforderungen begegnet. Wir haben – Gott sei Dank – eine stabile Wirt-

schaft. Das ist die Wirtschaft, die wir haben, und nicht die Wirtschaft, von der Sie vielleicht träumen.

Wir haben sehr stabile Finanzen. Der Finanzminister hat das bereits dargestellt. Wir haben in guten Zeiten Schulden abgebaut. Wir haben vor Corona eine minimale Verschuldung gehabt. Wir sind hier deutschlandweit, sogar weltweit führend. Deswegen konnten wir sagen: Wie viel brauchen wir denn zur Krisenbewältigung? Wie viel? Brauchen wir zehn Milliarden, zwanzig Milliarden Euro oder brauchen wir mehr? – Andere hätten gar nicht die Wahl gehabt, zu fragen: Wie viel brauchen wir denn? Sie hätten Mühe gehabt, überhaupt Geld zu bekommen.

Wir haben gute gewachsene Strukturen in der Wirtschaft, bei den Finanzen und auch in der Gesellschaft. Ich möchte das an dieser Stelle ganz besonders betonen: Wir sind auch deswegen so gut durch die Krise gekommen, weil wir eine sehr gut funktionierende Gesellschaft haben. Unsere Gesellschaft besteht nicht aus Egoisten, sondern aus Menschen, die zusammenhalten, die aufeinander aufpassen und eine solche Krise solidarisch meistern. Darauf können wir alle stolz sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Wo standen wir denn im Frühjahr 2020? – Der Finanzminister hat im Nachtragshaushalt anlässlich Corona zehn Milliarden Euro bekommen. Kurze Zeit später musste er wieder zu uns kommen und sagen: Ich brauche noch Geld.

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern. Wir haben überlegt, wie viel wir denn brauchen. Der Finanzminister hat zehn Milliarden Euro vorgeschlagen. Manche haben gesagt: Das wird vielleicht nicht reichen. – Der Finanzminister hat damals gesagt: Ich kann euch sicher sagen, es wird bis in den Herbst hinein reichen. Im Herbst müssen wir überlegen, ob wir noch mehr brauchen. Zunächst aber reichen die zehn Milliarden Euro.

Das war ein kluger Vorschlag. Wir sind diesem klugen Vorschlag gefolgt. Jetzt dürfen wir – Gott sei Dank – feststellen, dass wir die zwanzig Milliarden Euro knapp zur Hälfte gebraucht haben; den Rest werden wir aber trotzdem benötigen. Das war eine Punktlandung. Auch das ist gute und vorausschauende Haushaltspolitik der Staatsregierung und des Parlaments, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es ist das Wort "Blankoscheck" gefallen. Ich halte diese Bezeichnung durchaus für richtig. Wir haben der Staatsregierung zwanzig Milliarden Euro gegeben und haben gesagt: Damit könnt ihr relativ frei handeln. – Wir haben keine klaren Vorgaben gemacht, das Geld dafür, dafür oder dafür auszugeben. Wir wollten nicht, wie der Kollege Zellmeier gesagt hat, kurzfristig wieder vor der Situation stehen, nachsteuern zu müssen.

Das ist ein gewaltiger Vertrauensvorschuss, der in der Verfassung grundsätzlich gar nicht vorgesehen ist. Die Staatsregierung hat diesen Vertrauensvorschuss aber zu einhundert Prozent gerechtfertigt. Wir können nun sagen: Jawohl, wir haben es richtig gemacht. Die Staatsregierung hat das Geld so ausgegeben, wie wir erwartet haben: sinnvoll, zielgerichtet und krisenbewusst!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir werden natürlich auch noch Geld für 2021 brauchen, weil die Krise noch nicht vorbei ist. Deshalb gab es 1,5 Milliarden Euro quasi blanko, allerdings unter Zustimmungsvorbehalt. Das war ein Wunsch des Parlaments, aber auch ein Wunsch des Ministers; auch das sollte man hier einmal betonen. Es war nicht so, dass wir ihn zum Jagen tragen mussten. Er ist auch Parlamentarier. Deswegen war das, ganz klar, ein einheitlicher Wunsch von Parlament und Finanzminister. Wir haben gesagt: Das machen wir so. Das ist gut so. Das ist richtig so. – Das bedeutet, dass das Parlament auch bei den 1,5 Milliarden Euro seine Kontroll- und Zustimmungsrechte in vollem Umfang wahrnehmen kann und wird.

Haushaltspolitik wird häufig von den Ausgaben her gesehen. Ich sage Ihnen: Gerade diese Krise zeigt, dass wir Haushaltspolitik auch von den Einnahmen her diskutieren müssen. Wir haben im nächsten Jahr Steuermindereinnahmen von 3,7 Milliarden Euro. Wir haben gesehen, was es heißt, wenn man die Wirtschaft durch einen Lock-down herunterfahren muss. Wir haben gesehen, was es heißt, wenn es nicht mehr Zuwächse zu verteilen gibt, sondern wenn man sich auch einmal auf das Wesentliche und Wichtige zu konzentrieren hat und Wünschenswertes auf die lange Bank schieben muss.

Wir wollen den Haushalt von den Einnahmen her denken. Dieser Haushalt hat deshalb einen ganz klaren Schwerpunkt bei den Investitionen in die Zukunft. Ich kann da nur sagen: Die Hightech Agenda ist nicht das Lieblingskind von irgendjemanden, sondern ist verantwortungsbewusste Zukunftspolitik. Die Hightech Agenda stärkt unsere Wirtschaft, stärkt damit den Wohlstand der Menschen, stärkt unsere Freiheit und stärkt unsere Zukunftsfähigkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir setzen eine Hightech Agenda Plus. Wir betreiben kein schädliches Industrie-Bashing, insbesondere nicht gegen die Automobilindustrie. Wir setzen unser Know-how für die Lösung von Zukunftsfragen ein. Darin liegt auch der große Unterschied zwischen den FREIEN WÄHLERN und der CSU einerseits und den GRÜNEN andererseits. Ihr meint, dass verantwortungsvolle Politik für die Zukunft heißt, den Leuten Dinge zu verbieten und ihnen zu sagen, sie müssten sich einschränken, das müsse weniger werden. Was das schöne Wort der Flugscham betrifft: Wir setzen gegen Flugscham CO₂-neutralen Luftverkehr; das muss doch die Zukunft sein. Wir müssen die Herausforderungen bewältigen, anstatt uns ängstlich davor zu verkriechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin Köhler, wie haben Sie gesagt? Wir hätten Prämien für Chaosbewältigungsmaßnahmen ausreichen sollen. "Chaosbewältigungsmaßnahmen"? – In welcher

Welt leben wir? – Wir haben diese Krise hervorragend bewältigt. Bei uns gab es kein Chaos, wie Sie es sich da ausmalen. Gut, Ihre Welt – unsere Welt – vielleicht leben wir tatsächlich in Parallelwelten.

Ich danke all denen, die es geschafft haben, dass wir nicht im Chaos versunken sind. In solch einer Krise ist es nicht arg schwer, dass ungeordnete Verhältnisse auftreten. Es ist in Deutschland und in Bayern hervorragend gelungen, das zu vermeiden. Auch dafür vielen Dank an diejenigen, die es zu verantworten haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir lösen die Zukunftsfragen der Menschheit mit unserem Know-how und tragen damit eine gewisse Verantwortung für die gesamte Welt, weil wir über ein Know-how verfügen, das andere in der Form vielleicht nicht haben. Deswegen bin ich sehr froh und stolz darauf, dass wir dieser Verantwortung über die Hightech Agenda Plus und über andere Maßnahmen gerecht werden.

Dann komme ich zu der Frage: Kann man denn die Einnahmen durch Steuererhöhungen regulieren? Ich schaue jetzt auf diese Seite: Es gab einmal eine Regierung Schröder/Fischer, die bis 2005 im Amt war. Ich sehe schon die missmutigen Gesichter, weil Sie wissen, was ich sagen werde. Sie hat gegen die Krise angekämpft, indem sie Steuern gesenkt hat, insbesondere den Spitzensteuersatz, und durch Hartz IV. Ich weiß, dass Sie das nicht so gerne hören. Aber es ist die Wahrheit, und es war richtig, denn es ist verdammt noch mal eben nicht so, dass die Steuersätze über die Steuereinnahmen entscheiden, sondern die Frage ist: Wie hoch sind die Unternehmensgewinne? Wie hoch sind die Realeinkommen? Wie stark ist die Wirtschaft? Und: Gute Wirtschaft bedeutet hohe Steuereinkommen, schlechte Wirtschaft bedeutet schlechte Steuereinnahmen. Das ist es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun noch zu den Ausgaben. Wir haben die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Der Finanzminister hat den kommunalen Finanzausgleich angesprochen. Jawohl, da haben wir wieder ein starkes Zeichen, ein verdammt starkes Zeichen gesetzt. Das sage ich als früherer Oppositionspolitiker. Ich schaue Harald Güller an; gemeinsam haben wir für 15 % an der Verteilungsmasse gekämpft. Das müssen wir nun nicht mehr, weil zwischenzeitlich die Gewerbesteuerumlage wegfällt. Das heißt, wir haben faktisch die 15 % erreicht. Wir haben für die Kommunen zehn Milliarden Euro bereitgestellt. Ich kann schon sagen: Die Haushaltsvoraussetzungen für die Kommunen sind weitaus besser als die des Freistaats, weil wir sehr, sehr viel unserer Steuereinnahmen, die wir für die Kommunen treuhänderisch verwalten, an die Kommunen abgeben. Da haben wir in den vergangenen Jahren sehr viel getan. Die Kommunen dürfen und können dankbar sein, dass wir so handeln.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, speziell von der SPD, eines muss ich schon sagen: Der Freistaat Bayern muss sich auf seine Zuständigkeiten konzentrieren. Deswegen kann ich es überhaupt nicht verstehen und nicht billigen, dass wir uns im Bayerischen Landtag Gedanken darüber machen, ob wir irgendwelchen klammen Kommunen in Nordrhein-Westfalen unter die Arme greifen. Das geht nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Beim Thema Wirtschaft habe ich vergessen, noch Folgendes anzusprechen: Wir haben eine ganz wichtige Entscheidung getroffen, die dem einen oder anderen gar nicht mehr so sehr präsent ist: Wir haben, um gewachsene Strukturen zu erhalten, was in dieser Krise unser wichtigstes Ziel war, mit 46 Milliarden Euro – 46 Milliarden Euro! – einen BayernFonds aufgelegt. 46 Milliarden Euro! Das hätte sich kein anderes Land in dieser Form ohne Weiteres leisten können. Wir tun es, um die Zukunftsfähigkeit des Freistaats Bayern und seiner Menschen zu gewährleisten. Auch das ist ein ganz starkes Signal und vielleicht eine der wichtigsten Entscheidungen, die wir in diesem Jahr getroffen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Lieber Kollege Güller, ein BayernFonds ist nicht etwas für ein paar Wochen. Ich sprach von Zukunft und nicht davon, wie nächste Woche die Bundesligatabelle aussieht.

Wir setzen die richtigen Schwerpunkte. Ein wichtiger und wesentlicher Schwerpunkt für die Zukunft ist die Bildung. Da sind wir uns, glaube ich, über die Fraktionen hinweg einig. Wir haben 1.500 neue Lehrerstellen geschaffen. Der Kultusminister hat auch darum gekämpft, dass die Bezahlung, speziell im Bereich der Grund- und Mittelschulen, sukzessive angepasst und erhöht wird. Wir haben einen Kultusminister, der für seine Lehrer, für die Schülerinnen und Schüler und für die Familien kämpft. Das hat er in dieser Krise in herausragender Weise getan und bewiesen, auch bezüglich der Haushaltsberatungen. Bei den Haushaltsberatungen – das muss man natürlich schon sagen – gibt es aus jedem Ressort sehr berechtigte Wünsche und Anliegen. Aber unser Kultusminister hat für sein Haus sehr gut verhandelt. Die Staatsregierung hat dem Thema Bildung eine hohe Priorität beigemessen. Auch dafür sage ich der Staatsregierung und den Kolleginnen und Kollegen in den Regierungsfractionen ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte zum Schluss noch folgenden Punkt ansprechen, der in dieser Krise auch besonders wichtig war, nämlich den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Beim Stichwort "Zusammenhalt in unserer Gesellschaft" sage ich auch: Diejenigen aus den Parallelwelten, die der Meinung sind, das Grundgesetz sei aufgehoben oder infrage gestellt, sollten sich mal vorstellen, wie sie nach draußen gehen und demonstrieren könnten, wenn sie in einem Land leben würden, in dem es keine Grund- und Freiheitsrechte gibt. Vielleicht können Sie es machen. Schauen Sie zum Beispiel nach Minsk zu Lukaschenko, was dort den Leuten passiert. Es gibt auf dieser Welt beileibe noch schlimmere Diktaturen, als Sie sich vorstellen.

Ich möchte daher schon mal sagen: Ich finde es hervorragend und ermutigend, dass sich fast 100 % unserer Gesellschaft davon nicht haben beeindruckt lassen, sondern dass sie in dieser Krise nach wie vor solidarisch zusammenstehen, wenngleich es gewaltige Einschränkungen gibt, die wir Einzelnen zumuten. Deswegen müssen wir das Ehrenamt stärken. Deswegen müssen wir die Vereine und Verbände stärken, die sich dafür starkmachen, zum Beispiel auf dem Gebiet des Sports und der Kultur. Ich sprach es bereits an. Auch das ist wesentlich und wichtig. Auch das ist Grundlage für ein gutes Zusammenleben der Menschen hier in Bayern. Das ist etwas, worauf wir stolz sein können. Aber das gibt uns auch die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das weiter so bleibt.

Ich freue mich auf interessante Beratungen im Haushaltsausschuss im Februar und März und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Pohl, Sie können am Rednerpult bleiben; es gibt drei Zwischenbemerkungen. Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich Kollegin Claudia Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Pohl! Zunächst einmal danke ich Ihnen dafür, dass Sie ganz klar ausgesprochen haben, dass nur zehn der insgesamt zwanzig Corona-Milliarden gebraucht wurden. Ich darf bemerken, dass Sie trotzdem den vollen Betrag von zwanzig Milliarden Euro in den Haushalt gestellt und verplant haben. Sie geben noch nicht einmal die noch freien 1,5 Milliarden Euro zurück, sondern wollen auch diese – in Absprache mit dem Landtag – ausgeben.

Zu Ihrer Bemerkung zur Chaosbeseitigungspolitik: Dafür sind Sie als FREIE WÄHLER direkt verantwortlich. Seit heute gibt es wieder vermehrt Distanzunterricht. Seit heute geht auch die Plattform "mebis" wieder nicht. Wenn das kein Chaos ist! Sie wurschteln seit Wochen mit einem halben Lockdown herum, mal vor, mal zurück. Manchmal werden Maßnahmen wieder zurückgenommen. Wahrscheinlich droht uns trotzdem noch

ein Lockdown. Das ist ein Chaos. Unsere Leute arbeiten Tag und Nacht in den Schulen und den Ämtern. Das ist ein Chaos! Da hilft keine Prämie!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Köhler, zu Ihrer ersten Bemerkung: Ich habe gesagt, dass knapp die Hälfte der Mittel ausgegeben ist. Ich habe nicht gesagt, dass der Rest nicht benötigt wird. Selbstverständlich wird er benötigt.

Zum Thema Chaos: Hier machen Sie mich ein Stück weit betroffen. Ich kenne jetzt Ihre Definition von Chaos. Ich habe aber etwas mehr Respekt vor Menschen, die in Ländern leben müssen, wo es tatsächlich Chaos gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion gemeldet. Bitte, Herr Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Pohl, ich kann mich nur wundern, wie breitbeinig Ihre Regierung und Ihr Finanzminister hier auftreten. Dabei hat der Finanzminister eine desaströse Bilanz. Wir haben Schulden über Schulden. Das ist völlig beispiellos. Wir haben so etwas noch nicht erlebt. Würde jemand privat so wirtschaften, hätte er zu Hause keine Brotkante zu essen, oder er wäre wegen Insolvenz schon längst eingesperrt.

Im Besonderen kann ich mich nur darüber wundern, dass Sie sagen, wir wären so gut durch diese Krise durchgekommen. Letzte Woche haben wir hier im Plenum von der CSU gehört, es gäbe überhaupt keine Krise. Haben Sie denn noch irgendeine Realitätswahrnehmung? Meine Frage lautet: Sind Sie auch der Auffassung, dass die Menschen den Berg noch vor sich haben, oder haben wir alles schon bewältigt? Vielleicht gibt es auch gar keine Krise. Meiner Meinung nach wird das Schlimme für die Bürger und die Finanzen erst im nächsten Jahr kommen.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich muss mich jetzt wirklich zusammenreißen, um nicht persönlich zu werden. Sie sind Professor, aber sicher nicht für Wirtschaftswissenschaften. Mehr ist zu diesen Ausführungen nicht zu sagen. Wenn Sie von Bergen reden, dann sind Sie Flachländer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP gemeldet.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Pohl, Sie haben dargelegt, wie wichtig die Hightech Agenda und die Hightech Agenda Plus sind. Ich habe von keinem ernst zu nehmenden Redner vorhin gehört, dass er das infrage stellen würde. Die einzige Frage, die gestellt wurde, lautete, wie das finanziert werden soll. Ihnen ist doch sicherlich geläufig, welche Bedingungen in der Erläuterung zu dem Kapitel 13 19, zu dem Sonderfonds Corona, genannt sind. Ich bekomme beim besten Willen nicht zusammen, wie die Hightech Agenda Plus unter diese Kriterien zu bringen ist. Sie müssen mir erklären, wie Sie das schaffen.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, zunächst einmal freue ich mich, dass ich jetzt wieder eine ernst zu nehmende Frage beantworten darf. Ich habe gesagt, dass für mich die Ausgaben für die Hightech Agenda eine ganz wesentliche Voraussetzung dafür sind, dass wir auf der Einnahmenseite dauerhaft stark sind und stark bleiben. Das ist die Grundlage für einen funktionierenden Haushalt, aus dem dann auch wichtige Dinge finanziert werden können. Dafür brauchen wir die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. – Der Wissenschaftsminister kommt gerade herein. Er und Herr Staatsminister Hubert Aiwanger, das sind die beiden Köpfe, die dafür verantwortlich sind, dass wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Im Gegensatz zu Ihnen habe ich sehr wohl gehört, dass die Hightech Agenda ein Lieblingskind unseres Ministerpräsidenten sei und man diese eigentlich einstampfen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Pohl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, bevor wir in die Einzelheiten des Haushaltes einsteigen, müssen wir heute definieren, was der Staatshaushalt 2021 zu leisten hat. Für die SPD hat er zwei Punkte zu leisten:

Erstens. Wir müssen alle notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen, um die Pandemie an sich bekämpfen zu können. Wir brauchen kurzfristiges Geld für das Gesundheitswesen, für Teststrecken, Impfzentren, die Vorbeugung und die Versorgung von Altenpflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Wir brauchen Ausrüstung für die Schulen, vor allem der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schülerinnen und Schüler. Wir brauchen auch Ausstattung für die Kitas.

Zweitens. Neben der Finanzierung der Maßnahmen für die Pandemiebekämpfung muss es der Haushalt leisten, die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um die akuten aktuellen Folgen der Pandemie zu bekämpfen. Wir brauchen Mittel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Selbstständigen und im allgemeinen Sinne für die Wirtschaft.

Das ist aber für einen solchen Haushalt nicht ausreichend. Mit dem Haushalt müssen wir, gerade in einer angespannten Situation, einer Krisensituation, kraftvoll und entschlossen in die Zukunftsfähigkeit Bayerns investieren. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in einem Krisenjahr mehr tun, als die Mehrheit in diesem Hause in den letzten Jahren tatsächlich zu tun bereit war. Ich glaube, bei einigen Themen haben Sie eingesehen, dass nachgesteuert, umgesteuert und mehr getan werden muss.

Aus einer Krise spart man sich nicht heraus, sondern man wächst aus einer Krise heraus. Ein Herauswachsen aus einer Krise ist nur durch Investitionen möglich. Wir müssen deswegen Geld in die Hand nehmen. Das ist keine Frage. Das ist auch die Richtung Ihres Haushalts. Herr Finanzminister Füracker, Sie haben gesagt, wir müssten alles tun, was zur Krisenbewältigung notwendig ist. – Ja, dazu gehören kraftvolle In-

vestitionen. Wir werden dabei aber sicherlich über den einen oder anderen Punkt noch zu diskutieren haben.

Frau Kollegin Köhler von den GRÜNEN, nach unserem Verständnis ist dieses Investieren, dieses Geldausgeben wichtig für die Kinder Bayerns und für unsere Enkelkinder. Deswegen ist es in einem Krisenjahr gerechtfertigt, in die Rücklage zu greifen und Kredite für sinnvolle Investitionen und für sinnvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen nicht, wie es nach dem Jahr 2020 weitergehen wird. Ehrlich gesagt, wissen wir noch nicht einmal, wie es im Januar, Februar und März weitergehen wird. Nach unserer Auffassung ist es deshalb vertretbar, einen Haushalt nur – dieses "nur" in Anführungszeichen – für das Jahr 2021 aufzustellen und nicht einen Doppelhaushalt, wie das normalerweise der Fall wäre. Das ist richtig und vertretbar. Allerdings muss auch geklärt sein, dass für die wichtigen Zukunftsinvestitionen im Haushalt genügend Verpflichtungsermächtigungen vorhanden sind, damit Klarheit darüber besteht, wie es mit den Planungen weitergeht. In den Institutionen und den betroffenen Bereichen muss Klarheit darüber bestehen, dass ihre Finanzierung auch im Jahr 2022 und folgende weiterläuft.

Die Staatsregierung hat noch vor der Vorlage des Entwurfs bei uns angekündigt, ihre Eckpunkte für den Jahreshaushalt 2021 seien: Sicherheit, Stabilität und Zukunft auch in der Krise mit den Schwerpunkten bei Familie, Bildung, Technologie und Forschung. Bayern investiert kraftvoll in die Krisenbewältigung. Die Rede ist von einem Konjunkturprogramm zum Durchstarten aus der Krise mit diesen Schwerpunkten. Interessanterweise findet sich der Schwerpunkt Familie in der Presseerklärung der CSU und der FREIEN WÄHLER nicht mehr. Ich glaube aber, wir werden Ihnen da noch auf die Sprünge helfen, dass die einzelnen Punkte verankert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um es klar zu sagen: Diese Ankündigung und auch Teile dessen, was Sie im Entwurf umgesetzt haben, gehen für die SPD in die richtige Richtung, sind im Kern richtig gewählt und finden unsere Zustimmung. Wir werden den Haushaltsentwurf 2021 deshalb nicht in Bausch und Bogen verdammen oder ablehnen. Eine erste Analyse des Entwurfs zeigt aber auch: Sie kündigen in vielen Bereichen den richtigen Weg an, gehen ihn aber nicht konsequent. Eine ganze Reihe von Unebenheiten sind auf Ihrem eingeschlagenen Weg. Schlaglöcher werden nicht repariert, und die eine oder andere Begradigung des Weges ist dringend notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben dieser Zustimmung zur Wahl des Weges steht für uns fest: Es braucht deutliche Verbesserungen, neue und deutliche Änderungen in Ihrem Entwurf.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, man kann jedoch – wenn ich das ernst nehme, was Sie gesagt haben – die Beratungen im Ausschuss gemeinsam machen und auch aufeinander zugehen, zwar nicht Anträge in Punkt und Komma übernehmen, aber die Richtung übernehmen, sich auf neue Zahlen und neue Schwerpunkte einigen. Man kann diesen Haushalt gemeinsam verabschieden, wenn man das will. – Lassen Sie mich zu ein paar Punkten des Haushalts kommen.

Die schon mehrfach genannte Hightech Agenda Plus, das bayerische Konjunkturprogramm, ist insgesamt richtig angelegt. Wir haben aber noch ein paar Fragen dazu, nämlich ob die personelle Umsetzung tatsächlich so gelingen kann, wie Sie es sich vorgestellt haben, weil sehr viel aus Personalmaßnahmen besteht. Fraglich ist auch, ob alle Fördermaßnahmen, die Sie zur Implementierung von Änderungen bei Firmen in Förderprogrammen hinterlegt haben, so zielsicher sind.

Diese Agenda ist insgesamt richtig. Sie greift allerdings in einem Punkt noch zu kurz: Das ist das Thema Substanzerhalt bzw. Investitionen in unsere Hochschulen – Universitäten und Fachhochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Da ich gerade bei der Wissenschaft bin, erwähne ich: Es fehlt generell der Bereich Kultur. Wir könnten uns bei der Kultur vorstellen – da der Staat ein wichtiger Nachfrager auf dem Markt ist –, nicht nur für Leuchtturmprojekte in und um München, sondern auch in ganz Bayern stärkere Akzente zu setzen.

Ich habe den Eindruck, dass die Hightech Agenda Plus ein guter Ansatz ist. Wir brauchen aber Nachschärfungen. Man kann sagen: stark angefangen, aber dann stark nachgelassen – oder um es höflicher zu formulieren: nicht konsequent in allen Bereichen weitergearbeitet.

Ich möchte zu vier Bereichen kommen, bei denen wir Sozialdemokraten in den nächsten Wochen ein zentrales Interesse haben, mit Ihnen zu Einigungen zu kommen und nicht nur Anträge zu stellen. Wir wollen schauen, was wir mit diesem Haushalt noch zusätzlich anstoßen können. Herr Finanzminister, da geht es tatsächlich nicht darum, Dinge gegeneinander auszuspielen und einiges nicht zu machen. Wir müssen uns überlegen, ob es notwendig ist, in einigen Bereichen noch mehr zu tun. Das kann tatsächlich über eine Neuverschuldung, über die Rücklage, über den Pensionsfonds oder über den Überschuss im Sonderfonds Corona-Pandemie gehen.

Als Erstes komme ich zum ÖPNV und dem Schienenpersonennahverkehr – SPNV. In die umweltgerechte und klimaschützende Mobilität muss für die Menschen und unsere Umwelt investiert werden. Zwei Dinge möchte ich dazu ansprechen. Einerseits brauchen wir mehr Bestellungen, neue Strecken, die Reaktivierung von Strecken und Investitionen in neue Antriebsformen, wo eine Elektrifizierung nicht vorhanden ist und in der Gesamtabwägung vielleicht keinen Sinn hätte.

Andererseits brauchen wir Investitionen in die Bereitschaft der Menschen, den Verkehrsträger zu wechseln. Dazu gehört ein 365-Euro-Ticket nicht nur für Schüler, Studenten und Auszubildende, sondern für alle Menschen in Bayern. Langfristig gehört

auch das Thema "kostenfreier ÖPNV" dazu – aber, wie gesagt, das gehört langfristig dazu. Lassen Sie uns deswegen in diese beiden Teile einsteigen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns auch die Verkehrsverbände im kommenden Jahr absichern. Der Rückgang der Zahl der Nutzerinnen und Nutzer kann nicht zur Folge haben, dass weniger Fahrzeuge eingesetzt werden. – Nein, gerade in der Pandemiezeit müssen die Verbindungen eher ausgebaut als gestrichen werden. Das erzeugt bei den Trägern und bei den Anbietern jedoch zusätzliche Defizite. Lassen Sie uns darüber reden.

Zweitens, Bildung und Digitalisierung: Geräte zur Digitalisierung sind nicht alles. Sie haben hier tatsächlich etwas getan. Ich habe Verständnis dafür, dass Tausende PCs und Laptops jetzt nicht sofort zur Verfügung stehen und ausgepackt werden können. Es mangelt aber noch an der Systembetreuung, der Aus- und Fortbildung, aber auch beim Netzausbau. "Ausbau" heißt nicht nur, dass die einzelne Schule angeschlossen ist, sondern natürlich auch, dass die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer von zu Hause aus Zugang zu digitalen Angeboten haben. Das wird auch nach der Pandemie wichtig sein. "Ausbau" heißt auch, dass datenschutzkonforme Programme zum Einsatz kommen und diese verlässlich funktionieren. Mit Verlaub gesagt, was momentan abläuft, spottet jeder Beschreibung. Man hätte deutlich früher tätig werden müssen; erlauben Sie mir diese Anmerkung außerhalb der Debatte über den Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt betrifft die soziale Infrastruktur. Bei der Wohnraumförderung geht es um die Schaffung und den Erhalt bezahlbaren Wohnraums. Die 150 Millionen Euro, die bisher für die Eigenheimzulage vorgesehen waren, die, wie wir es befürchtet hatten, nicht zielgerichtet war und keinen großen Erfolg hatte, werden heuer nicht etatziert. Wir glauben, dass wir dieses Geld an anderer Stelle für direkte Wohnraumförderung und zum Bau eigener Wohnungen einsetzen können. Ich sage bewusst "Bau

eigener Wohnungen". Das ist keine Kritik an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BayernHeim. Sie können nur das machen, was ihnen vom Freistaat vorgegeben wird. Aber dass die Haupttätigkeit im Kauf von bestehendem Wohnraum liegt, statt darin, neuen Wohnraum zu schaffen und die Initiative zu ergreifen, war so nicht geplant. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das müssen wir in diesem Jahr ändern.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne als zweites Beispiel zum Thema soziale Infrastruktur die Qualitätsoffensive im Bereich von Kitas und der Kinderbetreuung allgemein. Da geht es nicht allein um den Bau und um die Zahl des Personals – hier beschränkt uns der Markt –, sondern es geht auch um die Konzepte, um eine bessere Verzahnung von Kita und Schule, es geht darum, in diesem Bereich insgesamt aktiver zu werden. Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen: Wir werden einen Idealzustand sicherlich nicht mit ein oder zwei Anträgen hinbekommen, aber wir müssen uns haushälterisch hinterlegt auf den Weg machen, in diesem Bereich besser zu werden und die soziale Infrastruktur zu fördern. Auch dies ist ein wichtiger Punkt für die Sozialdemokratie.

Der vierte und letzte Punkt betrifft die Modernisierungsoffensive für die öffentliche Gesundheitsversorgung. Ich meine hier mehr als die getroffenen und zu treffenden Akutmaßnahmen wie Maske, Personal, Testkonzept und deren Umsetzung. Ich meine unsere Investitionen in die Gesundheitsämter, in die Krankenhäuser, in die Pflege – ob das Kranken- oder Altenpflege ist –, sowohl im baulichen Bereich als auch und vor allem im Humanbereich. Die Menschen müssen angemessen bezahlt werden. Die Arbeitsplätze müssen attraktiv werden. Dafür muss an dieser Stelle der Weg gebahnt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass Sie nicht allem in Punkt und Komma folgen können. Wir sind jedoch bereit, uns mit Ihnen zusammen auf den Weg zu machen. Dazu braucht man aber Offenheit im Haushaltsausschuss.

Noch ein paar Worte zu einem der zentralen Bereiche, dem Sonderfonds Corona-Pandemie. Es ist schon toll, was da abgelaufen ist. Die SPD hat gesagt: Den Blankoscheck des zweiten Nachtragshaushaltes über zehn Milliarden Euro unterschreiben wir ohne genaue Festlegungen nicht. Wie sind wir da von CSU und FREIEN WÄHLERN geschimpft worden: Das geht nicht! Wir brauchen das! – Erstens. Sie haben es nicht gebraucht, weil die zehn Milliarden Euro des zweiten Nachtragshaushaltes nicht einmal ausgeschöpft worden sind. Zweitens. In diesem Haushalt geht es jetzt plötzlich, konkrete Festlegungen zu nennen. – Herr Kollege Füracker, herzlichen Dank dafür. Vorher haben Sie vergessen zu erwähnen, dass wir es waren, die dies angestoßen haben. Ich glaube, Sie sind darüber gar nicht so unglücklich, da dies die Neigung Ihrer Kolleginnen und Kollegen im Ministerrat ein wenig bremst, Milliarden anzumelden, sie dann aber nicht auszugeben, weil sie die einzelnen Programme nicht auf die Reihe bekommen.

Ich sehe mir an, was derzeit in den Programmen läuft: Jugendherbergen: 14,4 Millionen Euro eingestellt, 8 Millionen Euro ausbezahlt. Schullandheime: 5 Millionen Euro eingestellt, 1,9 Millionen Euro ausbezahlt. Jugendhilfeprojekte: 4,3 Millionen Euro eingestellt, 2,3 Millionen Euro ausbezahlt. Im Bereich Wissenschaft und Kunst Studentenwerke: 5 Millionen Euro eingestellt, stattliche null Euro ausbezahlt. Es liegt also nicht an der Veranlagung, sondern oft liegt es am Ausgeben. Wir werden dort nachschärfen. Ab jetzt wird der Haushaltsausschuss für die 1,5 Milliarden Euro, die offen sind – Sie haben die Verantwortung angesprochen –, gerne die Verantwortung übernehmen, zumindest die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme noch zum Bereich Sozialleistungen. Für die SPD ein ganz klares Bekenntnis auch in Richtung GRÜNE: Ja zum Landespflegegeld und zum Familiengeld. In einer Pandemie und in der heutigen Zeit, in der viele Menschen weniger Einkommen zur Verfügung haben und in der viele Menschen Angst haben, noch weniger zu haben, genau diese Sozialleistungen zu streichen, um etwas anderes gegenzufinanzieren, ist

gesellschaftlich schlicht und einfach falsch und kaltherzig. Deswegen werden wir als SPD dies nicht mittragen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage etwas zum Thema Griff in die Rücklage. – Für was soll denn eine Rücklage sonst da sein, als für Zeiten wie die jetzige? Deswegen tragen wir diese Finanzierung mit. Wir könnten uns auch vorstellen, dass man für sinnvolle Projekte noch den einen oder anderen Euro zusätzlich in die Hand nimmt.

Zum Abschluss, Kolleginnen und Kollegen: Wenn Sie die Themen Mobilität, öffentlicher Personennahverkehr, Schienenpersonennahverkehr unter Beachtung des ökologischen Wandels und von Verbesserungen für die Menschen, wenn Sie die Themen Bildung und Digitalisierung, wenn Sie die Themen soziale Infrastruktur mit Wohnraum und Qualitätsoffensive bei der Kita und die Modernisierungsoffensive für das öffentliche Gesundheitswesen aufgreifen, dann haben Sie die SPD an Ihrer Seite, um einen Kompromiss zu schließen und gemeinsam in das schwierige Haushaltsjahr 2021 zu gehen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Jahre bin ich jetzt im Landtag und erlebe schon die vierte Haushaltsberatung. Das würde man bei einer langfristigen stabilen Planung so nicht erwarten.

Vorab ein paar organisatorische Anmerkungen. Es ist schon angesprochen worden, dass wir den Haushaltsentwurf am vergangenen Freitagmittag bekommen haben. Ich halte das – gelinde gesagt – für eine Zumutung. Sehr naheliegend ist nämlich, dass es keine unglücklichen Umstände waren, sondern dass es Absicht war, die Frist zur Prä-

sensation des Haushaltes bewusst maximal auszunutzen. Ich finde, das gehört sich nicht. Das zeugt von mangelndem Respekt vor diesem Haus.

(Beifall bei der FDP)

Es passt auch zu dem Bild, das wir von der Corona-Pandemie her kennen, das Parlament so weit wie möglich nicht einzubinden. Im Übrigen heißt es in Artikel 30 der Haushaltsordnung wörtlich, dass der Entwurf des Haushaltsgesetzes spätestens in der ersten Sitzungswoche des Landtags nach dem 30. September einzubringen ist. Die Haushaltsordnung ist wohl völlig in Vergessenheit geraten. Diese Regelung passt der Regierung offenbar nicht so richtig und wird deshalb einfach ignoriert. Kommen Sie jetzt nicht mit dem Argument Steuerschätzung, das wir heute auch schon gehört haben. Sie legen doch einen Entwurf vor, und Entwurf heißt, dass Sie ihn auch ändern können. Die Sonderwünsche der Regierungsfaktionen, was die Fraktionsreserve betrifft, werden ja auch noch eingebaut. Vielleicht könnte man sogar aus dem einen oder anderen Antrag der Opposition noch etwas lernen und etwas ändern. Ich habe also irgendwie den Eindruck, dass der Landtag bei den Haushaltsberatungen nur lästiges Beiwerk ist. So viel dazu.

Ich komme jetzt zum Inhalt. Ich meine, ein moderner Haushalt sollte nachhaltig sein. Ich verwende diesen Begriff ganz bewusst, weil zur Nachhaltigkeit sehr viel mehr gehört als nur die Ökologie, die wir leider immer sehr stark betonen. Für mich gehören auch Ökonomie und Soziales dazu. Über die Ökologie wird sehr oft diskutiert; deshalb will ich mich auf die anderen beiden Punkte beschränken.

Schauen wir uns zunächst einmal die Finanzierungsseite an. Ich beginne mit etwas Positivem. Grundsätzlich begrüßen wir es, dass im nächsten Jahr keine neuen Schulden gemacht werden sollen, zumindest keine Schulden, die über die zwanzig Milliarden Euro aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie hinausgehen. Übrigens finde ich, dass die Formulierung der Staatsregierung, dass keine neuen Schulden gemacht werden, sehr geschickt ist; denn natürlich werden die restlichen Schulden für den Sonder-

fonds Corona-Pandemie im Jahr 2021 gemacht. Natürlich sind das neue Schulden, egal, wie man sie verpackt. Bei Ihnen heißt es aber immer: keine neuen Schulden.

Es wären sogar noch zusätzliche Schulden notwendig gewesen, wenn man nicht in die Rücklage gegriffen hätte. Ende des Jahres 2019 hatten wir 6,5 Milliarden Euro, und – ich glaube, Herr Füracker hat dies einmal gesagt – für Ende dieses Jahres sind ungefähr 8 Milliarden Euro Rücklagen geplant. Wie auch schon Kollege Güller gesagt hat: Rücklagen sind dazu da, um sie in Krisenzeiten zu nutzen. Das ist völlig okay. Wir hatten dies schon früher vorgeschlagen. Ich meine, dass man sogar noch mehr aus der Rücklage hätte nehmen können. Wie dem auch sei: Grundsätzlich stimmen wir zu, Gelder aus der Rücklage zu entnehmen. Natürlich wäre es unangenehm gewesen, wenn man ausgerechnet im Jahr der Bundeskanzlerwahl neue Schulden hätte machen müssen – dies ist aber nur eine Randbemerkung.

Zurück zum Sonderfonds Corona-Pandemie. Wir haben insgesamt 20 Milliarden Euro; davon sind noch einige Milliarden Euro übrig – die ganz genauen Zahlen kenne ich nicht. Nachdem aber die Oppositionsparteien hinreichend lange herumgenörgelt haben, haben wir zumindest wöchentliche Wasserstandsmeldungen bekommen. Herr Minister Füracker, übrigens sind diese Meldungen, die wir bekommen, in gefühlt zehn verschiedenen Berichtsformaten. So viel zum Respekt vor dem Parlament. Ich meine, dass man das auch anders machen könnte.

(Zuruf)

– Das weiß ich. Ich kenne die Regel. Ich weiß auch, dass ich hier nur eine Bitte äußern kann. Trotzdem meine ich, dass es schon ganz hilfreich wäre, wenn wir eine Aufstellung der tatsächlich ausgezahlten Summen, der zu erwartenden Summen und der vom Ministerium zugeteilten Summen bekommen könnten. Vielleicht lässt sich das doch einmal machen. Betrachten Sie das als meinen Weihnachtswunsch.

(Beifall bei der FDP)

Jedenfalls soll der noch nicht ausgeschöpfte Teil der 20 Milliarden Euro auf 2021 übertragen werden. Im Jahr 2020 hatten wir gesagt, dass wir dem zustimmen – das berühmte Wort "Blankoscheck" ist schon gefallen. Wir hatten damals zum Entwurf des ersten Nachtragshaushaltes ausdrücklich gesagt: Ja, wir stimmen dem zu. – Wir hatten dann gesagt, dass wir das genauer wissen wollen. Jetzt meine ich schon, dass es an der Zeit wäre – wir haben genug Erfahrungen mit der Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen –, dies konkreter zu planen. Ein kleiner Versuch ist gemacht worden. Auch die Einbindung des Haushaltsausschusses geht etwas in diese Richtung. Trotzdem hätte ich gerne eine klare Aufstellung darüber, was denn mit diesem Geld noch alles passieren soll. Natürlich kann sich das noch ändern. Kein Mensch weiß, wie sehr uns die Corona-Pandemie im nächsten Jahr noch beschäftigen wird. Ich meine aber schon, dass wir aufgrund der Erfahrungen, die wir jetzt gemacht haben, einen Plan aufstellen könnten.

Noch etwas zur Hightech Agenda Plus: Herr Kollege Pohl war leider nicht in der Lage, meine Frage zu beantworten. Er hat sie aber indirekt beantwortet. Er hat nämlich Argumente angeführt – alles Argumente, die genau nicht in den Erläuterungen zum Kapitel 13 19 stehen. Die Frage war also klar beantwortet. Wir dürften die Hightech Agenda Plus daraus eigentlich nicht finanzieren.

Eines fehlt mir auch noch – das ist mir aufgefallen –: In Berlin hört man zunehmend, dass der Bund die Länder hinsichtlich der Corona-Unterstützungsmaßnahmen stärker in die Pflicht nehmen will. Dazu habe ich bisher keinen einzigen versteckten oder offenen Posten gefunden, zu dem ich sagen würde: Ja, dort ist es berücksichtigt oder eingeplant. Vielleicht haben Sie aber bessere Beziehungen in Berlin und können das verhindern. Ich weiß es nicht.

Es ist übrigens nett zu versuchen, den Beginn der Rückzahlungen der Sonderfondsschulden zu verschieben. Ursprünglich stand im ersten Nachtragshaushalt, dass die Rückzahlung 2024 beginnen soll. Interessanterweise ist dies genau das erste Jahr nach der Finanzplanung. Jetzt steht "ab 2025" drin.

(Zuruf)

Dann soll die Rückzahlung begonnen werden. Das ist genau wieder das erste Jahr nach der Finanzplanung.

(Zuruf)

– Gut, dann habe ich die zwei Dinge nebeneinandergelegt und einen falschen Ausdruck gehabt. Ich habe einfach nur die zwei Zeilen aus dem ersten Nachtragshaushalt mit dem jetzigen Entwurf verglichen. – Trotzdem glaube ich, dass wir, wenn wir nicht unmittelbar nach der Krise zu sparen anfangen und nicht an der einen oder anderen Stelle wirklich den Rotstift ansetzen, die nächste Wirtschaftskrise und die nächste Pandemie nicht bewältigen können. Ich bin mir sicher, dass es nicht die letzte Pandemie war.

Wir haben die Verpflichtung, Schulden abzubauen und gegebenenfalls auch wieder Rücklagen zu bilden. Damit habe ich in guten Zeiten überhaupt kein Problem. Aber da bin ich wieder beim Thema Nachhaltigkeit. Rückzahlungen in die Zukunft zu verschieben und die nächste Generation damit zu belasten, ist unverantwortlich. Das habe ich an dieser Stelle schon einmal gesagt, und ich bleibe dabei. Ich fordere hier finanzielle Gerechtigkeit gegenüber unserer nächsten Generation.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt schauen wir uns mal die Ausgabenseite an, und zwar einfach nur augenfällige Beispiele. Wie gesagt, man kann in drei Tagen den Entwurf natürlich nicht vollständig und gründlich studieren. Ein Punkt, der mich stört, seit ich hier im Parlament und im Haushaltsausschuss sitze, sind die exorbitanten Summen für Hochbaumaßnahmen. Sie sind mir schon immer ein Dorn im Auge. Da gibt es manchmal unglaubliche Kostensteigerungen im Projektverlauf. Ich habe immer das Gefühl, dass bei öffentlichen Bauten, wenn der Staat baut, irgendwie noch ein paar Prozent mehr draufgeschlagen

werden. Auch gegen die langen Planungsverfahren muss man etwas tun. Sie führen ebenfalls zu enormen Kostensteigerungen.

Mir fehlt hier nach wie vor ein wirksames Kosten-Controlling. Damit kann man Geld einsparen, ohne dass man weniger für sein Geld kriegt. Da kann man wirklich mal ansetzen. Da reden wir wahrscheinlich über dreistellige Millionenbeträge, die wir unter dem Strich einsparen können.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Beispiel sind für mich die Förderprogramme, von denen es eine Vielzahl gibt. Bei vielen Dingen frage ich mich, ob sie wirklich notwendig sind. Manchmal sind auch Förderprogramme ausgelobt, die so gut wie gar nicht ausgeschöpft werden. Wir haben gerade in den letzten ein bis zwei Wochen eine Menge Anfragen an die unterschiedlichen Ministerien gestellt, um zu erfahren, welche Förderprogramme es gibt, wie sie ausgeschöpft sind und was ihre Zielsetzung ist. Ich bin schon sehr gespannt auf die Antworten und glaube, dass hier eine ganze Menge Luft drin ist.

Ein besonderes Beispiel, das heute schon einmal am Rande angesprochen wurde, ist das Ministerium für Digitales. Wir könnten eine ganze Menge Geld sparen, wenn wir die Digitalisierungsaufgaben wirklich einmal in einer Hand zusammenfassen würden.

(Beifall bei der FDP)

Formal hat das Digitalministerium eine Koordinationsfunktion, aber wenn ich mir anschau, in welchen Ministerien diverse DV-Großprojekte aus dem Ruder laufen – Bildung, Wirtschaft, Finanzen, Gesundheit –, dann finde ich in jedem Ministerium mindestens ein Projekt, das stark aus dem Ruder läuft. Hätte man da eine echte Koordinierungsfunktion, wäre das schon mal etwas. So, wie es jetzt aufgesetzt ist, kann es – unabhängig vom Budget – nicht funktionieren. Aber das Budget spiegelt nur die tatsächliche Kompetenz wider. Ein echtes Digitalministerium, in dem man die Dinge auch wirklich zusammenfasst, würde uns unterm Strich viel Geld sparen.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich gibt es auch noch eine ganze Menge kleinere Ausgaben. Diese werden wir in den einzelnen Änderungsanträgen dann noch präzisieren. Es sind die üblichen Posten wie Landesbeauftragte, Reiterstaffel, Grenzpolizei oder diverse, aber nicht alle Stellenmehrungen. Manche Stellenmehrungen, zum Beispiel in der Bildung oder der Justiz, tragen wir ausdrücklich mit. Aber einige kann man auch streichen. Das werden wir in den Änderungsanträgen adressieren.

Mir ist bei der ersten Lektüre auch aufgefallen, dass manche Ausgaben tatsächlich gekürzt zu sein scheinen. Im Bereich der Obdachlosigkeit haben wir etwas gesehen, bei der BayernCloud haben wir etwas gesehen; wie auch immer: Das werden wir noch genau analysieren. Mich würde auch Folgendes interessieren: Es war die Rede davon, dass die Ministerien 500 Millionen Euro einsparen sollten. Gibt es eigentlich irgendwo eine Liste, welches Ministerium was wo eingespart hat? – Das wäre doch einmal total interessant. Ich weiß, dass das für die einzelnen Ministerien ein bisschen schwierig ist, um das Gesicht nicht zu verlieren oder wie man es nennen möchte; aber das wäre doch einmal eine schöne und interessante Information.

Beim Blick nach vorne ist mir aufgefallen, dass wir in der Pandemie eine Menge an Strukturänderungen haben. Der Ministerpräsident hat es selber in einer Regierungserklärung angesprochen. Ich weiß nicht mehr, in welcher Regierungserklärung es war, denn inzwischen sind es so viele geworden. Viele Strukturen wurden aufgebrochen; manche Strukturen sind resistenter, als man geglaubt hat. So ähnlich hat er es formuliert. Die Bildungslandschaft hat sich massiv verändert. Die Arbeitswelt ist viel mobiler und flexibler geworden. Wir alle wollen nicht unbedingt zum alten Status zurück, aber ich finde im Haushalt sehr wenige Posten, in denen wir diese Entwicklungen aufnehmen und versuchen, sie zu stärken und nach vorn zu bringen. Vielleicht ist das alles versteckt. Mir hat es sich bisher nicht erschlossen.

Erlauben Sie mir einen generellen, übergeordneten Blick. Wir müssen bei allen Ausgaben wirklich einmal auf eine genaue Festlegung achten, welches Ziel wir verfolgen, welche Maßnahmen wir ergreifen und wie wir messen, ob das Ziel mit diesen Maßnahmen auch erreicht wird. Das klingt ganz einfach. Jedes normale Controlling in einem Unternehmen macht das. Bei der Unternehmenssteuerung definiert man die berühmten "Key Performance Indicators". Sie können sie auch einfach Kennzahlen oder anders nennen. Es geht darum, bei jeder Maßnahme zu sagen: Das will man mit der Maßnahme erreichen, und auf diese oder jene Weise misst man, ob man das Ziel erreicht.

Diese zielorientierte Ausgabenpolitik mit Wirkung klingt vernünftig, und jeder wird sofort zustimmen. Ich gebe ein paar Beispiele, wie das tatsächlich ausschauen könnte: Man sagt bei allen Ausgabeposten ab einer gewissen Größe beispielsweise von einer Million Euro, dass man diese drei Dinge aufschreiben muss. Man muss auch regelmäßig evaluieren, also zumindest bei größeren Posten einmal im Jahr, ob man das erreicht hat. Man macht mit diesen Kennzahlen einen Soll-Ist-Vergleich und berichtet den Abfluss aus jedem Ausgabeposten regelmäßig, auch unterjährig, nicht erst zwei Jahre später. Viele Dinge wären der Ausfluss einer solchen Maßnahme. Wir würden sehr, sehr viel mehr lernen. Es würde transparenter werden, und wir würden möglicherweise Fehlsteuerungen viel schneller erkennen. Das wäre einfach mein Wunsch.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir Geld einsparen, haben wir eigentlich wirklich das erreicht, was den Liberalen auf der Fahne steht: Der Staat mischt sich weniger ein, der Bürger hat mehr finanzielle Freiheit und kann in Eigenverantwortlichkeit besser arbeiten, die zukünftige Generation wird weniger belastet. Am Schluss profitieren wir alle davon. Wir werden versuchen, unsere Änderungsanträge in dieser Form aufzuziehen. Das wird bestimmt eine interessante Diskussion, weil es alles sehr viel transparenter macht, wenn ich diesen Maßstab auch an andere Ausgabenpunkte anlegen will.

Noch eine Anmerkung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz, genau genommen eigentlich zur finanziellen Lage der Kommunen – das haben wir formal auch auf dem Plan –. Die Kommunen hatten sicherlich grundsätzlich bei der Gewerbesteuer eine ganze Menge an Einnahmeausfällen. Die FDP war immer der Meinung, dass man das an dem einkommensteuerbasierten System aufbauen solle. Das führt aber im Moment zu weit. Gut war, dass es da einen Ersatz gibt. Von mir aus muss das kein höherer Ersatz als der ausgefallene Betrag sein; da bin ich schon bei Ihnen. Trotzdem muss eine klare Zusage her, dass es jetzt und auch im nächsten Jahr funktioniert.

Ich habe in den Haushaltsdiskussionen in meiner eigenen Kommune schon erlebt, dass man sehr unsicher war: Kriegt man die Mittel jetzt wirklich oder nicht? Wie soll man den Haushalt jetzt aufstellen? Jetzt ist die Zeit, in der alle Kommunalhaushalte aufgestellt werden. Da muss schon eine gewisse Sicherheit her. Grundsätzlich ist ein Thema, dass die Aufgaben der Kommunen zunehmen und die Schere zwischen dem, was die Aufgaben der Kommunen sind, und dem, was sie an Geld erhalten, aufgeht. Ich sage das bei aller Wertschätzung für den kommunalen Finanzausgleich und respektiere, dass er nicht gesunken ist, sondern zumindest mal das sehr hohe Niveau gehalten hat. Das bestreite ich nicht. Aber hier muss man sich etwas Neues einfallen lassen. In dem ländlichen Bereich wird man auf Dauer nicht mit der jetzigen Form des Finanzausgleichs durchkommen. Da muss man sich ganz grundsätzlich neue Dinge überlegen. Aber die Diskussion ist wahrscheinlich nach der Pandemie zu führen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): – Ja, ich bin beim letzten Satz. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es werden sehr interessante Haushaltsberatungen, gerade was die Reste aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie betrifft. Ich freue mich darauf, auch wenn man eine besondere Art von Humor haben muss, um sich darauf zu freuen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Hans Herold von der CSU-Fraktion. – Herr Herold, Sie haben das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es zunächst einmal sehr bemerkenswert und fair, dass unser Haushaltsausschusskollege Harald Güller als Oppositionspolitiker darauf hingewiesen hat, dass der Haushalt für das Jahr 2021 in die richtige Richtung geht. Das kann ich nur unterstreichen. Er hat auch darauf hingewiesen, dass hier kraftvolle, investive Maßnahmen in die Zukunft vorgesehen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie alle wissen auch als Kommunalpolitiker, dass unser Staatshaushalt natürlich schon immer einen Schwerpunkt auf unsere bayerischen Kommunen legt; das heißt, unser Staatshaushalt legt natürlich auch auf den kommunalen Finanzausgleich einen Schwerpunkt. Auch hierzu möchte ich einige Ausführungen machen. Unsere bayerischen Kommunen befinden sich dadurch in einer guten finanziellen Situation. Der kommunale Finanzausgleich steigt, wie Sie wissen, auch im Jahr 2021 auf eine Rekordhöhe, nämlich auf 10,36 Milliarden Euro. Das betone ich ausdrücklich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind immerhin 71 Millionen Euro mehr als im Jahr 2020, zumal in einer Krisenzeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich muss man sich auch fragen, warum wir dies tun können. – Wir können dies tun, weil wir seit Jahrzehnten eine seriöse und verantwortungsvolle Finanzpolitik hier bei uns im Freistaat Bayern betreiben. Deshalb auch ein herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister für diese wirklich seriöse und verantwortungsvolle Politik, die hier gemacht wird. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin Köhler, ich habe mir die Ausführungen angehört und muss sagen, dass Sie immer alles so negativ darstellen. Man muss auch darauf hinweisen – das ist auch von Herrn Füracker erwähnt worden –, dass Bayern als einziges Bundesland Deutschlands einen AAA-Status bei der Bonitätseinstufung der Ratingagenturen bekommen

hat. Frau Kollegin Ebner-Steiner, Sie müssten wissen, dass Bayern mit Abstand die besten Finanzen in ganz Deutschland hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss aber auch wissen, dass dem Freistaat Bayern im Jahr 2020 3,5 Milliarden Euro weniger an Steuereinnahmen zufließen; im Jahr 2021 werden es voraussichtlich 3,7 Milliarden Euro weniger sein. Ich betone ausdrücklich, dass der Staat diesen Rückgang nicht an die Kommunen weitergibt, ganz im Gegenteil. Das ist sehr bemerkenswert. Im Jahr 2020 hat der Freistaat die Kommunen massiv über den kommunalen Finanzausgleich hinaus bei der Bewältigung der Corona-Pandemie unterstützt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch zu den bisherigen Maßnahmen, insbesondere zur Finanzierung der Kommunen, ein paar Worte sagen. Der Freistaat Bayern steht immer verlässlich an der Seite der Kommunen, gerade in diesen schwierigen Zeiten. In diesem Punkt werden Sie mir sicherlich zustimmen. Die Auszahlungszeitpunkte für die pauschalen Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich wurden vorgezogen. Das ist ein ganz wichtiges Ergebnis. Das verschafft den Kommunen eine Liquidität in Höhe von drei Milliarden Euro, was auch für uns als Kommunalpolitiker ganz wichtig ist.

Zudem hat der Freistaat das Konjunkturpaket des Bundes mit Landesmitteln auf insgesamt vier Milliarden Euro verdoppelt. Ich wiederhole: Er hat es auf vier Milliarden Euro verdoppelt. Die Kommunen profitieren vor allem vom pauschalen Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle; allein im Jahr 2020 fließen ihnen daraus 2,4 Milliarden Euro zu. Hinzu kommt der Rettungsschirm für den ÖPNV mit etwa 255 Millionen Euro. Das ist eine ganz wichtige Aussage. Kollege Güller hat das bereits vorhin angesprochen.

Die Erstattung nicht erhobener Elternbeiträge bei der Kindertagesbetreuung beläuft sich auf 200 Millionen Euro. Meine sehr verehrten Damen, die bayerischen Kommunen sind nicht zuletzt aufgrund dieser zügigen und frühzeitigen staatlichen Maßnah-

men handlungsfähig geblieben und können weiterhin wichtige investive Ausgaben tätigen. Natürlich ist uns auch klar, dass 2021 und die kommenden Jahre trotz aller staatlichen Unterstützung für die Kommunen schwierige Jahre werden. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen, meine Damen und Herren.

Ich möchte eine Aussage meines Kollegen Bernhard Pohl aufgreifen, der im Haushaltsausschuss immer gesagt hat, der Freistaat Bayern sei keine beitragsfreie Haftpflichtversicherung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist eine wahre und gute Aussage. Dies heißt konkret, dass auch unsere staatlichen finanziellen Mittel nicht unendlich sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein ganz besonderer Dank gilt der Staatsregierung und natürlich auch den Regierungsfractionen, die sich bereits frühzeitig im Herbst dafür eingesetzt haben, dass der Bund die Kommunen auch im Jahr 2021 unterstützt. Der Bundesrat hat diese bayerische Forderung im November in einer Entscheidung zum Bundeshaushalt aufgegriffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch ein Wort zum Thema Schlüsselzuweisungen sagen. Als Kommunalpolitiker wissen Sie alle, dass die Schlüsselzuweisungen der bedeutendste Teil des kommunalen Finanzausgleichs sind; sie machen über 38 % des Gesamtvolumens aus. Gegenüber dem Jahr 2020 gehen sie leicht um 3 % auf 3,93 Milliarden Euro zurück. Der entscheidende Punkt ist aber, dass sie damit immer noch über dem hohen Niveau des Jahres 2019 liegen.

Gerade unseren kommunalen Spitzenverbänden war es besonders wichtig, die Schlüsselzuweisungen auf hohem Niveau zu halten. Das wissen Sie alle. Das stabilisiert auch die Verwaltungshaushalte unserer Kommunen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Freistaat ermöglicht dies durch Verzicht auf die sachlich an sich gerechtfertigte Ausklammerung bestimmter Umsatzsteuerbeträge in Höhe von fast 60 Millionen Euro. Diese zusätzlichen Mittel fließen in die Schlüsselzuweisungen. Sie sorgen für Stabilität und auch für Kontinuität in den kommunalen Haushalten.

Ich möchte ganz kurz noch ein paar Ausführungen zu den Investitionen unserer Kommunen machen. Der kommunale Finanzausgleich setzt natürlich einen Schwerpunkt bei den investiven Ausgaben. Die Staatsregierung setzt damit ihren Kurs fort, kommende Investitionen zu stärken. Sie wissen, dass die Investitionsquote der Kommunen von 20,5 % im Jahr 2016 auf zuletzt 24,3 % im Jahr 2019 gestiegen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist gut so. Im Zehn-Jahres-Vergleich ist die Investitionsquote bei den Kommunen um 3,8 % gestiegen. Dieser Kurs zahlt sich aus.

Als Vertreter des ländlichen Raums möchte ich das Thema "Stärkung des ländlichen Raums" ansprechen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir tun sehr viel, gerade im Bereich der RZWas, was ich persönlich sehr begrüße. Die Mittel zur Förderung von Abwasseranlagen werden in Härtefällen um 20 Millionen Euro auf 90 Millionen Euro erhöht; das ist immerhin eine Steigerung um 28,5 %. Das ist gut für unseren ländlichen Raum. Gleichzeitig wird die bisherige Betragsgrenze für Wasserversorgungsanlagen von 20 Millionen Euro auf einen Prozentsatz von 40 % umgestellt. Damit stehen im Jahr 2021 bis zu 36,1 Millionen Euro für die Förderung von Wasserversorgungsanlagen zur Verfügung. Das ist gut für unseren ländlichen Raum.

Im Bereich der Straßenausbaupauschale stehen einmalig zusätzliche Mittel von 50 Millionen Euro des Innenministeriums zur Verfügung; das sind insgesamt 135 Millionen Euro.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Punkt, dem kommunalen Straßenbau und -unterhalt. Dafür stehen insgesamt über 750 Millionen Euro bereit. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein wichtiger Punkt, den wir auch in unserer Fraktion immer wieder diskutieren. Man muss wissen, dass das das Doppelte dessen ist, was wir für Staatsstraßen in die Hand nehmen. Deswegen haben wir dieses Thema schon sehr stark in unserer Fraktion diskutiert. Da bin auch ich Teil der Speerspitze, um möglicherweise noch etwas mehr für unsere Staatsstraßen zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mittel für den kommunalen Hochbau nach Artikel 10 BayFAG steigen um 50 Millionen Euro bzw. um 8,3 % auf 650 Millionen Euro. Damit wird natürlich unter anderem der wichtige Bau von Schulen und Kitas gefördert. Der garantierte Betreuungsplatz für Kinder bis zum Schuleintritt, der Beitragszuschuss für alle drei Kindergartenjahre und das Bayerische Krippengeld fordern Staat und Kommunen gleichermaßen heraus. Da sind wir uns alle einig. Ich verweise an dieser Stelle auf die Ausführungen des Herrn Ministers Füracker und des Kollegen Zellmeier zur Frage, wie sich der Freistaat Bayern in diesem Bereich einbringt. Die Investitionspauschalen bleiben auf dem hohen Niveau von 446 Millionen Euro. Wie Sie alle wissen, können die Kommunen darüber frei verfügen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen sind für etwas schwächere Kommunen ein wichtiger Punkt. Sie bleiben bei 120 Millionen Euro. Das ist eine ganz wichtige Angelegenheit. Davon werden zehn Millionen Euro für Kur- und Fremdenverkehrsorte verwendet. Diese haben unter der Corona-Pandemie besonders gelitten.

So viel in aller Kürze von meiner Seite, einige Ausführungen zum kommunalen Finanzausgleich. Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Staatsregierung, bei Herrn Finanzminister Albert Füracker, aber auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss für die guten Beratungen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Tim Pargent von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Pargent, Sie haben das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Finanzminister! Wir beraten nun endlich den Haushalt und – ganz wichtig, gerade für unsere Kommunen – das Finanzausgleichsgesetz für das Jahr 2021, in dem wir dank Impfstoffen einen wirtschaftlichen "Restart" in Bayern er-

hoffen. Auch wenn ich ungern reinen Wachstumszahlen hinterherlaufen möchte, stellt sich die Frage: Bietet dieser Haushaltsentwurf die Grundlage für wirtschaftliche Erholung? Können dieser Haushalt und das FAG das Rückgrat für einen Aufschwung in unserem Land sein?

Wenn man eine Zukunftsfrage beantworten will, hilft manchmal auch der Blick zurück, in diesem Fall exakt zehn Jahre zurück; denn in den Konjunkturpaketen I und II im Zuge der weltweiten Finanzkrise liegt eine Art Blaupause. Bund und Länder haben damals Milliarden für Investitionen in Schulen, Kitas, Verkehrsinfrastruktur, Krankenhäuser oder Städtebau bereitgestellt, mit Fokus auf der Verminderung des CO₂-Ausstoßes. Der eigentliche Schlüssel lag darin, dass diese Milliarden über die Kommunen investiert wurden und damit das Wachstum der letzten Jahre getragen haben. Der Schlüssel für die wirtschaftliche Erholung waren also auch die Infrastrukturinvestitionen in den Kommunen. Wir stehen dazu, gegebenenfalls über die Rücklage Investitionen zu finanzieren.

Aber wie ist die Lage in den Kommunen? – Steuerausfälle, gerade bei der Gewerbesteuer, dankenswerterweise 2020 sauber ausgeglichen von Bund und Ländern. Das möchte ich nicht unter den Tisch fallen lassen. Dass wir aber im Jahr 2021 wieder zum gleichen Niveau wie in 2019 zurückkehren, kann ich noch nicht ganz glauben, weil wir vor allem im ersten Quartal des nächsten Jahres noch ganz stark mit der Pandemie zu kämpfen haben werden.

Noch schlimmer als die Steuerausfälle sind in vielen Bereichen Einnahmeausfälle, zum Beispiel bei den eigenen Einrichtungen und Betrieben. Bei den Kommunen sind zweifelsohne Mehrkosten zur Bewältigung der Corona-Pandemie entstanden, die nicht vollständig, zum Beispiel wegen der Ausrufung des Katastrophenfalls, getragen werden können. Somit ist glasklar: Viele Kommunen, zum Beispiel in Oberfranken, wo ich herkomme, sind kaum in der Lage, noch stärker in ihre Infrastruktur zu investieren und damit dem lokalen Handwerk die Bücher zu füllen. Unsere Städte und Gemeinden, un-

sere Landkreise und unsere Bezirke brauchen, wenn es nach uns GRÜNEN geht, ein deutliches Signal und eine klare finanzielle Perspektive für das Jahr 2021.

Was legen Sie jetzt mit dem Haushalt vor? – Sie nennen es eine Stabilisierung der FAG-Mittel. So kann man es auch nennen. Ich würde es eher ein "Weiter-so" bei den FAG-Mitteln nennen. Die kleine Steigerung bei Kitas und Schulen möchte ich zwar nicht unter den Tisch fallen lassen, aber mit einem starken Impuls hat das aus meiner Sicht wenig zu tun; denn der Fördersatz bleibt der gleiche. Außerdem ist kein Ausgleich bei der Gewerbesteuer für 2021 geplant. Hier rufen Sie, Herr Finanzminister, gerne nach dem Bund. Das finde ich richtig. Eigentlich sind die Länder zuständig. Wenn wir zu einer ähnlichen Kofinanzierung wie in diesem Jahr kommen wollen, fehlt der bayerische Eigenanteil für den Gewerbesteuerausgleich in diesem Haushalt vollständig. Die Hängepartie für unsere Gemeinden und Städte geht im Jahr 2021 erst so richtig los.

Apropos Hängepartie: Die hohen Kosten zur Bewältigung der Pandemie treffen auch unsere Bezirke, aber hier gibt es ebenfalls keine Spur einer neuen Unterstützung im Haushalt in den nächsten Jahren.

(Zuruf)

– 15 Millionen, ich kenne die Zahl. – Aber machen wir uns nichts vor: Wenn wir den Haushalt der Bezirke betrachten, ist diese Summe fast schon in Stunden, nicht Tagen, wieder verbraucht. Ich nenne als Beispiel den Bezirk Oberbayern.

Weil das alles noch nicht reicht, verwehren Sie den Kommunen eine kleine, aber feine zusätzliche Einnahmequelle, auch wenn diese erst ab dem Jahr 2025 greifen würde: Sie streichen den Kommunen die Grundsteuer C ersatzlos. Hierzu kann ich mich nur dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Herrn Brandl, anschließen: Das ist eine Kriegserklärung an unsere Kommunen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

– Ich habe nur Herrn Kollegen Brandl zitiert.

(Zuruf: Haben Sie schon einmal einen Krieg erlebt?)

Für die Kommunen ist dieser Haushalt also ein "Weiter-so"-Haushalt. Ich finde, es ist auch ein "Weiter-so"-FAG. Neue Impulse für einen wirtschaftlichen "Restart" auf der kommunalen Ebene suche ich im FAG noch vergeblich. Gerade die kommunalen Investitionen im Klimaschutz oder in der Verkehrswende wären doch so wichtig. Getreu dem Motto "Fight every Crisis" können wir auf diesem Weg mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowieso, die schwierige Lage in den Haushalten unserer Städte und Gemeinden und – ganz wichtig – die Klimakrise. Davon ist mir in der heutigen Debatte zu wenig gesprochen worden. All diese Dinge sind auf einen Streich möglich, wenn wir die Kommunen bei Investitionen, bei der energetischen Sanierung und der Verkehrswende noch stärker unterstützen. Dafür fehlt scheinbar etwas der Mut. Sie können sich aber darauf verlassen, dass wir einige Ihrer alten Wahlgeschenke hinterfragen und dann die richtigen Änderungsanträge stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um den Haushaltsplan für das Jahr 2021. Der Haushaltsplan umfasst diesmal 5.206 Seiten. Diese 5.206 Seiten wurden uns vor nicht einmal fünf Tagen zur Verfügung gestellt. Diese Verzögerungstaktik ist uns wohlbekannt, und wir haben diese Herausforderung gerne angenommen.

Zunächst einmal zu den großen Zahlen. Die Einnahmen des Freistaats liegen bei knapp 58 Milliarden Euro. Die Ausgaben liegen bei über 70 Milliarden Euro. Das ergibt

ein Defizit von 12 Milliarden Euro. Das Defizit beruht darauf, dass die Regierung trotz sinkender Steuereinnahmen an den Ausgaben der Rekordjahre festhält und keine Einsparungen vornimmt. Das Defizit soll durch Schulden und Rücklagen ausgeglichen werden. In diesen Zeiten, in denen sich der Bürger in Kurzarbeit befindet und der mittelständische Unternehmer nicht mehr weiß, wie er sich im nächsten Monat über Wasser halten soll, gibt die Staatsregierung weiterhin Geld für wirtschaftlich nutzlose rot-grüne Projekte aus.

(Zuruf)

Herr Staatsminister, Sie haben gesagt, wir sollen auch mal ein praktisches Beispiel bringen. Die Photovoltaikanlagen auf staatlichen Gebäuden kann man zum Beispiel streichen; denn diese sind ökonomisch absolut sinnlos und kosten unnötige Steuergelder.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden aber noch weitere Beispiele bringen.

Nicht nur diese planwirtschaftliche Sturheit der Staatsregierung – man nennt sie Planungssicherheit, wie wir heute erfahren haben –, sondern auch die juristischen Konstruktionen der Regierung lassen staunen. Nehmen wir zum Beispiel die Testzentren, die monatlich mit 100 Millionen Euro zu Buche schlagen. Die Bayerische Verfassung lässt eine Neuverschuldung in Notlagen freilich zu – vorausgesetzt, die Voraussetzungen dafür liegen vor. Aber schon für die ersten Verpflichtungsermächtigungen haben Sie sich die Voraussetzungen zurechtgezimmert. Obwohl diese Kosten der Regierung lange bekannt gewesen sein mussten, hat der Söder'sche Ministerrat wegen Zeitnot plötzlich höchst selbst Ausgaben hierzu in Höhe von 400 Millionen bewilligt, ohne das Parlament zu beteiligen. Man lässt eine Sache schleifen, und dann muss der Retter Söder schnell handeln. Da ist freilich keine Zeit mehr, das Parlament zu befragen. Der Haushaltsausschuss wurde gerade noch um – ich zitiere – "zustimmende Kenntnisnahme" gebeten. Wir von der AfD haben als einzige Fraktion im Landtag diese Zu-

stimmung verweigert, weil diese Ausgaben, wie dargelegt, weder unvorhersehbar waren noch hierzu ein unabweisbares Bedürfnis besteht. Denn, meine Damen und Herren Kollegen, diese Testzentren stehen durchaus im Verdacht, völlig nutzlos zu sein. In diesen Testzentren werden die berüchtigten PCR-Testungen durchgeführt.

Was ist ein PCR-Test? – Ein PCR-Test beginnt mit der Quälerei des Bürgers, egal wie klein, in dem man ihm einen über 15 cm langen Teststab tief in die Nase steckt. Dieser Abstrich wird dann in diesen Testzentren dem sogenannten Ct-Verfahren unterzogen. Bei dem Ct-Verfahren werden Virusbestandteile vervielfältigt, damit diese positiv nachgewiesen werden können. Jetzt kommt der Knackpunkt: Die Wissenschaft streitet, ab wie vielen Vervielfältigungszyklen eine Probe noch als positiv gewertet werden kann. Braucht es zum Beispiel fünf Zyklen, bis die Probe positiv ist, dann besteht bei der Person eine hohe Virenkonzentration. Wird die Probe aber erst ab dem 40. Zyklus positiv, liegt eine so minimale Viruskonzentration vor, dass wohl keine Ansteckungsgefahr gegeben ist. Richtlinien gibt es dafür nicht.

Leider werden den Gesundheitsämtern diese Ct-Werte nicht übermittelt. Das heißt, die gemeldeten Infektionszahlen geben wohl keine wirkliche Auskunft über das tatsächliche Ausmaß der Pandemie.

(Unruhe)

Das ist aber nicht der einzige Kritikpunkt an den PCR-Tests. Wissenschaftler kritisieren darüber hinaus den zu großen Unterschied zwischen der Annealing-Temperatur und dass der Test nicht zwischen dem ganzen Virus und den Virus-Fragmenten unterscheiden kann, spezifische Primervarianten und zu hohe Primerkonzentrationen. Das sind Sachargumente, zu denen ich gerne einmal Gegenargumente hören würde.

(Unruhe)

Zu diesen Kritikern zählen zum Beispiel die Würzburger Professorin Kämmerer und viele andere.

Wenn die Regierung Söder also jeden Monat 100 Millionen Euro in diese Testzentren investiert, dann sollte man sich doch bitte auch die wissenschaftlichen Gegenargumente anhören.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Aber dazu ist man in diesem Hause grundsätzlich nicht bereit. Dafür hat schon letztes Jahr die hier heiß gelaufene Klimahysterie ein trauriges Beispiel abgelegt.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiterer Kritikpunkt, inwieweit die Regierung Söder sich das Recht zurechtbiegt, ist die Finanzierung der Ausgaben mit Mitteln aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie. Der Kollege Kaltenhauser hat in seiner Zwischenbemerkung dazu schon vorgelegt.

Dieser Fonds soll ausschließlich zur Finanzierung Corona-bedingter Ausgaben dienen. Nun soll mit diesem Fonds Söders Prestigeprojekt, die Hightech Agenda, nicht nur weiter finanziert, sondern um 400 Millionen Euro erhöht werden.

(Unruhe)

Ich sage es Ihnen erneut: Die Zukunft liegt nicht im Dienst am Rechner, sondern im Dienst am Menschen. Wenn Sie schon in die Zukunft investieren wollen, dann bitte nicht als überflüssiges Add-on des Silicon Valley, sondern investieren Sie in Ihre Mitmenschen, deren Wohl Ihnen angeblich so am Herzen liegt, in die älteren Menschen. Investieren Sie Geld in die Altersforschung. Niemand wird erwarten, dass die Medizin in Ihrer Regierungsperiode den Jungbrunnen entdecken wird, aber es könnte der erste Spatenstich sein.

Sie denken nur daran, womit Sie bei der nächsten Wahl am besten glänzen können, wie hohl das glänzende Standbild auch sein mag. Wir hingegen, wir denken an unsere Kinder.

(Unruhe)

Für Ihre Test- und Impfstrategie geben Sie gerundet 3,1 Milliarden Euro aus, also ein Viertel des Defizits, weil Sie nicht in der Lage sind zu sparen und stur eine absurde Teststrategie fahren. Diese Strategie ist kolossal gescheitert und mündet nun in den nächsten Volllockdown. Sie machen unsere Wirtschaft platt, sperren wieder Millionen Menschen zu Hause ein und quälen unsere Kinder mit Stillsitzen in der winterlichen Kälte, Atemnot und Kopfschmerzen durch Zwangsmaske.

(Beifall bei der AfD)

Ja, darüber können Sie lachend den Kopf schütteln. Sie sitzen hier nämlich im Warmen.

Wie wäre es mal mit einer alternativen Strategie, mit dem Schutz der Risikogruppen und vulnerablen Personen und damit, den Rest der Bevölkerung in Frieden leben zu lassen?

(Zuruf: Es geht doch um den Haushalt!)

Gut. – Kommen wir zum Sahnehäubchen: Das Budget des Präsidiums für repräsentative Anlässe und Begegnungen wurde ordentlich aufgestockt. Zur Erinnerung: Das Präsidium ist dieses Jahr damit aufgefallen, dass es ohne Rechtsgrundlage Gelder einfach verschenkt hat, um sich im Lichte als Gönner vom Bayerischen Rundfunk preisen zu lassen. Vor allem, wenn es sich bei den Beschenkten um eine Initiative des Bayerischen Rundfunks selbst handelt, da können sich Präsidenten und BR vor lauter Gutmenschlichkeit gar nicht genug gegenseitig auf die Schulter klopfen. Darum haben Sie sich dieses Budget auch noch mal ordentlich erhöht und zumindest jetzt auf legale Grundlage gestellt, was es aber nicht weniger heuchlerisch macht.

Damit meine ich jetzt nicht, dass Sie den Steuerzahler, der für Ihre Geschenke aufkommen muss, nun zu Hause vor dem Fernseher einsperren und diesen zugleich als Zwangsgebührenzahler dieses Spektakel quasi vollfinanzieren lassen. Nein, das ist

einfach nur dreist von Ihnen. Heuchlerisch ist, dass Sie vorgeben, den Landtag zu repräsentieren. Dass aber das Präsidium nicht ordnungsgemäß besetzt ist, da ein Vertreter der AfD-Fraktion fehlt, verschweigen die feinen Herren Demokraten, wie Sie sich so gerne selbst bezeichnen. Das ist Heuchelei!

(Beifall bei der AfD)

Wir werden in den Haushaltsdebatten wieder viele Änderungsanträge einbringen, die Sie natürlich wieder geschlossen, über alle Fraktionen hinweg, ablehnen werden. Ich freue mich aber trotzdem darauf, wieder Ihre Begründungen zu hören. Und keine Sorge: Der Dual Fluid Reaktor ist noch nicht vom Tisch.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen aufgehoben werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Ernst Weidenbusch von der CSU-Fraktion. Herr Weidenbusch, Sie haben das Wort.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir sind als Bayerischer Landtag erstmals seit Langem in der Haushaltsberatung in einer Situation, die unangenehm ist. Wir hatten all die Jahre doch erhebliche Finanzmittel zur Verfügung. Da ging es um die Frage, wie wir die verteilen. Jetzt sind wir erstmals in der Situation eines normalen Arbeitnehmerhaushaltes, der im kommenden Jahr vielleicht sogar Arbeitslosigkeit befürchten muss.

Deshalb müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir das in Zukunft alles finanzieren, und das in einer Gesamtsituation, die schwer abzuschätzen ist, weil man nicht wirklich weiß: Habe ich nächstes Jahr Einnahmen? In welchem Umfang habe ich Einnahmen? Welche Ausgaben kommen auf mich zu, die ich bisher noch gar nicht kenne?

Ich fange jetzt mal mit der SPD-Fraktion an. Die Anmerkungen, was die Aufgabenstellung für diesen Haushalt ist, teile ich vollkommen, zwar 1A subsumiert. Leider muss ich aber sagen – das hat Franz Josef Strauß schon gesagt –, dass eher der Hund einen Wurstvorrat anlegt als der Sozialist eine Rücklage. Harald, was auch ein Hund nicht schafft, ist, eine Wurst zu fressen, die nicht da ist.

(Heiterkeit)

Deswegen sage ich: Gut analysiert, aber macht bitte eure Hausaufgabe und setzt auch Prioritäten! Das heißt auch, dass man sagen muss, wofür man kein Geld ausgibt. Das ist unangenehm, aber es gehört gemacht.

Spannend fand ich den Beitrag von den GRÜNEN. Wir diskutieren über die Frage, was sich eine Familie im nächsten Jahr noch leisten kann, wie lange Papa und Mama noch Arbeit haben. Die GRÜNEN beschwerten sich, dass die Playstation nicht lieferbar ist.

(Heiterkeit)

Sie würden Ihre Programme gerne hier platzieren, unabhängig von dem, um was es geht. Offenbar gibt es eine Stichwortliste, die jeder Redner zum Haushalt bekommt; die muss er hier runterbeten, ob es passt oder nicht. Ich sitze das 17. Mal da, und ich höre zum 17. Mal dasselbe. Mir tun die Kollegen leid, die schon so lange da sind, denn denen geht es ganz genauso.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Weitere Zurufe)

– Der Volkmar hat sich aus dem Haushaltsausschuss verabschiedet. Er teilt nicht das Schicksal von Harald, der es sich zweimal anhören muss.

(Unruhe)

Dann hatten wir einen Wortbeitrag, in dem sich jemand selbst zur "Stimme des ungeborenen Lebens" erklärt hat. Das war wohl ein Druckfehler. Es hieß, glaube ich, "Stimme des ungezogenen Lümmels".

(Heiterkeit)

So hat es sich jedenfalls für mich angehört. Die Fragestellung lautet: Was tue ich, wenn es den Job, den ich mache, absehbar nicht mehr gibt, weil ihn die Gesellschaft nicht mehr braucht, weil ihn der Arbeitsmarkt nicht mehr bietet? – Dann bleibt mir nichts anderes übrig, als ein neues Betätigungsfeld zu suchen, umzuschulen oder eine Firma zu gründen – und genau das tun wir. Das ist der Grund, warum die Erweiterung der Mittel für die Hightech Agenda selbstverständlich in Kapitel 13 19 gehört. Die Überwindung der Probleme, die diese Pandemie für uns bedeutet, bedeutet natürlich auch, dass ich Betätigungsmöglichkeiten für die Zukunft schaffen muss, dass ich für die Bereiche, die es nicht mehr geben wird, einen Ersatz finde. So etwas geht nicht von selbst, sondern dazu muss ich mir die besten Leute holen, damit sie dies konzipieren. Da wir in Bayern nicht davon leben, dass wir die Arbeitskraft am billigsten und am meisten anbieten können, sondern da bei uns der Rohstoff Geist dominierend für die Wertschöpfung ist, wird uns nichts anderes übrigbleiben, als – –

(Zuruf)

– War das ein Zwischenruf? Es tut mir leid, beim Rohstoff Geist habe ich nicht gleich dort hinübergeschaut.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber wenn wir schon den Rohstoff Geist fördern wollen, dann wende ich mich jetzt Ihnen zu. Es ist so, dass natürlich die Lösung auch in der Künstlichen Intelligenz besteht.

(Zurufe und vereinzelter Beifall)

– Ich weiß, dass Sie das nicht so mögen; aber es ist trotzdem die Lösung, und da sind wir auch tätig.

Natürlich ist es so, dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, dass wir in die Elektrotechnik investieren müssen, dass wir die besten Leute, die es in diesem Bereich gibt, hierherholen müssen. Wir haben entsprechende Hochleistungsrechner in Garching im Leibniz-Rechenzentrum, mittlerweile in der dritten Generation, damit wir das bewältigen können. Wir haben in Weilheim, in Garmisch, in München und in Ingolstadt entsprechende Einrichtungen und Professoren, und wir werden dies weiterführen müssen. Unsere Zukunft liegt darin, dass wir uns Betätigungsfelder suchen, bei denen wir einen Vorsprung gegenüber dem Rest der Welt haben, der es sehr viel leichter hat, weil er die Probleme auf einem viel niedrigeren Lohnniveau lösen muss. Wenn die Stunde 80 Cent kostet, wie in Südostasien, dann kann ich leicht switchen. Bei uns kostet die Stunde viel mehr, und wenn ein Arbeitsplatz bei uns wegfällt, und sei es auch nur bei einem Automobilhersteller oder einem Zulieferer, dann kann ich ihn nicht mit irgendetwas ersetzen, sondern ich brauche wieder einen Arbeitsplatz, der aufgrund der hohen Qualifikation auch entsprechend hoch bezahlt ist. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen, und daran arbeiten wir.

Jetzt fallen mir die zwei Wortmeldungen von Herrn Pargent und Herrn Mang ein. Dazu muss ich sagen – ich habe nur noch 16 Sekunden, aber es ist nicht so schlimm –: Dazu wüsste ich nichts zu sagen. Es hat geheißen: Du bist der Ausputzer, du musst etwas zu essenziellen Bemerkungen der Opposition sagen. Viel, glaube ich, ist nicht mehr übrig.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion gemeldet.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Kollege Weidenbusch, es ist erst mal natürlich sehr nett, dass Sie bei "Intelligenz" in meine Richtung schauen und das sozusagen in den Mittelpunkt gestellt haben.

(Heiterkeit und Zurufe)

Sie haben auch von Professoren gesprochen. Aber ich möchte einmal auf die Intelligenz abstellen. Wir haben ein weites Feld aufgemacht, wir sind nicht nur fiskalisch unterwegs. Aber das, was Sie tun, hat auch Konsequenzen für unseren Staatshaushalt.

Ich möchte einmal die Intelligenz zweier Regierungsmaßnahmen in den Vordergrund stellen und Sie befragen: Wie intelligent ist es denn, wenn man Infektionen [sic] schützen möchte, und dann schließt man einfach mal die Skisaison, die Skigebiete und die Menschen dürfen selbst draußen, an der freien Luft – vielleicht sind sie auch allein –, nicht mehr miteinander in Kontakt kommen.

Das Gleiche gilt übrigens – darin sind Sie vielleicht auch ein Fachmann – für Drückjagden, also, dass die Menschen irgendwo im Wald nicht mehr allein oder vielleicht mit gebührendem Abstand herumlaufen können. Das alles, Ihre Maßnahmen, hat Konsequenzen, auch auf die Finanzen; und ich möchte Sie zur Intelligenz dieser Maßnahmen befragen.

Ernst Weidenbusch (CSU): Ich bedanke mich für die Frage. Sie meinten natürlich nicht "Infektionen schützen", sondern "vor Infektionen schützen"; nicht dass ich die Frage missverstanden habe. Aber der sicherste Schutz vor Infektionen ist natürlich das Unterbleiben jeglicher Kontakte. Wenn Sie sich in der Geschichte der Menschheit umschauen, so sind die wesentlichen Erkrankungen, die solche Übertragungswege hatten, immer dadurch und am Schluss erfolgreich bekämpft worden, dass die Menschen das Haus nicht mehr verlassen haben, weil sie zu Hause nur sich selbst hätten anstecken können, aber niemand anderen und auch von niemand anderem angesteckt werden konnten.

Insofern ist das nicht nur intelligent, sondern auch aus der Vergangenheit gelernt. Es betrifft Pest, Cholera und weitere Krankheiten. Lesen Sie das gern nach! Am Ende sind sie deshalb untergegangen, weil die Menschen keinen Kontakt mehr hatten. Bei der Drückjagd gilt natürlich dasselbe. Versuchen Sie einmal, eine 125-kg-Sau allein zu bergen. Da sind Sie beschäftigt. Wenn Sie wollen, lade ich Sie ein. Ich kann Ihnen auch so eine große Sau vermitteln, kein Thema.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Das war es? – Danke schön.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker, das Wort.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

– Er verzichtet darauf. – Vielen Dank, Herr Staatsminister.

(Zuruf und Heiterkeit)

Dann gebe ich bekannt, dass die beiden Gesetzentwürfe nach § 148 der Geschäftsordnung dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss überwiesen werden. Ich denke, da gibt es noch viele Gelegenheiten, sowohl für die Haushälterinnen und Haushälter als auch für den Finanzminister, über diesen Haushalt zu sprechen. Wir werden ihn auch hier nochmals beraten und beschließen. Damit ist die Überweisung so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 18/11599

**zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021)**

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)

Drs. 18/13980

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021)
(Drs. 18/11599)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

Dem § 1 des Gesetzentwurfs der Staatsregierung (Drs. 18/11599) werden die folgenden Nrn. 4 und 5 angefügt:

4. Dem Art. 18 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) ¹Die Umlagegrundlagen für die Kreisumlage sind im Jahr 2022 um 80 Prozent der Zuweisungen im Jahr 2020 zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder zu erhöhen, soweit die Zuweisungen auf den zuweisungsfähigen Betrag nach den Schlüsselzuweisungen 2020 entfallen. ²Der Kreisumlagesatz für den Betrag nach Satz 1 ist der Kreisumlagesatz, der von den Schlüsselzuweisungen erhoben wird.“

5. Dem Art. 21 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) ¹Die Umlagegrundlagen für die Bezirksumlage sind im Jahr 2022 um 80 Prozent der Zuweisungen im Jahr 2020 zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder zu erhöhen, soweit die Zuweisungen auf den zuweisungsfähigen Betrag nach den Schlüsselzuweisungen 2020 entfallen. ²Der Bezirksumlagesatz für den Betrag nach Satz 1 ist der Bezirksumlagesatz, der von den Schlüsselzuweisungen erhoben wird.“

Berichterstatter zu 1: Hans Herold
Berichterstatter zu 2: Ferdinand Mang
Mitberichterstatter zu 1: Dr. Helmut Kaltenhauser
Mitberichterstatter zu 2: Hans Herold

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport und der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration haben den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 18/13980 in seiner 92. Sitzung am 3. März 2021 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13980 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 18/13980 in seiner 34. Sitzung am 17. März 2021 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13980 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 18/13980 in seiner 51. Sitzung am 18. März 2021 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/13980 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 18/11599, 18/14622

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021)

§ 1

Das Bayerische Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl. S. 210, BayRS 605-1-F), das zuletzt durch die §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 19. März 2020 (GVBl. S. 150) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem Art. 4 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) ¹Bei der Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer für das Jahr 2022 werden die Zuweisungen im Jahr 2020 zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder wie folgt berücksichtigt:

1. Soweit die Zuweisungen auf den zuweisungsfähigen Betrag für die Gewerbesteuermindereinnahmen entfallen, werden sie entsprechend Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Abs. 2 Satz 2 angesetzt; für die Ermittlung der Grundbeträge nach Abs. 3 und des Zuschlags nach Abs. 2 Satz 2 ist der für das Erhebungsjahr 2019 festgesetzte Hebesatz maßgeblich; Abs. 4 gilt entsprechend.
2. Soweit die Zuweisungen auf den zuweisungsfähigen Betrag für die Mindereinnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Spielbankabgabe entfallen, gelten sie als Einnahmen aus der Spielbankabgabe.

²§ 4 Abs. 4 der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz in der am 5. November 2020 geltenden Fassung gilt entsprechend.“

2. In Art. 13 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „138 000 000 €“ durch die Angabe „118 000 000 €“ ersetzt.
3. Art. 13e wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe „70 250 000 €“ durch die Angabe „90 250 000 €“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird die Angabe „2019 bis 2021“ durch die Angabe „2021 bis 2024“ und die Angabe „20 000 000 €“ durch die Angabe „40 Prozent“ ersetzt.

4. Dem Art. 18 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) ¹Die Umlagegrundlagen für die Kreisumlage sind im Jahr 2022 um 80 Prozent der Zuweisungen im Jahr 2020 zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder zu erhöhen, soweit die Zuweisungen auf den zuweisungsfähigen Betrag nach den Schlüsselzuweisungen 2020 entfallen. ²Der Kreisumlagesatz für den Betrag nach Satz 1 ist der Kreisumlagesatz, der von den Schlüsselzuweisungen erhoben wird.“

5. Dem Art. 21 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) ¹Die Umlagegrundlagen für die Bezirksumlage sind im Jahr 2022 um 80 Prozent der Zuweisungen im Jahr 2020 zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder zu erhöhen, soweit die Zuweisungen auf den zuweisungsfähigen Betrag nach den Schlüsselzuweisungen 2020 entfallen. ²Der Bezirksumlagesatz für den Betrag nach Satz 1 ist der Bezirksumlagesatz, der von den Schlüsselzuweisungen erhoben wird.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Hans Herold

Abg. Claudia Köhler

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Bernhard Pohl

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Harald Güller

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Anne Franke

Abg. Tim Pargent

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Ernst Weidenbusch

Staatsminister Albert Füracker

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 23 bis 25** zur gemeinsamen Beratung auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021) (Drs. 18/11599)
- Zweite Lesung -**

hierzu:

**Änderungsantrag der AfD-Fraktion
(Drs. 18/13980)**

und

**Haushaltsplan 2021
Einzelplan 13
Allgemeine Finanzverwaltung**

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13978 und 18/14184)

Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion, der Fraktion FREIE WÄHLER, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, von Abgeordneten der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion (Drs. 18/13900)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13869 mit 18/13881)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 18/13948)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13895 mit 18/13899 und 18/13901 mit 18/13905)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13838 mit 18/13845)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021) (Drs. 18/11600)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/13997)

Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion, der Fraktion FREIE WÄHLER, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, von Abgeordneten der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion (Drs. 18/13998)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13983 mit 18/13990)

Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Drs. 18/13996)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13991 mit 18/13995)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13981 und 18/13982)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 119 Minuten vereinbart.

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich Ihnen bekannt, dass zu drei Änderungsanträgen zum Einzelplan 13 namentliche Abstimmung beantragt wurde. Konkret handelt es sich hierbei um den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 18/13903, und die beiden Änderungsanträge der FDP-Fraktion, Drucksachen 18/13842 und 18/13844.

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat Herr Kollege Hans Herold von der CSU-Fraktion das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich werfen wir im Rahmen der

Schlussdebatte nun einen Blick auf unsere Kommunen. Wir alle sind ja auch Kommunalpolitiker und haben logischerweise auch Verantwortung für unsere Kommunen draußen vor Ort.

Zunächst möchte ich mich ganz herzlich beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, unserem Kollegen Josef Zellmeier, bedanken, ebenso aber auch bei allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss. Ich denke, wir machen über alle Fraktionen hinweg eine gute Arbeit; wir arbeiten trotz unterschiedlicher Meinungen sehr gut zusammen. Herzlichen Dank dafür!

(Allgemeiner Beifall)

Da darf man ruhig klatschen; das ist richtig.

Ein ganz besonderer Dank geht an unseren bayerischen Finanzminister, Albert Füracker, mit seinem gesamten Team. – Lieber Albert, herzlichen Dank für diese großartige Arbeit, die hier zum Wohle des Freistaates Bayern geleistet wird! Ich muss wirklich sagen: Insbesondere die Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden trägt natürlich dazu bei, dass hier auch immer wieder beachtliche Ergebnisse erzielt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, sagen zu können: Unsere bayerischen Kommunen stehen deutschlandweit auch dank dieser konstruktiven Zusammenarbeit sehr gut da.

Ich möchte ein paar Aussagen insbesondere zum kommunalen Finanzausgleich für das Haushaltsjahr 2021 machen. Beim kommunalen Finanzausgleich – FAG – haben sich in den Ausschussberatungen nur kleinere Änderungen ergeben. Das heißt konkret: Die Gesamtsumme liegt bei 10,36 Milliarden Euro. Es bleibt bei der bereits bekannten Stärkung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen und auch bei der Erhöhung ihrer Finanzkraft, beispielsweise durch weiterhin hohe Schlüsselzuweisungen. Diese liegen für das Jahr 2021 bei rund 3,9 Milliarden Euro.

Ich möchte auch deutlich darauf hinweisen: Trotz der schwierigen Corona-Situation gehen diese Zuweisungen nur moderat, um 3 %, zurück, denn der Freistaat Bayern unterstützt natürlich unsere Kommunen immer wieder in bester Art und Weise.

(Zuruf)

Zu erwähnen ist angesichts dieser Situation der Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage.

(Zuruf)

Davon werden die Kommunen, die Städte und Gemeinden in Bayern, natürlich ebenfalls dauerhaft profitieren – ich betone ausdrücklich: dauerhaft. Die Schlüsselzuweisungen, die ich eben schon erwähnte, liegen immer noch über dem bereits hohen Niveau von 2019.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns als Kommunalpolitiker, aber gerade als Landespolitiker ist die Arbeit unserer Bezirke ein wichtiger Bestandteil. Die Zuweisungen an unsere Bezirke steigen um 15 Millionen Euro auf insgesamt 706 Millionen Euro. Auch dadurch entlasten wir unsere Landkreise sowie auch die Gemeinden als Umlagezahler; zudem stabilisieren wir die kommunalen Haushalte.

Ich möchte ganz kurz auf einen Antrag der GRÜNEN eingehen. Diese sprechen sich für Zuweisungen an die Bezirke in Höhe von einer Milliarde Euro aus. Er steht damit in einer Reihe von GRÜNEN-Anträgen, die irrsinnige – wirklich irrsinnige! – Mehrausgaben verursachen würden. Ich sage es immer wieder, meine sehr geehrten Damen und Herren – das habe ich auch in meiner Zeit als Bürgermeister gelernt –: Wir brauchen weiterhin eine solide Finanzsituation bei uns im Freistaat Bayern. Und ich sage auch: In Zukunft müssen die Einnahmen wieder über die Ausgaben bestimmen und nicht die Ausgaben über die Einnahmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir steigern im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden die Zuweisungen an die Bezirke gegenüber 2020, wie schon ge-

sagt, um 2,2 %. Die Bezirke profitieren vor allem von der Kompensation der Gewerbesteuer im Volumen von rund 2,4 Milliarden Euro im vergangenen Jahr, und zwar auch deswegen, weil sie auch umlagefähig ist.

Als Kommunalpolitiker, aber natürlich auch und insbesondere als Landespolitiker freut mich ganz besonders, dass es uns wieder gelungen ist, die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungsanlagen zu stärken. Das sage ich ganz bewusst als jemand, der im ländlichen Raum Verantwortung hat; es ist, meine ich, eine ganz, ganz wichtige Entscheidung. Das heißt konkret: Der Ansatz steigt im Jahr 2021 um 20 Millionen Euro auf insgesamt 90,25 Millionen Euro. Ich möchte es wiederholen: Das kommt vor allem den kleineren Gemeinden im ländlichen Raum zugute. Diese Mittel können auch, wie ihr alle wisst, für Wasserversorgungsanlagen verwendet werden. Die Grenze hierfür wird von bisher 20 Millionen Euro auf einen prozentualen Anteil von 40 % angehoben.

Auch das möchte ich erwähnen: Die Mittel für den kommunalen Hochbau – das ist für uns vor Ort ja auch eine ganz wichtige Angelegenheit – steigen um 50 Millionen Euro auf insgesamt 650 Millionen Euro.

Aus dem Ansatz für Bedarfs- und Stabilisierungsmaßnahmen stehen 10 Millionen Euro für die Unterstützung von Kur- und Fremdenverkehrsorten zur Verfügung. Das sage ich ganz bewusst als jemand, der aus einem solchen Bereich kommt. Die konkreten Kriterien der Verteilung werden in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet.

Die Kolleginnen und Kollegen in den Oppositionsfraktionen beklagen chronisch zu wenig Geld bei den Kommunen und fordern einen höheren Satz am Steuerverbund oder zusätzliche Entlastungen in der Kinderbetreuung. Ich persönlich vermisse bei Ihnen ein klares Bekenntnis – das sage ich ganz ehrlich und habe es auch im Ausschuss schon öfter gesagt, dass der Freistaat Bayern nicht alle Einnahmerückgänge bei den Kommunen wird ausgleichen können. Die reinen Zahlen belegen kein Vertei-

lungsdefizit zulasten der Kommunen. Die Einnahmenezuwächse bei den Kommunen in den Jahren 2010 bis 2019 liegen bei 50,8 %, der Ausgabenzuwachs im gleichen Zeitraum bei nur 48,2 %. Ein sehr, sehr wichtiger Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch der Hinweis auf die Investitionsquote der Kommunen. Sie lag im Jahr 2019 bei 24,7 %, die des Freistaates Bayern bei 11,8 %. Ich denke, daran sieht man sehr deutlich die Situation unserer Kommunen.

Abschließend möchte ich noch anmerken, meine sehr verehrten Damen und Herren: Unser kommunaler Finanzausgleich verbessert auch die Leistungsfähigkeit der Kommunen und stärkt wiederum die Investitionskraft. Aber wir dürfen uns nichts vormachen: Sicherlich sind unsere bayerischen Kommunen ein starker Pfeiler im aktuellen Kampf gegen das Coronavirus, wofür ich mich noch einmal ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere auch unserer Landratsämter, bedanken möchte. Ich trage selbst quasi Verantwortung in diesem Bereich und sehe natürlich, welche gute und wichtige Arbeit gerade auch in diesem Bereich derzeit geleistet wird. Doch auch auf sie werden in den nächsten Jahren logischerweise starke finanzielle Einbußen zukommen. Mehr denn je müssen der Freistaat Bayern und seine Kommunen schon heute und auch in Zukunft entsprechend zusammenstehen. Deswegen bitte ich Sie alle um Zustimmung zum FAG-Änderungsgesetz.

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, nochmals ein herzliches Dankeschön, auch für die gute Zusammenarbeit, insbesondere in unserem Ausschuss. – Ich bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Herold. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Claudia Köhler das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst geht mein Dank an das Ausschussbüro, an das Plenarreferat und an die Ressorts für alle Vorbereitungen. Ohne sie hätten wir die über 700 Änderungsan-

träge nicht debattieren können. Danke an Sie, Herr Vorsitzender Zellmeier, und danke an Sie, Herr Finanzminister. Bei aller Kritik in der Sache haben wir Debatten geführt. Das ist für unsere Demokratie wichtiger denn je.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Puh, können wir alle nur sagen, über 71 Milliarden Euro ausgegeben! Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits im Herbst, also vor der Vorlage des Entwurfs, haben wir GRÜNE Pläne für eine Infrastrukturinvestitionsoffensive vorgelegt; denn damit hätte der Haushaltsentwurf nicht nur gesessen, sondern er hätte Bayern für die Zeit nach der Pandemie aufgerüstet. Jahr für Jahr müssen wir mitverfolgen, dass wir nirgends fit genug sind, um einen Stresstest zu bestehen. Gesundheitsämter büßen dafür, dass die Digitalisierung bisher weitgehend ignoriert wurde. SORMAS, Impfanmeldung heute den ganzen Tag im Radio, Impfportal, Dokumentationen, wer schon geimpft wurde, wo die Ansteckungsherde liegen – ein einziges großes Fiasko. Bis heute wurde auch keine unserer Anfragen dazu ausreichend beantwortet. Sogar Ihre eigenen Landräte schimpfen schon laut.

Damit sind wir auch gleich im Einzelplan 16 gelandet, dem Digitalministerium. Weil in allen Ressorts dringender Aufholbedarf besteht, sind wir mit dem Vorschlag einer Taskforce aus dem Digitalministerium – mein Kollege hat es vorhin vorgeschlagen – in die Verhandlungen gegangen. Ein kompetentes Team aus dem jungen, modernen Digitalministerium, das in die einzelnen Ressorts geht, vor Ort Lösungen schafft, aber vor Ort kein großes Personal bindet. – Abgelehnt, braucht es nicht, alles paletti. Aber seien wir doch einmal ehrlich: Wir sehen alle – und der ORH-Bericht hat es diese Woche auch noch einmal bestätigt: Die Ressorts sind alleine überfordert. Sie lassen sogar bewilligte Mittel liegen. Das Kultusministerium hat zum Beispiel 130 Millionen Euro Ausgabereste für Digitalisierung übrig. Sie schaffen es alleine nicht. Überall, wo wir hinsehen, herrschen Flickschusterei und Hinterherhinken. Wir wollten mit unseren Anträgen den Sanierungsstau, zum Beispiel in den Hochschulen, angehen. Was macht die Koalition? – Die Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN bessert über

das berühmte "Spielgeld", die Fraktionsreserve, häppchenweise nach. Masterstudien- gang "Autonomes Fahren" in Coburg, "Lebensmittel- und Verpackungstechnologie" in Kempten, Laborgebäude, Gerätebeschaffung, sogar Profilbildung – dies alles wird aus der Fraktionsreserve bezahlt. Ich bitte Sie! Das gehört doch in den Haushaltsentwurf, wenn man in der ersten Liga der Universitäten mitspielen möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es passt ins Schema. Woche für Woche erfolgt eine große Ankündigung: High- tech, KI, Matrix, Nano, Super-duper und was weiß ich noch, aber dann keine Berück- sichtigung, wenn das Ministerium den Etat aufstellt. Sie schwindeln die Hightech Agenda Plus sogar in den Corona-Fonds, nicht in den zuständigen Etat für Wissen- schaft und Forschung. Wir haben schon bei der Vorlage kritisiert, dass das nicht geht. Auch das stand diese Woche im ORH-Bericht. Korrigieren Sie es heute noch schnellst- tens! Das brauchen wir für die Transparenz und Klarheit eines seriösen Haushalts.

Wie gehen Sie mit der größten Herausforderung dieses Jahrhunderts um? Mehr Hitze- tage, mehr Tropennächte – der Klimawandel trifft uns jetzt schon heftiger als ange- nommen. Hören Sie den Weckruf Klimareport? – Wir haben die Klimaschutz-Milliarde eingeplant. Wir planen bis zum Jahr 2022 10 Millionen Euro für die Renaturierung der Moore, 25 Millionen – –

(Zuruf)

– Sie hatten im Ausschuss Gelegenheit, etwas einzubringen. Dort ist aber nichts ge- kommen. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Klimaschutzmilliarde umfasst die Renaturierung der Moore, den Schutz des Bodens und des Trinkwassers, die ökologische Landwirtschaft, 80 Millionen für den Ausbau von Nahwärmenetzen und 80 Millionen für das Förderprogramm "Energiesys- tem der Zukunft". – Was die Anpassung unserer Kommunen an Starkwetterereignisse,

an Dürre und an Stürme betrifft, nützt es nichts, gebetsmühlenartig auf die kommunale Zuständigkeit zu verweisen, Herr Herold. Hier geht es auch überhaupt nicht um Einnahmerückgänge, die wir ausgleichen wollen. Hier geht es um gestiegene Aufgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gesundheitssystem knirscht es auch an allen Ecken und Enden. Corona hat diesen Zustand noch verschärft und sichtbar gemacht. Die Kliniken sind am Limit, die Pflege ist am Limit, das Personal schlägt Alarm, Kostendruck statt Patientenwohl, und das bei einer alternden Gesellschaft. Unsere Vorschläge waren: Pflegestützpunkte, Ausbildung, Digitalisierung, Gesamtkonzeptionen und Richtungsänderungen, nicht nur kleine Unterstützungsbeträge im eigenen Stimmkreis. Gestern hat der Gesundheitsminister große Reformen angekündigt. Ich bitte Sie aber, gehen Sie diese auch endlich an! Sie sind doch schon sehr lange am Ruder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gleiche Bild zeigt sich bei sozialer Gerechtigkeit. Die Opposition will mit wegweisenden Programmen die Obdachlosigkeit an sich eindämmen. Die Koalition gibt für 169 Tafeln in Bayern 150.000 Euro und für 13 Bahnhofsmissionen insgesamt 10.000 Euro. Das ist "Klein-Klein-Kleckerles", wie Sie selbst gesagt haben. Wissen Sie eigentlich, dass 320.000 junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren von Armut betroffen sind? Wissen Sie, dass Jugendliche mit ihren kleinen Geschwistern in die Vesperkirchen für eine warme Mahlzeit kommen, mitten in Bayern? – Sonderprogramme reichen da nicht mehr, wenn man ernsthaft eine Perspektive bieten will.

Die junge Generation, ihre Bedeutung für unsere Gesellschaft – das alles steht auf dem Wartegleis. In der Pandemie werden sie darauf reduziert, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten und Azubis zu sein. Ihre persönliche Entwicklung interessiert Sie anscheinend gar nicht. Keine Bewegung, keine Kontakte – wie sollen sich da Kinder und Jugendliche gut und gesund entwickeln?

Mit Verlaub: Das Grundproblem in allen Ressorts ist, dass die Regierungsfractionen einfach nicht den Mut haben, zu gestalten und wirklich etwas am Haushaltsentwurf zu ändern. Ich bin der Meinung, da traut sich vor Ort jeder Gemeinderat mehr. Wenn man bei über 70 Milliarden Euro Haushaltsvolumen 60 Millionen Euro Fraktionsreserve – das ist nicht einmal 1 Promille – auf 90 Stimmkreise und auch noch zwei Fraktionen verteilt, dann kann nicht viel herauskommen. Dann braucht man aber auch keine Haushaltsberatungen vorzutäuschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Wort zur Chancengerechtigkeit. In der Pandemie ist Teilhabe wichtiger denn je geworden – für die Demokratie, für den sozialen Zusammenhalt und damit auch für die Wirtschaft. Diejenigen, die es schon vorher schwer gehabt werden, werden jetzt abgehängt – in der Schule, in der Ausbildung und in der Arbeit. Wenn die Chancengerechtigkeit nicht gewahrt ist, dann ist das nicht nur gesellschaftlich brisant und ungerecht, das ist volkswirtschaftlich auch dumm.

Teilhabe heißt zum Beispiel, mehr Mittel für Qualität, Zeit und Fortbildung für die Kinderbetreuung und die dort Mitarbeitenden bereitzustellen. Unsere 45 Millionen Euro allein für die Qualität in der Kita-Betreuung wären ein Zeichen und ein wenig mehr als Ihr ständiges bloßes Vergelts Gott dem Personal gegenüber.

Wir wollen mehr Arbeitsstellen und die Ausstattung für Menschen mit Behinderungen. Wir haben wieder einmal das längst fällige Gehörlosengeld eingebracht, das viele auch in der Pandemie davor bewahrt hätte, so lange von wichtigen Test- und Impfinformationen abgehängt zu sein.

Gerade jetzt, da Schule so im Fokus steht und sich die Verbände derart rege an der Diskussion beteiligen – da darf es auch einmal Streit geben, finde ich –, sollten wir endlich die Chance nutzen und Grundsätzliches auf den Weg bringen. Wie viele Probleme im Präsenzunterricht hätten wir vermeiden können, wenn wir – das haben wir

jahrelang, wenn nicht jahrzehntelang gefordert – schon vorher kleinere Klassen, mehr Lehrkräfte und mehr Platz für die Kinder gehabt hätten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Unterfranken sind in diesem Schuljahr bereits jetzt die Mittel für Drittkräfte vollumfänglich ausgeschöpft. Ich bin gespannt, ob dafür ein Plan in der Schublade liegt.

Aber der Hammer ist – das wurde heute richtig klar –, dass Sie in so einer Zeit der Pandemie die Berufseinstiegsbegleitung hängen lassen. Das ist ein super erfolgreiches Programm für Jugendliche mit schwierigstem Hintergrund. 3.500 Jugendliche pro Jahr! Sie geizen wegen 2,17 Millionen Euro, die es heuer ermöglicht hätten, das Programm nahtlos fortzuführen, bis eine grundsätzliche Lösung gefunden ist. Sie haben die Kompetenz in den Ministerien für Soziales und Kultus hin- und hergeschoben. Bei diesem Pingpongspiel ist gar keine Lösung herausgekommen. Sie haben gesagt, die Staatsregierung solle sich etwas überlegen. Das ist ein Alibibeschluss. Ich habe heute die Anfrage zum Plenum beantwortet bekommen: Dieses Programm läuft aus. Das ist eine Unverschämtheit, nicht nur den Trägern gegenüber, sondern auch den Jugendlichen gegenüber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hatte tatsächlich bis gestern fest daran geglaubt, dass Sie noch eine Lösung finden und in diesen Haushaltstagen schnell auf den Weg bringen.

Aber es gibt so manche Überraschungen. Ich habe gehört, Sie planen gar keine Verkehrswende. Ich kann Ihnen sagen: wir schon, und zwar mit 25 Millionen Euro für die Elektromobilität und 50 Millionen zur Verbesserung des Zugangebots. Es braucht Schienenwege, Elektrifizierung, Elektrobusse, Verkehrsverbünde, günstige Tarife, Radschnellwege, Bike-and-ride-Anlagen und, und, und. So gelingt dann auch eine Wende, aber nicht so, wie Sie das angehen bzw. nicht angehen. Im Gegenteil: Sie haben eine rechtzeitige Transformation in der Autoindustrie auch noch ausgebremst

mit Ihrer Devise: Macht nur weiter so! – Jetzt versuchen alle noch schnell das Ruder herumzureißen.

Die Kunst- und Kulturindustrie ist die nächste Baustelle. Hier haben wir genauso viele Beschäftigte, nämlich 400.000 in ganz Bayern. Das ist die dritte Stelle bei den Branchen bei der Bruttowertschöpfung. Meistens bleibt sie bei Kunst und Kultur sogar in Bayern, von der gesellschaftlichen Aufgabe ganz zu schweigen. Musik, Theater, Kino – alle in dieser Branche arbeitenden Menschen haben Sie am ausgestreckten Arm verhungern lassen.

Unsere Vorschläge unterstützen die bayerische Wirtschaft, weil wir Rahmen setzen und eine Richtung vorgeben müssen, die dann für lange Jahre tragfähig bleibt und worauf man sich verlassen kann. Wir brauchen klare Strukturen und Förderungen für eine nachhaltige, für eine ökologische Ausrichtung – eigentlich das Gegenteil von dem Hü und Hott der vergangenen Monate.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie geben viel Geld aus. Das würden wir auch, mit der Klimamilliarde wahrscheinlich sogar noch mehr. Allerdings wären unsere Investitionen zukunftsgerichtet. Sie geben jedoch viel Geld aus, ohne strukturell etwas zu ändern. Damit müssen wir bzw. unsere Kinder neben Corona, Konjunktur, Klima und sozialem Zusammenhalt auch noch Haushaltsprobleme lösen.

Die Rückzahlung der Corona-Schulden wird ein Kraftakt. Die Pensionspflichten steigen dazu. Die Rücklage schrumpft. Die Bürgschaftsrisiken steigen ebenfalls. Die Alt-schulden und Landesbank-Schulden haben wir auch noch, leider auch keinen Plan zur Tilgung. Eigentlich ist es skandalös, wie viel Geld Sie diesmal ausgeben, nicht um etwas zu verbessern, sondern nur um besser auszusehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht in den Wahlkampf. Aber unsere Herausforderungen und Probleme sind nicht rhetorisch zu lösen. Wir brauchen einen ausgereiften Plan für ganz Bayern. Wir brauchen Erfolge, die man auch außerhalb von Talkshows spürt. Wir müssen jetzt in die Umsetzung kommen. In solch schwierigen Zeiten erwar-

te ich Teamwork, eine vernünftige Zusammenarbeit aller demokratischen Fraktionen und das zeitnahe Aufgreifen Erfolg versprechender Lösungen, auch wenn diese von der Opposition kommen. Das erwarten alle Menschen in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur sagen, auch wenn Sie ihn heute noch ablehnen: Unser Plan liegt auf dem Tisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung des Fraktionsvorsitzenden der AfD, Prof. Dr. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Kollegin Köhler, Ihnen von den GRÜNEN fällt meistens nichts anderes ein, als immer noch mehr Geld für den sogenannten Klimaschutz zu fordern. Ich sage Ihnen eines: Sie können das Klima mit Geld überhaupt nicht verändern, auch wenn Sie jedes Mal von den Menschen immer mehr Geld einsacken. Wir haben in diesem Jahr schon eine Steigerung des Spritpreises um 25 Cent, wenn Sie einmal auf die Tanksäulen schauen. Ihr Kollege Büchler hat jüngst noch weitere 25 Cent gefordert. Gestern hat er auch noch Lufttaxis und Luftbusse gefordert. Ehrlich gesagt: Wenn man etwas über die Fliegerei weiß, dann das, dass sie sehr energieaufwendig ist. Ich halte das für überhaupt keine Lösung.

Meiner Meinung nach sollten Sie sich einmal die realistischen Klimawerte anschauen. Im Januar: 2 Grad unter dem Durchschnitt der letzten 30 Jahre. Im März: 2 Grad kälter als der Durchschnitt der letzten 30 Jahre. Mich verwundert Ihre Ideologie nicht.

Ich frage Sie eines ganz klar: Wer soll das alles in Deutschland in Zukunft bezahlen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Köhler, bitte.

Claudia Köhler (GRÜNE): Herr Professor, zu den Statistiken: Schon gestern hat Ihnen mein Kollege Friedl gesagt, wie gelogen – anders kann man es nicht nennen – und falsch gerechnet das ist.

Das andere Problem ist doch: Es geht gar nicht mehr nur um die Begrenzung, die wir versprochen haben und die wir einhalten müssen. Inzwischen geht es um Klimaanpassung, um das Fitmachen unserer Kommunen und Städte, damit sie den Temperaturanstieg und die Starkwetterereignisse überhaupt aushalten. Ich weiß nicht, wo Sie wohnen; aber auf der einen Seite erleben wir Überschwemmungen, Starkregenereignisse, Stürme, auf der anderen Seite Dürre. Wir haben Programme drin, damit der Weinanbau und der Obstanbau weiter florieren können. Das ist doch die Aufgabe. Da müssen wir die Kommunen unterstützen, weil die jetzt schon ächzen. Da muss man ein wenig Vorsorge treffen, auch wenn Sie den Leuten immer vorgaukeln wollen, das soll alles so bleiben, wie es ist. Das bleibt halt nicht so, nur weil man es sich wünscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn Dank sagen an den Finanzminister und sein Haus. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen: In der Krise zeigt sich, wen man brauchen kann und wen man nicht brauchen kann. Lieber Albert Füracker, du hast diese Bewährungsprobe glänzend bestanden. Ich ziehe den Hut vor dir und sage: In der Krise waren wir mit dir gut auf Kurs und haben diese schwere Zeit gut gemeistert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Ausgerechnet vom Krisenleugner kommt jetzt der Zwischenruf "Wir sind mitten in der Krise."

(Zuruf)

Da würde ich schon mal sagen: Überlegen Sie, wo Sie stehen! Heute da, morgen dort,

(Zuruf)

eine größere Beliebigkeit habe ich in diesen Tagen nicht mitbekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf in meinen Dank auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss einschließen, allen voran dich, lieber Josef Zellmeier: wieder mal sehr souverän, in Rekordzeit, aber trotzdem mit genügend Intensität. Die Beratungen waren fundiert; die Beratungen waren gut. Wir haben sie zu einem guten Ende geführt. Ich möchte gleich den Kolleginnen und Kollegen aus den Oppositionsfraktionen etwas sagen, was ich zu Beginn dieser Debatte am vergangenen Dienstag bereits gesagt habe: Ja, Sie haben viele Anträge gestellt, und die meisten Anträge sind abgelehnt worden. Ich weiß, das ist nicht erfreulich. Aber alle Anträge, die Sie gestellt haben, wurden intensiv diskutiert, und die sind nicht vom Tisch. Das eine oder andere wird im nächsten Haushalt auftauchen.

(Zuruf)

Sie haben hier Ansätze zur Diskussion, zur Weiterentwicklung gegeben. Aber es ist nun einmal die Systematik, dass man Oppositionsanträge – man mag das bedauern oder nicht – nicht in den Haushalt aufnimmt, sondern dass man von dem ausgeht, was der Finanzminister vorlegt.

Liebe Frau Kollegin Köhler, Sie haben gesagt, dass sich die Regierungsfaktionen auf 60 Millionen Euro verzweigen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das habe ich nicht gesagt!)

Diese Sicht ist allerdings sehr naiv.

(Zuruf)

Wir haben den Haushalt natürlich gemeinsam mit der Staatsregierung vorberaten und diskutiert und da unsere Schwerpunkte und unseren Wunsch als Gesetzgeber eingebracht. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort "Mut" tauchte auf, Frau Köhler. Ich lasse mich hier nicht von Ihnen locken. Was heißt denn "Mut"? – Wir haben den Mut, Kurs zu halten. Wir haben den Mut, eine solide Haushalts- und Finanzpolitik der letzten Jahre, nein, der letzten Jahrzehnte, weiterzuführen. Das muss man hier wirklich sagen. Bayern hat in den letzten Jahrzehnten mit wenigen Ausnahmen – Stichwort Landesbank – eine sehr solide Haushalts- und Finanzpolitik betrieben. Wir setzen das fort. Wir setzen auf eine solide Haushalts- und Finanzpolitik und auf eine Wirtschaftspolitik, die uns dazu befähigt, einen Rekordhaushalt aufzustellen und diesen auch zu stemmen. Frau Kollegin, was meinen Sie denn mit "Mut"? – Sie meinen mit "Mut" nur, dass wir Ihren Vorstellungen folgen sollen. Aber das sage ich Ihnen: Wer den Karren immer weiter nach links lenkt, der landet schnell im Straßengraben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die Pandemie hat uns einiges aufgezeigt, zunächst einmal, dass wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten richtig lagen, und zwar nicht nur politisch, sondern auch mit unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das von einigen von Ihnen immer wieder in Zweifel gezogen wird. Man meint, dass man da eine Art dritten Weg zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus bräuchte, die einen mehr Richtung Sozialismus orientiert, die anderen nennen das ökosoziale Marktwirtschaft und Ähnliches. Nein, wir lagen mit unserer sozialen Marktwirtschaft sehr richtig und haben deswegen ein gutes Fundament für die Krise gehabt, sowohl wirtschafts- als auch finanzpolitisch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ja, wir sind krisenfest, und auch unsere Gesellschaft ist krisenfest, weil unsere Gesellschaft zusammenhält. Warum hält unsere Gesellschaft zusammen? – Weil wir in Bayern eine Mitmach- und Willkommenskultur haben, auch wenn das von dem einen oder anderen von Ihnen nicht so gesehen wird. Wir wertschätzen andere Menschen, egal wie. Bei uns braucht man, um eine Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen, kein Gendern oder sonst etwas. Für uns zählt der Mensch. Das haben wir auch mit diesem Haushalt wieder deutlich gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Und wo zählt der Mensch, liebe Kolleginnen und Kollegen? Wo wird der Zusammenhalt gestärkt? – Vor allem auf der kommunalen Ebene. Der Kollege Herold weiß das sehr genau. Er war lange genug Bürgermeister. Wir können hier im Landtag beschließen, was wir wollen; im Bundestag können sie beschließen, was sie wollen. Die Gesetze, die Vorschriften und die Programme müssen umgesetzt werden. Ich schaue da zu Manfred Eibl. Er hat das als Bürgermeister in Perlesreut viele Jahre vorbildlich gemacht und dafür viele Preise eingeheimst. Ich sage nur: Wir wissen, dass die Kommunen stark sind und das umsetzen, was wir hier beschließen. Deswegen haben sie einen kommunalen Finanzausgleich mit einem erneuten Rekordvolumen von über zehn Milliarden Euro verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

– Aber ich sage auch, weil der Kollege Adelt schon wieder dazwischenruft: Lieber Kollege Adelt, wir sind im Freistaat Bayern nicht für alles zuständig. Es gibt auch Zuständigkeiten, die wir zu beachten haben. Das heißt nicht: Alles zu uns; wir haben es ja, wir zahlen es ja! – Der Kollege Muthmann nickt wissend. Auch er verfügt über eine lange kommunalpolitische Erfahrung. Ja, wir dürfen nicht immer "Hier!" schreien, sondern wir müssen auch sagen: Was ihr vor Ort zu machen habt, das müsst ihr auch tun. Wenn wir dann etwas tun, dann wollen wir auch, dass das entsprechend umgesetzt wird. – Nein, wir müssen aufpassen, und wir müssen auch gegenüber dem Bund auf-

passen, dass wir nicht immer sagen: Jawohl, wir zahlen. – Auch der Bund muss seine Hausaufgaben machen.

Herr Staatsminister, Sie haben es heute Vormittag bereits gesagt. Es kann auch nicht angehen, dass man große Versprechungen macht, und dann warten die Menschen. Irgendwann haben sie das Versprechen zwar nicht vergessen, aber sie glauben nicht mehr daran, dass dieses Versprechen erfüllt wird. So kann man kein Vertrauen gewinnen, und Vertrauen ist die wichtigste Währung in einer derartigen Krise.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Und deswegen geht von hier aus, vom Bayerischen Landtag aus der Ruf nach Berlin: Machen Sie bitte Ihre Hausaufgaben! – Ich rede vom Impfen, ich rede von der Zulassung von Tests und davon, dass man Zusagen zeitnah einhalten muss.

Ich weiß, dann wird wieder kommen: "Die EU hat ..." – Auch das ist ein Thema, das man hier einmal mit zwei Sätzen streifen muss. Ich glaube, wir sind fast alle überzeugte Europäer – so hoffe ich zumindest. Aber die Europäische Union hat in den letzten Monaten deutlich Vertrauen verspielt. Ich sage ganz deutlich: Die Briten sind aus der Europäischen Union ausgetreten, und ich möchte ungern, dass Großbritannien in ein paar Jahren sagt, es war besser so. Eigentlich müssten wir großen Ehrgeiz haben zu sagen: Liebe Engländer, ihr habt den größten Fehler eures Lebens gemacht. – Aber dann müssen wir uns auch am Riemen reißen; dann darf so eine Panne wie bei der Impfstoffbeschaffung nicht mehr passieren. Und dann darf es uns auch nicht passieren, dass der Beamtenapparat erst mal irgendwelche Wettbewerbsvorschriften rauf und runter wälzt, wenn Berlin in einer Krise nach Brüssel meldet, wir wollen und müssen unterstützen, der dann auch noch sagt, ein bisschen was geben wir, und erst wenn der Teig geknetet ist, nach Monaten, kommt die Zusage, und wir sind handlungsfähig. – So habe ich mir Europa nicht vorgestellt. Europa soll ein Motor sein und keine Bremse, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir FREIEN WÄHLER haben klare Schwerpunkte gesetzt, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner. Die Hightech Agenda für den Freistaat Bayern ist eine Zukunftswährung. Sie führt dazu, dass wir auch in der Zukunft über starke Einnahmen verfügen werden. Wir machen Bayern zukunftsfest. Das ist halt der Unterschied zwischen der Bayernkoalition und den GRÜNEN.

Die GRÜNEN haben ein Zukunftsmodell, das auf den beiden "V"s aufbaut: Verbot und Verzicht. Sie meinen, mit Verbot und Verzicht kommen wir weiter. Nein, ich sage Ihnen – und jetzt schwinge ich mal Ihre moralische Keule, die jeden Widerspruch und jede andere Meinung nicht duldet –: Mit Ihrer Verbots- und Verzichtspolitik versündigen Sie sich an der Menschheit. Wir haben in Bayern die Möglichkeit, wir haben das technische Know-how, um mitzuhelfen, die Probleme, die die ganze Welt betreffen, zum Beispiel den Klimaschutz, zu lösen. Wir haben die Voraussetzungen dafür. Aber dann müssen wir, wie wir das mit der Hightech Agenda tun, die bayerische Wirtschaft auch entsprechend stärken, anstatt darüber zu reden, ob man eine Flugscham braucht, ob man noch Fleisch essen darf oder ob man noch mit dem Pkw von A nach B fahren darf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Die Mobilitätswende! Das Flugtaxi ist eine ganz charmante Geschichte. Auch dazu leisten wir einen Beitrag; "BayLu25" haben wir mit weiteren 10 Millionen Euro ausgestattet. Aber das Flugtaxi wird ganz sicher nicht das Massenverkehrsmittel der Zukunft sein. Stellen Sie sich einmal bildlich vor, wie das denn ausschauen soll. Nein, wir müssen nach wie vor auf einen guten Dreiklang mit Individualverkehr setzen, also auf die Straße und natürlich auch auf die Schiene. Sie werden mir aber nicht weismachen wollen, dass man eine Schienenanbindung von Osterzell nach Wildsteig legen muss – jetzt kann sich jeder seinen eigenen Regierungsbezirk aussuchen –, das hätte keinen Sinn. Wir wollen allerdings im ländlichen Raum Bahnen reaktivieren. Das haben wir uns für die Zukunft vorgenommen. Wir wollen dabei auch im Bayerischen Wald den

einen oder anderen Akzent setzen. Das werden wir mit dem Koalitionspartner verhandeln. Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns dabei das eine oder andere gelingt. Natürlich muss es in ein finanzielles Gesamtkonzept passen, das ist doch klar. Aber das sind Dinge, die wirklich wichtig sind. Wir meinen Regionalität und reden nicht nur darüber wie die GRÜNEN, die dann aber sagen, jede Behördenverlagerung sei Teufelswerk.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben auch einen Schwerpunkt in der Bildung gesetzt, und zwar nicht erst, seit wir den Kultusminister stellen, sondern schon seit 2008. Frau Kollegin Köhler, es ist Ihrer Aufmerksamkeit vielleicht entgangen, aber die Zahl der Lehrer wurde in den letzten 12 Jahren ganz erheblich erhöht, auch die Zahl der Lehrer pro Kinder – sonst kommt wieder der Einwand, dass Bayern insgesamt gewachsen ist.

Wir werden auch unserer Verantwortung für das größte soziale Thema der Gegenwart gerecht: bezahlbarer Wohnraum. Da geht es halt auch nicht mit dem Modell zu sagen, die Eigenheimzulage ist sowieso nichts, und außerdem geht ein freistehendes Eigenheim auf gar keinen Fall. – Zumindest Herr Hofreiter sieht das so; ich weiß nicht, ob das alle bei Ihnen so sehen. Wahrscheinlich haben Sie die alte DDR im Kopf mit den schönen 15-stöckigen Plattenbauten. Ich sage nur: Erfurt, Rigaer Straße, oder Suhl – wunderwunderschön! Aber das ist nicht unsere Vorstellung davon, wie wir die Leute wohnen lassen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben den Mut, in die Fläche zu fördern. Wir haben auch den Mut gehabt, allen Menschen etwas zu geben, als wir zum Beispiel die Straßenausbaubeiträge abgeschafft haben, und zwar nicht nur für die Menschen mit einem ganz schmalen Einkommen, sondern für alle. Wir sind für alle Menschen da und nicht nur für einen Teil der Gesellschaft. Steuerpolitik und Finanzpolitik heißt nicht, einigen Wenigen etwas weg-

zunehmen und einigen Wenigen etwas zu geben, sondern man muss immer das Gesamte im Auge haben. Das haben wir.

Dieser Haushaltsentwurf ist gut austariert; er setzt die richtigen Schwerpunkte und – darauf bin ich ein Stück weit stolz – er setzt die Schwerpunkte, die die FREIEN WÄHLER seit 12 Jahren zu ihren Schwerpunkten gemacht haben, aber natürlich auch die Schwerpunkte, die seitens der CSU gesetzt wurden; denn wir sind schließlich eine Koalition. Wir haben ein gemeinsames Ziel. Wir arbeiten erfolgreich zusammen. Das mag dem einen oder anderen nicht so ganz in den Kram passen, aber ich finde es unglaublich mutig, in der heutigen Zeit zu sagen: Jawohl, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, wir sehen zwar da und dort noch Nachholbedarf – der Breitbandausbau wurde heute Vormittag angesprochen –, das eine oder andere müssen wir verbessern. Wie heißt es so schön? Das Gute ist der Feind des Besseren.

Wir halten Kurs. Bayern ist ein Land, das sich sehen lassen kann. Ich glaube, was hier auf dem Tisch liegt – sehr geehrter Herr Finanzminister, das haben Sie gut vorgelegt, wir haben es gut weiterentwickelt –, ist in vollem Umfang zustimmungsfähig und verdient Anerkennung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege Pohl. – Eine Zwischenbemerkung von Frau Claudia Köhler. Bitte.

Claudia Köhler (GRÜNE): Lieber Herr Pohl, zuerst möchte ich ein Missverständnis aufklären. Sie haben das akustisch schon gestern Abend falsch verstanden. Mein Kollege Dr. Büchler hat beim Thema Mobilität vom Rufbus und vom Ruftaxi im ländlichen Raum gesprochen. Weil Ihnen so etwas unbekannt ist, haben Sie "Flugtaxi" verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Heiterkeit)

Da verwechseln Sie uns. Wir geben hier aber gerne Nachhilfe, worum es sich handelt.

Ich hätte trotzdem gerne eine konkrete Antwort. Sie haben sich auf meine Vorlage bezogen und von Verbot und Verzicht gesprochen. Das hat mich doch berührt. Haben Sie vielleicht nicht zugehört? Wo habe ich von Verbot und Verzicht gesprochen? Da bitte ich Sie doch um Aufklärung.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Verbot und Verzicht sind das, was die Ideologie der GRÜNEN durchzieht. Deswegen habe ich das bei dem einen oder anderen Punkt angesprochen. Aber danke, dass Sie mir noch die Minute geben. Ich habe etwas vergessen; denn Sie haben die Berufseinstiegsbegleitung – BerEb – angesprochen. Frau Kollegin Köhler, das fand ich ein absolutes Highlight. Es gab einen Regierungsentwurf, in dem das nicht drin war. Es gab zum Haushalt Änderungsanträge, in denen dies nicht drin war. Kurz vor knapp haben Sie einen Antrag hingeworfen nach dem Motto: Liebe Freunde, jetzt gebt einfach mal zwei Millionen Euro. Wie Sie inzwischen wissen, werden diese zwei Millionen Euro gar nicht gebraucht; wenn, dann wird eine Verpflichtungsermächtigung gebraucht. Wir haben im Ausschuss mit Ihren Stimmen einstimmig beschlossen, dass die Staatsregierung dieses Problem lösen soll, und zwar nicht hoppla hopp, sondern vernünftig finanziert. Das wird die Staatsregierung auch tun. Diese Kritik ist völlig unangebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Pohl. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser letzten Debatte geht es um den Einzelplan 13, um die Allgemeine Finanzverwaltung und um die begleitenden Gesetze zum Haushalt 2021.

Herr Kollege Arnold von der SPD, Sie haben sich in der Eingangsrede darüber beschwert, dass unsere Kritik am Haushaltsplan pauschal sei. Herr Kollege, wenn etwas

"schal" war, dann Ihre Kritik als Oppositionspartei. Nicht nur die AfD hat festgestellt, dass die SPD des Kampfes für die kleinen Leute müde ist. Aber keine Sorge, dafür gibt es jetzt uns, die Alternative für Deutschland. Wir sind der Anwalt des kleinen Mannes. Als Anwalt des bayerischen Steuerzahlers haben wir diesen Plan genau unter die Lupe genommen; denn schließlich ist es dessen Geld, das Herr Söder für linksgrüne Ideologien verprasst.

Aber um die jetzige Schuldenrechnung mit dem Sonderfonds Corona-Pandemie zu verstehen, müssen wir auch die Vergangenheit etwas betrachten. Der letzte Haushalt war von Rekordsteuereinnahmen geprägt, die von den Rekordausgaben eines Herrn Söder noch übertroffen wurden – eines verantwortungslosen Ministerpräsidenten, der in den fetten Jahren trotz unserer Warnungen nicht sparen wollte. Daher hat die Regierung die ursprünglich geplante Schuldentilgung de facto gestoppt, sodass die Staatsverschuldung im letzten Jahr vor Corona bei knapp 27 Milliarden Euro lag. Mit Corona hat die Regierung den Corona-Sonderfonds aufgelegt und mit 20 Milliarden Euro ausgestattet, um die Krise bewältigen zu können. Von diesem Fonds wurden bereits wegen Steuerausfällen und für Ausgaben zur Krisenbewältigung laut Soll-Plan insgesamt 9,4 Milliarden Euro verbraucht. So bleiben für eine weitere Verschuldung aus dem Fonds 10,6 Milliarden Euro übrig – so weit einfache Mathematik.

Dementsprechend wurde die Verschuldung über den Corona-Sonderfonds im Haushaltsplan bis zum letzten Heller ausgereizt. Zugleich wurde im Entwurf des Haushaltsgesetzes festgelegt, dass die Finanzierung der krisenbedingten Sonderbedarfe den Kreditrahmen von 20 Milliarden Euro nicht überschreiten und nicht erhöht werden darf. Das halten wir einmal fest. Die Grenze liegt bei 20 Milliarden Euro, die sich die Regierung mit diesem Gesetz selbst setzt.

Der ORH hat diesen Haushaltsplan geprüft und bisher zumindest an der Berechnung der Neuverschuldung keine Beanstandungen geäußert. Auf seine übrige Kritik komme ich später zu sprechen. Dann kam kurz vor Schluss eine sogenannte Nachschubliste reingeflattert. Nachschublisten enthalten in der Regel kleinere Korrekturen, etwa von

Schreib- oder Formfehlern. Aber in dieser Nachschubliste tauchte dann eine neue Schuldenaufnahme in Höhe einer weiteren Milliarde Euro auf. Das ist der Knackpunkt. Von dieser weiteren Milliarde hatte der ORH keine Kenntnis, als er damals den Plan geprüft hat; denn diese war im Haushaltsplan ursprünglich nicht enthalten.

Ich habe bereits bei der letzten Debatte nachgefragt, warum die Regierung nun eine weitere Milliarde aufnimmt; denn damit überschreitet die Regierung rechnerisch den Kreditrahmen. Dazu hat uns bis jetzt keiner eine Erklärung geliefert.

(Zuruf)

– Herr Minister, das können Sie dann gerne aufklären, weil es mich schon interessieren würde, wie das rechnerisch passiert.

(Zuruf)

– Die Zahlen sind da. Herr Kollege Weidenbusch, ich verstehe es. Sie können mir es auch gerne nochmals erklären.

Damit steht fest: Das Gesetz, das heute beschlossen wird und den Rahmen auf 20 Milliarden Euro festschreibt, setzt sich über diesen Rahmen selbst hinweg.

(Beifall bei der AfD)

Die Koalition wird also heute ein Gesetz der Regierung verabschieden, das gegen sich selbst verstößt. Ich bin gespannt, wie der ORH diesen Teil bewerten wird; denn die Haushaltsplanung sieht definitiv anders aus.

(Zuruf)

– Sie können es dann selber darlegen. Sie müssen jetzt hier nicht schreien. Aber die Soll-Planung sieht so aus. Die Neuverschuldung beläuft sich also auf 21 Milliarden Euro und nicht auf 20 Milliarden Euro.

Jetzt kommen wir aber noch auf die Kritik des ORH zu sprechen; denn mit den Mitteln des Corona-Sonderfonds sollen 400 Millionen Euro für die von Söder durchgesetzte Hightech Agenda verwendet werden. Zitat des ORH: "Nicht überzeugt ist der ORH, dass die im Entwurf zum Haushaltsgesetz 2021 enthaltenen 400 Millionen Euro für die Hightech Agenda Bayern Plus unmittelbar mit der Not der COVID-19-Pandemie begründet werden können". Der ORH drückt sich wie gewohnt sehr zurückhaltend und höflich aus. Daher verwende ich eine klare Sprache.

Herr Söder – es ist schade, dass er mal wieder nicht da ist –, dieses Geld, das Sie für Ihre Hightech Agenda verwenden wollen, war dafür gedacht, die durch Ihre Lockdowns entstandene Not abzumildern, also um zum Beispiel die kleinen Unternehmer, die mit einem faktischen Berufsverbot belegt sind, vor dem Ruin zu bewahren, nicht um die Mittel eigensüchtig zur Selbstprofilierung zu missbrauchen.

Zuletzt komme ich auf den Schattenhaushalt zu sprechen. Die Regierung hat mit dem BayernFonds ein Instrument geschaffen, das der Haushaltsplanung entzogen ist. Sie hat diesen Fonds mit einer Kreditermächtigung von 20 Milliarden Euro ausgestattet sowie weitere Bürgschaftsrahmen und Gewährleistungsermächtigungen in Höhe von 26 Milliarden Euro vorgesehen. Dieser Fonds beinhaltet also ein Volumen von insgesamt 46 Milliarden Euro. Dieser Fonds wird von der Finanzagentur, einer privatgesellschaftlichen GmbH verwaltet, und für deren Verbindlichkeit haftet der Freistaat. Der Freistaat sind letztendlich wir, die Bürger.

Rechnen wir einmal zusammen: Die Ausgangverschuldung beträgt 27 Milliarden Euro, die Neuverschuldung 21 Milliarden Euro. Das heißt, die Verschuldung steigt auf mindestens 48 Milliarden Euro. Sollte das gesamte Volumen des BayernFonds fällig werden, steigt die Verschuldung auf sage und schreibe 94 Milliarden Euro. Ich prognostiziere Folgendes: Mit den weiteren Lockdowns werden die Steuerausfälle weiter zunehmen und noch mehr Unternehmer Hilfe brauchen. Daher bin ich mir leider sicher, dass Sie uns alle eher früher als später hier wieder versammeln werden, um den nächsten Nachtragshaushalt zu verabschieden und um Söders wahres Leuchtturm-

projekt, den größten Schuldenturm in der Geschichte Bayerns, noch höher aufzustecken. Wer hätte gedacht, dass unser geliebtes Bayern, was die Neuverschuldung angeht, einmal Deutscher Meister werden wird. Das ist kein Titel, auf den unsere Kinder einmal mit Stolz blicken werden.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die übertriebenen Corona-Beschränkungen beendet werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Harald Güller, SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Am 9. Dezember 2020 haben wir hier im Rahmen der Ersten Lesung den Entwurf des Haushalts diskutiert. Ich habe für die SPD-Fraktion ganz klar signalisiert, dass wir bereit sind, diesen Krisenhaushalt 2021 und zunächst einmal die Maßnahmen, die in diesem Jahr notwendig sind und die wir aus Pandemiegründen sofort treffen müssen, mitzutragen. Wir waren bereit, ihn mitzutragen, wenn Sie bereit sind, in den Verhandlungen zum Haushalt diese ausgestreckte Hand entgegenzunehmen und mit uns zusammen zu schauen, an welchen Stellen der Haushalt noch verbessert werden kann und wo zusätzliche Impulse beim Investieren gesetzt werden können. Wir sind jetzt 50 Stunden Ausschussberatung, 740 Anträge und 3 Tage Plenarberatung weiter. Was ist passiert? – Sie haben selbst etwas mehr als 140 Anträge eingebracht, mit denen Sie die 60 Millionen Euro, die Sie als "Fraktionsreserve" vom Finanzminister bekommen haben, für Projekte ausgegeben haben, die schlampigerweise von den Ministerien vorher vergessen wurden oder ich habe ja eher den Verdacht, für Projekte ausgegeben haben, die Sie extra in den Ministerien ausgespart haben, damit es regionale Presseerklärungen der Kolleginnen und Kollegen geben kann.

(Beifall bei der SPD)

Da sind nette Dinge dabei, zum Beispiel eine Surfwelle in Augsburg für 200.000 Euro. Ja, als Augsburger bin ich dafür. Alle regionalen Abgeordneten, die etwas von Sport verstehen, werden da sagen: Das ist eine tolle Sache. Mir braucht aber keiner zu erzählen, dass eine solche Maßnahme im Rahmen eines 71-Milliarden-Euro-Haushalts nicht früher eingebracht werden kann, wenn sie denn so sinnvoll ist.

Dann sind auch kleine Beiträge dabei wie das "Forum Soziale Inklusion", ein ausdrücklich antifeministischer Verein. In Berlin gibt es einen massiven Streit darüber, ob die Gelder ausbezahlt werden. Ich weiß nicht, wer Ihnen diesen Floh ins Ohr gesetzt hat. Sie gewähren diesem Verein noch einmal symbolisch 20.000 Euro. Ich weiß nicht, ob das eine intelligente Idee war, dies in die Presseerklärungen der CSU reinzuschreiben.

Und dann gibt es doch tatsächlich einen Antrag, den Sie angenommen haben, nämlich die Vereinspauschale für unsere Sportvereine von 20 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro zu verdoppeln. Darüber, wie das war und wie Sie sich gewunden haben, einen Antrag der SPD anzunehmen, kann man eine Glosse schreiben. Der Sportminister hat nicht gesagt, dass das eine Idee der SPD war und dass auch die FDP einen entsprechenden Antrag gestellt hat, er hat aber unglücklicherweise gesagt, die Staatsregierung hätte dies schon seit Weihnachten in der Planung gehabt, wäre aber noch nicht dazu gekommen. Sie wollten den Antrag der SPD im Ausschuss eigentlich noch ablehnen, haben aber dann im Ausschuss gemerkt, dass Sie sich damit endgültig der Lächerlichkeit preisgeben würden. Wir haben uns dann darauf geeinigt, dass ein paar Kommas geändert werden und dass die Koalitionsparteien und die demokratischen Oppositionsparteien auf unseren Antrag draufgeschrieben werden dürfen. Dann ist der Antrag einstimmig angenommen worden. Herzlichen Dank für dieses Entgegenkommen im Sinne des Sports!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Ich habe die demokratischen Parteien gemeint. Herr Hahn, da waren Sie nicht gemeint. Das haben Sie vollkommen richtig erkannt, dass Sie mit dem Begriff "demokratische Parteien" nicht gemeint sind.

(Beifall bei der SPD)

Am Ende ging es noch um diese 2,17 Millionen Euro für die Berufseinstiegsbegleitung. Herr Kollege Pohl hat gesagt, wir hätten dies kurz vor dem Ende der Diskussion "hingeworfen". Zehn Minuten später haben wir einem Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER über 114 Millionen Euro zugestimmt, die gebraucht wurden, um die Eigenheimzulage des letzten Jahres noch abfinanzieren zu können. Erzählen Sie uns deshalb bitte nicht, dass 2,17 Millionen Euro falsch sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin ganz sicher: Das Programm wird am Ende des Tages, weil es so sinnvoll ist und weil die Opposition und die Petenten so viel Druck gemacht haben, fortgesetzt werden. Sie werden ihm einen anderen Namen geben und sich drei Mal winden, um eine andere Finanzierung zu finden. Ich prophezeie Ihnen aber: Sie werden nicht drum herumkommen, diesen 3.500 jungen Menschen im Herbst dieses Jahres zu helfen. Das ist ein Erfolg der Petition, und das ist ein Erfolg unseres Antrags, auch wenn Sie ihn heute wieder in namentlicher Abstimmung abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten gab es unglaublich wenig Bewegung. Die SPD hat Ihnen durch Anträge vier Themenbereiche nähergebracht, die ihr besonders am Herzen liegen. Diese Themenbereiche sind die Mobilität für alle, Digitalisierung und Bildung, soziale Infrastruktur mit den Unterpunkten Wohnen, Wohnfonds, Bauen und Kitas sowie das Thema Gesundheit mit den Unterpunkten Krankenhauswesen, Pflegeeinrichtungen und öffentlicher Gesundheitsdienst. Wir sind davon überzeugt, dass sich der Staat aus einer Krise wie der gegenwärtigen nicht heraussparen kann. Der Staat muss sich aus einer

Krise herausinvestieren. Sie sprechen immer von Schulden für die nächste Generation. Die größte Schuld, die wir der kommenden Generation hinterlassen könnten, wäre eine marode Infrastruktur. Deshalb müssen wir in diese genannten Bereiche investieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie waren bei all diesen Themen aber nicht bereit, mit uns gemeinsam die Weichen für eine gute Zukunft und für einen Weg aus der Krise zu stellen. Sie waren beim Thema Mobilität nicht bereit, den Weg zu einem flächendeckenden 365-Euro-Ticket für alle Jugendlichen in Bayern, nicht nur in einzelnen Großstädten, zu gehen. Sie waren nicht bereit, ein Sozialticket oder ein Ticket für die Seniorinnen und Senioren einzuführen. Sie waren nicht bereit, mehr öffentlichen Personennahverkehr durch Busse und auf der Schiene zu schaffen. Sie waren nicht bereit, Digitalisierungs- und Bildungsmöglichkeiten für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, zu realisieren. Sie waren nicht einmal bereit, 250.000 Euro für ein Konzept der digitalen Lernmittelfreiheit auszugeben, das dann in den nächsten Jahren mit allen Parteien dieses Hauses hätte umgesetzt werden können. Sie waren nicht bereit, sich einen Millimeter zu bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Themen soziale Infrastruktur und bezahlbarer Wohnraum haben Sie sich nicht bewegt. Das Gleiche gilt auch für die Forderung nach Schaffung eines Fonds für sicheres Wohnen, mit dem Wohnungslosigkeit verhindert werden sollte. Die Ministerin hat in Pressemitteilungen erklärt, das sollte in Berlin gemacht werden. Wo wir jedoch selbst handeln können, in unserem eigenen Haushalt, stimmen Sie mit Nein. Nach unserer Auffassung ist das zu wenig für eine Zustimmung zu diesem Haushalt.

Herr Füracker hat noch eins draufgesetzt und heute Morgen bei der Diskussion zum Einzelplan 06 des Finanzministeriums erklärt: Ich weiß nicht, wo man in diesem Haushalt noch mehr machen kann. – Das zeigt, dass Sie nicht bereit sind, die Weichen

richtig zu stellen. Ich sage ausdrücklich: Natürlich haben wir nicht erwartet, dass Sie jede unserer Initiativen eins zu eins übernehmen. Natürlich haben wir nicht erwartet, dass Sie alle unsere Anträge aufnehmen. Wir hätten aber erwartet, dass mit uns diskutiert wird. Auch von den anderen Oppositionsfraktionen gibt es interessante Anträge. Wir sollten darüber diskutieren, wie wir diesen Freistaat gemeinsam nach vorne bringen können. Dazu sind Sie nicht bereit.

Herr Kollege Pohl, was Sie hier abgeliefert haben, war selbstgefällig. Sie haben erklärt: Wir werden das in unsere Überlegungen einbeziehen. Sie werden die eine oder andere Ihrer Ideen in den nächsten Jahren im Haushalt wiederfinden. – Kolleginnen und Kollegen, genau das haben die Bürgerinnen und Bürger in Bayern nicht verdient. Die Koalitionsfraktionen kupfern nur ab und verschleppen die Themen über Jahre. Die Bürgerinnen und Bürger haben es verdient, dass wir in diesem Parlament und im Ausschuss gemeinsam darum ringen, die besten Ergebnisse für sie zu erzielen. Dazu gehört es auch, Ideen von anderen aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch kurz zum Haushaltsgesetz kommen. Ich denke, wir sollten in den nächsten Jahren noch einmal in aller Ruhe über das Thema Personal und Personalstärke diskutieren. Im Rahmen von Haushaltsberatungen ist es schwierig, die Stellenpläne der einzelnen Ministerien durchzugehen und festzustellen, an welcher Stelle Umsetzungen notwendig sind, wo eingespart werden kann und an welchen Stellen deutlich mehr Personal notwendig ist. Es ist aber natürlich nicht der richtige Weg, dass der Personalkörper immer größer wird und wir feststellen, dass er insbesondere in der Staatskanzlei und an der Spitze der Ministerien größer wird. Wir müssen schauen, dass die Personalstellen dort sind, wo sie am effektivsten sind. Ob die Stellen in der Staatskanzlei zur permanenten Kontrolle der anderen Ministerien richtig eingesetzt sind, darf ich an dieser Stelle schon einmal mit einem Fragezeichen versehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema Einzelplan 13 darf ich aber auch ausdrücklich feststellen, dass man dieses Jahr mit der Fortführung des Corona-Sonderfonds, der letztes Jahr beschlossen wurde – – Das waren einmal 10 Milliarden Euro, dann noch einmal 10 Milliarden Euro. Sie wissen, dass die SPD den ersten 10 Milliarden auf jeden Fall zugestimmt hat, weil diese in der damaligen Lage schnell zur Verfügung stehen mussten. Bei den zweiten 10 Milliarden Euro waren wir, weil sie nicht einzeln zugewiesen waren, sehr kritisch. Wir haben auch gesagt, es wäre genügend Zeit, das Parlament zu beteiligen.

Sie haben das weit von sich gewiesen und uns an der Stelle, weil wir dem Haushalt nicht zugestimmt haben, so ziemlich alles geheißen, was nicht im Gesangsbuch steht. Das Ergebnis im letzten Jahr war, dass Sie nicht einmal die ersten 10 Milliarden Euro gebraucht haben.

(Zuruf)

Weil wir vorhin gerade wieder eine große Schelte in Richtung Berlin gehört haben: Sie haben die 10 Milliarden Euro auch deshalb nicht gebraucht, weil 60 % der Leistungen, die eigentlich aus dem aus dem Corona-Fonds vorgesehen waren, vom Bund, von der Bundesregierung, vom Bundeshaushalt und vom Bundesgesetzgeber, übernommen worden sind. Dort sind wir alle ja, zumindest wir als SPD und Sie als CSU, beteiligt. Das gehört zur Wahrheit schon auch dazu.

Der Fonds wird heuer auf jeden Fall anders verwaltet. Es ist völlig richtig, dass man Handlungsfreiheit braucht. Der Ministerrat muss Beschlüsse fassen können. Die gehen dann aber ins Parlament und werden im Parlament noch einmal diskutiert. Das Geld wird von uns freigegeben. Das ist der richtige Weg, den wir uns schon voriges Jahr gewünscht hätten. Danke, dass Sie an dieser Stelle gelernt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss noch das Thema Finanzausgleichsänderungsgesetz. Wir werden uns an dieser Stelle enthalten. Ich glaube, wir als Parlament haben den Weg, dass die kommunalen Spitzenverbände das zunächst auf dem stillen Weg mit der Staatsregierung ausmachen, zu akzeptieren. Ich glaube aber auch, die kommunalen Spitzenverbände wären ganz gut beraten, alle Parteien in diesem Haus stärker einzubeziehen. Sie hätten dann vielleicht auch mehr und bessere Ergebnisse.

Ich nenne eine Stelle, an der es mir eindeutig zu wenig ist. Wir werden uns deswegen enthalten. Das ist das Thema Ausstattung der Bezirke. Es ist gesagt worden, dass es 15 Millionen Euro mehr und damit jetzt 706 Millionen Euro gibt. Das klingt viel. Wer sich aber – viele von uns in diesem Hause sind Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen – die Situation genau anschaut, der weiß, dass auf die Bezirke in den nächsten Jahren im Sozialbereich – im Bereich der Inklusion und im Bereich der Behinderung – derartige Ausgaben zukommen, was den Landkreisen und kreisfreien Städten massiv auf die Füße fallen wird, wenn wir als Freistaat nicht deutlich mehr Geld geben.

Ich glaube deswegen, dass man an dieser Stelle mehr hätte tun müssen. Wir werden uns deswegen an dieser Stelle enthalten. Ich sage noch einmal, dass die kommunalen Spitzenverbände gut beraten wären, dieses Thema besser und stärker als bisher zu adressieren. Ich sage das auch als Kreisrat des Landkreises Augsburg.

Kolleginnen und Kollegen, zusammengefasst ist das wegen der Finanzausstattung, die wir in diesem Freistaat unzweifelhaft haben und an der die SPD überhaupt nichts zu kritisieren hat, ein starker Haushalt. Der Haushalt hätte aber deutlich stärker sein können, wenn Sie bereit gewesen wären, auch unsere Anträge ein Stück weit aufzunehmen. Sie waren dazu nicht bereit. Dieser Haushalt bleibt deswegen weit, weit, weit hinter den Möglichkeiten Bayerns zurück. Das ist schade, das ist schlecht und verdient die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Güller, bitte bleiben Sie noch da. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lieber Harald Güller, nimm bitte zur Kenntnis, dass das der Haushalt des Freistaats Bayern, des Parlaments und damit der Haushalt von uns allen ist.

Erstens. Wenn ich sage, dass Ideen später mit Wertschätzung übernommen werden können, hat das nichts mit Abkupfern und schon gar nichts mit Selbstgefälligkeit, sondern mit Respekt zu tun.

Zweitens. Selbstverständlich haben Kollege Zellmeier und ich – das ist nachweisbar – die Vereinspauschale bereits am 3. Februar angekündigt. Ich habe auch gesagt, dass ich davon ausgehe, dass der Kollege Güller einen ähnlichen Antrag stellen wird. Selbstverständlich könnt ihr sagen, dass auch ihr euren Anteil an dieser Vereinspauschale habt. Ihr habt dem ja auch zugestimmt. Punkt!

Drittens. Berufseinstiegsbegleitung – BerEB –: Das war einfach nicht solide. Das ist ein Antrag auf 2,17 Millionen. Man braucht das Geld nicht. Man braucht die Verpflichtungsermächtigung. Es geht eben nicht, dass man in ein oder zwei Wochen etwas hinrotzt und dann glaubt, dass man dafür Zustimmung bekommt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist zu Ende, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die Eigenheimzulage war über Wochen durchkalkuliert. Wir haben das dann auch mit entsprechender Gegenfinanzierung beschlossen; das andere eben nicht!

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Güller, bitte.

Harald Güller (SPD): Erstens noch einmal zu den 114 Millionen Euro, die "wochenlang durchkalkuliert" waren: Auf den Tisch des Haushaltsausschusses sind sie mit Beginn der Sitzung gekommen; zwei Stunden später sind sie dann beschlossen worden.

Zweitens. Wir haben die 2,17 Millionen Euro eindeutig mit spitzer Feder berechnet.

Drittens. Man sollte unseren Antrag – den Antrag von SPD, GRÜNEN und FDP –, bevor man ihn ablehnt, zumindest gelesen haben. Da steht nämlich das Wort "Verpflichtungsermächtigung" groß und mächtig drin. Da ist auch ein zweistelliger Millionenbetrag enthalten, und zwar der, den wir für zwei Jahre Finanzierung des Projekts brauchen. Entschuldigung! Schade, dass ihr Anträge, bevor ihr sie formelhaft ablehnt, nicht einmal komplett durchlest. Das beweist aber, was ich gerade vorhin gesagt habe. Das ist – sorry – selbstgefällig.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben, wie im Vorjahr, wieder einen sehr unbestimmten Haushalt vor uns. Er ist deshalb unbestimmt, weil da immer noch Milliardenbeträge drin sind, von denen wir nicht genau wissen, ob und wofür wir sie ausgeben werden oder werden ausgeben müssen. Es ist deshalb absolut richtig, dass wir nur über einen Einjahreshaushalt reden.

Wir begrüßen grundsätzlich auch, dass es über die 20 Milliarden hinaus, die wir im vergangenen Jahr beschlossen haben, keine weiteren Schulden gibt. Ich habe in der Ersten Lesung schon gesagt, dass ich es nach wie vor für eine geschickte Formulierung halte, davon zu reden, es gebe keine neuen Schulden. Natürlich sind es neue Schulden. Es sind ja Schulden in diesem Haushalt. Sie gehen aber eben nicht über das hinaus, was wir schon im letzten Jahr geplant hatten.

Es ist auch richtig, dass die Schuldenaufnahme auf den gesetzlich definierten Notfall beschränkt wird und wir von weiteren Schulden absehen. Genauso richtig ist – ich sage das jetzt ausdrücklich –, dass die Idee mit den Green Bonds kein Gehör gefunden hat; hier ist weder ein Notfall gegeben, noch ist es sinnvoll, bei der Schuldenaufnahme ökologische Aspekte einzubeziehen.

Ich hätte mir allerdings bei der Rückzahlung der Schulden schon ein bisschen mehr Ehrgeiz erwartet. Die Tranche für 2021 soll ja erst ein Jahr später zurückgezahlt werden. Ich glaube, dass wir schon ein bisschen mehr Mut haben und uns eine Verpflichtung auferlegen sollten. Wir haben gegenüber der nachfolgenden Generation eine Verantwortung und sollten die Rückzahlung auf keinen Fall weiter hinausschieben. Ich glaube, es geht hier um finanzielle Gerechtigkeit für die nächste Generation, der wir uns unbedingt verpflichtet fühlen sollten.

Die Rücklagen werden etwas angegriffen. Das ist auch völlig in Ordnung. Rücklagen werden schließlich dafür angespart, dass man sie in schlechten Zeiten verwendet. Wir sind sogar der Meinung, dass man sie stärker verwenden sollte. Wahrscheinlich hält man einfach das Pulver für den nächsten Wahlkampf trocken. Dafür sind aber Rücklagen nicht gedacht.

Zu den Pensionsrückstellungen – ich habe es schon mehrfach erwähnt – gab es eine Vereinbarung, dass man die Zufuhr zu den Pensionsrückstellungen reduziert, um die Schuldentilgung voranzubringen. Die Schuldentilgung ist faktisch auf null zurückgefahren. Ich glaube, es werden nur noch 50 Millionen pro Jahr getilgt. Eigentlich ist damit dieser Deal hinfällig, den man damals gemacht hat. Wir haben ausdrücklich beispielsweise 10 Millionen eingefordert, um zu zeigen, was allein der Aufbau neuer Stellen für die Pensionsrücklagen bedeutet. Eigentlich müssten wir sehr viel mehr dem Pensionsfonds zuführen. Wir haben dazu eine Anfrage gestellt, haben aber leider überhaupt keine Antwort dazu bekommen, was die Staatsregierung erwartet, was künftig kommen wird, geschweige denn, wie sie es bezahlen will und welche Pensionsverpflichtungen in den nächsten Jahren kommen werden. Jede normale Firma kann überhaupt

keinen Jahresabschluss vorlegen, wenn sie kein Pensionsgutachten vorlegt. Der bayerische Staat kann es aber offenbar.

Der Corona-Sonderfonds wird aus meiner Sicht als Steinbruch missbraucht. Wir haben es bei zahlreichen Anträgen gesehen. Die Kollegen haben es teilweise schon vorgetragen. Unter Aufbietung mancher rhetorischer Tricks hat man versucht, die eine oder andere Ausgabe als coronabedingt unterzubringen. Das absolute Highlight ist die Hightech Agenda Plus, die aus dem Corona-Sonderfonds finanziert wird. Das ist keine Trickserei mehr, das ist haushalterisch illegal. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit werden dadurch eindeutig verletzt. Das ist eine Zweckentfremdung der Fondsmittel. Das sieht übrigens der ORH genauso, aber der bestätigt mich sowieso in vielen Punkten.

Der Corona-Fonds ist im Einzelplan 13 enthalten. Auch darüber kann man sich streiten, ob das richtig ist, ob das, was da geplant ist, wirklich verbindlich ist. Teilweise steht es nur in Kommentaren. Ich meine schon, dass es richtig wäre, diese Ausgaben in den jeweiligen Einzelhaushalten auszuweisen. Verfassungsrechtlich gibt es durchaus Bedenken, ob alles das so richtig ausgewiesen ist.

Jetzt haben wir die Maßgabe, dass der Haushaltsausschuss darüber entscheiden soll, wenn aus diesem Resttopf noch Mittel vergeben werden sollen. Ich bin echt gespannt darauf, wie gut das wirklich funktioniert oder ob das nur eine Pseudoeinbindung ist. Wird dann noch richtig diskutiert, oder müssen wir zum Schluss alles nur noch abnicken? Diese Gefahr sehe ich als groß an.

Schauen wir einmal auf die Ausgabenseite. Die FDP-Fraktion fordert schon seit Langem, dass wir den Fokus viel stärker auf die Ausgabenseite richten sollten, weil wir immer nur über die Einnahmenseite diskutieren. Die Ausgabenseite gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten, ist immer etwas unangenehmer.

Ich habe nur zwei Posten herausgegriffen. Das eine sind die Baukosten. In den Hochbauvorlagen haben wir teilweise exorbitante Summen. Das fängt mit Kostensteigerun-

gen im Projektverlauf an. Dagegen hilft uns auch das veränderte Controlling nur sehr bedingt. Teilweise habe ich den Eindruck, dass in den Kosten Zuschläge enthalten sind, die man einem normalen Unternehmer niemals zumuten würde. Dem Staat gegenüber schlägt man noch eine Position obendrauf. Die Planungsverfahren dauern an. Mit dem Kostencontrolling könnte man, glaube ich, eine ganze Menge einsparen. Auch dazu gibt es eine fast gleichlautende Stellungnahme des ORH.

Ein besonderes Thema möchte ich auch noch einmal ansprechen. Ich bin auch gerne bereit, mich belehren zu lassen, wenn ich etwas falsch sehe. Wir haben vor einigen Jahren von Finanzminister Söder gehört, der Länderfinanzausgleich sei eine Zumutung für Bayern, dieser müsste geändert werden, es gehe auf keinen Fall mehr, dass wir weiterhin so viel bezahlen. Tatsächlich wurde das Verfahren geändert. Auf der Seite des Bundesfinanzministeriums steht, dass wir 2018 nach der alten Methode 6,67 Milliarden bezahlt haben. 2019 haben wir auch nach der alten Methode 6,7 Milliarden bezahlt. 2020 haben wir nach der neuen Methode 7,7 Milliarden bezahlt. Wir bezahlen mehr, als wir vorher bezahlen mussten. Ich lasse mich gerne belehren, Herr Finanzminister, aber das verstehe ich nicht. Das steht auf der Seite des Bundesfinanzministeriums. Vielleicht müssten wir nach der alten Methode noch mehr bezahlen. Das will ich gar nicht bestreiten. Eine Ersparnis sehe ich darin aber nicht.

Lassen Sie mich noch kurz darlegen, welche Vorstellungen ich davon habe, wie ein Haushaltsentwurf wirklich aussehen sollte. Dazu noch einmal ein Kommentar: Ich habe mit richtigem Genuss am Dienstag den Jahresbericht des ORH gelesen. Dort steht teilweise fast wörtlich das, was wir schon immer gefordert haben. Insbesondere wird eine zielorientierte Ausgabenpolitik darin gefordert. Ich muss festlegen, welches Ziel ich habe, welche Maßnahmen ich ergreife und wie ich das Ziel tatsächlich erreiche. Ich muss prüfen, ob ich das Ziel erreicht habe. Wir haben dazu sogar einen Änderungsvorschlag zum Haushaltsgesetz gemacht. Dieser ist zwar abgelehnt worden, aber ich fand es bemerkenswert – den Satz habe ich mir angestrichen –, was Kollege Herold gesagt hat. Jetzt ist er gar nicht da, das ist schade. Er hat diesen Vorschlag

zwar auch abgelehnt, aber er hat gesagt, bei passender Gelegenheit sollten wir einmal über die mit dem Änderungsantrag unterbreiteten Vorschläge diskutieren. Ich habe das als ganz großes Lob verstanden. Ich hoffe, dass Sie auf dieses Angebot auch tatsächlich zurückkommen.

Wir sollten mit dem Geld des Steuerzahlers sehr viel effizienter und transparenter sowie nachhaltig im Sinne der Generationengerechtigkeit umgehen. Alle diese Forderungen können Sie fast wörtlich im ORH-Bericht nachlesen. Wir haben auch versucht, diese Kriterien bei unseren Änderungsanträgen zu berücksichtigen. Wir haben versucht zu definieren, was wir wollen und wie wir es erreichen können. Darüber, wie mit Oppositionsanträgen umgegangen wird, ist schon hinreichend diskutiert worden.

An der Stelle möchte ich einen Dank ausbringen. Ich danke dem Haushaltsausschuss quer durch alle Fraktionen. Ich danke auch Herrn Zellmeier, der immer wieder versucht hat, die hitzigen Gemüter etwas zusammenzuführen. Ich danke auch dem Ausschussbüro, das teilweise auch kurzfristige Änderungen noch vorgelegt hat. Ich danke ganz bewusst auch dem Finanzministerium, das am Schluss schon einen recht guten Vorschlag gemacht hat, auch wenn wir manche Schwerpunkte völlig anders setzen würden.

Für uns ist der Haushalt einfach viel zu wenig nachhaltig, weil wir die Belastungen für die nachfolgenden Generationen nicht so gering wie möglich halten. Die Ausgabenpolitik würden wir grundsätzlich völlig neu ausrichten. Deshalb werden wir dem Einzelplan 13 und dem Haushaltsgesetz nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Damit darf ich als nächsten Redner Herrn Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion aufrufen. Herr Ausschussvorsitzender, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Kommen wir zur Schlussbilanz unserer Haushaltsberatungen, zunächst im Einzelplan 13 und anschließend im FAG und im Haushaltsgesetz.

Der Einzelplan 13 ist ein echtes Schwergewicht. Das weiß man nicht immer. Wenn man die Einnahmenseite anschaut, dann ist er das Schwergewicht. coronabedingt ist er aber auch auf der Ausgabenseite ein Schwergewicht. Zu den Schwerpunkten, die wir gesetzt haben, haben uns die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition gesagt, was sie alles gerne anders gemacht hätten. Dazu muss man sagen: Wir setzen die Schwerpunkte schon richtig. Wenn wir das Gefühl hätten, es wäre nicht so, würden wir Ihren Anträgen natürlich zustimmen. Wir sind aber davon überzeugt, dass wir Sicherheit, Verlässlichkeit und Stabilität mit Investitionen in die Zukunft verbinden. Das hat die Regierungskoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN schon immer ausgezeichnet.

Wir haben ein klares Ziel. Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik ist eine Erfindung der CSU, lieber Kollege Kaltenhauser, und nicht der FDP. In Zeiten, als die FDP noch flächendeckend regiert hat, hat sie immer wieder bewiesen, dass Nachhaltigkeit im Finanzwesen nicht ihre Stärke ist, auch wenn es nach außen immer so dargestellt wird.

Der Kollege Güller hat gesagt, wir hätten doch den einen oder anderen Antrag annehmen können. Einem Antrag, nämlich dem Antrag zur Vereinspauschale, haben wir auch zugestimmt. Das Ergebnis haben wir gesehen. Das hatten wir doch schon alles eingeplant. Wir waren großzügig, und ihr habt es als euren Erfolg verkauft. Euer Vorschlag war richtig, aber wir hätten eure Hilfe nicht gebraucht, wir hätten es selber auch gekonnt. Wir wollten nur einmal nicht so sein. Im Endeffekt sieht man aber, was dabei herauskommt. Darauf will ich aber jetzt nicht weiter eingehen, ich komme im Laufe meiner Rede noch darauf zurück.

Wir setzen auf Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen. Seit vielen Jahren ist es schon immer das Motto der CSU, dass wir Zukunft gestalten wollen, und dazu brauchen wir Spielräume.

Bevor ich zu den inhaltlichen Ausführungen komme, lassen Sie mich Danke sagen. Ich danke allen, die in der jetzigen schwierigen Zeit, in der Corona-Zeit, als Ärzte, als Pflegekräfte, aber auch als Kassiererinnen im Supermarkt standhalten, für uns Tag und Nacht da sind und sich von der Pandemie nicht beeindrucken lassen. Danke auch denjenigen, die den Haushalt vorbereitet haben. Danke dir, lieber Albert Füracker als unserem Finanzminister, mit deinem Haus, deinem Amtschef und deinem Abteilungsleiter, Herrn Kazmaier, den ich ausdrücklich auch erwähnen möchte, für die hervorragende Arbeit. Es ist eine wahre Glanzleistung, das alles in eine Form zu gießen, so dass es für uns als Mehrheitsfraktionen akzeptabel ist. Denn man muss eines sagen: In dieser schwierigen Zeit sind nicht alle Dinge möglich, die man sich gerne so vorstellt.

Ich danke natürlich auch allen, die im Ausschuss tätig sind: meiner Stellvertreterin Frau Köhler, allen Fraktionssprechern und allen Ausschussmitgliedern. Im Haushaltsausschuss ist die Zusammenarbeit schon sehr gut. Wir sind uns nicht immer einig, aber das kann man auch nicht erwarten. Das wäre im Sinne der Demokratie auch nicht einmal erstrebenswert, dass wir uns immer einig wären; denn Opposition bedeutet auch, Alternativen aufzuzeigen. Das tun Sie. Hin und wieder haben Sie vielleicht recht, aber in der Regel haben wir recht.

(Heiterkeit)

Darum gehen auch die Abstimmungen so aus, wie sie ausgegangen sind. Insbesondere danke ich dem Ausschussbüro; ich möchte Frau Wichtermann-Robl, Frau Bergbauer-Schlenzger und Herrn Treitner namentlich nennen, die für uns alle perfekte Arbeit leisten. Auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, hier stellvertretend Herrn Dr. Raeder, danke ich. Denn dass in den Fraktionsgeschäftsstel-

len gute Vorarbeit geleistet wird, ist ganz entscheidend. Das geschieht in allen Fraktionen. Dafür ein Dankeschön!

(Allgemeiner Beifall)

Wenn Sie alle jetzt die Frage stellen, was die Regierungsfaktionen noch am Haushalt verändert haben, dann wird immer die sogenannte Fraktionsreserve mit 60 Millionen Euro zitiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt hat sich auf Antrag der Regierungsfaktionen schon noch mehr verändert: Die Eigenheimzulage ist bereits genannt worden; das ist ja nicht ohne. Wir bestimmen natürlich auch im Vorfeld mit, was uns wichtig ist. – Lieber Kollege Herold, es ist dir besonders wichtig, dass es zum Beispiel bei den Staatsstraßen einen Betrag in einer Größenordnung gibt, wie dies noch nie der Fall war. Wir haben auf dem Land großen Nachholbedarf. Das ist auch unserer Schwerpunktsetzung in den Regierungsfaktionen zu verdanken, weil wir natürlich nicht alles nachbessern wollen. Wir wollen es vorweg in die Beratungen einbringen. Ich danke auch Albert Füracker dafür, dass er unsere Vorschläge immer bereitwillig aufnimmt. "Bereitwillig" ist immer relativ; denn auch intern gibt es Diskussionen. Wir kommen aber immer wieder gut zusammen, weil wir die gleiche Stoß- und Zielrichtung haben.

Mit 71 Milliarden Euro ist das durchaus ein respektable Haushalt, der zweithöchste in der Geschichte des Freistaats. Nur im letzten Jahr war der Ansatz coronabedingt höher. Man sieht: Corona verlangt uns in finanzieller Hinsicht viel ab. Darum müssen wir auch an der rechten Stelle sparen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, eure Anträge kosten sehr oft sehr viel Geld; wenn ihr dann einmal sparen wollt, dann meistens an der falschen Stelle. Wie gesagt, wir können euren Vorschlägen deshalb nicht nachkommen. Ich kann nur eines sagen: Wir werden auch in Zukunft auf die Finanzen und die Nachhaltigkeit achten, denn Nachhaltigkeit ist nicht nur im Umweltbereich wichtig.

An dieser Stelle darf ich einmal dem bayerischen Steuerzahler Danke sagen. Denn er ist es, der uns hier im Haus das Arbeiten ermöglicht. Er ermöglicht uns, viel Geld zu verteilen, weil der bayerische Steuerzahler – ob das der Arbeitnehmer, der Unternehmer oder der Landwirt ist – fleißig ist, viel erwirtschaftet und weil damit auch der Rubel rollt. Er rollt in Bayern besser als in jedem anderen Bundesland. Ich sage vor allem unserem bayerischen Mittelstand ein großes Dankeschön.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir bleiben das Land der soliden Finanzen. Das zeigt sich an der Kreditemächtigung. Vorher wurde gesagt, man hätte gleich gewusst, dass die 20 Milliarden Euro im Vorjahr nicht gebraucht würden. Wir waren uns da nicht so sicher, und wir wussten auch nicht, wie viel der Bund übernimmt. Dass wir durchsetzen konnten, dass der Bund so viele Kosten übernimmt, war auch ein hartes Stück Arbeit unseres Finanzministers und der CSU in Berlin. Wir sind der Meinung: Es ist richtig, dass der Bund die Kosten übernimmt. Der Bund partizipiert von den höheren Steuereinnahmen, die wir in Bayern erwirtschaften, überdurchschnittlich. Das muss man auch einmal sagen. Wenn höhere Anteile übernommen werden, dann ist das auch gut für uns, weil wir mehr Spielraum haben, und es ist folgerichtig, weil der Bund in vielen dieser Punkte den Hut aufhat und damit auch die Folgen abdecken muss.

Aber wer kann behaupten, dass er das in dieser Form vor einem Jahr schon gewusst hat? Wir haben es nicht gewusst. Die Opposition ist meist schlauer, aber der Bürger weiß, dass wir hier durchaus seriös kalkulieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben im Übrigen trotz der Neuverschuldung – das waren im letzten Jahr 7,2 Milliarden Euro, und ich bin dankbar, dass es nur ein gutes Drittel dessen war, was wir eingeplant hatten – eine insgesamt niedrige Verschuldung. Die Zinsbelastung im Haushalt beträgt 0,7 %. Bei den anderen Ländern liegt sie bei 1,8 %. Wir haben nur ein Drittel der Verschuldung der anderen Bundesländer. In den westdeutschen Flächen-

ländern sind es 7.877 Euro pro Kopf; bei uns sind es 2.597 Euro, was ein Drittel dessen ist – das muss man sich einmal vor Augen halten –, obwohl wir viele Schulden aufgrund der Notsituation gemacht haben. Das zeigt doch, dass wir in der Vergangenheit gut gewirtschaftet haben, dass wir sparsam waren und dass wir Rücklagen angelegt haben. – Lieber Kollege Kaltenhauser, das haben wir nicht für Wahlkampfzwecke getan. Ich weiß gar nicht, wie Sie auf die Idee kommen. Bis zu den Wahlen dauert es noch zweieinhalb Jahre.

(Unruhe)

Wir haben das getan, weil wir die mittelfristige Finanzplanung unseres Finanzministers lesen können. Lieber Kollege Kaltenhauser, wir sehen, dass es in den nächsten Jahren nicht so gut ausschaut, außer, es käme wie damals nach der Finanzmarktkrise ein Wunder und die Steuereinnahmen stiegen steil an. Das wünschen wir uns, aber wir wissen es nicht. Wir müssen Vorsorge treffen, indem wir die Rücklagen dort schonen, wo es geht. Trotzdem setzen wir 2,1 Milliarden Euro aus der Rücklage zusätzlich zu den jetzt neu aufgenommenen Schulden ein.

Im Übrigen hat die Rating-Agentur Standard & Poor's Bayern als einzigem deutschen Bundesland wieder einmal die Bestnote erteilt, hat unsere Reserven, die Schuldentilgung der Vergangenheit und die Tatsache, dass wir bis zum letzten Jahr, über fünfzehn Jahre hinweg, keine neuen Schulden gemacht haben, gewürdigt. Das ist ein Markenzeichen der CSU. Wir haben es auch bundesweit durchgesetzt. Deshalb stehen wir zur Schuldenbremse und wollen sie nicht aufweichen. In Krisenjahren dürfen wir das, aber nicht generell. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt komme ich zu den GRÜNEN: In Ihren Änderungsanträgen fordern Sie bei einer zweifelhaften Gegenfinanzierung, den Green Bonds, Mehrausgaben in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Kollege Pohl, dem ich als Koalitionspartner extra danken möchte und mit dem ich im Ausschuss hervorragend zusammenarbeite, hat es ausgeführt. Es

ist unsolide, unseriös, verstößt gegen die Schuldenbremse, ist verfassungswidrig und eine verdeckte Verschuldung unter dem Mäntelchen eines schönen Namens. Es ist natürlich ein englischer Name, weil es sich dann immer besser anhört. Nennt man es dazu noch grün, dann strahlen viele Kinderaugen. Aber es ist nicht so. Das geht auf Kosten der jungen Generation, denn diese Schulden müssen zurückbezahlt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Generationengerechtigkeit war uns schon immer wichtig. Dabei geht es einerseits um die Ökologie, um die Umwelt, andererseits aber auch sehr stark um die finanzielle Generationengerechtigkeit.

Ich habe vonseiten der GRÜNEN gehört, die Verkehrswende komme in Bayern nicht voran. Doch, sie kommt voran. Natürlich müssen wir auch dabei immer schauen, was finanzierbar ist. Aber sie kommt voran. Wir tun in diesem Bereich sehr viel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wir sind auch nicht ideologisch unterwegs. Wir wissen, dass wir auch die Straße und den Pkw brauchen; wir wissen, dass der Verbrennungsmotor noch über einen längeren Zeitraum notwendig sein wird. Wir sind eben nicht ideologisch. Wir wollen die Zukunft möglichst offen gestalten und nicht einseitige Wege gehen, wie Sie es tun.

Für die Unwägbarkeiten der Pandemie haben wir den Haushaltsansatz im Rahmen einer Nachschubliste auf 2,4 Milliarden Euro, also fast um eine Milliarde Euro, erhöht. Das ist ein gewaltiger Betrag, der – so könnte man meinen – zur freien Verfügung steht. Das tut er natürlich nicht. Hier wird von der Staatsregierung sorgsam abgewogen, und wir als Haushälter bestimmen mit, ob die Mittel ausgegeben werden dürfen. Das war eine originäre Idee von uns. Wir haben das im Vorfeld mit der Staatsregierung besprochen; sie hat es bereitwillig übernommen. Dafür möchte ich auch noch einmal Danke sagen. Hätte sie es nicht übernommen, hätten wir es wahrscheinlich trotzdem durchgesetzt, weil es uns wichtig ist und weil wir mitbestimmen wollen.

Heuer ist der rechte Zeitpunkt dafür, denn jetzt haben wir mehr Erfahrung. Jetzt wissen wir mehr, haben etwas mehr Vorlauf und können damit natürlich den Haushaltsausschuss beteiligen. – Lieber Herr Güller, damals war das nicht so; da war es nicht möglich. Bei meiner ersten Rede am Dienstag habe ich schon gesagt, dass ihr manchmal schon das Richtige sagt, aber nicht immer zum richtigen Zeitpunkt.

(Unruhe)

Beides muss zusammenkommen.

Im Übrigen sind der Verwendung der Corona-Mittel durch die Verfassung enge Grenzen gesetzt. Man kann nicht alles, was uns gerade einfällt, durch die coronabedingte Schuldenaufnahme finanzieren. Das wollen wir auch nicht. Natürlich gibt es da einen Spielraum. Ich bin auch der Meinung, diesen Spielraum sollten wir nutzen, denn wir wissen nicht, wie sich die finanzielle Situation in den nächsten Jahren entwickelt. Wenn Corona, hoffentlich bald, vorbei ist, dann werden wir sicher darüber diskutieren müssen, wie wir die Steuerrückgänge kompensieren, die wir haben und die uns mit Sicherheit länger begleiten werden. Da brauchen wir dann jeden Euro in der Rücklage. Wenn wir die Rücklage schonen können, indem wir manche Dinge über den Corona-Fonds finanzieren, dann ist das der richtige Weg.

Wir haben eine globale Minderausgabe vorgesehen: 538 Millionen Euro. Das ist ein gewaltiger Batzen. Da müssen die Ministerien ringen, um sie aufzubringen. Es ist aber auch ein Mittel, um die Reste etwas geringer zu gestalten, wie das der Oberste Rechnungshof auch immer wieder anmahnt.

Diese globale Minderausgabe haben wir um 38 Millionen Euro erhöht, um die Eigenheimzulage zu finanzieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu möchte ich schon noch ein paar Worte sagen. Herr Kollege Güller und auch Frau Kollegin Köhler haben das mit der Berufseinstiegsbegleitung verglichen. Das kann man nicht vergleichen. Die Begleitung junger Menschen in den Beruf ist uns natürlich sehr, sehr wichtig. Hier geht es aber darum, dass ein Programm, das durch den Europäischen Sozialfonds –

ESF – kofinanziert wurde, ausgelaufen ist, weil die ESF-Mittel nicht mehr gegeben sind. Hier hat sich die Frage gestellt, ob der Freistaat Bayern die Finanzierung mit frischem Geld übernimmt. Diese Frage ist nicht beantwortet. Hier hat die Staatsregierung noch eine Aufgabe vor sich, das ist richtig. Ich sage Ihnen aber eines: Die Eigenheimzulage war von Anfang an begrenzt, und zwar bis Ende 2020. Wir wollten einen Impuls für die Schaffung von Eigenheimen geben. Die Eigenheimquote ist in Deutschland und in Bayern niedriger als in den meisten europäischen Ländern. Das hat spezifische historische Gründe. Beispielsweise hatten auch die Heimatvertriebenen kein Eigenheim, als sie hier ankamen. Es gibt dafür viele Gründe, wie gesagt. Wir wollen diese Quote aber steigern, weil uns das Eigenheim, das Einfamilienhaus wichtig ist. Dafür haben wir ein begrenztes Programm aufgelegt. Dieses Programm ist so gut gelaufen, dass die BayernLabo uns zum Schluss mitgeteilt hat: Wir haben mehr Anträge, als Geld bereitgestellt worden ist. – Wir haben dann dafür gesorgt, dass die Familien, die darauf vertraut haben, dieses Geld auch in Empfang nehmen können. Das heißt, wir haben hier ein Programm – ich würde es einmal so sagen – qualifiziert beendet. Wir sind damit den Wünschen aller nachgekommen, die darauf vertraut haben. Sie hingegen wollen ein Programm mit Landesmitteln erstmalig beginnen. Man muss sehen, das ist ein klarer Unterschied, denn dabei geht es um frisches Geld, während es hier darum geht, etwas zu Ende zu führen, was wir versprochen haben, was wir auch halten wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie argumentieren immer gegen die Eigenheimzulage und gegen den Bau von Eigenheimen und Einfamilienhäusern. Damit liegen Sie falsch, denn ein Großteil Ihrer Wähler wohnt nämlich in Einfamilienhäusern. Und auch das sollte man einmal deutlich sagen: Wer dagegen argumentiert, der tut das in alter sozialistischer Manier. Als Kind und Jugendlicher war ich jedes Jahr eine Woche in DDR-Ferien bei meinem Onkel in Halle an der Saale. Ich weiß, wie diese Wohnsilos ausgeschaut haben. So etwas wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen Flächen sparen, indem wir den Innenraum besser nutzen, aber wir wollen das Eigenheim, die Eigentumswohnung, das Einfamilienhaus nicht verdrängen. Das bleibt für uns wichtig, und darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Vereinspauschale: Das ist eine wirklich wichtige Geschichte. 17.000 Sport- und Schützenvereine werden unbürokratisch unterstützt. Dass das unbürokratisch geschieht, ist dabei ganz, ganz wichtig. Wir wollen auch nicht jeden einzelnen Verein abfragen. Bei 17.000 stelle man sich die Bürokratie vor! Wir hatten die Verdoppelung der Pauschale geplant, wir haben die Mittel bereitgestellt, und – ich habe es vorher schon erwähnt – dazu hätten wir die SPD nicht gebraucht. Es war aber nicht falsch, was ihr gemacht habt. Da brauchst du jetzt nicht unzufrieden zu sein, Harald; wir schätzen deine Arbeit durchaus.

(Heiterkeit)

Es ärgert mich aber schon ein bisschen, wenn die SPD immer so tut, als ob sie es erfunden hätte. Ihr seid eben auch mitgeschwommen im großen Strom. Da waren wir uns auch alle einig.

Im Übrigen kann ich auch die Kritik an den Fraktionsinitiativen nicht verstehen. Die Fraktionsinitiativen setzen örtliche Schwerpunkte. Wir haben große Brocken im Haushalt, und das sind wirklich große Brocken, zum Beispiel die Bildung mit einem Drittel. Das ist ein Riesenbrocken. Sicherheit, ein Riesenbrocken, 500 neue Stellen bei der Polizei. Viele neue Stellen für die Bildung. Dann setzen wir auch örtliche Schwerpunkte. Da fragen wir vorher nicht im Ministerium, ob wir das tun dürfen. Das hätten manche Ministerien vielleicht gerne. Wir machen das aus eigenem Wissen und Können.

Wenn ich jetzt einmal die Surfwelle ansprechen darf – ich weiß, Herr Kollege Güller ist ein bisschen neidisch, weil er nicht selbst darauf gekommen ist, dass man das unterstützen könnte –: Es ist eine gute Idee, das machen wir gerne. Das spielt in deiner Re-

gion, Kollege Güller. Du und Johannes Hintersberger, ihr werdet dort in nächster Zeit mal surfen, habt ihr gesagt. Ich schaue gerne zu.

(Heiterkeit)

Ich darf noch etwas erwähnen, denn das ist mir als Stimmkreisabgeordnetem von Straubing sehr wichtig. Das ist keine Fraktionsinitiative. Es befinden sich auch 10 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigung für das historische Rathaus in Straubing im Haushalt, und zwar im Einzelplan 13. Wir wollen den Wiederaufbau mitfinanzieren, weil das neue Rathaus mehr kostet als die Versicherung zahlt. Es wird kein komplett neues Rathaus, die Außenmauern stehen noch, aber der Bestandsschutz ist weg, den der Altbau hatte. Ich will ausdrücklich Markus Söder und Albert Füracker Danke sagen, dass die Zusage vom Vorjahr nun im Haushalt widergespiegelt ist.

Die Investitionsquote ist weit überdurchschnittlich und fast doppelt so hoch wie bei den anderen westdeutschen Flächenländern. Wir machen viel für die Familien, wir machen sehr viel für die Gesundheit. Allein 5,7 Milliarden Euro geben wir für Medikamente, Schutzausrüstung, Schnelltests, Impfungen etc. aus.

Alles andere will ich jetzt kurz zusammenfassen, damit ich Kollegen Weidenbusch nicht die Zeit wegnehme. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im BayernFonds tun wir viel, um die Unternehmen zu stützen, die coronabedingt Schwierigkeiten haben. Das ist Gott sei Dank kein Massenphänomen, aber das gibt es. Wir haben diesen Fonds gut ausgestattet. Deshalb will ich hier auch einmal Danke sagen, zumal ich in Personalunion den Vorsitz der Kontrollkommission BayernFonds innehaben darf. Ich sage Danke für die gute Arbeit, die dort fraktionsübergreifend geleistet wird, und für die Vertraulichkeit, die gewahrt wird. Sie ist ganz wichtig. Noch ein Wort: Auch dafür haben wir 46 Milliarden Euro an Kreditermächtigungen wie auch an Garantien bereitgestellt. Das zeigt, wie wichtig uns der bayerische Mittelstand ist. Das ist der Hauptadressat für die Hilfen.

Ich danke also allen, die mitgewirkt haben und wünsche mir, dass wir eine möglichst große Zustimmung zu unserem Haushalt bekommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Zellmeier, wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung: Harald Güller.

Harald Güller (SPD): Allen Außenstehenden ist jetzt klargeworden: Dass die CSU hier die Vereinspauschale so oft erwähnt, zeigt, wie weh es euch tut, einen Antrag von jemand anderem anzunehmen. Ich möchte jetzt nur noch etwas zur Wahrheit und zur Klarheit sagen. Lieber Josef Zellmeier, am 3. März 2021 hat die SPD eine Presseerklärung herausgegeben, in der es heißt: Die Landtagsfraktion ist erfreut; Sportminister Herrmann hat dies heute im Innenausschuss bekannt gegeben; die SPD hat dies schon mehrfach gefordert und dazu Änderungsanträge gestellt; auf dieser Basis hat der Haushaltsausschuss heute Nägel mit Köpfen gemacht und in einem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen die Verdoppelung beschlossen.

Was dabei herauskommt, wenn man so fair ist, das sieht man an der Presseerklärung der CSU vom 04.03.2021, also einen Tag später. Da heißt es: Auf Initiative der CSU-Fraktion wurde die Vereinspauschale verdoppelt. Diesem Wunsch der Fraktion hat das Kabinett heute – am 04.03.2021! – entsprechend zugestimmt. – So heißt es, nachdem der Landtag am Vortag unserem Antrag zugestimmt hat. Wo hier Wahrheit und Klarheit sind, das ist ja wohl klar, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Güller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Harald Güller (SPD): Diese Pressemitteilung finde ich schäbig.

Josef Zellmeier (CSU): Lieber Herr Kollege Güller, ich glaube, ihr habt auch die Vereine angeschrieben, so viel ich gehört habe. In der Pressemitteilung mag das von der SPD durchaus korrekt geschildert worden sein. Vor Ort ist aber der Eindruck entstanden, als ob das eure Idee gewesen wäre. Wir machen das nicht, alle Vereine anzuschreiben. Wenn wir aber ehrlich sind, darf man schon sagen: Es war so vorgesehen. Der Innenminister als der für Sport zuständige Minister hatte das im Rahmen des Kapitels 13 19 – da gehört es auch hin – im Corona-Topf vorgesehen gehabt. Wir hätten das genauso gut in dem Verfahren der Konsultation machen können, das heißt, dass wir dann zustimmen. So war es auch geplant. Nun haben wir es halt anders gemacht, und daran wart ihr auch beteiligt. Ich habe ja schon gesagt, ich würdige eure Leistung, aber sie ist jetzt nicht so solitär. Man hätte nicht alle Vereine anschreiben müssen, denn das erweckt schon einen anderen Eindruck als die Pressemitteilung.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Zwischenbemerkung: Frau Anne Franke, bitte.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Kollege Zellmeier, Sie haben hier zum wiederholten Male das Wort "Einfamilienhaus" in einem sehr komischen Kontext fallen lassen. Ich möchte daran erinnern: In der Enquetekommission 2013 zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Bayern wurde bereits parteiübergreifend festgestellt, dass das Einfamilienhaus nicht die zukünftige Wohnform ist. Ich weiß nicht, ob Sie da dabei waren oder ob Sie sich noch in irgendeiner Form daran erinnern. Vielleicht können Sie sich ja daran erinnern, dass man bereits damals festgestellt hat: Es kann nicht einfach so weitergehen, man sollte sich langsam über andere Wohnformen Gedanken machen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Zellmeier, bitte.

Josef Zellmeier (CSU): Das ist eine sehr eigenwillige Interpretation, der, glaube ich, alle anderen Fraktionen widersprechen. Ich war selber in der Kommission nicht dabei, aber so kann ich mich daran nicht erinnern. Diese Interpretation ist mit Sicherheit falsch.

Lassen Sie mich eines sagen: Warum ziehen viele Menschen aus den Städten in den ländlichen Raum? – Weil man sich dort ein Einfamilienhaus leisten kann. In Großstädten ist das ja eh nur den ganz begüterten Menschen möglich, also für Ihre Klientel, nicht für unsere.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

Deshalb sei an dieser Stelle einmal gesagt: Wir wollen es vielen ermöglichen, aufs Land zu ziehen, weil das Land auch junge Familien braucht. Klar, die Städte haben Attraktivität. Dort gibt es mehr Arbeitsplätze. Das ist klar. Auf dem Land haben Sie aber eine größere Auswahl an Familienwohnungen. Das sollten wir doch alles an der richtigen Stelle sehen, nämlich als Vorteil und nicht als Nachteil.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Zellmeier. Das war's. Sie sind an der Stelle fertig. – Der nächste Redner ist Herr Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Ausschussvorsitzender! Ich möchte ein kurzes Fazit ziehen; denn nach der Haushaltsberatung ist gerade bei einem Einjahreshaushalt gleich wieder vor der Haushaltsberatung.

Jetzt zum Ende der Beratungen muss man schon sagen: Wir sind etwas ernüchtert, dass es auch diesmal nicht gelungen ist, aus den alten Ritualen der Haushaltsberatungen auszubrechen. Die Regierungsfaktionen loben den Etat der eigenen Staatsregierung über den grünen Klee. Das ist okay. Das ist ihre Arbeit. Wenn dann die Opposition wagt, wiederum ihrer Arbeit nachzugehen, die Staatsregierung zu kritisieren, dann gibt es die altbekannten Reflexe, die man während der letzten drei Tage gut beobachten konnte. Einer davon ist der Bundesländervergleich, wobei man sich die Bundesländer herauszieht, die gerade passen. Das ist okay.

Das Zweite sind dann Vorwürfe, die der Opposition unterstellt und entkräftet werden, bzw. Vorwürfe, die gar nicht gemacht wurden. Das Schönste war heute der Sozialismus-Vorwurf. Ich wusste gar nicht, dass die FREIEN WÄHLER auch die soziale Marktwirtschaft erfunden haben. Gut, da werde ich beim nächsten Mal noch mal aufpassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn das noch nicht reicht, dann wird der Opposition vorgeworfen, sie würde das Land schlechtreden: Dabei verwechseln sich die Staatsregierung oder die Regierungsfractionen aber scheinbar selber mit dem ganzen Land. Wenn wir die Staatsregierung kritisieren, dann kritisieren wir wirklich nur die Staatsregierung und keineswegs den ganzen Freistaat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einmal will ich es aber noch inhaltlich mit dem Thema der Kommunalfinzen probieren, die in diesen Beratungen auch mit dabei sind und mir in den bisherigen Wortmeldungen zu kurz kamen.

Ich gebe durchaus zu: Das FAG kommt mit 10 Milliarden Euro durchaus wichtig daher. Die Staatsregierung und der Finanzminister tun gut daran, zu betonen, welche kommunalen Aufgaben der Staat fördert. Das ist formal korrekt, nur muss man dann reinen Tisch machen und klar sagen, welche staatlichen Aufgaben die Kommunen im Moment tragen. Ich erwähne nur das Beispiel der kommunalen Schulen. Eine Anfrage von uns hat ergeben, dass für über die Hälfte von mehr als 300 Schulen in kommunaler Trägerschaft in unserem Land Verstaatlichungsanträge vorliegen. Aber das Kulturministerium erwägt mit Blick auf Haushaltsrisiken und aus Kostengründen nicht, einem einzigen stattzugeben.

Das FAG und der finanzielle Brocken können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stimmung auf manchen kommunalen Ebenen nicht so gut ist, wie sie zurzeit sein könnte. Ein Beispiel sind die Bezirke. In den Bezirkstagen und in den Verwaltungen ist

die Stimmung wirklich schlecht. Die Bezirke merken, welche Landes- und auch Bundesaufgaben sie zunehmend wahrnehmen müssen. Die zusätzlichen 15 Millionen Euro sind da nur ein Tropfen auf den heißen Stein; denn gerade während der Corona-Zeit sind die Kosten in den Kliniken und für die Einrichtungen der Bezirke deutlich gestiegen.

Ein zweiter Punkt, bei dem die Kommunen im letzten Jahr gut gefahren sind, ist der Gewerbesteuerausgleich. Hier herrscht jetzt Unsicherheit, weil die Kommunen natürlich Entscheidungen treffen müssen, welche Investitionen sie in den nächsten Jahren angehen sollen. Da wäre es gut gewesen, schon jetzt, wenigstens für dieses Jahr, zu klären, wie es weitergeht, ob es wieder einen Ausgleich gibt oder ob der Freistaat zumindest sagt: Auch wir geben wieder unseren 50-prozentigen Ausgleich bei der Gewerbesteuer. Das wäre ein gutes Signal gewesen. – Aber das ist jetzt nicht dabei, und damit erzeugen wir eine gewisse Unsicherheit bei unseren Kommunen.

Ich kann bei den Kommunal финанzen zwar viel Fortschreibung erkennen, aber nur wenige neue Impulse, die wir mit unseren Haushaltsanträgen, insbesondere zum Klimaschutz, gesetzt haben, auch zur Förderung des Klimaschutzes in unseren Kommunen.

Wie haben wir das finanziert? – Mit den sogenannten Green Bonds. Dem Vorwurf, das seien verdeckte Schulden, will ich ausdrücklich widersprechen. Das sind ganz offene Schulden. Verdeckte Schulden macht man in Schattenhaushalten, in Beteiligungen oder anderswo. Aber wir haben das als ganz normale Verschuldung mit Tilgungsplan beantragt. Von verdeckten Schulden kann keine Rede sein.

Wer das für verfassungsrechtlich bedenklich hält und als mit der Schuldenbremse nicht vereinbar ansieht, der verkennt die wirtschaftlichen Chancen von Investitionen in den Klimaschutz; denn diese Klimamilliarde ist ein Konjunkturmotor, ein Konjunkturmotor für unser Handwerk. Dafür ist sie gedacht. Wenn ich dann sehe, dass auch Teile der Hightech Agenda Plus über Schulden finanziert werden, die genau den gleichen Zweck haben, nämlich aus der konjunkturellen Delle wieder herauszukommen, dann

muss ich sagen: Ihr Vorwurf, die Klimamilliarde sei verfassungswidrig, kann dann einfach nicht stimmen, sonst wäre auch die Finanzierung der Hightech Agenda Plus über Schulden verfassungsrechtlich bedenklich. Ich denke, beides wäre zur Bewältigung der wirtschaftlichen Krise durchaus möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sprechen gerne von soliden Staatsfinanzen. Das mag ja richtig sein. Ich meine aber, wenn die Klimaschulden und die Kosten, die die Klimakrise uns bringt, am Ende höher sind als das, was uns die Bekämpfung der Klimakrise heute kostet, dann machen wir mit der Zukunft in unserem Land ein schlechtes Geschäft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann sagen: Nach den Haushaltsberatungen ist vor den Haushaltsberatungen. Ich kann nur hoffen, dass im nächsten Haushalt zum Thema Investitionen in den Klimaschutz und in unsere Infrastruktur noch mehr Impulse enthalten sind. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Beratungen heute werfen ihre Schatten auf Corona und die Bundestagswahl voraus. Da brauchen wir uns überhaupt nichts vorzumachen, wenn jemand hier den Bogen weiter spannt.

Natürlich ist es richtig, jetzt, zum Schluss der dreitägigen Beratungen, auch zurückzublicken. Fangen wir mit der Rede des Finanzministers Füracker in der Ersten Lesung am 09.12.2020 an. Da war noch von Rücklagen in Höhe von 8 Milliarden Euro die

Rede. Heute Vormittag hat er das Zitat verwendet: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. – Das ist vollkommen richtig. Ich komme später noch einmal darauf zurück.

Damals hat der Bayerische Rundfunk, das Fernsehen, gesagt, durch den weiteren Lockdown, der damals schon im Raum stand, würde der Haushaltsentwurf obsolet, das Virus sei unkalkulierbar. – Dann hat der Finanzminister gesagt: Wir müssten eigentlich mit den 20 Milliarden Euro auskommen. Er sagt dann des Weiteren, Kürzungen wären bei 70 Milliarden Euro Haushaltsvolumen nicht notwendig, und wir sollten doch mit Zustimmung darauf regieren.

Dann hat zu Beginn des Plenums am 23.03. als erster Debattenredner der finanzpolitische Experte der CSU, Herr König – ich sehe ihn gerade nicht –, davon gesprochen, dass 5,7 Milliarden Euro in den Gesundheitsdienst wandern. Ziemlich zum Schluss hat er etwas Wichtiges gesagt: Wir wollen keinem etwas wegnehmen. – Das geht nur, wenn hier auf Pump gearbeitet wird. Mein Kollege hat es schon gesagt. Später werden dann im Bericht des Obersten Rechnungshofes doch Mittel aus diesen 20 Milliarden Euro eingesetzt, um kaum jemandem etwas wegzunehmen. Warum wohl? – Weil jede Stimme zur Bundestagswahl zählt. Man darf niemandem wehtun.

Letztes Jahr habe ich einen Vorschlag unterbreitet, schon als die ersten zwei großen Brocken des Nachtragshaushalts verabschiedet worden sind. Denken wir denn nicht darüber nach, wie man es auch in den Kommunen macht, in den Ressorts Kürzungen vorzunehmen? – Das wurde dann pauschal abgetan; das sei nicht notwendig.

Was sagte die GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze? – "Wir sind die Zukunftspartei für Mensch und Natur." – Arbeitsplätze gäbe es nur über den Klimaschutz. – In diesem Raum war letztes Jahr eine Anhörung; dort hat der Vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt klipp und klar gesagt, dass hier mit diesem übertriebenen Klimaschutz Existenzen und Arbeitsplätze vernichtet werden. Der Klimaschutz kommt von der EU und wird von den GRÜNEN wie eine Monstranz behandelt und auch hier in jeder Sitzung eingebracht. In jedem Wirtschaftsausschuss ist irgendein Antrag

dabei, mit dem unsere Wirtschaft umgestaltet werden soll. Natürlich spielen auch die Green Bonds usw. eine Rolle. Das knüpft nahtlos an die Vorgaben der EU an, immer nur Kredite auszugeben – in dem Fall sind es Anleihen – oder Finanzierungen zu tätigen, wenn die dahinterstehende Bedingung erfüllt ist: Ihr müsst die Vorgaben des Klimaschutzes erfüllen. – Wie gesagt, die Vbw hat es deutlich angesprochen, aber auch die IHK etc.

Die Klimamilliarde ist heute von der haushaltspolitischen Sprecherin Claudia Köhler wiederholt angesprochen worden. Das ist wichtig in einer Zeit, in der viele Leute sparen und einen Obulus entrichten müssen an der Tankstelle, wie es der Kollege Hahn schon gesagt hat, und für alle möglichen neuen Steuern. Interessant war dann noch ihre Aussage, ihr seien die 20.000 Euro für die Hilfe in Lesbos zu wenig. Nein, sie will natürlich alle möglichen Flüchtlinge hier aufnehmen über die Städte, die es angeboten haben, ohne die Konsequenzen zu bedenken, ohne zu bedenken, wie unser Haushalt dann auf Landesebene und in den Kommunen beansprucht wird. Aber das ist ja kein Thema, weil das Ideologie ist.

(Beifall bei der AfD)

Herr finanzpolitischer Sprecher der FREIEN WÄHLER Pohl, interessant ist, dass Sie letztes Mal den Ex-Kanzler Schröder für die große Steuerreform als die größte Reform der letzten Zeit gelobt haben. Ich frage mich, warum Sie eigentlich hier kein Konzept vorgelegt haben, wenn Ihnen das so wichtig ist. Nein, Sie verteidigen die von Herrn Güller – und ich glaube auch schon von den GRÜNEN – angesprochene Streichung der 2,17 Millionen Euro für die Berufseinstiegsförderung. Das verstehen wir auch nicht. Da hätten Sie leicht einmal über Ihren Schatten springen und klare Kante zeigen können. Dann hätten Sie die Förderung halt aus Bayern finanziert.

(Zuruf: Das geht nicht!)

Jetzt gibt es aber eine interessante Aussage. Im Wahlkampf 2018 hat der FREIEN WÄHLER-Spitzenkandidat und heutige Wirtschaftsminister Aiwanger gesagt: Wir wol-

len einen anderen Stil in der Parlamentsberatung einbringen, sodass auch Anträge der Opposition Berücksichtigung finden, wenn sie gut sind. – Nach der heutigen Debatte hat man das Gefühl, dass kein einziger Antrag außer dieser Aufstockung der Vereinspauschale von 20 auf 40 Millionen Euro überhaupt gut genug ist.

Bei einem Gespräch hat einmal jemand gesagt – der Herr Rinderspacher war auch dabei, Sie können es ja gegebenenfalls noch bestätigen –: Wie kommt ihr eigentlich als SPD damit zurecht, dass ihr vierzig Jahre in der Opposition seid und überhaupt kein Antrag durchgeht? – Dann hat er sich daran erinnert, dass ab und zu mal ein Antrag durchgeht. Das ist nicht die Kultur, die von Herrn Aiwanger in der Regierung versprochen worden ist. Vielmehr beugt er sich dem Placet der Regierungskoalition. Es ist immer schade, wenn das vorher Gesagte nachher keine Rolle mehr spielt.

Heute früh kam in "B5 aktuell" die wichtige Meldung, dass die positive Verbrauchererwartung in weite Ferne gerückt sei. Das ist eine Mitteilung der GfK. Was bedeutet das? – Der Konsum ist natürlich rückläufig. Vorher wurde schon einmal erwähnt – ich glaube, Herr Zellmeier hat es gesagt –, dass damit auch nicht zu erwarten ist, dass sich die Steuereinnahmen so schnell wie nach der Finanzkrise erholen. Wir müssen also wirklich für die Zukunft vorsichtig hantieren.

11 Milliarden Euro sind Gott sei Dank übrig geblieben von den 20 Milliarden Euro aus der letzten Reserve des Nachtragshaushalts – so nenne ich das jetzt mal. Herr Zellmeier, Sie haben heute früh im Radio zum Besten gegeben, dass daraus auch die Digitalisierung richtigerweise vorgebracht wird. Sie haben aber auch etwas erwähnt, was uns wichtig ist, nämlich dass mehr in Straßenbau investiert werden sollte. Warum machen Sie es dann nicht?

Das ist die von den GRÜNEN anders verstandene Infrastruktur. Die GRÜNEN würden natürlich niemals in den Straßenbau investieren. Ich kann mich an meinen Vorgänger in meiner Heimatgemeinde erinnern, der schon 1980 gesagt hat, dass immer viel zu wenig in den Staatsstraßenbau investiert wird. Er hat sich damals erlaubt, das in

der damaligen CSU-Fraktion mehrmals anzusprechen. Daraufhin war er einfach nicht mehr so beliebt. Wir haben übrigens schon bei der Haushaltsdebatte 2019 angesprochen, dass der Staatsstraßenbau unterfinanziert ist.

"Reserven für grüne Ideologie im Klima" war wieder das Thema der GRÜNEN-Vertreterin Claudia Köhler. Wenn man die ganze Haushaltsdebatte verfolgt, könnte man meinen, dass die CSU und die GRÜNEN wie Teufel und Weihwasser wären. Aber wir werden es im Herbst noch erleben, dass CDU/CSU mit den GRÜNEN koalieren, weil sie sonst keine Machtoptionen mehr haben, oder die FDP springt dann ein. Nach heutigen Umfragewerten wären sie die bürgerliche Alternative in einer Koalition von SPD und GRÜNEN.

Zurzeit ist die Situation so. Die Situation und die zukünftige Entwicklung sind bedenklich. In der Haushaltspolitik hängt alles zusammen: Gesundheitspolitik, Corona, Wirtschaft und die Auswirkungen. Ein weiterer Lockdown verursacht gewaltige Kosten. Wir haben 40 Milliarden Euro Kosten in Bayern durch den Lockdown von November bis April. Wer glaubt, dass die großen Öffnungen nach dem 12. April eine Änderung bringen? – Das wird auf den Haushalt durchschlagen. Deswegen wird es schwierig, einen Nachtragshaushalt zu vermeiden, wenn die Corona-Politik nicht geändert wird.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Bergmüller. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Florian Ritter von der SPD-Fraktion. Herr Ritter, Sie sind sich darüber im Klaren, wie viel Redezeit Sie noch haben? Nehmen Sie sie wahr? – Nein; okay. Dann darf ich zum nächsten Redner übergehen. Nächster Redner ist Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, der Wunsch des Wirtschaftsministers Aiwanger, dass Anträge der Opposition mehr berücksichtigt werden, stammt, glaube ich, aus einer Zeit, als die FREIEN WÄHLER

noch in der Opposition waren. Zum jetzigen Zeitpunkt ist er jedenfalls eher nicht mehr so deutlich zu verspüren.

Ich will wohl bloß noch ein paar Takte zum kommunalen Finanzausgleich für dieses Jahr sagen. Da müssen wir uns auch der Rahmenbedingungen bewusst sein. Zunächst einmal ist ja schon schlicht der Umstand, dass wir nur einen Einjahreshaushalt beraten und beschließen, ein deutliches Zeichen der Unsicherheit, einfach weil die weitere Entwicklung noch nicht so klar absehbar ist. Das gilt für den Freistaat, das gilt aber natürlich auch für die Kommunen und deren Finanzierungsquellen, insbesondere auch für die Einkommensteuerbeteiligung und die Gewerbesteuer. Dass der Freistaat, dass wir insgesamt auch in diesem Jahr, wie ich finde, in ganz beachtlichem Umfang die Kommunen stützen und unterstützen, ist keine Selbstverständlichkeit; es ist aber wichtig, und es ist auch richtig.

Dass das natürlich im Zusammenhang mit dem Gewerbesteuerausgleich auch an- und eingerechnet wird in Bezug auf die umlagefinanzierten Haushalte der Landkreise und Bezirke, ist aus Sicht der Gemeinden vielleicht nicht besonders toll; es ist aber im Sinne der – im wahrsten Sinne des Wortes – ausgleichenden Gerechtigkeit unverzichtbar und insoweit auch zwingend notwendig, um das Gesamtsystem richtig zu erhalten.

Wir hatten sowohl für den Freistaat als auch für die Kommunen zehn fette Jahre, die mit der Corona-Pandemie nun zu Ende gegangen sind, und wir wissen nicht genau, ob nun magere Jahre kommen werden und wie viele es sein werden. Auf diesen Punkt möchte ich hinweisen und hierzu noch ein paar Aspekte anführen.

Es ist schon vom Kollegen Pargent gesagt worden, dass nach dem Haushalt vor dem Haushalt ist, und wir können jetzt sicherlich schon absehen, dass dieser Haushalt mit diesem kommunalen Finanzausgleich – den wir für richtig halten und insoweit auch mittragen – auch Anlass sein muss, Überlegungen anzustellen, wie es, auch mit Blick auf die Kommunen, im Jahr 2022 weitergehen kann und weitergehen muss. Da muss

man schon noch mal einige Aspekte in Erinnerung rufen, so die Frage der Entwicklung, die Frage, wie es denn mit der Gewerbesteuer, mit der Einkommensteuer ausschaut. Das ist schon nicht mehr so ganz klar.

Hinzu kommt, dass wir – und das trifft auch die Kommunen ganz erheblich – mit steigenden Sozialleistungen zu rechnen haben, gerade auch – niemand wünscht sich das; es steht aber zu befürchten – beispielsweise im Bereich der Jugendhilfe, wo die einen oder anderen zusätzlichen Aufgaben auf uns und auf die Kommunen zukommen werden. Das ist eine Gemengelage, die eine Vorbereitung – in vorsichtiger Vorgehensweise – erforderlich macht.

Dass wir in den letzten Jahren in großem Umfang auch Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen ausgewiesen haben, signalisiert, glaube ich, schon auch, dass der kommunale Finanzausgleich als solcher noch nicht überall dauerhaft zu zufriedenstellenden Lösungen führt. Noch immer gibt es in Bayern eine ganze Reihe von Kommunen, von Gemeinden, die im normalen Finanzausgleich ihre finanzielle Tragfähigkeit nicht ausreichend darstellen können. Insoweit müssen wir auch da noch mal über entsprechende Korrekturen nachdenken.

Ein weiterer Punkt ist – damit muss ich mit Blick auf die Uhr auch schon enden –, dass wir auch die Förderprogramme endlich einmal überarbeiten müssen

(Beifall bei der FDP)

und dass wir uns, sehr geehrter Herr Finanzminister, auch darüber Gedanken machen sollten, ob man zusätzlich und verstärkt Anreize hinsichtlich kommunaler Kooperationen, kommunaler Zusammenarbeit schaffen sollte; denn es gibt viele Aufgabenfelder, die die 2.056 Gemeinden in Bayern nicht mehr jeweils allein für sich bewerkstelligen können.

In diesem Sinne: In diesem Jahr Zustimmung, aber in dem Wissen, dass es erhebliche Aufgaben gibt, um auch für das Jahr 2022 ausreichend vorbereitet zu sein – auch im Interesse der Kommunen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Muthmann. – Der nächste Redner ist Ernst Weidenbusch von der CSU-Fraktion.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt, den wir gleich endgültig beschließen – ich glaube, kaum jemals hat die Aussage von Blaise Pascal von vor fast 400 Jahren in dem Buch "Pensées" mehr gestimmt: "Wenn du Gott zum Lachen bringen willst, erzähle ihm von deinen Plänen."

Angesichts einer Pandemie, glaube ich, muss man einfach wissen, dass das, was wir geplant haben und jetzt beschließen, alles höchst volatil ist. Wenn die Inzidenzzahlen, die Ansteckungszahlen beispielsweise in 14 Tagen wieder hochklettern auf 300 oder darüber, dann werden wir vieles von dem Geld, das in diesen Plänen steht, nicht ausgeben können, weil das, wofür wir es ausgeben wollen, gar nicht stattfindet. Auf der anderen Seite werden wir vielleicht Milliardenbeträge brauchen, um Probleme zu lösen, von denen wir heute noch gar nicht wissen, dass sie pandemiebedingt auftreten.

Insofern haben wir uns viel Mühe gegeben, wie immer, aber ob es die Realität erreichen wird, ob es so viel mit der Realität zu tun hat wie sonst, weiß niemand von uns. Erste Folge davon war ja auch, dass wir von der Doppelhaushaltsaufstellung abgegangen sind zum Einzelhaushalt.

Jetzt sage ich mal: Dann haben wir im Herbst eine Bundestagswahl, deren Ergebnis für uns natürlich auch von massivem Einfluss sein kann. Ich kann mich gut erinnern an 1998 bis 2005; hätten wir nicht in Bayern mit Milliardenaufwand korrigiert, was in die-

ser Zeit in Berlin – oder damals ja noch Bonn – falsch gelaufen ist, dann würde doch Bayern nicht so dastehen wie jetzt.

Und es ist doch nicht ausgeschlossen, dass wir solchen Herausforderungen ab 26. September wieder ausgesetzt sind. Dann wird uns nichts anderes übrig bleiben, als uns zu erinnern, was wir in dieser Zeit – Edmund Stoiber – mit der "Zukunftsinitiative Bayern", mit dem Einsatz der Mittel aus der Verwertung von Möglichkeiten, gemacht haben – mit Milliarden. Und wir werden gegebenenfalls wieder korrigieren müssen, was Berlin verbockt. Das ist ja gar nicht ausgeschlossen.

Ich muss ganz ehrlich sagen, bevor Sie da glauben, ich lebe nicht in der Realität: Wir müssen ja jetzt schon mit bayerischem Geld einiges korrigieren, was Berlin verbockt – und das, obwohl wir uns als CSU von dem Vorwurf nicht freimachen können, an der Regierung in Berlin sogar beteiligt zu sein. Insofern stehen spannende Aufgaben vor uns.

(Zuruf)

Stellen Sie sich doch nur mal vor, wir wollen tatsächlich unser Test- und Impfkonzert qualifiziert umsetzen. Dann brauchen wir kurzfristig, wenn wir uns nicht weiter auf Berlin und auf Brüssel verlassen wollen, 25 Millionen Impfdosen – 25 Millionen Impfdosen! Wenn wir dafür eine Lizenz erwerben, wenn wir die selber produzieren, wenn wir die einkaufen wollen, dann sind wir bei dem aktuellen Preismix, den es da auf dem Markt gibt – das kann man ja nachlesen; die belgische Gesundheitsministerin hat ja die Zahlen veröffentlicht –, bei ungefähr 150 Millionen, die wir brauchen, um uns selber mit Impfstoff zu versorgen. Da ist das Durchimpfen noch gar nicht eingerechnet. Aber da ist halt die Frage, ob das nicht ohnehin aus den Krankenkassen teilweise mitbezahlt wird, wenn wir es in den Hausarztpraxen machen.

(Zuruf von der AfD)

– Warum wollen Sie eigentlich dauernd bei Themen mitreden, von denen Sie sagen, dass es sie gar nicht gibt? Ich habe vernommen, dass es Sie stört,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

wenn Menschen irgendwo aus der Welt bei uns zu Gast sind. Wahrscheinlich würden Sie, wenn Sie es sich zu sagen trauten, auch noch darauf bestehen, dass die in letzter Priorität geimpft werden. Deswegen bin ich auch nicht bereit, mich mit Ihnen weiter darüber auseinanderzusetzen; denn das, was wir in den Haushaltsberatungen dazu von Ihren Vertretern erlebt haben, war schäbig genug; das war eine Zumutung genug, und das ist eines Parlaments unwürdig.

(Lebhafter Beifall)

Wenn Sie geplant haben, aus dieser Pandemie Profit zu ziehen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Über Ihre aktuellen Umfragewerte lacht der liebe Gott wirklich. Denn der Plan ist schiefgegangen. Gott sei Dank machen die Menschen nicht jeden populistischen Unsinn mit und jede schräge Forderung.

(Beifall)

Wer soll Ihnen eigentlich noch glauben, dass Sie nicht den Klimawandel leugnen, sondern den menschengemachten Klimawandel? Ja, wahrscheinlich ist der Klimawandel so vom Himmel gefallen. So stellen Sie sich das vor. Da hat irgendjemand gedacht, jetzt machen wir mal ein bisschen Klimawandel. Damit haben die Menschen nichts zu tun; denn wir produzieren ja keine Abgase, wir produzieren ja keine Abfälle, wir produzieren ja keinerlei Dinge, die auf das Klima Einfluss haben. Wahrscheinlich haben Sie in der Ewigkeit nicht so Recht, weil am Übergang von der Eiszeit zu dem, was danach kam, und zu jetzt die Autoindustrie wahrscheinlich gar nicht beteiligt war.

(Zuruf von der AfD)

Insofern können Sie das für sich gerne beanspruchen. Aber sonst können Sie relativ wenig für sich beanspruchen. Herunterzurechnen, ob es am einzelnen Tag wärmer oder kälter ist, und das für die eigene Klimadebatte dann als Argument nutzen zu wollen, ist nicht sonderlich durchdacht. Aber darauf kommen Sie vielleicht noch, wenn Sie sich die Zahlen einmal auf Dauer anschauen.

Also, ich möchte abschließend sagen: Mit Ausnahme der AfD-Fraktion, die in dieser Haushaltsberatung von Anfang bis Ende unsäglich unterwegs war, haben wir es dann doch miteinander geschafft, ein Zahlenwerk aufzustellen. Wir hoffen alle miteinander, dass wir mit dem Geld, das wir einnehmen, das, was wir brauchen, bezahlen können, dass wir auskommen. Ich glaube, man kann schon sagen: Der demokratische Konsens, bei allem Streit um einzelne Punkte, besteht in diesem Haus. Das tut er Gott sei Dank. Deswegen sage ich: Glücklicherweise vorwärtsschauen, schauen, dass wir die Dinge lösen, staunen, wenn es funktioniert, und als Demokraten zusammenhalten gegen alle anderen!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Weidenbusch, bleiben Sie bitte am Mikrophon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mang. Herr Mang, bitte.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Kollege Weidenbusch, ich habe Sie noch nie so dünnhäutig wie heute erlebt. Vorneweg möchte ich diese Gelegenheit kurz nutzen und mich auch beim Ausschussbüro für die neutrale, sachliche und faire Zusammenarbeit bedanken.

Sie haben von einem Zahlenwerk gesprochen. Auf die Zahlen möchte ich jetzt noch einmal zu sprechen kommen. Wir haben den Corona-Sonderfonds. 9,4 Milliarden Euro haben wir laut Soll-Plan bereits verbraucht. Wenn ich mir diese Nachschubliste anschau, dann steht hier: bisherig 10,6. Das macht dann genau gerundet 20. Dann kommen aber noch einmal 9,89 Millionen, also nochmal eine Milliarde hinzu. Dann bin

ich rechnerisch bei 21 Milliarden. Im Haushaltsgesetz steht in der Begründung zu Artikel 2a zur Kreditermächtigung zur Finanzierung von Kapitel 13 19 zur Corona-Pandemie:

Die Finanzierung der krisenbedingten Sonderbedarfe 2021 in Höhe von nunmehr insgesamt 10,7 Mrd. € bewegt sich dabei innerhalb des bisherigen und nicht weiter erhöhten Gesamtkreditrahmens 2020 in Höhe von 20 Mrd. €.

Jetzt würde ich gerne mal wissen, wo hier das Zahlenwerk sein soll. Erläutern Sie mir das doch bitte einmal.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Staatsminister Albert Füracker: Ich erklär's ihm dann!)

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege, ich gebe Ihnen als Syndikus des Lotto-Toto-Fachverbands den guten Rat: Nehmen Sie den Zahlensalat, den Sie gerade produziert haben, spielen Sie damit Lotto! Vielleicht gewinnen Sie etwas.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Staatsminister Albert Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich danke für drei Tage sehr sachliche und anstrengende Haushaltsberatungen mit dem einen oder anderen Bonmot dazwischen. Das ist auch gut, sonst wären drei Tage nur mit Zahlen kompliziert. Zum Schluss haben wir gesehen, wie kompliziert es ist, Zahlen zu lesen, diese auch zu verstehen und dann noch richtig zu interpretieren. Ich habe dafür Verständnis, Herr Mang. Ich versuche, Ihnen das zu erklären, aber ich möchte Ihnen auch sagen: Ich habe damals bei der Einbringung des Haushalts im De-

zember, als das hier begann, darauf hingewiesen, dass das, was ich vorstelle, das momentane Planungsoptimum ist. Wir haben dieses Planungsoptimum bis zum heutigen Tag etwas verfeinert. Ich erkläre gleich, was sich geändert hat.

Aber ich schließe mich Herrn Kollegen Weidenbusch an: Wenn ich heute ein Versprechen abgeben könnte, wie sich die nächsten Monate entwickeln werden, müsste ich nicht als Finanzminister darben, sondern würde in diesem Land große Geschäfte als Hellseher machen. Insofern bitte ich um Verständnis, dass ich heute nur das präsentiere, was man nach bestem Wissen und Gewissen vorlegen kann.

Das gesamte Zahlenwerk hat jetzt einen weiten Weg genommen. Wir haben Haushaltsverhandlungen geführt; dann hat mein Haus – Herr Kazmaier, dafür danke ich ausdrücklich Ihnen und der ganzen Abteilung Haushalt – ein Werk vorgelegt, das 16 Einzelpläne, 244 Kapitel und 17.000 Titel über 71,2 Milliarden umfasst, und so niedergeschrieben, dass es hinterher stimmig ist. Dafür sehr herzlichen Dank! Ich danke natürlich allen, die sich in den Ausschüssen damit befasst haben, insbesondere dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Herrn Zellmeier und seiner Stellvertreterin Frau Köhler. Ich bin als Finanzminister kraft meiner Aufgaben sehr mit dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und dessen Vorsitzenden Wolfgang Fackler verbunden sowie mit Sandro Kirchner als Vorsitzendem des Wirtschaftsausschusses, in dem ich erst kürzlich war, aber natürlich auch mit allen anderen Ausschüssen.

Ich weiß, wir versuchen, mit diesem Haushalt ein Gemeinschaftswerk zu schaffen. Deswegen geht mein sehr herzlicher Dank an alle, die daran in großer Sachlichkeit mitgewirkt haben. Auch sind, glaube ich, über 700 Änderungsanträge im Haushaltsausschuss beraten worden. Auch dies ist ein Rekord. Alles, was wir hier tun, meine Damen und Herren, passiert nicht irgendwo im stillen Kämmerchen, sondern wird beobachtet von der Öffentlichkeit, der medialen Welt und allen, die sich dafür interessieren.

Deswegen hat es überhaupt keinen Sinn, Herr Mang, zu glauben, wir würden hier etwas verstecken und plötzlich wären es 21 Milliarden Euro. Das ist das – und dies kläre ich gleich zu Anfang auf –, was man nicht so genau kalkulieren kann, in diesem Fall sogar etwas Erfreuliches. Das hat nämlich damit zu tun, dass sich am Jahresende im Vergleich zur Novembersteuerschätzung herausgestellt hat, dass wir im Jahr 2020 wahrscheinlich fast eine Milliarde – zwischen 800 und 900 Millionen – weniger Steuermindereinnahmen haben werden, als wir zunächst dachten. Das ist eigentlich eine sehr positive Botschaft. Deshalb mussten wir die Steuerersatzleistung im Haushalt 2020 nur für gut 2,6 Milliarden Euro vorsehen und nicht für 900 Millionen mehr. Hieraus errechnet sich das. Ich habe mir dann erlaubt, die 900 Millionen im Haushalt 2021 genauso wie die anderen Milliarden, die wir im Fonds noch nicht gebraucht haben, wieder zu etatisieren, sodass wir jetzt 900 Millionen Euro mehr in diesem Etat haben. Wo zunächst 1,5 Milliarden vorhanden waren, stehen jetzt 2,4 Milliarden bereit. Das ist der Betrag, der im Kapitel 13 19 steht, worüber der Haushaltsausschuss verfügen kann, falls die Corona-Pandemie größere Ausgaben erfordert, als wir es alle miteinander hoffen. In der Summe sind es wieder 20 Milliarden.

Also haben wir im Jahr 2020 weniger ausgegeben, weil die Steuereinnahmen nicht ganz so schlecht waren, wie zunächst prognostiziert. Dafür haben wir im Jahr 2021 jetzt mehr Möglichkeiten. Aber ich kann Ihnen auch gleich sagen, dass die Steuerschätzung im November 2020 für das Jahr 2021, auf der nun all das fußt, natürlich noch vorgenommen wurde, bevor der Lockdown im Winter wieder begann, sodass ich hier eine erneute Unsicherheit habe, die ich einfach nicht einkalkulieren kann. Aber ich finde es zunächst einmal positiv, dass wir nach all den Planungen, jedenfalls aufgrund der Steuerschätzung im November, in diesem Fonds jetzt noch über 2,4 Milliarden Euro als "freie" Mittel haben. Ich weiß auch: Es ist nicht mein Ziel, das Geld auszugeben – null Komma null. Es war nie mein Ziel, 20 Milliarden auszugeben. Die Kalkulation war so, Herr Dr. Kaltenhauser, damit wir das Jahr über safe sind. Sie sagen, das war viel zu viel. Wenn wir vom Bund jedoch weniger erhalten hätten, hätten wir das Geld gebraucht. Ich wusste das damals nicht. So ist dies auch ein Widerspruch. Ich

bin froh, dass der Bund so viel gezahlt hat. Das ist überhaupt kein Thema. Das habe ich nie verschwiegen. Der Bund ist bei den Wirtschaftshilfen in der Tat sehr stark eingestiegen. Andererseits hat es aber auch sehr lange gedauert, bis das Geld über den Winter vom Bund kam und vom Wirtschaftsministerium ausgezahlt werden konnte.

Wie es auch immer sein mag, daher kommt diese Zahl. Es bleibt dabei: Am Ende des Jahres 2021 werden wir höchstens 20 Milliarden Euro mehr geplante Schulden haben, als wir sie im Jahr 2019 hatten. Im Übrigen bin ich darauf auch stolz. Sie haben erzählt, was wir alles an Schulden machten, haben alles aufaddiert. Manchmal haben dies auch Journalisten getan. Zum Beispiel haben sie die 26 Milliarden Garantien des BayernFonds und die 20 Milliarden Möglichkeiten, die wir hätten, Schulden für Beteiligungen aufzunehmen, als 46 Milliarden Schulden des Freistaats Bayern angesetzt. Jetzt sage ich Ihnen eines: Wenn ich sehe, was bisher für den BayernFonds nötig war und was an Anträgen hereinkommt, dann deutet im Moment nichts darauf hin, dass wir höhere Milliardenbeträge im BayernFonds kapitalisieren müssen, um Unternehmen zu stützen. Die Antragsmöglichkeit beim BayernFonds ist für das restliche Jahr 2021 verlängert worden, sodass noch vieles kommen kann. Aber ich weiß es nicht. Das ist letztlich eine Sicherheit, die mit 46 Milliarden Euro von manchen zu unseren Schulden addiert wird. Die 46 Milliarden Euro sind weder geplant noch gemacht. Wenn ich das nicht und auch keine Million davon als Schulden machen muss, umso besser.

Schulden haben wir bisher in Höhe von genau 7,2 Milliarden Euro gemacht, die wir notwendigerweise brauchten. Darin sind schon gut 2,6 Milliarden Euro an Steuermindereinnahmen eingerechnet, die wir 2020 hatten. Für 2021 haben wir die Steuermindereinnahmen wieder angesetzt. Gerechnet ist hier mit 3,6 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, wir werden ja nicht nur von uns selbst beobachtet; es schauen auch andere darauf. Standard & Poor's hat uns vor 14 Tagen wieder bescheinigt: Triple A mit besonders guten Aussichten, was den bayerischen Haushalt angeht. Freuen wir uns einmal! Denn von 16 Bundesländern hat diese Bewertung genau

ein einziges Bundesland erhalten. Welches? – Der Freistaat Bayern. Seien wir doch einmal froh darüber!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch der viel zitierte ORH ist in seinen einleitenden Bemerkungen in dem Geheft, das wir bekommen haben, nicht umhingekommen zu schreiben: Die Haushaltsführung in Bayern ist geordnet. – Es ist nicht so, dass es hier große Probleme gibt und wir Sorgen haben müssten, dass es Bayern nicht mehr gebe.

Meine Damen und Herren, vor welchem Hintergrund sage ich das? – Ich habe es heute früh schon einmal gesagt und erinnere noch einmal daran: Wir alle sagen, die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg ist jetzt. In der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg bescheinigt uns Standard & Poor's Triple A mit positivem Ausblick. Der ORH spricht von einer geordneten Haushaltsführung.

Wir haben von den 20 Milliarden Euro 7 Milliarden Euro gebraucht. Ich weiß, dass wir das andere nicht gespart haben. Manche glauben ohnehin, nicht vorhandenes Geld auszugeben sei Sparen. Das weiß ich schon. Den Unterschied kenne ich gut. Aber, meine Damen und Herren, wir haben noch Möglichkeiten.

Wir sind vor der Krise mit etwa 27 Milliarden Euro Schulden gestartet. Ich habe jetzt gehört, man solle sich nicht immer mit anderen vergleichen. Das tue ich auch nicht. Das ist eigentlich auch nicht notwendig, weil wir so gut sind, dass wir den Vergleich mit niemandem zu scheuen brauchen. Aber ich will das trotzdem in Erinnerung rufen. Ich glaube, Herr Mang hat das Ende des Bayernlandes wegen höchster Verschuldung ausgerufen.

Vor der Krise waren es bei uns 27 Milliarden Euro, in Baden-Württemberg 45 Milliarden Euro und in Nordrhein-Westfalen mehr als 170 Milliarden Euro. Wir holen diese beiden Länder nicht ein, weil zumindest Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2020 wieder mehr Schulden gemacht hat als Bayern. Der Kollege Lienenkämper hat sich

25 Milliarden Euro Kreditermächtigungen geben lassen. Auch Kollegin Sitzmann hat in Baden-Württemberg Geld gebraucht. Insofern war die Chance, dass wir auf 45 Milliarden Euro kommen, nicht gegeben. Wir stehen jetzt bei gut 34 Milliarden Euro und nicht bei 40 Milliarden Euro. Wir versuchen auch in diesem Haushalt – ich sage das noch einmal – damit auszukommen.

Brauchen wir einen Nachtragshaushalt? – Herr Bergmüller, Sie sind ein hervorragender Prophet. Egal, ob Sie das prophezeien oder nicht: Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass ich keinen brauche. Ich kann Ihnen nur sagen, dass das nicht mein Ziel ist. Wir haben gar keine Zeit, weil wir schon jetzt mit dem Haushalt 2022 beginnen. Das ist der nächste Schritt. Wir beraten den Haushalt 2022, den wir rechtzeitig vorlegen wollen, damit ich nicht immer geschimpft werde, wenn ich spät dran bin und der Haushaltsausschuss dankenswerterweise oft auch die Fristen verkürzt. Ich weiß auch das zu schätzen. Aber auch da müssen wir in dieser krisenhaften Zeit durch.

Diesen Nachtragshaushalt, Herr Bergmüller, bestimmt nicht der bayerische Finanzminister, sondern den können wir nur dann machen, wenn der Bayerische Landtag dies zulässt. Wenn die jetzt zur Verfügung stehenden 2,4 Milliarden Euro durch den Haushaltsausschuss, für was auch immer, für die Pandemiebekämpfung, ausgegeben worden sind und wir plötzlich mehr bräuchten, dann kann ich nur fragen, ob auch der Haushaltsausschuss der Meinung ist, wir könnten einen Nachtragshaushalt vorlegen. Wenn er das nicht so sieht, dann werde ich das auch nicht machen. Das kann ich Ihnen sagen.

Insofern: Das weiß ich nicht. Das ist nicht mein Ziel. Ich kann es nicht ausschließen, gehe aber nicht davon aus. Für das Protokoll: nichts zugesagt.

Was ist im Jahr 2021 ganz entscheidend? – Das sind natürlich die Steuereinnahmen, die wir noch nicht kennen. Die Mai-Steuerschätzung steht an. Auf ihr wird der Haushalt 2022 fußen müssen. Das ist eine komplizierte Angelegenheit, weil auch ich im Mai

noch nicht weiß, was sich in diesem Jahr alles noch entwickelt. Aber da strengen wir uns dann wieder an.

Das Zweite ist natürlich der Verlauf der Pandemie. Sie hat uns fest im Griff. Wir alle haben uns doch nicht zum Ziel gesetzt, Herr Bergmüller, dass wir sagen: Wir wollen niemandem wehtun. – Aber es ist doch einfach nicht logisch zu sagen: Wir helfen mit riesigen Wirtschaftshilfen den Unternehmen, den Volkshochschulen, den Sportvereinen, wem auch immer. Wir helfen überall, weil wir eine große Krise haben, und gleichzeitig nehme ich in meinem Haushalt wieder Geld für genau diese Einrichtungen heraus. Das ist eine Logik, die bei mir einfach noch nicht angekommen ist, nicht weil ich Schulden machen möchte, sondern weil es keinen Sinn hat, den Leuten in krisenhafte Zeiten das wegzunehmen, was ich ihnen dann wieder gebe.

Wir haben im Übrigen das getan, was für die bayerische Wirtschaft am wirksamsten überhaupt ist – das wird manchmal vergessen. Am wirksamsten ist immer, Geld bei den Unternehmen zu lassen und es ihnen gar nicht erst wegzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen vermelden, dass die bayerische Steuerverwaltung Bürgern und Unternehmen seit März 2020 bei über 400.000 Anträgen Liquidität gelassen hat, in dem wir Umsatzsteuersondervorauszahlungen erstattet, Steuervorauszahlungen herabgesetzt und Steuerzahlungen gestundet haben, mittlerweile in Höhe von 8,5 Milliarden Euro. Man kann natürlich sagen: Das müssen sie ja doch zahlen. – Ja, aber erst viel später und die Vorauszahlungen nur dann, wenn sie entgegen der Erwartung doch Gewinne gemacht haben. Sie müssen die Vorauszahlung im Ergebnis nicht zahlen, wenn keine Gewinne gemacht wurden. Insofern ist diese Liquidität in den Unternehmen das wirksamste Instrument überhaupt, um ihnen in dieser Krise zu helfen. Das haben wir in Bayern in unglaublicher Weise getan.

(Beifall bei der CSU)

Wir kämpfen weiter. Wir kämpfen dafür, dass wir auch beim Verlustrücktrag nicht nur den Betrag nach oben bekommen, sondern auch noch die Fristen verlängern können. Das alles haben wir mehrfach in Berlin vorgelegt. Ich sage jetzt nicht, meine lieben Freunde von der SPD, wer in Berlin dagegen ist. Ich will da gar nicht herumstänkern; sonst stellt ihr dann wieder Zwischenfragen und findet irgendetwas, wogegen wir gestimmt haben.

(Heiterkeit)

Ich kann nur appellieren: Der Verlustrücktrag bringt natürlich Liquidität in die Unternehmen zurück, die sie zunächst selbst erwirtschaftet haben.

Das sind Dinge, die wir in der Krise wieder und weiter diskutieren müssen und bei denen wir in Berlin weiter aktiv sind, auch bei der Frage der Erbschaftsteuer für Unternehmen. Für alles, was wir hier tun können, setzen wir uns massiv ein.

Ich will Ihnen noch einmal sagen, dass diese Pandemie noch nicht vorbei ist und wir nicht genau wissen, was noch auf uns zukommt.

Was tun wir noch dagegen? – Wir investieren. Auch das ist etwas ganz Entscheidendes. Wir investieren gegen diese Krise. Im Übrigen ist bemerkenswert, dass wir im Baubereich zum Glück keine großen Einbrüche – jedenfalls für mich noch nicht wahrnehmbar – im Auftragsbestand haben. Im Bauhandwerk gibt es offensichtlich noch immer gut gefüllte Auftragsbücher. Das ist anders als 2008, als wir mit Konjunkturpaketen in Bayern Baumaßnahmen anschieben mussten. Im Moment haben wir sogar das Problem, im Baubereich auf relativ hohe Baukosten zu stoßen. Trotzdem investieren wir weiter, damit hier nichts passiert. Wir wollen ja die Baukonjunktur auch nicht abwürgen. Dass wir in diesem Bereich investiv unterwegs sind, ist, glaube ich, richtig. Wir haben für die HTA als unserem Beschleunigungsprogramm für die Konjunktur 0,4 Milliarden Euro etatisiert und in den Haushalten angelegt, Herr Dr. Kaltenhauser. Im Einzelplan 15 beispielsweise ist HTA Plus abgebildet, aber natürlich finanziert über Kapitel 13 19.

Man kann durchaus darüber streiten. Die einen sagen: Ja, wir müssen investieren, weil wir eine Krise haben. – Wir haben jetzt Investitionen krisenbedingt massiv vorgezogen. Deswegen haben wir das auch abgebildet. Das ist im Übrigen genau das, was Herr Pargent sagt: Lasst uns eine Klimamilliarde machen! – Wenn wir eine Klimamilliarde machen, Herr Pargent, dann muss ich das Geld am Kapitalmarkt besorgen. Egal, ob ich das als Green Bond oder als normal kapitalisierten Kredit mache, bezüglich der Wirkung ist das letztlich dasselbe. Das Einzige, bei dem wir uns hinsichtlich der Wirkung nicht einig sind, ist die Tatsache, dass wir sagen: Ich darf nach der Schuldenbremse in der Verfassung ausschließlich für pandemiebedingte Ausgaben Kredite aufnehmen. – Wenn ich das aber wegen der Rettung des Klimas mache, dann ist die Frage, ob das pandemiebedingt ist, nicht sofort beantwortet. Wir werden uns über diese Fragen ohnehin noch unterhalten; denn das Klima, das Wasser, all die Dinge, die damit zu tun haben, werden uns natürlich beschäftigen, ob wir das wollen oder nicht. Da brauchen wir uns überhaupt nichts vorzumachen. Nur eines ist auch klar, liebe SPD: Harald Güller, ich habe gesagt, in dem Rahmen dieser 71 Milliarden Euro kann man nicht mehr machen. Ihr sagt ganz offen: Weg mit der Schuldenbremse, dann können wir investieren. – Das sage ich im Moment nicht, weil ich hier als Minister verfassungstreu sein muss. Aber, meine Damen und Herren, zu glauben, dass wir weitere Milliarden für alle möglichen neuen Aufgaben ausgeben können, das aus den normalen Haushalten herausparen können und dabei noch die Schuldenbremse einhalten, wer solche Vorschläge macht, der muss sich deren Wirkung bewusst sein.

Wer sagt, dass die Schuldenbremse bleiben muss, der muss auch eine solche Politik machen, dass die Schuldenbremse bleibt. Wer sagt, wir müssen darüber hinaus investieren, der muss sagen: Die Schuldenbremse ist nicht zu halten. – Deswegen ist es nicht ganz so einfach zu sagen: Machen wir mal eine Klimamilliarde, passt alles. – Aber eines ist klar: Wir in der Christlich-Sozialen Union und auch in unserer Bayernkoalition wissen sehr genau, dass die Frage "Klima" en vogue ist und notwendigerweise beantwortet werden muss. Dafür gibt es am Schluss keinen Impfstoff. Da brauchen wir

uns nichts vormachen. Aber es ist halt nicht ganz so einfach; es gibt hier keinen Hebel, den man umlegt, und dann ist das Problem des Klimaschutzes gelöst.

(Zuruf)

Aber wenn ihr, lieber Herr Bergmüller und viele Freunde, denen ich bei der AfD immer zuhöre, das oft sogar bestreitet, dann fällt mir manchmal ein, dass mir mal ein alter Mann auf dem Dorf gesagt hat: Füracker, früher war es viel schöner. Da hat es noch gar kein Klima gegeben. – So ähnlich ist das bei euch.

(Heiterkeit)

Es hat früher ein Klima gegeben, und das gibt es auch jetzt, und wir müssen die Antworten geben. Das tun wir, und deswegen wird diese Debatte weitergehen. Ich will es nur sagen: Wenn wir über Staatsfinanzierung diskutieren, werden diese Fragen beantwortet werden müssen. Im Moment ist die Schuldenbremse gegeben. Deshalb ist unser Rahmen gesteckt, und es stellt sich die Frage: Können wir das in diesem Rahmen tun? – Wir haben im Übrigen für Klima- und Artenschutz zwei Mal rund 77 Millionen Euro drin. Es ist nicht so, dass wir in Zeiten der Pandemie diese Aufgaben vernachlässigen würden.

Deswegen sind wir ganz gut unterwegs, mit Augenmaß. Wir haben faktisch keine neuen Kredite. Ich weiß, dass man in der medialen Welt sagt, Kredite, die 2021 aufgenommen werden, sind neue Kredite. Das ist klar; das kann man nicht anders titulieren. Aber Fakt ist: Wir nehmen 2020 und 2021 insgesamt nicht mehr Kredite auf, als für 2020 zunächst schon geplant waren. Das sind diese 20 Milliarden Euro. Ob wir sie brauchen, bestimmen zum Schluss die Pandemie und der Haushaltsausschuss.

Meine Damen und Herren, wir haben in unserem Haushalt darüber hinaus auch das berühmte Sparen abgebildet. Herr Bergmüller, die Ressorts müssen 538 Millionen Euro aus den Ansätzen, die sie sich erstritten haben, zurückgeben. Das ist für jedes Ressort festgelegt.

(Zuruf)

Diese 538 Millionen Euro sind der Beitrag, der geleistet wird, um zu rechtfertigen, dass wir Schulden machen. Wir nehmen auch fast 2 Milliarden Euro aus der Rücklage. Die Rücklage von 10 Milliarden Euro, die wir hatten, ist auf 8 Milliarden Euro und dann auf 6 Milliarden abgeschmolzen. Wir tragen damit den Vorgaben Rechnung, die da lauten: Ihr könnt nicht nur Schulden machen. – Wir machen Schulden, entnehmen aber auch aus der Rücklage und diktieren den Ressorts diese Einsparung von 538 Millionen Euro. Das machen Sie heute, wenn Sie dem gesamten Haushalt zustimmen.

Auch da kommt die Frage nach dem Länderfinanzausgleich. Herr Dr. Kaltenhauser, Sie müssen sich damit noch einmal intensiver auseinandersetzen. Wir haben ab 2020 einen Finanzkraftausgleich über Umsatzsteuer, der den Länderfinanzausgleich und den Umsatzsteuervorwegausgleich ersetzt. Der Länderfinanzausgleich in klassischer Form ist nicht mehr existent. Deswegen sind 2019 und 2020 nur dann korrekt vergleichbar, wenn man in 2019 neben dem Länderfinanzausgleich auch den Umsatzsteuervorwegausgleich berücksichtigt. Wenn man das tut, dann sind es bilanziell für 2018 9,27 Milliarden Euro gewesen, für 2019 9,1 Milliarden Euro und für 2020 7,7 Milliarden Euro. Die Ersparnis aus dem Länderfinanzausgleich schlägt, wie ich es oft dargestellt habe, beim bayerischen Haushalt deswegen nicht in der Dimension auf, weil die Kommunen über den Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage den Großteil davon behalten können und diese nicht mehr bezahlen müssen. Als kommunalfreundliches Land haben wir uns dazu entschieden, das zu tun. Deswegen müssen wir uns daran immer wieder miteinander erinnern. Wir sind also nicht diejenigen, die das verbockt haben, sondern es müssen aus Bayern heraus – so kann man es korrekt formulieren – rund eineinhalb Milliarden Euro weniger in das System des Länderfinanzausgleichs eingebracht werden als vorher. Auch darüber müssen wir uns im Klaren sein.

Ich glaube, die GRÜNEN haben es gesagt, dass Familiengeld und Pflegegeld gestrichen werden müssten. – Meine Damen und Herren, wir können jeden Euro nur einmal ausgeben. In dieser Situation, in der viele die größten Sorgen haben – Pandemie, Kin-

der; all die Diskussionen die ich jetzt drei Tage lang verfolgt habe, und ich habe mir das alles genau angehört –, auch noch zu sagen, jetzt streichen wir euch das Familiengeld – ich weiß nicht, ob das so ein kluger Vorschlag ist, auch wenn ich als Finanzminister natürlich Sympathien für weniger Ausgaben habe. Aber jetzt bei Sozialleistungen zu sparen und danach neue Sozialleistungen zu fordern, ist kein so kluges Konzept, das wesentlich von dem abweichen würde, was wir uns ohnehin leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, es geht um Rekorde: um Rekordinvestitionen von 9,9 Milliarden Euro, Rekordinvestitionen in die Bildung von 23,6 Milliarden Euro, in die Gesundheit von 5,7 Milliarden Euro, in Recht und Gesetz und Sicherheit von 7,3 Milliarden Euro sowie 10,3 Milliarden Euro Finanzausgleichsleistungen für die Kommunen. Es ist bemerkenswert, dass wir nach den Personalausgaben, die der Staat hat, als zweitgrößten Ausgabenposten was haben? – Überweisungen an die Kommunen. Dass wir den kommunalen Finanzausgleich für 2020 bezahlen konnten, hatte auch damit zu tun, dass wir uns über das Kapitel 13 19 Geld besorgen konnten. Hätte ich mir die ausgefallenen Steuereinnahmen nicht am Kapitalmarkt besorgen können, hätte ich nicht den Sonderfonds aus Kapitel 13 19 für andere Ausgaben gehabt, dann hätten wir den Kommunen eigentlich sagen müssen: Wir haben jetzt zehn Prozent oder fünf Prozent oder acht Prozent weniger Steuereinnahmen, deswegen können wir den kommunalen Finanzausgleich nicht in der Höhe zahlen.

Das haben wir aber getan. Wir haben 10,3 Milliarden Euro für den kommunalen Finanzausgleich bezahlt. Wir haben Breitband bezahlt. Wir haben all die Zusagen eingehalten. Ich gebe deutlich über 2 Milliarden Euro im Bereich der Betreuung von Kindern aus. Was hier in den letzten Jahren alles aufgewachsen ist – Stichwort BayKiBiG –, ist sensationell. Schauen Sie sich einmal die Aufwüchse an! Wir haben überall, auch hier, Wort gehalten, und wir haben darüber hinaus den Kommunen geholfen, die Steuerzufälle bei der Gewerbesteuer zu kompensieren, und zwar zu 100 %, mithilfe des

Bundes. Ich sage es ganz offen: Ja, es war gut, dass wir das getan haben. Aber es gab auch viel Unverständnis. Es gab auch in der kommunalen Familie viel Unverständnis. Dort haben manche gesagt: Jetzt zahlst du denen, die in den letzten Jahren sowieso so viel Geld durch die Gewerbesteuer hatten, das viele Geld, und wir, die keine Gewerbesteuer hatten, haben jetzt auch irgendeinen Ausfall und bekommen nichts.

Meine Damen und Herren, der Bund hat gesagt, er macht eine Gewerbesteuererstattung, wenn die Länder das zu 50 % kofinanzieren. In unserem Fall waren es geschätzt 2,4 Milliarden Euro mit der Folge, dass der Bund dann nach Verrechnung mit dem Länderfinanzausgleich, die sofort vorweggenommen wurde, 1,1 Milliarden davon zahlt und wir schon 1,3 Milliarden Euro zahlen müssen. Neben dem, was wir noch für den ÖPNV im Bereich der Kommunen gemacht haben –mehrere Hundert Millionen Euro, für den Katastrophenschutz haben wir nichts verlangt, und im Frühjahr haben wir noch die Kindergartenbeiträge zu 100 % erstattet – sind wir auf insgesamt rund 2 Milliarden Euro im Jahr 2020 gekommen, die wir wiederum aus dem Kapitel 13 19 finanzieren mussten. Da bitte ich um Verständnis, dass nicht mehr möglich war.

Es hat sich dann aber im Dezember noch der positive Effekt auch für die Kommunen eingestellt, die keine Gewerbesteuerausfälle hatten, weil es in Bayern in Wirklichkeit nur 2,18 Milliarden Euro an Gewerbesteuerausfällen waren. Wir hatten zugesagt, dass die Differenz zwischen 2,18 Milliarden Euro und 2,4 Milliarden Euro über einen Nachschlag zur Schlüsselzuweisung des Jahres 2020 ausgereicht wird. Das waren 8 % Zuschlag zu Schlüsselzuweisungen auch für Kommunen, die gar nicht mehr damit gerechnet haben, noch mal Mittel zu bekommen. Das war auch für diejenigen, die etwas finanzschwächer sind, ein Nachschlag, der passend zu Weihnachten daherkam.

Wenn ich alles addiere, haben wir als Freistaat Bayern im Jahr 2020 etwa 3 Milliarden Euro Schulden gemacht, um alle Zusagen an die Kommunen einhalten zu können und ÖPNV- und Gewerbesteuerersatz vornehmen zu können, und der Bund hat auch 2 Milliarden Euro Schulden gemacht. Er hat darüber hinaus noch die rund 250 Millio-

nen Euro für die Unterbringung ersetzt, wie Sie wissen. Das heißt, Bund und Land haben im Jahr 2020 5 Milliarden Euro Schulden gemacht zugunsten der bayerischen Kommunen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt erwarte ich nicht jeden Tag eine Wallfahrt von den bayerischen Kommunen zum Finanzminister; aber lassen Sie sich doch bitte von niemandem einreden, die bayerischen Kommunen wären vom Freistaat Bayern schlecht behandelt worden! Lassen Sie sich das doch nicht einreden!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Und bei den Bezirken ist es so – Herr Pargent, Sie haben das thematisiert –, dass die Bezirksumlagesätze seit 2012 sogar gesunken sind. In 2012 lagen sie durchschnittlich bei 23,7 %, und jetzt sind sie bei 21,35 %. Es ist also nicht so, dass die Bezirksumlagesätze in den letzten Jahren in Analogie zu den vermehrten Aufgaben überdimensional gestiegen wären, sondern sie sind sogar gesunken.

Die 15 Millionen Euro, die wir jetzt geben, sind das eine; den Bezirken hilft auch, dass wir bei der Gewerbesteuererstattung die Beträge, die an die Kommunen ausgereicht wurden, in die Umlagekraft mit einrechnen, sodass beim gleichen Hebesatz das Geld weitergeht. Und wir haben durch den kommunalen Finanzausgleich in 2021, der immerhin um 70 Millionen Euro höher ist als 2020, trotz größter Krise, und natürlich auch durch die Umlagesystematik die Möglichkeit, dass sich die Bezirke finanzieren.

Ich bin mit den Bezirken, dem Bezirkstagspräsidenten und den Leuten, die da Politik machen, in Kontakt. Die kommunale Familie hat viel Geld bekommen. Dass dann innerhalb der kommunalen Familie das Geld durch Umlageveränderungen möglicherweise anders verteilt wird, ist halt mal drin. Aber das hat nicht die Dimension, dass die Bezirke ihre Umlagesätze plötzlich um mehrere Prozent anheben müssten. So sind wir bei Weitem nicht aufgestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

– Herr Bergmüller, da hilft auch Schreien nicht. Das ist so, glauben Sie mir das! Das ist wirklich so. Das sind Zahlen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

– Herr Bergmüller, Franz Josef Strauß hat gesagt: Generäle können Sie anschreien, Zahlen nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Die Zahlen stimmen. Ob man 2021 den gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten Gewerbesteuerenausgleich wieder macht, weiß ich noch nicht. Warum weiß ich das nicht? – Weil ich der erste Länderfinanzminister war, der sich in Berlin dafür eingesetzt hat, zusammen mit dem Ministerpräsidenten, dass der Bund wieder einen Gewerbesteuerenausgleich macht. Jetzt will ich nicht wieder parteipolitisch werden, weil im Moment alles so friedlich ist. Aber Olaf Scholz sagt: Wir haben schon genug gezahlt für die bayerischen Kommunen, dafür sind wir nicht zuständig. Er möchte lieber ein Entschuldungsprogramm für Kommunen machen, die hohe Kassenkredite haben. Das lehne ich wiederum ab; denn in Bayern gibt es kaum Kommunen, die hohe Kassenkredite haben. Ich bin nicht bereit, dass der Bund zig Milliarden in anderen Bundesländern finanziert, wobei wir mitzahlen, wenn davon kein Geld nach Bayern kommt. Deswegen sage ich: Okay, lieber Bund, gib uns wieder Geld, du musst das nicht als Gewerbesteuerenausgleich machen, du kannst es uns auch in anderer Weise zur Verfügung stellen, dann können wir in Bayern das wieder kofinanzieren. – Dazu bin ich bereit. Ich werde, wenn der Bund einen Vorschlag macht, dem Kabinett und dem Haushaltsausschuss vorschlagen, dass wir das kofinanzieren. Aber jetzt sozusagen in Vorleistung zu gehen und den Bund zu ermuntern, nichts mehr zu machen? Ich weiß nicht, wie lange man das im Wahljahr durchhält, wenn man Bundeskanzler werden will. Das werden wir sehen. Im Moment kann ich jedenfalls nichts zusagen. Wir machen das davon abhängig, was der Bund tut.

Ich bin mit den Spitzenverbänden wegen dieser Fragen im Gespräch. Im Juli haben wir ein Spitzengespräch. Ich gehe davon aus, dass sich bis dahin die Dinge etwas lichten.

Meine Damen und Herren, ganz zum Schluss: Es ist kein Sparhaushalt. Es ist ein Zukunftshaushalt. Es ist in der Krise das Beste, was man vorlegen kann. Ich glaube nicht, dass man auch bei noch so viel Beschau der Dinge im Rahmen der Gelder, die jetzt eingeplant sind, noch mehr tun könnte. Wenn man noch mehr Schulden macht, ist es anders; dann kann man immer noch mehr verteilen. Ich habe erklärt, weswegen das aus meiner Sicht kompliziert ist.

Ich danke allen, die mitgeholfen haben, dass wir heute hier stehen. Wir sind jetzt kurz davor, ein großes Werk zu vollenden. Ich danke allen, die jetzt zustimmen werden. Ich bitte die, die es ablehnen werden, um Verständnis dafür, dass ich mich bei meiner Landtagsfraktion und bei den FREIEN WÄHLERN bedanke, die höchstwahrscheinlich – was ich so gehört habe – diesem Haushalt zustimmen werden. Dafür danke ich ausdrücklich. Wenn sich seitens der Oppositionsparteien noch jemand durchringen kann, dieses tolle Werk zu unterstützen, kann er das machen. Ich kann Sie dazu nur ermuntern. So gehen wir dann gut durch die Krise.

Wir machen Hightech und Heimatpflege. Wir haben in beiden Bereichen viel Geld. Wir schauen, dass wir die Familien unterstützen. Wir stehen an der Seite der Kommunen. Mit solider Haushaltsführung gehen wir durch eine komplizierte Zukunft. Wir sollten als Freistaat Bayern dafür sorgen, dass wir unser Gesicht bewahren. Das tun wir auch.

Ich will jetzt nicht mehr über die Landwirtschaft oder über die Umwelt reden. In der Landwirtschaft habe ich auch eine gewisse Lebenserfahrung. Was ich da wieder alles gehört habe, was wir da alles tun. Ich habe zur Kollegin Kaniber gesagt: Wenn ich das gewusst hätte, was ich dir alles an Geld gegeben habe, dann hätte ich es mir noch einmal überlegt. Ich habe als bayerischer Finanzminister – das gilt aber auch für die Bayerische Staatsregierung und den Herrn Ministerpräsidenten, das kann ich hier aus-

drücklich sagen – ein großes Herz für die Landwirtschaft. Wir tun hier einiges, was andere nicht tun.

Wir digitalisieren dieses Land, und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein wunderbares Land. Dieses wunderbare Land gilt es jetzt weiter durch diese Krise zu führen. Seien wir stolz darauf, seien wir selbstbewusst und freuen wir uns, dass es uns besser geht als anderen! Wir haben uns das selbst erarbeitet. Es ist nicht so, dass uns irgendjemand irgendetwas schenkt. Diese harte Arbeit zahlt sich jetzt aus. Diese harte Arbeit müssen wir fortsetzen. Dass dazu ein gewisser Streit gehört, akzeptiere ich. Dass er in fairen Debatten abläuft, wie ich das heute und in den letzten Tagen empfunden habe, freut mich.

Ich danke allen, die sich durchringen können, und ich bitte alle und jeden, an seiner Stelle das Maximale zu tun, damit wir auch nächstes Jahr wieder einen so guten Haushalt aufstellen können und nächstes Jahr nicht sagen: Hätten wir lieber wieder die Probleme vom letzten Jahr.

In diesem Sinne: Ganz herzlichen Dank! Ich freue mich, Herr Kazmaier, wenn wir das Hohe Haus gleich mit einem genehmigten Haushalt verlassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung. Herr Ferdinand Mang, bitte.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Staatsminister, ich danke Ihnen für Ihre sachliche Antwort, die der Kollege Weidenbusch entweder nicht geben wollte oder nicht geben konnte. Ich habe nur eine Anmerkung dazu.

Dieser Haushaltsplan beruht auf einer Soll-Rechnung. Ihre Erklärung für diese zusätzliche Milliarde beruht auf einer möglichen Ist-Rechnung, und die liegt dem Haushaltsplan eben nicht zugrunde. Darauf fußt ursprünglich meine Kritik.

Gefreut hat mich Ihr Ausblick für 2021, dass Sie schon jetzt mit der Planung anfangen. Das war die Ursache für die Konsultationsverfahren, die wir hatten, wo wir schon über die Rechtsgrundlage diskutiert haben. Mit dem jetzigen Beschluss werden sie im Nachhinein legitimiert. Ich hoffe, dass Sie in Ihren Planungen nicht unterbrochen werden. Das würde bedeuten, dass wir doch noch einen Nachtragshaushalt haben werden.

Damit möchte ich es bewenden lassen.

(Unruhe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Mang, danke, dass Sie mir Zustimmung zu dem Haushalt signalisieren. Überzeugen Sie doch Ihre ganze Fraktion, dann sind wir noch ein paar mehr.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 18/11599, der Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/13980 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14622 zugrunde.

Vorweg ist über den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/13980 abzustimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsan-

trag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Wer enthält sich? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/11599 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Gesetzentwurf zur Annahme mit der Maßgabe, dass den Artikeln 18 und 21 jeweils ein Absatz 4 angefügt wird. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Zustimmung zum Gesetzentwurf mit diesen Änderungen. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/14622.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP. Wer ist dagegen? – Die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das sind die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Gesetzentwurf angenommen und so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die gleiche Abstimmung wie vorher. Das brauche ich im Einzelnen nicht zu wiederholen. Wer ist dagegen? – Die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das sind die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021)".

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13838 mit 18/13845, 18/13869 mit 18/13881, 18/13895 mit 18/13905, 18/13948, 18/13978 und 18/14184 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14617.

Zunächst ist über die drei Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abzustimmen.

Ich komme zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Fonds für sicheres Wohnen in Bayern" auf der Drucksache 18/13903. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt. Verwenden Sie bitte hierfür Ihr Abstimmungsgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:22 bis 19:25 Uhr)

Ich frage jetzt bewusst nach: Haben alle ihre Stimme absenden können? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist die Abstimmung beendet.

Bevor wir jetzt zur nächsten namentlichen Abstimmung kommen, müssen wir etwas warten, damit sich das System sozusagen erholen kann, bis wir die neue Abstimmung durchführen können. Das dauert nicht lange. –

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen" auf Drucksache 18/13842. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Änderungsantrag ebenfalls zur Ablehnung.

Die Abstimmung wird wieder elektronisch, natürlich wieder mit dem Abstimmungsgerät, durchgeführt. Die Abstimmungszeit beträgt diesmal zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:26 bis 19:28 Uhr)

Ich frage auch hier noch einmal: Haben alle abgestimmt? – Das scheint so zu sein. Damit ist die Abstimmung geschlossen.

Ich fahre nun mit der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuschüsse an Sonstige zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen" auf Drucksache 18/13844 fort. Auch dieser Änderungsantrag wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmung wird ebenfalls wieder elektronisch durchgeführt. Verwenden Sie hierfür bitte Ihr Abstimmungsgerät! Die Abstimmungszeit beträgt wieder zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:30 bis 19:32 Uhr)

Sind alle Stimmen abgesendet? – Das scheint so zu sein. Die Abstimmung ist geschlossen. Die Sitzung wird bis zum Vorliegen der Abstimmungsergebnisse der vorherigen namentlichen Abstimmungen unterbrochen.

(Unterbrechung von 19:32 bis 19:34 Uhr)

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Fonds für sicheres Wohnen in Bayern" auf Drucksache 18/13903. Mit Ja haben 21, mit Nein 66 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen" auf Drucksache 18/13842: Mit Ja haben 26, mit Nein 61 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Damit kommen wir zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuschüsse an Sonstige zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen" auf Drucksache 18/13844. Mit Ja haben 26, mit Nein 61 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13 selbst. Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/14617 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 13 angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 18/14617.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD, der FDP sowie Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14617 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13900, 18/13978 und 18/14184 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 13 ist abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2021. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 18/11600, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13981 mit 18/13998 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14662 zugrunde.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2021 eingereichten Änderungsanträge, die in den Ausschüssen abgelehnt wurden, im Rahmen einer Gesamtabstimmung abgestimmt werden soll.

Vorweg ist jedoch gesondert über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Auflösung des Landesamts für Asyl und Rückführungen" auf Drucksache 18/13992 abzustimmen, da hier unterschiedliche Voten innerhalb einer Fraktion vorliegen. Der

federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag auf Drucksache 18/13992 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD sowie Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun ist noch über die weiteren, vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge abzustimmen. Wie bereits erwähnt, haben sich die Fraktionen darauf verständigt, dass dies im Rahmen einer Gesamtabstimmung erfolgen soll, und zwar jeweils unter Zugrundelegung des Votums des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration. Ich lasse daher so abstimmen.

Wer hinsichtlich der Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13981 mit 18/13996, mit Ausnahme der Drucksache 18/13992, mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils endberatenden Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, die FDP und die AfD. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf der Drucksache 18/11600. Dazu empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen ebenfalls zugestimmt. Ich verweise insoweit auf

die Drucksache 18/14662. Ergänzend wird im neu gefassten Artikel 14 Absatz 2 die Nummer 2 wie folgt gefasst: "2. Art. 8a, 10, 10a und 12 am 1. Mai 2021."

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE-WÄHLER-Fraktion, CSU-Fraktion. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion der CSU. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist das so beschlossen. Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13997 und 18/13998 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Landtagspräsidentin, ich danke Ihnen allen ganz herzlich für Ihren Einsatz und den Rednerinnen und Rednern für ihre zum Teil sehr engagierten, empathischen, zum Teil auch ganz lustigen, fröhlichen Wortmeldungen und Einwendungen. Mein Dankeschön gilt natürlich auch dem Landtagsamt, den Offizianten und Offiziantinnen,

(Allgemeiner Beifall)

dem Team von P I, natürlich auch den Stenografen und den vielen ungenannten Helferinnen und Helfern im Hintergrund.

(Allgemeiner Beifall)

Mein Dank gilt auch den Sanitätern, den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Pforte und der Gaststätte. Ohne deren Engagement wäre das alles nicht so reibungslos möglich gewesen.

Ich wünsche Ihnen jetzt trotz dieser schwierigen Zeiten einen geruhsamen Osterurlaub oder -aufenthalt.

(Heiterkeit)

Sie wissen, man kann seinen Urlaub auch auf dem eigenen Balkon verbringen. Gerade wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden sicher ein Vorbild sein. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19:44 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 24: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Florian Ritter u. a. SPD; Haushaltsplan 2021; hier: Fonds für sicheres Wohnen in Bayern (Kap. 13 19 neuer Tit.) (Drucksache 18/13903)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Fackler Wolfgang			
Adje Benjamin	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias		X	
Arnold Horst	X			Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
				Franke Anne			
Bachhuber Martin				Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans		X	
Bauer Volker				Friedl Patrick			
Baumgärtner Jürgen				Fuchs Barbara			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Füracker Albert		X	
Bayerbach Markus							
Becher Johannes				Ganserer Tessa			
Becker Barbara		X		Gehring Thomas			
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gibis Max		X	
Blume Markus				Glauber Thorsten			
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bozoglu Cemal				Gottstein Eva			
Brandl Alfons		X		Graupner Richard			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian				Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael				Häusler Johann			
				Hagen Martin			
Celina Kerstin				Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar	X		
				Hanisch Joachim			
Deisenhofer Maximilian				Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren				Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina			
Dremel Holger		X		Henkel Uli			
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin				Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred				Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann				Högl Petra		X	
Enghuber Matthias				Hofmann Michael			
				Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander			
Körber Sebastian			
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas			
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	21	66	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 24: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2021; hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen (Kap. 13 19 Tit. 883 96) (Drucksache 18/13842)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Fackler Wolfgang			
Adje Benjamin	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias	X		
Arnold Horst	X			Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
				Franke Anne			
Bachhuber Martin				Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans		X	
Bauer Volker				Friedl Patrick			
Baumgärtner Jürgen				Fuchs Barbara			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Füracker Albert		X	
Bayerbach Markus							
Becher Johannes				Ganserer Tessa			
Becker Barbara		X		Gehring Thomas			
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gibis Max		X	
Blume Markus				Glauber Thorsten			
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bozoglu Cemal				Gottstein Eva			
Brandl Alfons		X		Graupner Richard			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian				Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael				Häusler Johann			
				Hagen Martin			
Celina Kerstin				Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar	X		
				Hanisch Joachim			
Deisenhofer Maximilian				Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren				Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina			
Dremel Holger		X		Henkel Uli			
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin				Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred				Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann				Högl Petra		X	
Enghuber Matthias				Hofmann Michael			
				Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander			
Körber Sebastian			
Köhler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas			
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	26	61	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 24: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2021; hier: Zuschüsse an Sonstige zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen (Kap. 13 19 Tit. 893 96) (Drucksache 18/13844)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Fackler Wolfgang			
Adje Benjamin	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias	X		
Arnold Horst	X			Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
				Franke Anne			
Bachhuber Martin				Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans		X	
Bauer Volker				Friedl Patrick			
Baumgärtner Jürgen				Fuchs Barbara			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Füracker Albert		X	
Bayerbach Markus							
Becher Johannes				Ganserer Tessa			
Becker Barbara		X		Gehring Thomas			
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gibis Max		X	
Blume Markus				Glauber Thorsten			
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bozoglu Cemal				Gottstein Eva			
Brandl Alfons		X		Graupner Richard			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian				Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael				Häusler Johann			
				Hagen Martin			
Celina Kerstin				Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar	X		
				Hanisch Joachim			
Deisenhofer Maximilian				Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren				Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina			
Dremel Holger		X		Henkel Uli			
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin				Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred				Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann				Högl Petra		X	
Enghuber Matthias				Hofmann Michael			
				Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander			
Körber Sebastian			
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Skutella Christoph			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen			
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas			
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	26	61	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu den Tagesordnungspunkten 23 bis 25

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Bayerischen Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021

(Drs. 18/11599)

II. zum Einzelplan 13 und

(Drs. 18/14617)

III. zum Haushaltsgesetz 2021

(Drs. 18/11600)

I. Bayerisches Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021

Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller,
Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen
Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2021)

(Drs. 18/11599)

Drs. 18/13980

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser,
Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2021;

hier: Verstärkung von Investitionsmaßnahmen

(Kap. 13 03 Tit. 893 06)

Drs. 18/13838

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser,
Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Haushaltsplan 2021;

hier: Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürg-
schaftssicherungsrücklage

(Kap. 13 06 Tit. 359 01)

Drs. 18/13839

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Schuldenaufnahme am Kreditmarkt
(Kap. 13 19 Tit. 325 51)
Drs. 18/13840
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung von Schnelltests
(Kap. 13 19 Tit. 514 65)
Drs. 18/13841
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen
(Kap. 13 19 Tit. 883 96)
Drs. 18/13842
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse und Zuweisungen an kommunale Krankenhäuser für Investitionen
(Kap. 13 19 Tit. 891 57)
Drs. 18/13843
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse an Sonstige zum Erwerb von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen
(Kap. 13 19 Tit. 893 96)
Drs. 18/13844
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuführungen an den Pensionsfonds gem. Art. 6 Abs. 1 BayVersRückIG
(Kap. 13 20 Tit. 919 61)
Drs. 18/13845
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Sonderfinanzierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs streichen und einsparen
(Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 18/13869

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Subventionierung für kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs streichen und einsparen
(Kap. 13 10 Tit. 883 08)
Drs. 18/13870
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: verstärkter Resteeinzug
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 18/13871
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Keine Beteiligung des Freistaates Bayern als Gesellschafter am Flughafen Memmingen
(Kap. 13 05 Tit. 831 84)
Drs. 18/13872
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: sogenannte „Fraktionsreserve“ streichen
(Kap. 13 06 Tit. 893 06)
Drs. 18/13873
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ökologische Investitionen über Green Bonds ermöglichen
(Kap. 13 06 neuer Tit.)
Drs. 18/13874
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Soziale Teilhabe sichern – Bezirke angemessen ausstatten
(Kap. 13 10 Tit. 633 08)
Drs. 18/13875
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: ÖPNV-Zuweisungen erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 633 81)
Drs. 18/13876

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Umschichtung der Zuweisungen nach dem BayGVFG zugunsten des ÖPNV
(Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
Drs. 18/13877
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Lebensraum Schule: Schulen und Berufsschulen sanieren, mehr Platz für Schülerinnen und Schüler schaffen
(Kap. 13 10 Tit. 883 11, Tit. 883 12, Tit. 883 13 und Tit. 883 15)
Drs. 18/13878
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Investitionshilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 13 10 Tit. 883 81)
Drs. 18/13879
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/13880
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Sonnenstrom auf allen Schuldächern
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/13881
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian Ritter, Klaus Adelt u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Haushaltsmittel zur Deckung von Investitionen in die Zukunft des Freistaates
(Kap. 13 06 Tit. 359 01 und Kap. 13 60 Tit. 325 52)
Drs. 18/13895
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Aufstockung der Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Gemeinden zu den Kosten der Ämter für Gesundheits- und Veterinärwesen, Verbraucherschutz sowie die Heimaufsicht gemäß Art. 9 Abs. 1 bis 5 BayFAG
(Kap. 13 10 Tit. 633 02)
Drs. 18/13896

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – Solide Förderung für Bayerische Krankenhäuser
(Kap. 13 10 Tit. 891 72)
Drs. 18/13897
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur – pandemiebedingter Ausfall von Investitionskosten in der Pflege
(Kap. 13 19 TG 60 - 65)
Drs. 18/13898
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayer u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Laptops – Umfassende Ausstattung mit Lehrerdienstgeräten und Schülerleihgeräten
(Kap. 13 19 TG 95)
Drs. 18/13899
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Stark und solidarisch in der Pandemie – die bayerischen Sportverbände und den Nachwuchsleistungssport nicht alleine lassen
(Kap. 13 19 TG 86 neuer Tit.)
Drs. 18/13901
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Umfassende Konzeption für Telearbeit im öffentlichen Dienst in Bayern
(Kap. 13 19 neuer Tit.)
Drs. 18/13902
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Fonds für sicheres Wohnen in Bayern
(Kap. 13 19 neuer Tit.)
Drs. 18/13903
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Existenz der Jugendwohnheime für Berufsschülerinnen und Berufsschüler sichern
(Kap. 13 19 neuer Tit.)
Drs. 18/13904

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Mehr Wachstum, Beschäftigung und Steuereinnahmen im Freistaat – Ausarbeitung und Formulierung eines bayerischen Konjunkturprogramms (Kap. 13 19 neuer Tit.)
Drs. 18/13905
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Entnahme aus der Rücklage zur Finanzierung des Zuwanderungs- und Integrationsfonds (Kap. 13 06 Tit. 359 01)
Drs. 18/13948

III. Haushaltsgesetz 2021

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Grundsatz „Zielorientierter Ausgaben mit Wirkung“ im Haushaltsgesetz implementieren (Drs. 18/11600)
Drs. 18/13981
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Abbau der Schulden durch Coronakrise vorziehen (Drs. 18/11600)
Drs. 18/13982
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Green Bonds in Bayern ermöglichen (Drs. 18/11600)
Drs. 18/13983
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Änderung Art. 6c, Beschäftigung schwerbehinderter Menschen (Drs. 18/11600)
Drs. 18/13984
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: A 13 für alle Lehrkräfte - Einstieg zum Schuljahr 2021/2022 (Drs. 18/11600)
Drs. 18/13985

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Einführung eines Gehörlosengeldes
(Drs. 18/11600)
Drs. 18/13986
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Änderung des Familiengeldgesetzes
(Drs. 18/11600)
Drs. 18/13987
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Änderung des Pflegegeldgesetzes
(Drs. 18/11600)
Drs. 18/13988
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Kita-Beitragszuschüsse analog zum Krippengeld an Einkommensgrenze koppeln
(Drs. 18/11600)
Drs. 18/13989
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgeltgesetzes
(Drs. 18/11600)
Drs. 18/13990
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 18/11600)
Drs. 18/13991
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u. a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Auflösung des Landesamts für Asyl und Rückführungen
(Drs. 18/11600)
Drs. 18/13992
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Abschaffung der pauschalen Stellensperren
(Drs. 18/11600)
Drs. 18/13993

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Änderung Art. 6i (Stellenhebungen im Haushalt 2021) -
Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten
(Drs. 18/11600)
Drs. 18/13994
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Verdoppelung der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärter-
grenzbetrags
(Drs. 18/11600)
Drs. 18/13995
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
zum Gesetzentwurf zur Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2021;
hier: Änderung des Art. 30 der Bayerischen Haushaltsordnung
(Drs. 18/11600)
Drs. 18/13996

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 16.04.2021

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)